

LUXEMBURG 2

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

2013

ES REICHT NANCY FRASER | JOSEPH E. STIGLITZ | ANTJE SCHRUPP
FRIGGA HAUG | MIMMO PORCARO | KATJA KIPPING | MICHAEL BRIE
THOMAS GEBAUER | ULRICH SCHACHTSCHNEIDER | AXEL TROOST
SABINE REINER | UELI MÄDER | KATRIN MOHR U.A.

»Der VW-Vorstandsvorsitzende erhält mehr als 45 000 Euro am Tag. Für das Jahresgehalt des Deutschbankers Anshu Jain müsste eine Erzieherin 390 Jahre arbeiten.«

Sabine Reiner



working class, sunxez/flickr ⓘ$ⓢ

ES REICHT

»Bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 2 703 Euro monatlich bedeutet die geplante Rentenanpassung, dass in Zukunft 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt werden muss, um eine Rente über dem Grundsicherungsniveau zu erhalten. Heute sind es 26 Jahre.«

Matthias W. Birkwald

UMVERTEILEN?
Warum die ungleiche Verteilung des Reichtums letztlich schlecht für alle ist
von Joseph E. Stiglitz

UMVERTEILT
Warum eine Rückverteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts mehr als überfällig ist
von Sabine Reiner

UMFAIRTEILEN!
Warum Gesundheit ein Menschenrecht ist und weltweit soziales Eigentum braucht
von Thomas Gebauer

SCHWERPUNKT: ES REICHT



Mike/flickr



Ush/flickr

RUBRIKEN

EURO-EXIT?

SOZIALISMUS & FEMINISMUS

RE-ORGANISEREN

LUXEMBURG ONLINE

ONLINE-DOSSIER: EURO-EXIT?

ROSA-LUX KOMPAKT

WAS WAR?

UMVERTEILEN. MACHT. GERECHTIGKEIT.
KONGRESS ZU ARMUT UND REICHTUM IN DER EURO-KRISE

Wie Verteilungsströme »von unten nach oben« und von öffentlich zu privat umgekehrt werden können, war im Mai in Berlin Thema. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat gemeinsam mit vielen Organisationen eingeladen. Mit dabei waren u.a. Richard Wilkinson, Zehra Khan, Heiner Flassbeck, Alex Demirović, Ulrike Herrmann, Ueli Mäder (in diesem Heft).

Dokumentation + live-stream:
www.rosalux.de/event/48399

#CROSS_SOLIDARITY
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IN DER KRISE

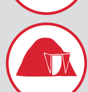
Die Krise ist international, ist es die Solidarität auch (noch)? Mögliche Antworten auf diese Frage wurden im April in Wuppertal diskutiert. Wie können wir Solidarität konkret entwickeln? Wie lässt sich das Transnationale mit dem Lokalen verbinden? Wie können das »Recht zu bleiben« und das »Recht zu gehen« gleichzeitig erkämpft werden?

Dokumentation:
www.rosalux.de/documentation/48108
http://youtu.be/_Q3TSMfklul

BLOCKUPY FRANKFURT

Die Blockupy Proteste in Frankfurt wurden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung u.a. durch Veranstaltungen unterstützt.

- Eurokrise, Schulden, Schuldenaudit und die Rolle der EZB
- Stop the cuts! – Cut the debts! – Tax the Rich! – Good life for everybody!
- Kapitalismus konkret: Nachrichten aus dem Maschinenraum


Dokumentation:
www.rosalux.de/news/39523



DAS NSU-VERFAHREN
VERANSTALTUNG UND BLOG ZUM PROZESS

Zwei Tage vor Prozessbeginn lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer Informationsveranstaltung in München ein. Hintergründe lieferten Yavuz Narin, Nebenklage-Anwalt der Familie Boulgarides, Robert Andreasch vom a.i.d.a.-Archiv und Vertreterinnen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Audiodokumentation:
www.rosalux.de/documentation/48255

Der Stiftungs-Referent zu Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit, Fritz Burschel, berichtet für Radio LOTTE Weimar aus dem Gerichtssaal:

Blog zum Verfahren:
http://antifra.blog.rosalux.de/

LEFT FORUM

Das Left Forum ist das größte Treffen der US-amerikanischen Linken. In New York kamen in den letzten Jahren bis zu 4000 Intellektuelle, AktivistInnen, Organizer und GewerkschafterInnen zusammen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung nimmt seit 13 Jahren an diesem Event teil. Diesmal trug das New Yorker Büro Veranstaltungen zu Energiedemokratie, Rassismus, Studiengebühren und dem Widerstand gegen die Austeritätspolitik in Europa bei. Mit Tadzio Müller, Referent für Klima- und Energiepolitik, war die Stiftung auf dem Abschluss-Panel vertreten.

Dokumentation:
www.rosalux-nyc.org/de/rls-nyc-at-the-left-forum-2013

WER SCHREIBT?

LINKE STRATEGIEN ZUR EUROKRISE
STUDIE VON HEINER FLASSBECK UND COSTAS LAPAVITSAS

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben die beiden Ökonomen eine Studie zu den Ursachen der Eurokrise und möglichen Strategien zu ihrer Überwindung vorgelegt. Sie war Gegenstand einer Fachkonferenz in Berlin, bei der es um viel mehr ging, als um die Frage »Ist die LINKE für oder gegen den Euro?«

Dokumentation, Studie und weitere Positionen:
http://www.rosalux.de/eurokrise

WOHLSTAND – WIE ANDERS?
LINKE PERSPEKTIVEN NACH DER ENQUETE

Die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestags hat nach gut zweijähriger Tätigkeit ihre Ergebnisse vorgelegt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die Arbeit über die gesamte Zeit kritisch begleitet und im Rahmen einer Tagung im April Resümee gezogen.

Videodokumentation:
www.rosalux.de/documentation/48092

Publikation zur Einschätzung der Arbeit der Enquete aus linker Perspektive:
www.rosalux.de/publication/39525

WAS KOMMT?

VILLA ROSSA

Seit einem Vierteljahrhundert gibt es in der letzten Augustwoche die tapfere kleine linke Villa Rossa in einer alten Medici-Villa bei Volterra. Auch dieses Mal wird die Ferienakademie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. Das Thema: Konzerne. Also: die 30 »DAX-Konzerne«, Nachhaltigkeitspolitik, Wertschöpfungsketten, Corporate Power, Deep Lobbying. Beiträge u.a. von Thomas Sablowski, Stefanie Hürtgen, Rainer Fischbach, Ingo Matuschek, Marisol Sandoval, Dieter Plehwe, Hans-Jürgen Urban.

Programm und Bilder:
www.s-gs.de/wordpress

FEMINISTISCHE HERBSTAKADEMIE

Die 5. Feministische Herbstakademie fragt nach den Möglichkeiten, in Widersprüchen wirkungsvoll zu handeln und eingreifend feministisch zu denken. Sie findet vom 11.–13. Oktober in Gersfeld in Hessen statt und wird auch dieses Jahr wieder von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

Informationen:
http://www.inkrit.de/tagungen

Bericht der 4. Herbstakademie:
http://www.bayern.rosalux.de/publication/39630

MIT WEM?

COMMONS-SOMMERSCHULE

Wie gewöhnliche Menschen außergewöhnliche Dinge tun, ist das Thema der 2. Commons-Sommerschule im Kulturhof Bechstedt in Thüringen. Die Möglichkeit, ausführlich über Gemeingüter und ihre Bedeutung für ein linkes Transformationsprojekt zu diskutieren, wird – auch dieses Jahr – von der Landesstiftung in Thüringen unterstützt.

Dokumentation 1. Commons-Sommerschule:
http://commons-sommerschule.webcoach.at

UMVERTEILEN UND NEU VERTEILEN

HORST KAHRS

Das Gebot der Stunde lautet »Um*fair*teilen«. Linke, Grüne und Sozialdemokraten ziehen mit Programmen in den Bundestagswahlkampf, in denen – mal klar und deutlich, mal eher vernuschelt – eine steuerpolitische Kehrtwende verlangt wird. Auf rund 60 Milliarden Euro verzichten die öffentlichen Kassen jährlich, seit die Schröder-Fischer-Regierung Unternehmen, Vermögenseignern und Beziehern hoher Einkommen großzügige Steuergeschenke gemacht hat. Die Folgen sind am Zustand der öffentlichen Infrastruktur zu besichtigen – und an den ausgedünnten kommunalen Dienstleistungen für jene, die auf ihre Nutzung angewiesen sind, weil sie nicht zu den Beschenkten gehören. Die Elitenversteher in den Wirtschaftsredaktionen der großen bürgerlichen Zeitungen haben erkannt, dass sich die Grundstimmung in der Gesellschaft dreht. Sie beginnen, gegen die »rot-grünen Steuererhöhungspläne« anzuschreiben wie zuvor nur gegen die Forderung der LINKEN nach einer Begrenzung von Managergehältern. Gleichwohl werden sie Korrekturen der dominierenden Umverteilungspolitik nicht verhindern können, denn das Unbehagen über den desolaten Zustand des Gemeinwesens reicht weit in das alte und neue Bürgertum hinein. Einzig die FDP steht: Wenn schon keine Steuersenkungen, dann wenigstens keine Steuererhöhungen und absoluter Vorrang für eine »Haushaltskonsolidierung« mit Schuldenbremse. Aber schon die Union traut sich nicht mehr zu, mit einer derart offen klassenpolitischen Mobilisierung ihre Anhängerschaft ausreichend zur Stimmabgabe motivieren zu können.

BÜRGERLICHES UNBEHAGEN

Dort, wo um den Zusammenhang von Markt und Macht gewusst wird, im wirtschaftspolitischen Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, lautet die Einschätzung der Kräfteverhältnisse zum »Tag der Arbeit« 2013 nüchtern: »Gute

Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa – wer würde das nicht wollen? […] Kämpferische Gewerkschaften? […] Diese sind, wenn man es feierlich formulieren will, in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Oder, profaner und präziser: Die politische Mitte Deutschlands ist bei den Gewerkschaften angekommen.« (*FAZ*, 30.4.2013, 9) Der politische Ausgangspunkt für diese Neuordnung der gesellschaftlichen Kräfte liegt im krisengestählten Neokorporatismus zwischen exportstarken Unternehmen und Gewerkschaften wie der IG Metall seit der Rezession 2009.

Nicht gegen gewerkschaftliche Macht, sondern im Bündnis mit den Gewerkschaften erfolgreiche Politik in und mit der Krise zu machen, hat sich für die deutsche Volkswirtschaft als das gegenüber der »modernen Sozialdemokratie« von Blair und Schröder erfolgreichere Modell erwiesen. Mit ihm geht die Erkenntnis einher, dass es im wirklichen Leben doch noch etwas anderes gibt als Individuen und Märkte, nämlich gesellschaftliche Voraussetzungen und Akteure des Wirtschaftens, die Politik und staatliche Interventionen. Die ideologische Hegemonie von Markt und Eigenverantwortung bröckelt. Plötzlich waren es nicht mehr nur ein paar Linke am politischen Rand, die die Politik der Ungleichheit als nackte Bereicherung am gemeinsam erwirtschafteten Reichtum bezeichneten. Mitten aus dem bürgerlichen Feuilleton wurde gerufen: Die Märkte sind nackt! Sie unterhöhlen die konservativen bürgerlichen Werte der Leistungsgerechtigkeit, der Chancengerechtigkeit, sie haben keine Moral, auf das Versprechen ihrer segensreichen Wirkungen sind keine Mehrheiten mehr zu bauen. Mittlerweile hat diese bürgerliche Werte- und Sinnleere einen Namen: Uli Hoeneß. Erst erfolgreicher Wurstfabrikant und Vereinspräsident, Wirtschaftsführer und Sozialstaatsverächter mit hoher sozialer Verantwortungsbereitschaft nach eigenem Gusto – und dann das: auch nur ein schnöder Betrüger.

HORST KAHRS ist Redakteur dieser Zeitschrift, sorgt sich als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung um das Öffentliche und analysiert nicht nur Sozial- und Klassenstrukturen, sondern auch Wahlen. In dem von ihm herausgegebenen Buch »Piratenzauber« geht er der Frage nach, warum eine Gesellschaft Freibeuter hervorbringt.

Das ›wohlverstandene Eigeninteresse‹ reguliert sich nicht von selbst zum allgemeinen Wohl. Dieses Vertrauen in die starken Wirtschaftssubjekte erwies sich als ebenso falsch wie das Paradigma, Märkte als regelfreie Zonen zu konzipieren. Sie bleiben eine Macht, die politische Verhältnisse gestalten kann. Diese ist aber nicht länger unangefochten. Glaubt man der Kanzlerin und ihrem Herausforderer, hat sich demokratische Politik zuerst vor den internationalen Finanzmärkten zu verantworten, bevor sie gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dargelegt wird. Krisenstrategien werden im Verschlossenen besprochen, Signale ausgesandt, die Reaktion ›der Märkte‹ getestet und auf Zeichen ihres Vertrauens gewartet. Erst dann wird die Maschinerie einer neuen Ratifizierungsdemokratie in Gang gesetzt, deren Resultat natürlich das

gerade aufgebaute Vertrauen ›der Märkte‹ nicht wieder zerstören darf. Wer sich hinter diesem politischen Subjekt verbirgt, provoziert um demokratische Regeln und Beteiligung besorgte bürgerliche Schichten. Die Forderung nach ›Transparenz‹ liegt nahe und noch ganz im Rahmen neoklassischer Modelle, nach denen Märkte bei vollständiger Information am besten funktionieren. Doch der bürgerlich-liberale Grundsatz, dass Märkte Instrumente der Wirtschaftssubjekte sind und nicht verselbständigte Mächte, treibt seine Anhänger zur Kritik der bestehenden Verhältnisse. Die rechts und links verbreitete Renaissance des Ordoliberalismus zählt ebenso dazu wie Frank Schirrmachers Furor vor der technologischen Allmacht durchökonomisierter Algorithmen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Mit Wolfgang Streeck wiederum zählt ein ehemaliger Berater der Schröder-Fischer-Regierung heute zu den vehementesten Warnern vor dem Untergang der Demokratie angesichts der Zerstörungsmacht, die der europäische Kapitalismus in der Politik mit der Krise entfaltet: »Ein Demokratieprojekt, das die Bestellung eines ›europäischen Finanzministers‹ ermöglichen soll, der wiederum die Bedienung der ›Märkte‹ zu garantieren und dadurch deren ›Vertrauen‹ wiederherzustellen hätte – ein Demokratieprojekt also, das davon absieht, die Demokratiefrage mit der Neoliberalismus- oder gar der Kapitalismusfrage zu verknüpfen –, bedarf des Schweißes der Demokraten nicht. Es läuft, als neoliberales Herzensanliegen, von allein.« (Streeck 2013, 64)

Die Sorge vor dem moralischen und demokratischen Bankrott der kapitalistischen Marktwirtschaft geht einher mit der sich ausbreitenden Klage über die Rückkehr von offensichtlichen Klassenverhältnissen in der Sozialstruktur. Stabile soziale Schließungen werden in den oberen und unteren Schichten empirisch beobachtet bei der Verteilung von Betriebs-, Immobilien- und Geldvermögen, auf den Heiratsmärkten, bei der Elitenrekrutierung, bei sozialer Aufstiegsmobilität und bei Bildungschancen. Deutschland zählt zu den Ländern mit der größten Differenz zwischen mittlerem und Durchschnittsvermögen und weist die höchsten Wachstumsraten in der Ungleichheit der Vermögensverteilung auf. Hans-Ulrich Wehler, Sozialhistoriker und ein der Linken abholder Intellektueller, konstatiert: »Mit verschärfter Ungleichheit wird, über kurz oder lang, die Legitimationsgrundlage des politischen Systems durch wachsende Zweifel in Frage gestellt. Denn die Glaubwürdigkeit der modernen sozialstaatlichen Massendemokratie beruht vor allem darauf, dass sie eine allzu schroffe Ungleichheit der Lebenslagen erfolgreich bekämpft, die Gleichheitschancen überzeugend vermehrt statt vermindert.« (Wehler 2013, 9) Was gemeint ist, lässt die Diskussion über die Begrenzung der Managergehälter aufblitzen: Wie viel Ungleichheit, wie viele Einkommensunterschiede sind durch Leistungsunterschiede gedeckt, also mit den Grundsätzen der Leistungs- und Chancengerechtigkeit vereinbar, und wo beginnt die nackte Bereicherung, der Raub, das egoistische Nehmen, was man kriegen kann?

Solche Kritik am real existierenden Kapitalismus und seiner unzureichenden Selbstreflexion jenseits der politischen Linken ist weit verbreitet und artikuliert ein tiefes Unbehagen, wonach es, so wie es läuft, nicht gut gehen kann. Zur Kennzeichnung der Brüche und Kräfte gehört auch der Verweis auf starke Gegenspieler – etwa Thilo Sarrazin, dessen Thesen vor allem in Mittelschichten Wirksamkeit entfalteten, weil sie Ungleichheit mit Religion, Migration und vererbter Dummheit erklärten. Die Mittelschichten, also ›wir‹, würden durch Arme und Einwanderer ausgebeutet. Friedrich von Hayek prägte den Satz, dass den Idealen der Demokratie besser gedient wäre, wenn »alle Staatsdiener oder alle Empfänger öffentlicher Unterstützungen vom Wahlrecht ausgeschlossen wären« (2005, 135). Ökonomen seines Geistesschlages formulieren heute so: »Bildungsferne Gruppen entscheiden aber über die künftige Entwicklung ihrer Heimat mit und fördern, dass Regierungen vor Wahlen gerne auf Pump kostspielige Zugeständnisse machen« (Ortner 2013, o.S.). Die Demokratie neige dazu, »sich früher oder später in die Pleite zu wählen« (ebd.). Der Umgang mit den südeuropäischen Demokratien erscheint als Blaupause einer solchen reaktionären Transformationspolitik, denn für Korrekturen sei »eine Instanz notwendig, die den Prozess der Wählerbestechung per Schuldenaufnahme zum Stillstand bringt. Das ist nur möglich, wenn diese Instanz nicht genauso um ihre Wiederwahl bangen muss wie die Parlamentarier« (ebd.).

VON OBEN NACH UNTEN?

Der zukünftige Weg der europäischen kapitalistischen Gesellschaften ist ein umkämpfter, kein vorgezeichneter Weg. Autoritäre Modelle konkurrieren mit Modellen einer Erneuerung der demokratischen Legitimationsgrundlage. Deshalb stehen die Chancen für eine Um*fair*teilung nicht schlecht, denn beide Modelle sind darauf angewiesen, die – demokratisch oder autoritär vermittelte – Zustimmung einer breiten Basis zu generieren. Da sich die sozialen Schichten und Klassen der bundesdeutschen Gesellschaft vor dem Hintergrund der Krisenberichte aus den südeuropäischen Gesellschaften neu zueinander ordnen, sind neue Konstellationen möglich, etwa zwischen den schwarz-bürgerlichen und grün-bürgerlichen Milieus. Die umworbenen und umkämpften Klassen finden sich in der ›Mitte der Gesellschaft‹. Zurecht fürchten sie den sozialen Abstieg. Den sozialen Status und seine Grenzziehungen nach unten zu verteidigen, ersetzt allmählich die vorherige Aufstiegsorientierung. Diese gesellschaftliche Mitte fühlt sich im Bild von der Umverteilung zwischen Oben und Unten übergangen: Bei der Umverteilung von unten nach oben ist bei ihnen nichts hängen geblieben. Warum sollte es bei der umgekehrten Verteilungsrichtung anders sein? Um*fair*teilen mit Umverteilung von oben nach unten zu übersetzen, übersieht die soziale Lage und Befindlichkeit der mittleren Einkommensschichten. Die LINKE

rüttelt gelegentlich an den Stäben dieses diskursiven Käfigs: Entgegen ihrem Image, von den Reichen zugunsten der Armen nehmen zu wollen, vertritt sie für die Bundestagswahl das einzige Einkommensteuermodell, in dem eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auch den mittleren Einkommen bis 60 000 Euro eine spürbare Entlastung bringen würde. Ein unmittelbarer Zugang zu den Befürchtungen und Diskursen der ›schrumpfenden‹ und ›bedrohten‹ Mitte fehlt jedoch noch.

Eine weitere Grenze linker Diskursfähigkeit bildet ein traditionell skeptisches Verhältnis zur Verteilungspolitik überhaupt. Ist Verteilungspolitik nicht reformistisch? Steht sie nicht für ein vorschnelles und grundsätzliches Einverständnis mit der kapitalistischen Ordnung des Wirtschaftens? Ist es nicht die Aufgabe von Verteilungspolitik, durch die Abschöpfung von Produktivitätsgewinnen, durch den Aufbau von Sozialeigentum der breiten Volksmassen und durch progressive Einkommensbesteuerung ungewollte Fehlsteuerungen in der ›Primärverteilung‹ der Einkommen auszugleichen? Muss nicht zuerst produziert werden, was verteilt werden kann? Woher sollen aber die Ressourcen für sozialpolitische Verteilungsziele kommen? Hat nicht erst die angemessene Verzinsung des vorgeschossenen Kapitals, also wirtschaftliches Wachstum, systematisch Vorrang vor der ›Verteilung‹ des übriggebliebenen Restes? Gehört nicht gerade zur linken Umverteilungspolitik der Nachweis, dass zu viel Armut und Ungleichheit einem reibungslos funktionierenden Kapitalverhältnis im Wege steht: Armut schadet dem Reichtum und seiner Akkumulation, weil es an Kaufkraft fehlt, weil Ressourcen verschwendet werden, weil der soziale Zusammenhalt gefährdet ist, weil der soziale Frieden und damit stabile Bedingungen für Investitionen fehlen (vgl. Stiglitz in diesem Heft). Ist also Verteilungspolitik bloße Reparaturpolitik, die darauf verzichtet, die Art und Weise der Produktion des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums zu verändern?

Wer wollte die Berechtigung dieser Fragen bestreiten? Doch können wir sie uns im siebten Jahr des aktuellen Krisenzyklus leisten? Zu offensichtlich ist in vielen europäischen Ländern, dass Austeritätspolitik nur ein anderer Name für eine aggressive Verteilungspolitik ist. Ihr geht es nicht darum, Wertschöpfung und wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Ziel ist vielmehr die Fähigkeit etwa des griechischen und anderer Staaten, in den kommenden Jahrzehnten die Staatsschulden bedienen zu können. Statt um Wertschöpfung geht es um Wertabschöpfung, die Abtretung eines gewaltigen Teils des erwirtschafteten Reichtums auf Jahrzehnte an ›die Märkte‹, von denen in diesem Fall ein erheblicher Teil in Deutschland zu Hause ist. Die Alternative lautet: Schuldknechtschaft, solange es etwas auszupressen gibt, also Löhne gesenkt und öffentliche Sozialleistungen abgebaut werden können, oder Wiedereintritt in einen wirtschaftlichen Zyklus, der ein selbsttragendes Überleben der nationalen Volkswirtschaft ermöglicht.



nolifebeforecoffee/ flickr

UMVERTEILUNG ALS KLASSENKAMPF …

Wer von Umverteilung reden will, muss vom Kampf der Klassen nicht schweigen. Im Gegenteil: Die Krise verweist uns mit elementarer Macht auf die Frage nach der Verfügung über die Mittel der eigenen Reproduktion. Der Mittel für die eigene Subsistenz beraubt, kommt es entscheidend darauf an, einen Platz im Kapitalverhältnis zu finden. Nur durch den Verkauf des eigenen Arbeitsvermögens kann ein Einkommen erzielt werden, mit Hilfe dessen auf anderen Märkten die Mittel der eigenen Reproduktion gekauft werden können – es sei denn, sie werden öffentlich zur Verfügung gestellt oder sozialstaatlich erworben, etwa als Rechtsansprüche auf berufliche Weiterbildung, Krankenversicherung, Alterseinkommen oder andere Formen des individuellen oder gemeinsamen Sozialeigentums.

Bei all dem handelt es sich weniger um eine Frage der vertikalen Verteilung von Einkommen zwischen oben und unten, sondern vielmehr um die Verteilung von Kapital – also der Chance, von Zinsen statt vom Lohn leben zu können. Die Teilung des Volksvermögens, des Betriebs-, Immobilien- und Finanzvermögens schreibt fundamentale Abhängigkeitsverhältnisse fest: Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen 61

Prozent des Volksvermögens, 70 Prozent nicht einmal ein Zehntel und die Hälfte kommt gerade mal auf ein Prozent. Verbinden sich diese Teilungen mit einer Politik des Sozialstaatsabbaus und der Ausweitung der Zonen marktvermittelter Reproduktion und marktfähiger Nachfrage, also der Ökonomisierung immer weiterer Lebensbereiche, dann wachsen Unsicherheit, Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit der alltäglichen Reproduktion dramatisch – individuell wie gesellschaftlich. Immer öfter sind diejenigen glücklich, die auf familiäre, nachbarschaftliche oder andere soziale Ressourcen der Gegenseitigkeit zurückgreifen können.

… UM REPRODUKTIONSBEDINGUNGEN

Die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung um emanzipatorische Ziele kann nicht allein auf dem monetären Feld geführt werden. Es geht immer auch um den Anteil der individuellen und der gesellschaftlichen Reproduktion, der nicht unmittelbar dem Kapitalverhältnis unterstellt ist, also um die Grenzziehungen zwischen marktvermittelten und sozialstaatlich vermittelten, zwischen monetären und nichtmonetären kollektiven Gütern. Ein großer Teil des wirtschaftlichen Drucks, der auf Angehörigen mittlerer Einkommensschichten lastet, resultiert aus der Ausweitung marktvermittelter monetärer Reproduktion, angefangen bei der Gesundheit und endend bei den Kosten für die Schulbildung der Kinder. Eine neue Verteilung zwischen öffentlich und privat kann ein Schlüssel für ein auch politisch wirksames Unten-Mitte-Bündnis sein, gerade weil es entscheidende Lebensbereiche wieder vor der ökonomischen Logik schützen will.

Die anschließende zweite große Frage, die sich aufdrängt, wenn die gesellschaftliche Reproduktion aus der Perspektive der Nichtvermögensbesitzer gestellt wird, ist die Frage nach den »guten Dingen des Lebens«, dem Grund zum Glücklichsein: Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Persönlichkeit, Freundschaft – und Muße, Dinge ohne äußeren Zwang um ihrer selbst willen zu tun. Volkstümlich gibt es »wichtigere Dinge im Leben als Geld«. Marx nannte es die »freie Lebensäußerung, daher Genuss des Lebens« (MEW 40, 463), deren materielle Bedingungen durch die kapitalistische Revolutionierung der Produktionsmittel geschaffen würden. Mittlerweile ist davon auszugehen, dass die Revolutionierung der Produktionsmittel so weit fortgeschritten ist, dass global allen Menschen die Basisgüter eines guten Lebens zugänglich sein können. Die diskursiven Käfige der Linken haben viel mit der verloren gegangenen Fähigkeit zu tun, die emanzipatorischen Versprechen des Communismus mit der bürgerlichen Sinnsuche zu verknüpfen.

Die neoklassischen Ökonomie-Modelle können die entstandenen Ungerechtigkeiten nicht erklären. Sie liefern keine Erklärung dafür, warum an den Finanzmärkten mehr zu verdienen ist als in der Realwirtschaft. Sie erklären nicht die Einkommens-

unterschiede, die horizontalen und vertikalen Verteilungen des Reichtums im Rahmen eines ökonomischen Modells, das zugleich moralische Legitimität beanspruchen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stiften könnte. Die einzige Erklärung lautet: Sie können es tun, denn sie haben die Macht. Damit treten aber wieder Klassen und Konflikte auf die Bühne der Ökonomie, die politische Ökonomie oder das Politische der Ökonomie ist zurück im Spiel.

NEUVERTEILUNG

Die Kraft der gesellschaftlichen und politischen Linken in Deutschland reicht aktuell nicht, in diesen Formierungen eine prägende Rolle zu spielen. Sie kann aber dazu beitragen, den Horizont der politischen Fantasie von der *Umverteilung* zu einer *Neuverteilung* zu öffnen. Sie kann fortfahren, Steine zu werfen, nicht Pflastersteine auf die bruchsicheren Fenster von Banken, sondern diskursive ›Steine‹ guter Fragen und vorstellbarer Möglichkeiten. Mit den im symbolischen Teich aus gesellschaftlichen Klassenkonstellationen, Wahrnehmungsmustern der sozialen Welt und Alltagsbewusstsein ausgelösten Wellen kann sie politisch überraschende Verknüpfungen verbinden. Vom Chronisten der amerikanischen und französischen Revolution wären dabei alte Einsichten in die Dialektik von Veränderung und Umwälzung neu zu entdecken: »Man gelangt nicht immer dann zur Revolution, wenn eine schlimme Lage zur schlimmsten wird. Sehr oft geschieht es, dass ein Volk, das die drückendsten Gesetze ohne Klage und gleichsam, als fühlte es sie nicht, ertragen hatte, diese gewaltsam beseitigt, sobald ihre Last sich vermindert. Die Regierung, die durch eine Revolution vernichtet wird, ist fast stets besser als die unmittelbar vorausgegangene, und die Erfahrung lehrt, dass der gefährlichste Augenblick für eine schlechte Regierung der ist, wo sie sich zu reformieren beginnt. […] Zwanzig Jahre früher erhoffte man nichts von der Zukunft: jetzt fürchtet man von ihr nichts. Die Phantasie, die sich im voraus dieser nahen und unerhörten Glückseligkeit bemächtigt, macht gleichgültig gegen die Güter, die man bereits hat, und drängt den neuen Dingen entgegen.« (Tocqueville 1856, 177f)

LITERATUR

Hayek, Friedrich A. von, 2005: *Die Verfassung der* Freiheit. *Gesammelte Schriften in deutscher Sprache,* Abt. B Band 3, hg. v. Alfred Bosch und Reinhold Veit, Tübingen

Maier, Charles S., 2013: Das Politische in der Ökonomie. Die Machtvergessenheit in der Wirtschaftswissenschaft; in: *Mittelweg 36*, 2/2013, 7–20

Marx, Karl: *Historisch-ökonomische Studien (Pariser Hefte), Auszüge aus James Mills Buch »Éléments d'économie politique«, MEW 40 Ergänzungsband I, Berlin*

Ortner, Christian, 2013: *Prolokratie: Demokratisch in die Pleite,* Wien

Skidelsky, Robert, und Edward Skidelsky, 2013: *Zurück zum Wesentlichen. Was wir zum guten Leben brauchen; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2013,* 79–90

Streeck, Wolfgang, 2013: Was nun, Europa?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik,* 4/2013, 57–68

de Tocqueville, Alexis, 1856: *Der alte Staat und die Revolution,* Warendorf (2013)

Wehler, Hans-Ulrich, 2013: *Die neue Umverteilung,* München

KAMPAGNE UMfairTEILEN

EINE BILANZ

MARTIN BECKMANN UND RALF KRÄMER
GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRE BEI VER.DI

ANNE JUNG
CAMPAIGNING BEI MEDICO INTERNATIONAL

HELGE BAUER
KOORDINIERUNGSKREIS VON ATTAC

TIM HERUDEK
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE DER LINKEN

GERDA SCHNEIDER
INTERVENTIONISTISCHE LINKE

ALEX DEMIROVIĆ
GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT/M

1 WELCHE BEDEUTUNG HAT DIE KAMPAGNE UMfairTEILEN AUS EURER PERSPEKTIVE?

MARTIN BECKMANN UND RALF KRÄMER Das Thema Verteilungsgerechtigkeit ist für ver.di ein politischer Schwerpunkt des Wahljahres 2013. Wir wollen deutlich machen, dass es Zeit ist, den gesellschaftlichen Reichtum umzuverteilen. Dafür wollen wir in der Bevölkerung werben – u.a. mit dem Bündnis Umfairteilen. Im gesellschaftlichen Bewusstsein besteht eine Diskrepanz zwischen einer grundsätzlichen Unterstützung gerechterer Verteilungsverhältnisse und Vorbehalten gegenüber konkreten Umverteilungsvorschlägen. Reichtum muss sichtbar gemacht werden. Reichtumsforschung findet kaum statt und vielen Menschen sind die unglaublichen Dimensionen, die der Reichtum in wenigen Händen angenommen hat, nicht klar (vgl. Reiner in diesem Heft). Außerdem muss deutlich werden, dass die Finanzkrise in eine Schuldenkrise transformiert wurde, was zu enormen Belastungen der öffentlichen Haushalte geführt hat. Um dies zu bewältigen, brauchen wir beispielsweise eine Vermögensabgabe und Vermögensteuer. Umverteilen schafft zudem eine notwendige Grundlage für öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Dienstleistungen.

ANNE JUNG Für uns als kritische Hilfs- und Menschenrechtsorganisation ist es wichtig zu zeigen, dass gerechte Verteilung immer eine globale Dimension hat. Die internationalen Finanz- und Handelsbeziehungen, die oftmals von der EU dominiert werden, sichern den Zugriff des Nordens auf die Rohstoffe des Südens und ermöglichen so die unfaire Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in den Ländern des Südens (vgl. Gebauer in diesem Heft). Doch nicht nur der geografische Süden

ist davon betroffen, in Südeuropa entstehen wachsende Zonen des globalen Südens. In Griechenland haben die Menschen mit den Folgen der von der Troika erzwungenen Sparmaßnahmen zu kämpfen, wie wir dies vorher nur aus Asien, Lateinamerika oder Afrika kannten. Zugang zu Gesundheitsfürsorge wird zum unbezahlbaren Luxus.

Die Lasten werden weltweit nach unten umverteilt, um die Reichen zu schonen. Gleichzeitig schwimmt die Welt in Geld. Es wäre möglich, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen und globale soziale Rechte zu verwirklichen. Allein, es fehlt am politischen Willen. Das wollen wir mit der Kampagne deutlich machen und Lösungsansätze aufzeigen.

KAMPAGNE UMfairTEILEN: Gewerkschaften, NGOs und Sozialverbände gründeten 2012 das Bündnis umFAIRteilen, um in der deutschen Öffentlichkeit die wachsende Ungleichheit in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu skandalisieren. Die Kampagne wird von linken Parteien und zahlreichen lokalen Gruppen und Initiativen unterstützt. Neben bundesweiten Aktionstagen fand Ende Mai 2013 der Kongress »Umverteilen. Macht.Gerechtigkeit« in Berlin statt, an dessen Vorbereitung auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt war. Die Zeitschrift *LuXemburg* hat vier Partnerorganisationen nach ihrer Einschätzung der Kampagne gefragt sowie zwei linke Stimmen, die nicht an dem Bündnis beteiligt waren.

HELGE BAUER Die Krise wirft in Europa die Frage nach einer gerechten Verteilung des Reichtums auf und zeigt Profiteure und Verlierer der aktuellen Politik. Auch in Deutschland werden die katastrophalen Auswirkungen jahrzehntelanger Umverteilung von unten nach oben sichtbar. Es war höchste Zeit, mit Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten, die von breiten Teilen der Gesellschaft unterstützt werden. Unsere Vorschläge würden einen großen Teil der aktuellen sozialen und ökologischen Probleme beheben. Daher hat Attac auf dem Ratschlag im November 2012 die Themen Umverteilung und Krise als die Schwerpunkte der eigenen Arbeit für das Jahr 2013 benannt. Das Bündnis Umfairteilen ist ein Bestandteil dieser Arbeit.

TIM HERUDEK Für die LINKE ist Umfairteilen wichtig, weil es gelungen ist, eine öffentliche Debatte um mehr soziale Gerechtigkeit anzuzetteln und zu stärken. Das ist zentral, weil in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingegriffen wird – wir sind ja angetreten, um diese nach links zu verschieben. Und der Wahlkampf ist nicht mehr weit. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft macht ja gerade etwas Ähnliches von der anderen Seite: eine gut finanzierte Öffentlichkeitskampagne für eine Gerechtigkeitsvorstellung, die die Oberen stärkt und im Einklang mit der Regierungspolitik steht. Unser Feld ist anders: Sozialverbände, Attac, Gewerkschaften, die LINKE u.a. – in dem vielfältig zusammengesetzten Bündnis sind Konzepte zur Stärkung der Unteren entwickelt worden. Uns ist es ein Anliegen, ein Teil – und zwar ein treibender – darin zu sein. Die Aktionen des Bündnisses haben dazu beigetragen, unsere Mitglieder und Unterstützerinnen und Unterstützer zu mobilisieren.

GERDA SCHNEIDER Umfairteilen ist der Versuch, die Themen Reichen- und Vermögensteuer in den Wahlkampf einzubringen. Adressaten sind vor allem SPD und Grüne, weil die LINKE die Forderungen teilt und die

Regierungskoalition dafür nicht druckempfindlich ist. Das hat bisher aber nur bedingt funktioniert. Dennoch gab es einige zeitlich gut platzierte Öffentlichkeitsaktionen, z.B. während der Veröffentlichung des umgeschriebenen Reichtums- und Armutsberichts. Es ist gelungen, das Thema immer wieder öffentlich aufzurufen und die Politik der Sozialkürzungen und Umverteilung von unten nach oben infrage zu stellen.
Nach den Blockupy-Protesten 2012 wurde bei uns über die geplante Kampagne diskutiert. Dass ein breites Bündnis von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden im Zentrum der Krise gegen die neoliberale Zurichtung in Arbeit und Leben auftritt, ist wichtig. Schließlich sind es diese Akteure, die eine emanzipatorische Umverteilung auch durchsetzen könnten. Da dies auf uns als radikale Linke nicht zutrifft, haben wir uns gegen eine Mitarbeit im Bündnis entschieden. Auch wird mit einer finanziellen Umverteilung der Kapitalismus nicht überwunden, wir orientieren hier eher auf Aneignungskämpfe. Außerdem hielten wir es nicht für richtig, eine national fokussierte Kampagne zu unterstützen.

ALEX DEMIROVIĆ Die Umverteilungsprozesse der vergangenen dreißig Jahre müssen ins öffentliche Bewusstsein gehoben werden. Dabei geht es nicht nur um Steuern oder Einkommen, sondern um die gesamte Lebensweise – also Verfügung über freie Zeit, Mobilität, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Nahrung, die regionalen Ungleichheiten in Deutschland, in Europa und global. Ein winziger Bevölkerungsteil verfügt über den globalen gesellschaftlichen Reichtum.

2 DIE ZAHL DER TEILNEHMERINNEN BEI DEN AKTIONEN DES BÜNDNISSES WAR RELATIV GERING. WIE ERKLÄRT IHR EUCH DAS?

MARTIN BECKMANN UND RALF KRÄMER In Umfragen gibt es breite Zustimmung zu den Forderungen, aber tatsächlich treibt das Thema bisher nicht die Massen auf die Straße, sondern eher Aktive aus den beteiligten Organisationen. Es fehlt die drängende Betroffenheit und spontane Empörung. »Reichtum besteuern« ist sehr abstrakt, der Zusammenhang zu konkreten Problemen der Einzelnen muss erst gezeigt werden. Auch fehlt eine akut zugespitzte Entscheidungssituation. Die Sozialverbände mobilisieren nicht die Massen, das kritisch-bürgerliche Spektrum demonstriert lieber gegen Atomkraft und für gesunde Ernährung als gegen soziale Ungleichheit. Für das links-aktivistische Spektrum ist das Bündnis zu zahm. Für die Gewerkschaften ist es nur ein Thema neben anderen, die den Aktiven oft näher liegen. Und die Industriegewerkschaften enthalten sich fast völlig. Damit ist auch der DGB blockiert. Es war nicht möglich, die Verteilungsfrage zu dem zentralen gewerkschaftlichen Thema vor den Wahlen zu machen, was politisch geboten gewesen wäre. Bei den unterstützenden Parteien mobilisiert faktisch nur die LINKE, von der SPD und mit regionalen Ausnahmen auch von den Grünen ist wenig zu sehen.

ANNE JUNG So gering war die Mobilisierung doch gar nicht, in vielen Städten haben etliche tausend Menschen an Demos und Aktionstagen teilgenommen. Zu einer noch größeren Mobilisierung hat es nicht gereicht, weil die Krise hierzulande gerade in der Mittelschicht

noch kaum spürbar ist und die betroffenen Gesellschaftsgruppen sich von unserer Kampagne nicht angesprochen fühlen. Da gibt es Nachholbedarf für die Zeit nach der Bundestagswahl. Auch ist es bislang nicht ausreichend gelungen, soziale Bewegungen für das Thema zu begeistern.

HELGE BAUER Es sind weniger auf die Straße gegangen als erwartet. Trotzdem müssen wir uns auch nicht verstecken. Breit getragene Bündnisse haben viele Stärken, führen aber oft zu einer gewissen Unschärfe der Positionen. Dies erschwert die Mobilisierung. Auch die Darstellung des Bündnisses in Teilen der Medien war nicht gerade hilfreich: Oftmals wurde uns eine Neiddebatte unterstellt, und auch die Konsequenzen der von uns geforderten einmaligen, europaweiten Vermögensabgabe sowie der Vermögensteuer wurden verkehrt dargestellt. Es ist uns beispielsweise nicht gelungen, klar zu machen, dass wir an das Eigenheim einer Mittelstandsfamilie nicht dran wollen.

TIM HERUDEK Die Kampagne war nicht ausreichend zugespitzt: Es gab eine Vielzahl von Konzepten und Forderungen, die aber zum Teil keinen klaren Adressaten hatten. Das Bündnis wirkt dadurch – und ist es auch – eher gemäßigt. Da ist es schwierig, Emotionen zu wecken und über die ›üblichen Verdächtigen‹ hinaus Leute für das Anliegen zu mobilisieren. Die Trägerorganisationen haben auch nicht wirklich Bündnispartner auf dem Feld, auf dem die Entscheidungen über Vermögensteuer u.ä. gefällt werden, nämlich dem Parlament. Das war im Bündnis gewollt, es hat Vorteile, sich parteipolitisch nicht zu engagieren, aber es hat halt auch Nachteile. Die Sozialverbände haben zwar auf dem Papier viele Mitglieder, aber die sind es nur sehr begrenzt gewohnt, auf Demonstrationen und Kundgebungen zu gehen. Für die LINKE war die Kampagne trotzdem förderlich und wir werden uns auch weiter daran beteiligen.

GERDA SCHNEIDER Die Bündnisbreite ist beeindruckend, auch die Tatsache, dass Sozialverbände sich dort politisch äußern und beteiligen. Ich denke, dass die Sozialverbände, Gewerkschaften und die LINKE ihre Basisaktiven mobilisieren, aber darüber hinaus nur schwer überzeugen konnten, aktiv zu werden. Die Mobilisierungsschwäche wirft auch Fragen zur Strategie der Bündnisakteure auf. Möglicherweise setzen sie mit ihrer politischen Agenda nicht ausreichend an den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Menschen an. Also lässt sich nur noch ein geringer, organisierter Teil der Zivilgesellschaft mobilisieren.

ALEX DEMIROVIĆ Wegen der vielen Dimensionen von Verteilung ist das Thema komplex. Außerdem liegt über Verteilungsfragen ein Tabu, das die Neoliberalen darüber errichtet haben. Stichworte: Neiddiskurs und Leistungsgerechtigkeit. Das lässt sich am Parteitag der Grünen sehen: Zu der beschlossenen Erhöhung der Einkommensteuer wurde ausdrücklich betont, es ginge dabei nicht um eine Umverteilung. Ich denke zudem, dass ein Teil der aufgeklärten politischen Liberalen und der Linken das Problem der Verteilung nur als ein Element einer umfassenderen Politik ansehen. Damit Verteilung einen wirklich relevanten Effekt hat, muss – wie John Rawls gezeigt hat – systematisch in die

Eigentumsstruktur der Gesellschaft eingegriffen werden. Erst durch eine dauerhafte Installation von Umverteilungsmechanismen, die auch die Produktionsmittel selbst betreffen, kann Ungleichheit im intergenerationellen Verhältnis und zwischen den verschiedenen Regionen ausgeglichen werden. Um etwas Derartiges durchzusetzen, bedarf es größerer Anstrengungen und mehrerer Anläufe.

3 WO LAGEN DENNOCH DIE STÄRKEN?

MARTIN BECKMANN UND RALF KRÄMER Die Stärke des Bündnisses liegt in seiner Breite. Für einen Sozialverband wie den Paritätischen ist es die erste politische Bündnisaktivität überhaupt. Bei den Aktiven in den beteiligten Organisationen, die die Auswirkungen der öffentlichen und privaten Armut dort täglich zu spüren bekommen, wurde die Erkenntnis verstärkt, dass wir eine Rück-Umverteilung von oben nach unten und zugunsten des Sozialstaats brauchen. Das hat Auswirkungen auf die Diskussionen und Meinungsbildung in diesen Verbänden und auf deren öffentliche Äußerungen. Insgesamt hat die Kampagne erheblichen Einfluss auf das öffentliche Meinungsklima gehabt. Es kommt darauf an, dies fortzusetzen und den Druck auf die politischen Akteure zu verstärken.

ANNE JUNG Eine Stärke ist das Bündnis aus Gewerkschaften, Stiftungen, Sozialverbänden und NGOs, die gemeinsam die Ursachen für die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums benennen. Die großen Sozialverbände sind zum ersten Mal seit langer Zeit bei einer Kampagne dabei. Auf Demos trifft man sonst oft nur die ›üblichen Verdächtigen‹ und plötzlich demonstrieren Hunderte Mitglieder von Sozialverbänden für die höhere Besteuerung der Reichen. Das Thema Umverteilen ist in der politischen Debatte angekommen. Alle Parteien fühlen sich gerade genötigt, sich dazu zu äußern; mit diesem Agenda-Setting ist ein wichtiges Kampagnenziel erreicht. Als kritische Hilfs- und Menschenrechtsorganisation bedauern wir jedoch, wie sehr das Thema weiterhin innerhalb nationalstaatlicher Grenzen verhandelt wird. Ein Blick über Europa hinaus genügt, um zu sehen, dass es immer auch um unfaire Handelsbeziehungen, den Export von GesundheitsarbeiterInnen von Süd nach Nord und um Steueroasen geht.

HELGE BAUER Es gibt eine bemerkenswerte Breite an Trägerorganisationen. Wer hätte z.B. gedacht, dass Attac und der Paritätische Wohlfahrtsverband einmal gemeinsame Forderungen entwickeln, um zu Demonstrationen aufzurufen? Durch gute Medienarbeit ist es uns gelungen, das Thema in die Öffentlichkeit und in den Wahlkampf zu tragen, sodass einiges von den Parteien aufgegriffen wurde. Aktuelle Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung unsere Forderungen jetzt unterstützt. Außerdem haben wir innerhalb weniger Monate über 100 lokale Umfairteilen-Bündnisse aufgebaut, die auf kommunaler Ebene aktiv sind. Hier liegt m.E. der größte Erfolg. Ich halte das für wichtiger als die Teilnehmerzahlen. In den lokalen Bündnissen setzen sich viele Menschen meist ehrenamtlich für eine andere Verteilungspolitik ein. Und diese Menschen erleben tagtäglich,

worum es in ihrer Kommune geht: ob es der fehlende Kitaplatz ist, die Schließung von Stadtteilprojekten oder Kultureinrichtungen oder der nicht mehr bezahlbare Wohnraum.

TIM HERUDEK Mit der Kampagne soll der gesellschaftliche Diskurs verschoben werden, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Dazu ist ein Anfang gemacht und das ist ein starker Anker. Ich hoffe, dass es eine Stärke ist, dass sich untergründig mehr tut, als an der Oberfläche zu sehen ist.

GERDA SCHNEIDER Bundesweit mehrere dutzend lokaler und regionaler Bündnisse aufzubauen ist nicht leicht und ein Erfolg. Die Frage ist nun, ob die Kampage, die eher top-down funktioniert, dieses sich an der Basis entwickelnde Potenzial nutzen kann. Das hieße nämlich, den lokalen Bündnissen mehr Partizipation bei bundesweiten Entscheidungen einzuräumen und damit den Charakter von Umfairteilen eventuell zu verändern. Das könnte zu Konflikten führen. Es wird also darauf ankommen, dass sich die lokalen Bündnisse die Kampagne aneignen. Stark würde die Kampagne, wenn sich die Forderungen stärker zivilgesellschaftlich verallgemeinern würden, und mit ihnen eine Kritik am deutschen Krisenmanagement.

ALEX DEMIROVIĆ Es ist doch erstaunlich, dass mittlerweile Steuererhöhungen, Mindestlohn oder eine Begrenzung von Managergehältern eine gewisse Akzeptanz genießen. Das ist wenig und die wirklich Reichen werden solche Maßnahmen kaum treffen. Aber das Thema ist gesetzt.

4 WIE SEHT IHR DAS VERHÄLTNIS DER KAMPAGNE ZU DEN PROTESTEN GEGEN DIE EUROPÄISCHE KRISENPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND IN ANDEREN EU-LÄNDERN?

MARTIN BECKMANN UND RALF KRÄMER Es gibt zwischen den verschiedenen Kampagnen eher Synergien, da Blockupy stärker in aktivistischen sozialen Bewegungen verankert ist, das Bündnis Umfairteilen hingegen eher von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien getragen wird. Bisher haben wir eher im nationalstaatlichen Rahmen und dort auch meist auf regionaler und lokaler Ebene gewirkt. Der Kongress Umverteilen.Macht. Gerechtigkeit setzte mit inhaltlichen Schwerpunkten zur europäischen Ebene und Organisationen aus der Schweiz und Österreich stärker europäische Akzente.

ANNE JUNG Organisationen wie medico oder Bewegungen wie attac verkörpern bereits Synergien, weil wir in der Kampagne Umfairteilen genauso engagiert sind wie bei Blockupy. Wir haben beispielsweise unsere pakistanische Projektpartnerin, die Gewerkschafterin Zehra Khan, eingeladen, über die tödlichen Folgen neoliberaler Umverteilung am Beispiel der pakistanischen Textilarbeiterinnen zu sprechen – beim Umverteilen Kongress und bei Blockupy!

HELGE BAUER Wichtig ist ein Austausch der verschiedenen Bündnisse und Akteure. Dies klappt teilweise recht gut, teilweise fehlen aber die Ressourcen, um sich effektiver zu koordinieren. Blockupy und Umfairteilen stehen im Kontakt, nicht zuletzt durch Personen,

die parallel in beiden Bündnissen mitarbeiten. Beide sind wichtig, da sie unterschiedliche Teile der Bevölkerung erreichen und wir so breit getragene Proteste ermöglichen, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der aktuellen (Krisen-)Politik zeigen.

TIM HERUDEK Die LINKE ist in verschiedenen der genannten Bündnisse und Spektren präsent, bei Blockupy und bei Umfairteilen sind wir ja sehr aktiv. Auch zum Generalstreik am 14. November gab es zahlreiche Solidaritätserklärungen aus der Partei. Umfairteilen und Blockupy gehören eigentlich zusammen, aber davon wollten die jeweiligen Akteure nichts wissen. Die Bewegungen stärken sich dadurch nur begrenzt gegenseitig: Umfairteilen ist politisch breit aufgestellt und kann damit, zumindest in den Debatten, gesellschaftliche Wirkung entfalten. Blockupy bleibt zu sehr im aktivistischen Milieu – dafür schafft es die notwendige Zuspitzung und damit die mediale Aufmerksamkeit. Außerdem ist Blockupy in der Lage, eine internationale Vernetzung voranzutreiben. Die LINKE wird in beiden Zusammenhängen aktiv bleiben und vielleicht gelingt es uns, eine Art Scharnier zu bilden, indem wir dazu beitragen können, Synergien zu schaffen.

GERDA SCHNEIDER Gegen das deutsche Krisenkommando kann es in und aus der BRD nicht genug Gegenrede geben. Dennoch müsste in der Kampagne die transnationale Perspektive gestärkt werden. Sie ist zu streng auf den nationalen Rahmen beschränkt. Einen Bezug auf Fiskalpakt und die Streiks in Europa gab es bisher nicht. Solange die Kampagne in erster Linie auf die Bundestagswahlen zielt, wird das auch kaum passieren. Aus unserer Perspektive, die wir versuchen, uns auf europäischer und transnationaler Ebene zu organisieren, ist dies eher ein Rückschritt. Der Generalstreik am 14. November 2012, die Proteste gegen den Gipfel in Brüssel im März dieses Jahres sowie der Altersummit im Juni 2013 in Athen wären Gelegenheiten gewesen, deutliche Zeichen zu setzen und der Kampagne ein internationales Profil zu geben.

ALEX DEMIROVIĆ Es gibt ja einen in der Sache liegenden Zusammenhang: Die Krisenpolitik dient dem Zweck, den Vermögensbesitzern ihr Vermögen zu sichern. Dafür werden die Staatshaushalte, die sozialen Sicherungssysteme, die Sparguthaben und Einkommen eines erheblichen Anteils der Menschen in Europa an jene Vermögensbesitzer verpfändet. Dabei geht es nicht um die Reichen in Griechenland, Portugal oder Spanien, diese können sich entziehen; diese Gesellschaften sind genauso wie die deutsche Gesellschaft tief gespalten. Die Diskussion über Umfairteilung ist also ein notwendiger Beitrag zur Bewältigung der Krise in Europa.

Wir müssen ja selbstkritisch feststellen, dass wir trotz eines umfassenden Wissens und vieler richtiger Argumente noch nicht zur wirklichen Protestmobilisierung der Menschen haben beitragen können. Insofern ist es ein weiterer Versuch, Überzeugungsarbeit dafür zu leisten, endlich den Bruch mit denjenigen zu vollziehen, die zwar eine Lösung der Krise versprechen, aber letztlich nur an den Erhalt und die Vergrößerung ihres Reichtums denken.

5 WIE KÖNNTE UND SOLLTE ES WEITERGEHEN?

MARTIN BECKMANN UND RALF KRÄMER Die Unterschriftenkampagne für den Aufruf des Bündnisses läuft weiter. Bisher haben über 100 000 Menschen unterzeichnet. Am 14. September, also direkt vor der Bundestagswahl, wird ein weiterer Aktionstag stattfinden, mit mindestens einer großen Demonstration in Bochum und Berlin.

ANNE JUNG Nach der Bundestagswahl wird es hierzulande darum gehen, die Parteien an ihre vollmundigen Wahlversprechen zu erinnern. medico wird gemeinsam mit Partnerorganisationen aus vielen Ländern des Südens weiter um gerechte Verteilung kämpfen, das reicht von der Forderung nach solidarischer Finanzierung von Gesundheitsdiensten, über die nach bindenden Maßnahmen gegen Schattenfinanzplätze bis zur Unterstützung von gewerkschaftlichen Kämpfen um das Recht auf Organisierung in Pakistan und anderswo. Wenn es gelänge, diese Kämpfe besser zu bündeln, wäre viel gewonnen.

HELGE BAUER Das Bündnis Umfairteilen plant weitere Aktionen in den nächsten Monaten und will damit Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen kritisch begleiten. Wichtig ist es aus meiner Sicht, die Vernetzung mit anderen Bündnissen (auch auf internationaler Ebene) und die kommunale Arbeit der lokalen Bündnisse zu stärken.

TIM HERUDEK Bis zur Bundestagswahl wird es noch einige Aktionen geben, sowohl aus den beiden genannten Bündnissen als auch innerhalb der Gewerkschaften. Gerade ver.di hat ja momentan zwei große Fronten: die Kampagne »Der Druck muss raus«, in der es um die Situation der überlasteten Pflegekräfte in Krankenhäusern geht. Und im Einzelhandel, wo die Arbeitgeber aus den Flächentarifverträgen aussteigen wollen. Die Verbindung mit gewerkschaftlichen Aktivitäten ist für beide Bündnisse gut. Und die Aktionen betreffen Kernpunkte der Politik der LINKEN. Da werden wir vor Ort mit solidarischen Aktionen dabei sein. Außerdem wird es weitere Blockupy-Aktionen im Sommer 2014 geben, wenn der EZB-Tower eröffnet werden soll. Zu wünschen ist, dass wir hier einen neuen Start einer europäischen Widerstandsbewegung erleben. Ähnlich der No-Global-Bewegung von 1999 bis 2007. Umfairteilen will im September zu weiteren Kundgebungen aufrufen, aber da wird es sicher notwendig sein, über das bisherige Konzept hinauszugehen.

ALEX DEMIROVIĆ Fragen der Vermögensverteilung, des Lebens der Reichen und der Besteuerung weiter zu politisieren, erscheint mir zentral. Die Bundestagswahl kann dafür Aufmerksamkeit schaffen. Statt in der Krise Zwangsanleihen oder Vermögensabgaben, Steuern von 75 Prozent für hohe Einkommen einzuführen, wurden vermeintliche Sachzwänge geschaffen, die rechtfertigen, dass soziale und kulturelle Infrastrukturen, Bildungsinstitutionen oder Gesundheitsvorsorge abgebaut und der Staat autoritär gestärkt wird. Wir brauchen neue Protestformen. In Spanien ziehen die Demonstranten in die Stadtviertel der Politiker und Reichen – dies löst Empörung aus, trifft also einen Nervenpunkt. Es wäre aber auch zu überlegen, politisch verstärkt an die Benachteiligten heranzutreten, also neue Formen des Organizing auszuprobieren.

Es fragten Barbara Fried und Thomas Sablowski

UNGLEICHHEIT ERSTICKT ERHOLUNG

JOSEPH E. STIGLITZ

Obamas Wiederwahl glich einem Rorschach-Test, der vielfältigen Interpretationen offen steht. Im Wahlkampf wurden auf beiden Seiten Fragen diskutiert, die auch mich zutiefst beunruhigen: Zum einen die lang anhaltende Konjunkturschwäche, deren Ende nicht absehbar ist, und zum anderen die wachsende Kluft zwischen dem reichsten einen Prozent der Bevölkerung und dem Rest. Letztere bedeutet nicht nur eine Ungleichheit der Einkommen, sondern auch der Ausgangschancen. Für mich sind dies zwei Seiten derselben Medaille: Mit der größten sozialen Ungleichheit seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre ist eine stabile wirtschaftliche Erholung kurzfristig nur schwer möglich und der *American Dream* – der ein gutes Leben durch harte Arbeit verspricht – stirbt. Gewöhnlich behandeln PolitikerInnen die wachsende Ungleichheit und den schleppenden Wiederaufschwung als separate Phänomene, obwohl sie miteinander verflochten sind. Soziale Ungleichheit erstickt Wachstum. Wenn sogar das marktliberale Magazin *The Economist*

(Sonderausgabe 10/2012) erklärt, welche ernst zu nehmende Gefahr vom Ausmaß und dem Charakter der Ungleichheit ausgeht, dann muss etwas ziemlich schief gelaufen sein. Trotzdem haben wir auch nach vier Jahrzehnten wachsender Ungleichheit und dem größten Abschwung seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nichts dagegen unternommen.

Es gibt vier Hauptursachen dafür, dass die Ungleichheit den Wiederaufschwung erstickt. Die unmittelbarste ist, dass die Mittelklasse zu schwach ist, um das Konsumniveau aufrechtzuerhalten, das in der Vergangenheit das Wirtschaftswachstum angetrieben hat. Das oberste eine Prozent der Verdienenden konnte 93 Prozent der Einkommenszuwächse einstreichen, während die Mittelklassehaushalte im letzten Jahr inflationsbereinigt über geringere Einkommen verfügten als im Jahr 1996. Es sind diese Haushalte, die ihre Einkommen tendenziell ausgeben statt sie zu sparen. Sie sind somit die wahren Erschaffer von Arbeitsplätzen. Das Wachstum des Jahrzehnts vor der Krise war nicht aufrechtzuerhalten – es gründete darauf, dass die unteren 80 Prozent der Bevölkerung jährlich ungefähr 110 Prozent ihres Einkommens konsumierten – also auf Pump lebten.

Zweitens wurde die Mittelklasse seit den 1970er Jahren finanziell immer weiter belastet (mit einer kurzen Ausnahme in den 1990ern). Sie konnte nicht ausreichend in ihre Zukunft investieren, weder in Form von Bildung für sich und ihre Kinder, noch durch die Gründung oder Vergrößerung von Unternehmen.

Drittens sinken durch die Schwäche der Mittelklasse die Steuereinnahmen, insbesondere weil sich die Oberschicht so gut darauf versteht, Steuern zu umgehen und Washington zu Steuererleichterungen zu bewegen. Die kürzlich beschlossene Erhöhung des Einkommensteuersatzes für Einzelpersonen, die über 400 000 Dollar im Jahr verdienen, und Haushalte, die mehr als 450 000 Dollar zur Verfügung haben, auf das Niveau der Clinton-Zeit hat an dieser Tatsache nichts geändert. Gewinne aus Börsenspekulationen werden deutlich geringer besteuert als andere Formen von Einkünften. Wegen des niedrigen Steueraufkommens kann die Regierung nicht die Mittel für Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Gesundheit leisten, die für einen langfristigen Wiederaufschwung unabdingbar wären.

JOSEPH E. STIGLITZ war Berater der Clinton-Regierung und Chefökonom der Weltbank, deren Politik er nach seinem Rücktritt in dem Buch *Die Schatten der Globalisierung* scharf kritisierte. Als einer der führenden Keynesianer erhielt er 2001 den Wirtschaftsnobelpreis und lehrt heute Ökonomie an der Columbia Universität in New York. Letztes Jahr erschien *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*, dessen These er hier zusammenfasst.

Viertens geht größere Ungleichheit mit häufigeren und heftigeren Boom- und Krisen-Zyklen einher. Sie machen unsere Wirtschaft instabiler und krisenanfälliger. Obwohl die Krise nicht unmittelbar durch die Ungleichheit verursacht wurde, so ist es doch kein Zufall, dass die 1920er Jahre – als die Einkommensdisparität und die Reichtumsunterschiede in den USA das letzte Mal so groß waren wie heute – in einen Börsenkrach und die Weltwirtschaftskrise mündeten. Der Internationale Währungsfonds hat auf die systema-

tische Beziehung zwischen wirtschaftlicher Instabilität und wirtschaftlicher Ungleichheit hingewiesen, aber die amerikanische Führung scheint diese Lektion nicht gelernt zu haben.

Die zunehmende Ungleichheit steht in krassem Gegensatz zu den meritokratischen Idealen eines Amerika, in dem jeder »es schaffen kann«, wenn er nur hart arbeitet und Talent hat. Sie nimmt Kindern aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeit, ihre Potenziale zu entfalten. In anderen reichen Ländern wie z.B. Kanada, Frankreich, Deutschland und Schweden haben Kinder im Verhältnis zu den USA größere Chancen, erfolgreicher zu sein als ihre Eltern. Mehr als ein Fünftel unserer Kinder lebt in Armut – das ist der zweitschlechteste Wert aller entwickelten Volkswirtschaften, schlechter als Bulgarien, Litauen oder Griechenland.

Unsere Gesellschaft verschwendet ihre wertvollste Ressource: unsere Jugend. Der Traum von einem besseren Leben, der Generationen von ImmigrantInnen in unser Land lockte, wird durch die wachsende Schere zwischen arm und reich zunichte gemacht. Tocqueville, der in den 1830er Jahren den egalitären Impuls als wichtigstes Merkmal Amerikas ansah, würde sich im Grabe umdrehen.

Selbst wenn wir den ökonomischen Imperativ zur Behebung der Ungleichheit ignorieren könnten, wären allein die Folgeschäden für unser soziales Gefüge und das politische Leben Anlass genug zur Sorge. Ökonomische Ungleichheit führt zu politischer Ungleichheit und zu einem dysfunktionalen demokratischen Prozess. Ungeachtet der Beteuerungen Obamas, allen AmerikanerInnen helfen zu wollen, machten die Rezession und die Folgen der Krisenbewältigung alles noch viel schlimmer. Während 2009 riesige Summen für die Bankenrettung ausgegeben wurden, stieg die Arbeitslosigkeit im Oktober desselben Jahres auf zehn Prozent an. Die heutige Quote von 7,8 Prozent scheint zunächst besser, lässt sich jedoch vor allem auf die Tatsache zurückführen, dass viele Menschen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, nie Teil davon waren oder Teilzeitstellen angenommen haben, da sie keine Vollzeitbeschäftigung finden konnten. Eine hohe Arbeitslosigkeit drückt natürlich das Lohnniveau. Die inflationsbereinigten Reallöhne stagnieren oder sind gesunken. Das durchschnittliche Einkommen eines männlichen Arbeiters war im Jahr 2011 (mit 32 986 Dollar) geringer als etwa 1968 (33 880 Dollar). Im Gegenzug haben die sinkenden Steuereinnahmen zu gesamtstaatlichen und lokalen Kürzungen bei Leistungen geführt, die gerade für die mittleren und unteren Einkommensgruppen entscheidend sind.

Der größte Vermögenswert der meisten US-AmerikanerInnen ist ihr Eigenheim. Mit dem dramatischen Preisverfall für Immobilien sanken folglich auch die Vermögen der Haushalte – insbesondere, da so viele Menschen so hohe Kredite für ihre Häuser und Wohnungen aufgenommen hatten. Der Nettowert des Vermögens vieler Haushalte nahm ab: Das durchschnittliche Vermögen eines Haushalts fiel um fast 40 Prozent von 126 400 Dollar im Jahr 2007 auf 77 300 Dollar im Jahr 2010 und erholte sich seitdem nur leicht. Seit Beginn der Krise 2007 ging der größte Teil des Zuwachses des gesamtgesellschaftlichen Reichtums an die Reichsten.

Während die Einkommen stagnierten oder sanken, schnellten die Studiengebühren in die

Höhe. In den USA führt der Weg zu höherer Bildung – der einzigen sicheren Möglichkeit sozialen Aufstiegs – in die Verschuldung. Die Schuldenlast von Studienkrediten, die sich derzeit auf insgesamt eine Billion Dollar beläuft, übertraf 2010 zum ersten Mal die Gesamtverschuldung durch Kreditkarten. Schulden aus Studienkrediten erlöschen quasi nie, nicht einmal bei Zahlungsunfähigkeit oder wenn das Kind verstirbt, für das die Eltern einen Studienkredit aufgenommen hatten. Die (Hoch-) Schulen sind von Profitstreben zugunsten ausbeuterischer Investoren getrieben. Die Studienkreditschulden werden auch dann nicht erlassen, wenn Hochschulen eine unangemessene Ausbildung anbieten, die Studierenden mit irreführenden Versprechungen ködern und die Ausbildung nicht zu einem entsprechenden Anstellungsverhältnis führt.

Statt Banken mit Geld zu überhäufen, hätten wir versuchen können, unsere Wirtschaft von unten her wieder aufzubauen. EigenheimbesitzerInnen, deren Schuldenlast höher ist als der Wert ihres Hauses, hätte ein Neuanfang gewährt werden können, indem die Wertminderungen durch entsprechende Teilabschreibungen der Kredite ermäßigt worden wären. Den Banken hätten im Gegenzug Anteile an den Gewinnen in Aussicht gestellt werden können, sollten sich die Immobilienpreise wieder erholen. Obama hat die Banken gerettet, aber nicht ausreichend in die ArbeiterInnen und Studierenden investiert. Wir hätten erkennen können, dass die Fähigkeiten junger Menschen verkümmern, wenn sie arbeitslos sind. Wir hätten sicherstellen können, dass sie sich alle entweder in der Schule, der Universität, einer Ausbildung oder in Arbeitsverhältnissen befinden. Stattdessen haben wir zugelassen, dass die Jugendarbeitslosigkeit auf das Doppelte der landesweiten Gesamtarbeitslosigkeit angestiegen ist. Die Kinder der Reichen können die Schule beenden und die Universität besuchen, ohne sich ungeheure Schuldenlasten aufzuladen oder ihre Lebensläufe mit unbezahlten Praktika aufzupeppen. Junge Menschen aus mittleren oder ärmeren Verhältnissen können das nicht. Wir säen die Saat künftiger Ungleichheit.

Die Regierung Obama trägt natürlich nicht allein die Schuld. Die drastischen Steuersenkungen 2001 und 2003 unter Präsident George W. Bush und seine Billionen verschlingenden Kriege im Irak und in Afghanistan haben das Sparschwein geschlachtet und die soziale Kluft vertieft. Die neu ausgerufene Haushaltsdisziplin seiner Partei – die nicht mehr ist, als das Beharren auf niedrigen Steuern für die Reichen und Kürzungen bei den Leistungen für die Armen – ist der Gipfel der Scheinheiligkeit. Es gibt allerhand Entschuldigungen für wirtschaftliche Ungleichheit. Manche behaupten, wir könnten sie nicht beeinflussen und verweisen auf die »Kräfte des Marktes«, auf Globalisierung, Handelsliberalisierung und technologische Neuerungen oder auf den »Aufstieg des Rests der Welt«. Andere versichern, ein Eingreifen in diesen Kreislauf würden uns alle zu Verlierern machen, weil es unseren jetzt schon stotternden ökonomischen Motor abwürgen würde. All das sind eigennützige, ignorante Unwahrheiten.

Die Kräfte des Marktes existieren nicht in einem Vakuum – wir gestalten die Rahmenbedingungen. Andere Länder, wie das schnell wachsende Brasilien, haben die Bedingungen so gestaltet, dass sie ökonomische Ungleichheit reduzieren und gleichzeitig mehr Möglichkei-

ten und größeres Wachstum schaffen. Länder, die weitaus ärmer sind als wir, haben beschlossen, dass alle jungen Menschen Zugang zu Nahrung, Bildung und Gesundheitsversorgung bekommen sollten, damit sie ihre Hoffnungen erfüllen können. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den USA und die Art und Weise, wie sie umgesetzt werden, haben ebenfalls Spielräume geschaffen – allerdings vor allem für Missbrauch im Finanzsektor, für absurde Abfindungen von Spitzenmanagern oder für Monopolisten, die ihre konzentrierte Macht unrechtmäßig ausnutzen.

Ja, der Markt wertet manche Fähigkeiten höher als andere und diejenigen, die solche Fähigkeiten haben, werden erfolgreich sein. Ja, Globalisierung und technologischer Fortschritt haben zum Verlust von Facharbeiterstellen in der Produktion geführt, die hier wahrscheinlich auch nicht wieder entstehen werden. Die Beschäftigungszahlen in der Produktion sinken weltweit, schon allein durch die enorme Produktivitätssteigerung. Und wahrscheinlich wird nur ein schrumpfender Anteil der insgesamt sinkenden Zahl neuer gewerblicher Arbeitsplätze in den USA entstehen. Selbst eine »Rettung« dieser Arbeitsplätze würde vor allem darin bestehen, besser bezahlte Arbeit in schlechter bezahlte Arbeit zu verwandeln – wohl kaum eine längerfristige Perspektive.

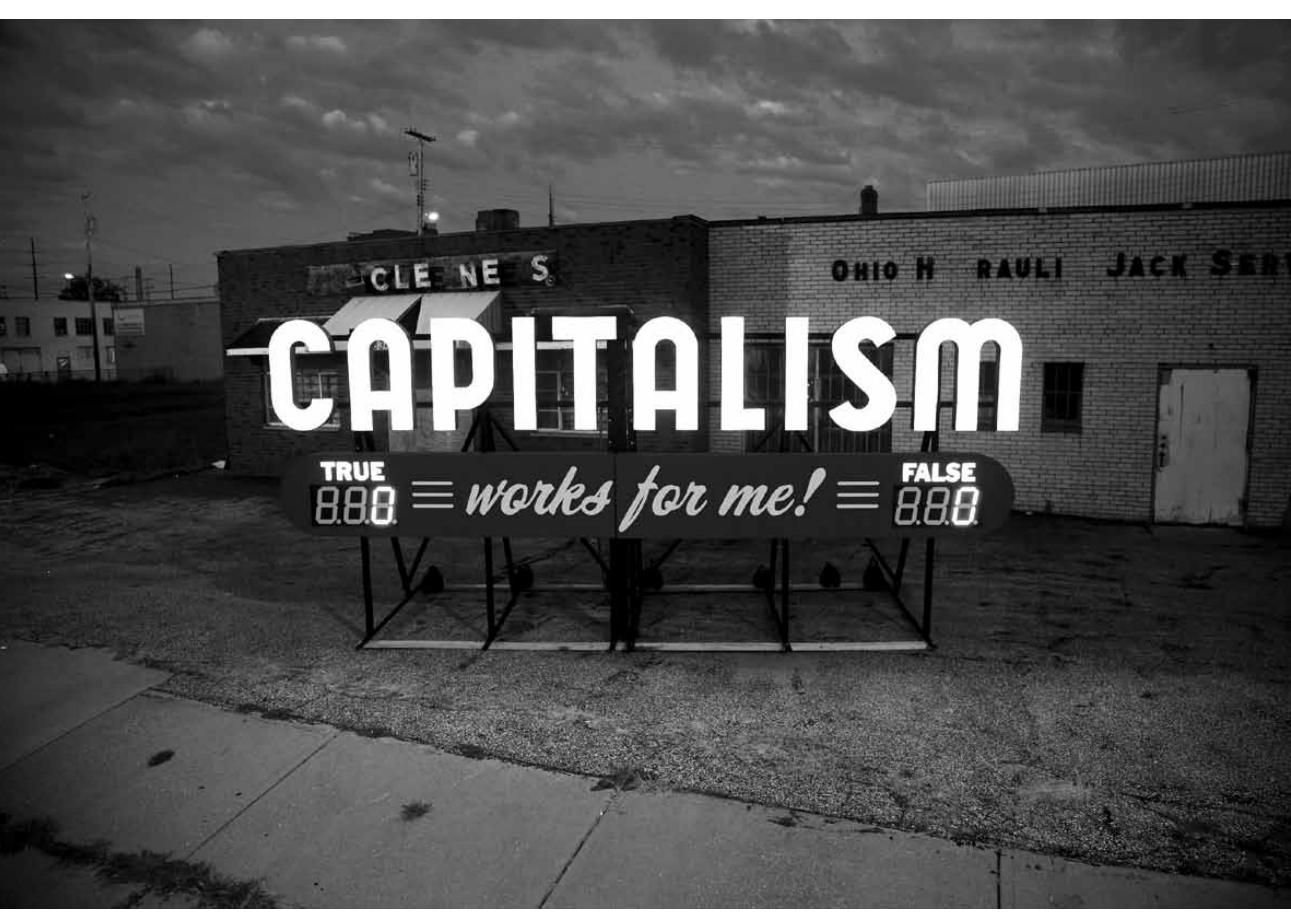
Die Globalisierung und die unausgeglichene Art und Weise, in der sie vorangetrieben wurde, hat die Verhandlungsmacht der ArbeiterInnen geschwächt: Firmen können mit Standortverlagerungen drohen – besonders wenn die Steuergesetzgebung Investitionen im Ausland begünstigt. Dies hat die Gewerkschaften geschwächt. Und obwohl Gewerkschaften manchmal auch zu Rigidität beitragen, so verfügen doch die Länder, die am erfolgreichsten auf die Krise reagierten, wie Deutschland oder Schweden, über starke Gewerkschaften und starke soziale Sicherungssysteme. Zu Beginn der zweiten Amtszeit Obamas müssen wir daher alle anerkennen, dass unser Land sich nicht schnell und nachhaltig von der Krise erholen kann, ohne wirksame Maßnahmen gegen die Ungleichheit zu ergreifen. Wir brauchen eine umfassende Antwort, die zumindest breite Investitionen in Bildung, ein stärker gestaffeltes Steuersystem und eine Besteuerung von Spekulationsgewinnen beinhalten sollte.

Die gute Nachricht ist, dass sich unser Denken gewandelt hat: Früher haben wir gefragt, wie viel Wachstum wir für ein bisschen mehr Gleichheit und Chancengleichheit zu opfern bereit wären. Mittlerweile erkennen wir den hohen Preis, den wir für unsere Ungleichheit zahlen. Wir sehen, dass die Verringerung sozialer Ungleichheit und die Förderung wirtschaftlichen Wachstums zusammenhängen, komplementäre Ziele sind. Es liegt an uns allen – unsere politische Führung inbegriffen –, den Mut und Weitblick aufzubringen, dieses erdrückende Elend endlich zu lindern.

Aus dem Amerikanischen von Tashy Endres. Der Text erschien zuerst auf http://opinionator.blogs.nytimes.com/2013/01/19.

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

Auf diesen Beitrag reagierten Paul Krugman, Keynesianer, Wirtschaftsnobelpreisträger und regelmäßiger Kolumnist der New York Times, sowie Dean Baker, Co-Direktor des Center for Economic and Policy Research in Washington, D.C.
Beide Texte in der Online-Ausgabe der *LuXemburg*.



Installation von Steve Lambert, 2011,
transmediale/flickr

RÜCKVERTEILEN!

SABINE REINER

Verteilungsgerechtigkeit ist Wahlkampfthema. Bis zu 90 Prozent der Bevölkerung in Deutschland finden die Verteilung von Einkommen und Vermögen ungerecht. Wenn es ans Umverteilen geht, ist die Zustimmung nicht mehr so eindeutig.

Umverteilen scheint ein böses Wort, schwingt doch mit, dass jemandem etwas weggenommen werden soll. Davor schrecken viele zurück. Sie haben einschlägige Erfahrungen oder sie glauben, hohe Vermögen oder Einkommen stünden für Leistungsgerechtigkeit. Die Apologeten der Leistungsgesellschaft haben ganze Arbeit geleistet: Umverteilen macht ein schlechtes Gewissen, denn jeder weiß, dass Geld erst verdient werden muss, bevor es verteilt werden kann. Tatsächlich muss aber jeder Euro »erst erarbeitet werden, bevor er ›verdient‹ werden kann« so lautet der Gegen-Satz zum Argument der Leistungsapologeten. Sehr treffend hat das Schweizer Denknetz deshalb vorgeschlagen, von »Rückverteilen« zu sprechen, statt von Umverteilen (Ringger 2013).[1]

UMVERTEILUNG UND REICHTUMSPFLEGE

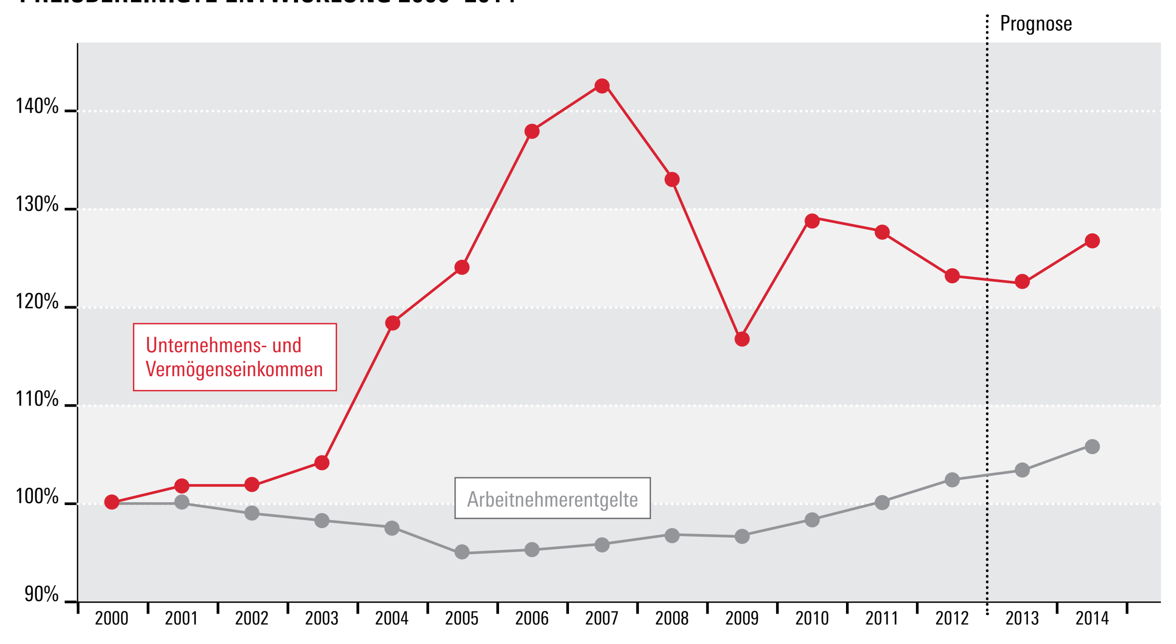
Über die genaue Verteilung von Einkommen und Vermögen kursieren unterschiedliche Zahlen. Ein wesentlicher Grund ist, dass offizielle Statistiken umso dürftiger werden, je höher man bei den Vermögensverhältnissen kommt. Das »Gesamtvermögen« besteht aus Geldvermögen inklusive Wertpapieren und Beteiligungen an Unternehmen, abzüglich Krediten und anderen Verbindlichkeiten sowie Anlagegütern, Bauten und Bauland. Nicht eingerechnet wird das Gebrauchsvermögen. Vom so definierten Vermögen besaß nach dem kürzlich veröffentlichten 4. Armuts- und Reichtumsbericht im Jahr 2008 das vermögendste Zehntel der Bevölkerung 53 Prozent, 1998 waren es 45 Prozent. Die untere Hälfte dagegen besaß ein Prozent – 1998 waren es immerhin noch drei (BMAS 2013, 12).

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die Verteilung in der Spitze durch die Methode der Hinzuschätzung für das Jahr 2007 ergänzt. Demnach konzentrieren sich bei den reichsten zehn Prozent 67 Prozent des Vermögens, beim reichsten Hundertstel 36 Prozent und beim reichsten Promille (das sind ca. 80 000 Personen) 22,5 Prozent (DIW 2010, 52 und DIW 2011). Knapp eine Million Geldvermögensmillionäre gibt es mittlerweile hierzulande. Das Vermögen der 500 reichsten Deutschen summiert sich aktuell auf 500 Milliarden Euro. Sie gehören zu den Superreichen: eine ultraprivate und souveräne Gruppe, hierzulande wohl etwa 1 500 Personen und Familien, deren Vermögen mehr als 500 Millionen umfasst. Sieben von ihnen gehören zur Gruppe der »100 reichsten Menschen der Welt«, die der Milliardärsindex von Bloomberg täglich publiziert: Das Vermögen der Albrecht, Schwarz, Otto, Klatten, Quandt, Plattner und nochmals Quandt summierte sich am 10.5.2013 laut Milliardärsindex auf 115,5 Milliarden Dollar (Bloomberg 2013). Im *Richistan* der Superreichen wohnen weltweit 10–20 000 Personen, darunter 2–3 000 Milliardäre (Krysmanski 2012, 82f). Richistan ist übrigens eine Männerwelt: Laut der jährlich erscheinenden Liste des Wirtschaftsmagazins Forbes waren 2012 von den 1426 Dollar-Milliardären weltweit 138 weiblich. Das ist eine Frauenquote von 9,7 Prozent.

Sind die nackten Zahlen schon erschreckend genug, kommt hinzu, dass die Vermögenskonzentration im Trend weiter zunimmt. Das ist Ergebnis von Reichtumspflege durch Umverteilung bei Einkommen und bei der Steuerbelastung. In Deutschland ist der Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt – also den im Inland produzierten Gütern und Dienstleistungen – seit der Jahrtausendwende praktisch ausschließlich auf das Konto von Gewinn- und Vermögenseinkommen geflossen. Preisbereinigt liegen die ArbeitnehmerInnenentgelte aller Beschäftigten heute zusammen nur minimal über dem Niveau des Jahres 2000, zwischenzeitlich lagen sie sogar fast fünf Prozent darunter. Gewinne und

SABINE REINER bewegt sich trittsicher in der linken Männerdomäne der Ökonomie: Sie ist Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik bei ver.di. Davor war die promovierte Politologin Referentin in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, deren stellvertretende Vorsitzende sie seit Ende 2012 ist. An der Konzeption des Kongresses »Umverteilen.Macht.Gerechtigkeit« war sie maßgeblich beteiligt.

LÖHNE UND PROFITE IN DEUTSCHLAND
PREISBEREINIGTE ENTWICKLUNG 2000–2014



Prognose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013, eigene Preisbereinigung (Verbraucherpreise)
Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
Prognose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013, eigene Preisbereinigung (Verbraucherpreise)

Vermögenseinkommen dagegen liegen, ebenfalls preisbereinigt, um über 20 Prozent höher.

Erreicht wurde diese völlig asymmetrische Verteilung der Ergebnisse gesellschaftlicher Arbeit durch eine rigorose Entwertung von Arbeit. Zwischen 2000 und 2012 wurden rund zwei Millionen sozialversicherte, unbefristete Vollzeitjobs vernichtet. Das angebliche Beschäftigungswunder heute beruht auf einer Ausweitung von Minijobs, unfreiwilliger Teilzeit, Leiharbeit und Werkverträgen. Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse und der zusätzliche Druck durch die Zumutbarkeitsregeln von Hartz IV haben für eine Ausweitung und Verfestigung von Niedriglöhnen gesorgt. Mehr als ein Fünftel der Beschäftigten arbeitet für Niedriglöhne, bei den Frauen ist es ein Drittel. Beschäftigte mit Tarifvertrag konnten ihre Realeinkommen gerade noch verteidigen. Wer aber ungeschützt arbeiten muss, hatte dabei kaum Chancen.

Zur Schieflage bei der Primärverteilung kommt Reichtumspflege durch Steuerpolitik. Gegenüber 1999 hat der Staat sich selbst um Einnahmen von 70 Milliarden Euro pro Jahr gebracht. Die verschiedenen Reformen haben die Einkommensungleichheit erheblich verschärft, so eine Studie der Wiener Ökonomin Margit Schratzenstaller: »Der implizite Steuersatz auf Bruttolöhne und -gehälter wurde in Deutschland seit Anfang des vergangenen Jahrzehnts um 1,7 Prozentpunkte (und damit stärker als im EU15-Durchschnitt) reduziert. [...] Der Kapitalsteuersatz ging um 6,3 Prozentpunkte und damit ein Mehrfaches im EU-Vergleich

zurück« (Schratzenstaller 2013, 25). Dagegen hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Konsum belastet, was Schratzenstaller als »Schwächung des Leistungsfähigkeitsprinzips« (ebd., 24) bezeichnet, weil indirekte Steuern geringere Einkommen stärker belasten.[2]

Steuerentlastungen bei Gewinnen und hohen Einkommen haben außerdem eine Schieflage bezüglich Geschlechtergerechtigkeit. Zum einen leiden sozial Schwache und Frauen besonders darunter, wenn wegen geleerter Staatskassen öffentliche Angebote zurückgestutzt oder verteuert werden. Zum anderen profitieren sie viel seltener von großzügigen Entlastungen wie der Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf nur noch 42 Prozent (bzw. 45 Prozent bei zu versteuernden Jahreseinkommen über 250 000 Euro). Im obersten Zehntel der EinkommensbezieherInnen, also bei denjenigen, die am stärksten von der Senkung profitieren, sind Frauen nur noch zu 15 Prozent vertreten (Gender Datenreport 2005).

SCHULDEN = VERMÖGEN, ODER: SCHULDENPROBLEME SIND VERTEILUNGSPROBLEME

Die Schuldenfrage ist in der Verteilungsdebatte das am stärksten mit Mythen behaftete Thema. Zumindest im deutschen Sprachgebrauch hat jemand, der Schulden hat, Schuld auf sich geladen: Er oder sie gibt mehr aus als sie hat (siehe »schwäbische Hausfrau«) und versündigt sich an kommenden Generationen. Ob die kommenden Generationen nicht ein funktionierendes Bildungs- oder Gesundheitssystem einem schuldenfreien Staatshaushalt vorziehen würden, ist allerdings offen. Dass Vermögen die Kehrseite von Schulden sind, kommt eigentümlicherweise in der Schuldendebatte nicht vor. Aber: Wo Verschuldete oder Schuldner sind, müssen Gläubiger sein, die gegenüber den Schuldnern einen Anspruch auf künftige Zahlungen, also Vermögen, haben. Wenn jemand Ersparnisse oder Vermögen anlegen will, müssen andere bereit sein, sich zu verschulden. Und wo viel Vermögen Anlage sucht, haben andere hohe Schulden: der Staat, private Investoren oder das Ausland. In der Volkswirtschaftslehre ist dieser Zusammenhang unter dem Begriff »Saldenmechanik« bekannt. Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungssalden von privaten Haushalten, Unternehmen, Staat und Außenhandel addieren sich zu Null. Üblicherweise sparen private Haushalte – nicht jeder Einzelne, aber per Saldo alle zusammen – und verschulden sich Unternehmen, um zu investieren. In Deutschland haben allerdings Unternehmen, in den Jahren 2004–2007 ebenfalls ›gespart‹, also per Saldo mehr Kredite getilgt als neue aufgenommen, und auch der Staat hat immer weniger Schulden aufgenommen. Funktionieren konnte dies nur, weil sich das Ausland gegenüber Deutschland verschuldet hat. In den heutigen Krisenländern war es umgekehrt: Dort haben sich vor allem (Finanz-)Unterneh-

VERMÖGENSVERTEILUNG

	Schwelle	Durchschnitt	Vermögen in Mrd. Euro
Reichstes	1%	ab 770 000 Euro	3 700 000 Euro
Reichste	10%	ab 210 000 Euro	690 000 Euro

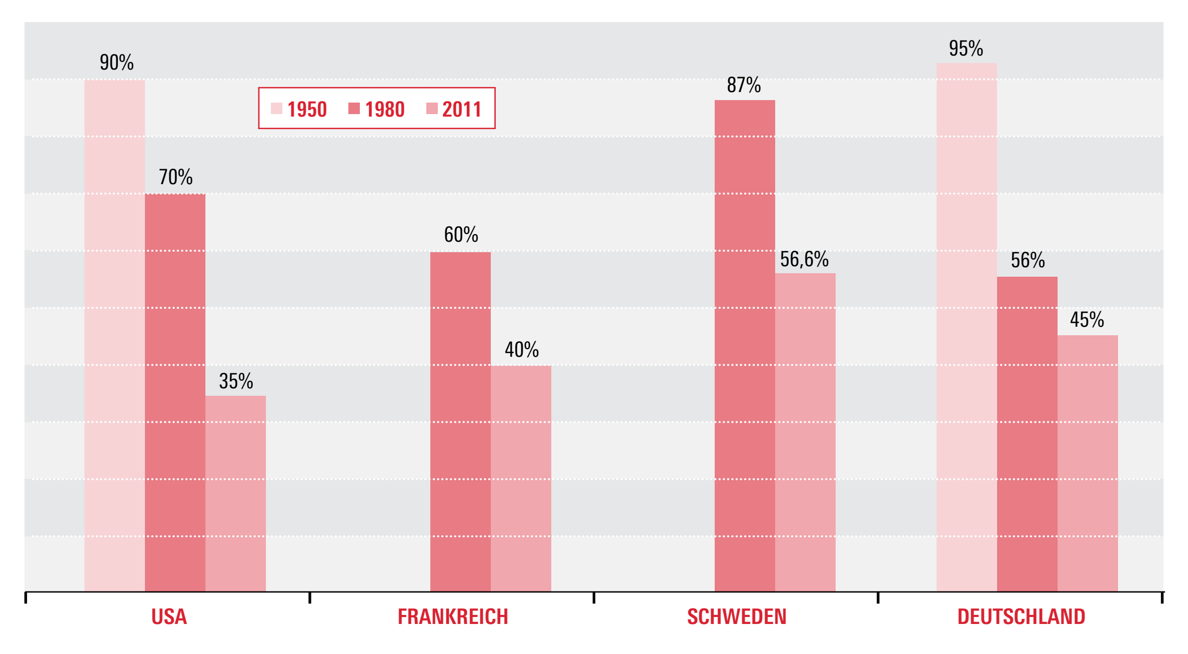
Grundgesamtheit:
70 Mio. Personen, Reichstes 1%, 700 000; Reichstes 10%: 7 Mio.

Nettovermögen der privaten Haushalte:
Immobilienvermögen, Finanzvermögen und Versicherungsguthaben, Betriebsvermögen einschließlich Beteiligungen, Gold, Schmuck, Kunstsammlungen. Abzüglich der Verbindlichkeiten (Hypotheken u.a. Kredite).

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011

SEIT JAHRZEHNTEN STEUERGESCHENKE FÜR REICHE
SPITZENSTEUERSÄTZE BEI DER EINKOMMENSTEUER

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Quellen: OECD Tax Data Base, The Tax Foundation, Bundesministerium der Finanzen

men und private Haushalte gegenüber dem Ausland immer stärker verschuldet. In der Krise sind durch die bekannten Rettungsaktionen aus privaten Schulden der Unternehmen (Banken) öffentliche Schulden dieser Länder geworden.

In Westeuropa stehen 27 Billionen Euro an Geldvermögen einer öffentlichen Verschuldung von zehn Billionen Euro gegenüber (Allianz Global Wealth Report 2012). Nicht von ungefähr hat die des Sozialismus unverdächtige Boston Consulting Group ein Papier veröffentlicht, das zur Bekämpfung der Schuldenkrise eine einmalige europaweite Abgabe von 33 Prozent auf alle Geldvermögen oberhalb von 100 000 Euro zur Diskussion stellt. Damit könnte die Verschuldung innerhalb Europas wieder auf ein tragbares Niveau zurückgeführt werden (Rhodes/Stelter 2011).[3] Schuldenabbau bei den einen ohne Anlagemöglichkeiten für das dadurch frei werdende Vermögen bei den anderen kann jedenfalls rein logisch nicht funktionieren. Rückverteilung kann also einen relevanten Beitrag zur Behebung der Schuldenkrise leisten.

RÜCKVERTEILEN – ABER WO FÄNGT REICHTUM AN?

Wenn es ums Rückverteilen geht, ist die Frage interessant, ab wann jemand reich ist. Bei einem Gesamtvermögen von über neun Billionen Euro in Deutschland beträgt das durchschnittliche Vermögen pro Kopf über 100 000 Euro. Betrachtet man nur das Geldvermögen, sind es 4,8 Billionen brutto und 3,3 Billionen Euro netto (Statistisches Bundesamt 2012).

Würde das durchschnittliche Gesamtvermögen als Maßstab für die Rückverteilung genommen, bräuchten über 80 Prozent der Bevölkerung nichts zu befürchten. Schon ab einem Vermögen von 70 000 Euro gehört man zu den reichsten 20 Prozent – ein Vermögen, das die meisten nicht mit Reichtum assoziieren. Sind die oberen zehn Prozent reich? Schon ab einem Vermögen von 210 000 Euro gehört man dazu. Im Schnitt haben die reichsten zehn Prozent freilich ein Vermögen von fast 700 000 Euro. Auch in den oberen Sphären ist das Vermögen also stark konzentriert.

Werden Vermögensteuern oder -abgaben erst oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro erhoben, ist davon weniger als ein Prozent der Bevölkerung betroffen (vgl. Hersel/Troost in diesem Heft). Dies entspricht dem Vorschlag von ver.di: Mit einer regelmäßigen Vermögensteuer in Höhe von einem Prozent besteuert werden sollen Nettovermögen über einer Million Euro pro Erwachsenem und 200 000 Euro pro Kind. Das jährliche Aufkommen würde bei rund 20 Milliarden Euro liegen (ver.di 2012).

Zusätzlich zur Vermögensteuer soll eine einmalige Vermögensabgabe analog zum Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg erhoben werden. Auch hier wäre ein Freibetrag von einer Million Euro zu gewähren. Die Abgabe soll progressiv sein: Zunächst zehn Prozent, oberhalb eines Vermögens von zehn Millionen Euro sollen es 20 Prozent und ab 100 Millionen Euro 30 Prozent sein. Allerdings würde die Abgabe über einen Zeitraum von zehn Jahren gestreckt, sodass maximal drei Prozent pro Jahr fällig würden. Auch beim Lastenausgleich gab es eine zeitliche Streckung über 30 Jahre, die



Abgabe hatte damals sogar eine Höhe von 50 Prozent. Eine so gestaltete Vermögensabgabe würde insgesamt 300 Milliarden Euro erbringen. Das entspricht ziemlich genau dem durch Bankenrettungsmaßnahmen verursachten Anstieg der öffentlichen Verschuldung.

Erheblichen Spielraum zum Rückverteilen gibt es jedoch nicht nur bei den Vermögen, sondern auch bei den Einkommen. Ende der 1980er Jahre war das Gehalt von Dax-30-Managern 14mal so hoch wie das Durchschnittsgehalt der bei ihnen Beschäftigten, heute ist es 49mal so hoch. Der VW-Vorstandsvorsitzende erhält mehr als 45 000 Euro am Tag. Für das Jahresgehalt des Deutschbankers Anshu Jain müsste eine Erzieherin 390 Jahre arbeiten.

Sicherlich muss zuerst bei den Primäreinkommen angesetzt werden. Dazu sind in Deutschland existenzsichernde Löhne nötig, eine Rückabwicklung der Agenda 2010 und endlich ein gesetzlicher Mindestlohn. Europaweit müssen die Angriffe auf Arbeitnehmerrechte zurückgenommen und Tarifvertragssysteme geschützt werden. Einen wegweisenden Vorschlag haben außerdem die Schweizer Jusos unterbreitet: Sie haben die Volksinitiative »1:12 – Für gerechte Löhne – gestartet, die verlangt, dass der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn nicht höher sein darf als das Zwölffache des niedrigsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes. Abgestimmt werden soll darüber im November 2013 oder Frühjahr 2014.

Flankierend kann aber auch die Einkommensteuerpolitik zur Rückverteilung genutzt werden. »Gerechtigkeitsterror«, lautete eine der Schlagzeilen zum französischen Vorschlag für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 75 Prozent. Prinzipiell spricht nichts gegen eine solche Höhe. In Frankreich haperte es lediglich an einer technisch korrekten Umsetzung. Nur Einzelpersonen mit einem Jahreseinkommen von über einer Million Euro hätten den neuen Spitzensteuersatz zahlen müssen, egal ob allein oder mit Familie. Eine Familie, in der beide Eltern je 900 000 Euro Jahreseinkommen erzielen, wäre nicht betroffen gewesen. Dies wurde zu Recht als Ungleichbehandlung kritisiert. Der politische Wille vorausgesetzt, wäre eine Nachbesserung möglich. Und aus der Welt sind solche Steuersätze beileibe nicht, nur etwas aus der Mode. Immerhin beträgt auch heute der Spitzensteuersatz in Schweden noch 56 Prozent. Von dort ist nichts über einen Massenexodus von Millionären bekannt. Besser aber noch ist die Orientierung an den USA bis zur Amtsübernahme von Ronald Reagan: Spitzensteuersatz 70 Prozent. Und in Zeiten finanzieller Notstände bei den öffentlichen Haushalten – wie zum Beispiel heute – waren durchaus Einkommensteuersätze von über 90 Prozent üblich.

Als letztes Beispiel für Ansatzpunkte zum Rückverteilen sei die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung genannt. Die einseitige Orientierung am Wettbewerb der Nationen in der EU und weltweit ist auch an nationalen Steuerbehörden nicht vorbeigegangen. Diese werden gleich von zwei Seiten in die Zange genommen. Erstens gilt lasche Steuerprüfung als Standortvorteil und zweitens sind die Steuerbehörden von Kürzungen in den angeblich aufgeblähten Staatsapparaten betroffen. Eine Studie für den Europäischen Gewerkschaftsbund des Öffentlichen Dienstes (EGÖD) zeigt, dass seit 2007 in 24 von 28 Ländern Europas Stellen bei Steuerbehörden

abgebaut wurden, teilweise um über zehn Prozent (EPSU 2013).[4]

Steuerflucht und Steuerhinterziehung ist ein Reichensport, auch wenn gerne »der kleine Mann« angeführt wird, der doch auch bei der Steuererklärung ein paar Kilometer mehr für den Weg zur Arbeit angibt. Die meisten kommen mit der Pendlerpauschale nicht über den Arbeitnehmerfreibetrag hinaus, der sowieso gewährt wird. Der wesentliche Unterschied zu wirklich Reichen ist: Bei Beschäftigten wird die Lohnsteuer direkt an der Quelle abgezogen, nämlich vom Arbeitgeber. Da bleibt keine Gestaltungsmöglichkeit. Die haben nur diejenigen, die Kapital und Vermögen besitzen, aus denen sie Einkünfte erzielen. Wenn die hoch anmutenden Schätzungen von rund einer Billion Euro Einnahmeverlusten durch Steuerflucht und -hinterziehung in Europa zutreffen – auch der EU-Kommissar Semeta verwendet diese Zahl –, würde es nur zehn Jahre dauern, um die gesamten akkumulierten öffentlichen Schulden allein durch diese Einnahmen verschwinden zu lassen.

Die nackten Zahlen zeigen: Umverteilung hat zu einer gewaltigen Schieflage bei Einkommen und Vermögen geführt. Reichtum hat sich sehr hartnäckig bei einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung festgesetzt. Vermögensteuer und Vermögensabgabe, höhere Einkommensteuer oder Kampf gegen Steuerkriminalität treffen keineswegs die breite Mittelschicht oder gar die wahren Leistungsträger, wie die Lobby der Reichen uns weismachen will. Sie sind, neben der dringend nötigen Korrektur bei der Primärverteilung, erste Ansatzpunkte zum Rückverteilen. Leistung muss sich lohnen und ein Leben in sozialer Sicherheit muss für alle möglich sein. Ohne Rückverteilung wird das nichts.

LITERATUR

Allianz (Hg.), 2012: *Global Wealth Report,* www.allianz.com/de/economic_research/publikationen/spezialthemen/agwr12d.html

Bloomberg (Hg.), 2013: *Bloomberg Billionairs. Today's ranking of the world's richest people,* www.bloomberg.com/billionaires/2013-05-09/aaa/aaapa

EPSU (Hg.), 2013: Impact of austerity on jobs in tax services and the fight against tax fraud and avoidance in EU 27 + Norway. Report commissioned by EPSU (EGÖD)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), 2013: *Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung,* 7. März 2013

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2010: *Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe,* Berlin (sowie ergänzend, dass. 2011: Berechnungen des DIW auf Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) 2007, Tabelle unter https://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitik_aktuell/data/DIW-Zahlen.pdf)

Gender Datenreport, 2005: Erster Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München

Krysmanski, Hans Jürgen, 2012: *0,1 %. Das Imperium der Milliardäre,* Frankfurt

Rhodes, David, und Daniel Stelter, 2011: *Back to Mesopotamia? The Looming Threat of Debt Restructuring,* Boston

Ringger, Beat, 2013: *Rückverteilen und die Welt retten. Denknetz Diskussionspapier 7*

Schratzenstaller, Margit, 2013: *Für einen produktiven und solide finanzierten Staat. Studie im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung,* Berlin

Statistisches Bundesamt (Hg.), 2012: *Sektorale Vermögensbilanzen und Finanzstatistik,* Berlin

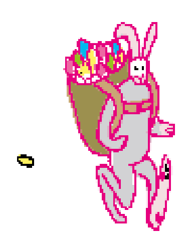
Ver.di, 2012: Vermögensteuer und Vermögensabgabe, in: *Wirtschaftspolitische Informationen* 5, www.wipo.verdi.de

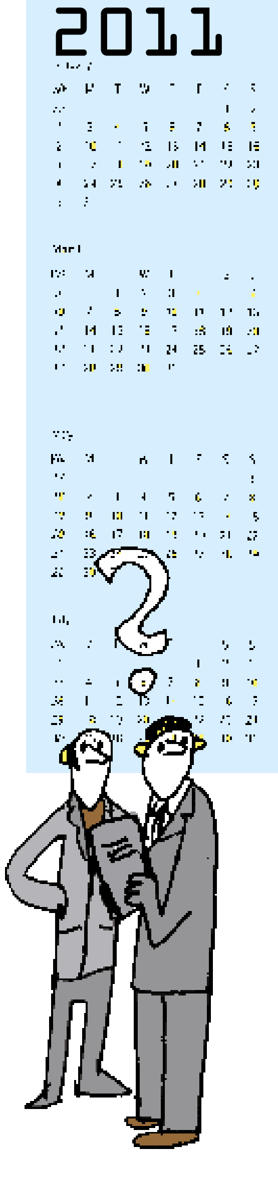
1 Zu Mythen in der Verteilungsdebatte siehe außerdem ver.di: *Antworten auf Einwände gegen Gerechtigkeit,* https://wipo.verdi.de/argumente.

2 Deutlich auch das Handelsblatt v. 20.8.2012: »Die Superreichen wurden überproportional stark entlastet und zahlen seitdem relativ gesehen weniger Steuern. So müssen die 50 Superreichen nur noch 29 Prozent ihres Einkommens abgeben, stolze 19 Prozentpunkte weniger als zu Kanzler Kohls Zeiten.«

3 Unter einem tragbaren Niveau verstehen die Autoren eine Gesamtverschuldung von 180 Prozent am Bruttoinlandsprodukt, abgeleitet aus einer jeweiligen Verschuldung der drei Sektoren (öffentliche Haushalte, Unternehmen und private Haushalte).

4 Der Bericht entstand im Rahmen der EGÖD-Kampagne »Where has the money gone? We want it back: Europe's missing € 1 Trillion«, www.notaxfraud.eu.



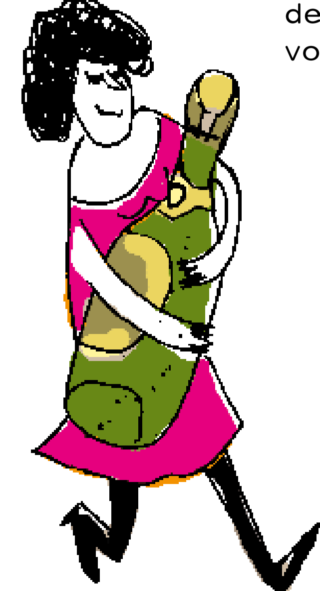


Frauen in Deutschland verdienen durchschnittlich 23% weniger als Männer. Sie müssen etwa also drei Monate länger arbeiten, um gleich viel Geld auf dem Konto zu haben. Umgerechnet auf das Arbeitsjahr 2011 hätten Frauen vom 1. Januar 2011 bis zum 23. März 2012 arbeiten müssen, um dasselbe wie Männer zu verdienen (»Equal Pay Day«).[E2]

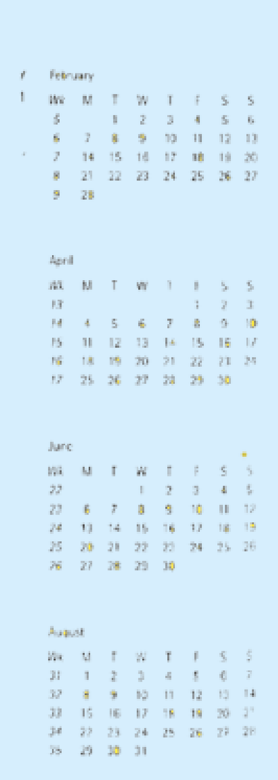
BESCHISSATLAS

Schluss mit der Hirnvernebelung! Ute Scheub und Yvonne Kuschel illustrieren Zahlen und Fakten über den Beschiss dieser Gesellschaft. Schieflagen werden anschaulich.

70% der erwerbstätigen Mütter in Deutschland arbeiten in Teilzeit, aber nur 5% der erwerbstätigen Väter. Ungefähr jede 8. erwerbstätige Frau hat einen Minijob, bei dem sie nur minimale Rentenansprüche erwirbt. Folge: Im Alter oder bei Scheidung droht Armut. Eine Sachverständigenkommission, die 2011 im Auftrag des Bundesfamilienministeriums den ersten Gleichstellungsbericht erstellt hat, forderte deshalb, die steuerliche Förderung von Minijobs aufzugeben.[E3]



53% der arbeitenden Frauen weltweit sind laut UN Women in prekären Jobs beschäftigt, oft ohne Schutz durch Arbeitsgesetze – zum Beispiel als kleine Selbstständige oder Straßenverkäuferinnen.[E4]



February

Wk	M	T	W	T	F	S	S
5		1	2	3	4	5	6
6	7	8	9	10	11	12	13
7	14	15	16	17	18	19	20
8	21	22	23	24	25	26	27
9	28						

April

Wk	M	T	W	T	F	S	S
13					1	2	3
14	4	5	6	7	8	9	10
15	11	12	13	14	15	16	17
16	18	19	20	21	22	23	24
17	25	26	27	28	29	30	

June

Wk	M	T	W	T	F	S	S
22			1	2	3	4	5
23	6	7	8	9	10	11	12
24	13	14	15	16	17	18	19
25	20	21	22	23	24	25	26
26	27	28	29	30			

August

Wk	M	T	W	T	F	S	S
31	1	2	3	4	5	6	7
32	8	9	10	11	12	13	14
33	15	16	17	18	19	20	21
34	22	23	24	25	26	27	28
35	29	30	31				



September

Wk	M	T	W	T	F	S	S
35				1	2	3	4
36	5	6	7	8	9	10	11
37	12	13	14	15	16	17	18
38	19	20	21	22	23	24	25
39	26	27	28	29	30		

November

Wk	M	T	W	T	F	S	S
44		1	2	3	4	5	6
45	7	8	9	10	11	12	13
46	14	15	16	17	18	19	20
47	21	22	23	24	25	26	27
48	28	29	30				

October

Wk	M	T	W	T	F	S	S
39						1	2
40	3	4	5	6	7	8	9
41	10	11	12	13	14	15	16
42	17	18	19	20	21	22	23
43	24	25	26	27	28	29	30
44	31						

December

Wk	M	T	W	T	F	S	S
48				1	2	3	4
49	5	6	7	8	9	10	11
50	12	13	14	15	16	17	18
51	19	20	21	22	23	24	25
52	26	27	28	29	30		

31

2012

January

Wk	M	T	W	T	F	S	S
52							1
1	2	3	4	5	6	7	8
2	9	10	11	12	13	14	15
3	16	17	18	19	20	21	22
4	23	24	25	26	27	28	29
5	30	31					

February

Wk	M	T	W	T
5			1	2
6	6	7	8	9
7	13	14	15	16
8	20	21	22	23
9	27	28	29	



March

Wk	M	T	W	T	F	S	S
9				1	2	3	4
10	5	6	7	8	9	10	11
11	12	13	14	15	16	17	18
12	19	20	21	22		24	25

23





Eine alleinstehende Geringverdienende muss in Deutschland knapp 45% ihres Arbeitgeberbruttos für Steuern und Sozialabgaben ausgeben. Ein Multimillionär hingegen kommt nur auf eine durchschnittliche Steuerlast von 28,7%.[B16]

Top-Verdienende müssen weltweit immer weniger Steuern zahlen. Von 2003 bis 2009 sank der Spitzensteuersatz laut einer Studie der Beratungsgesellschaft KPMG in 86 Ländern von durchschnittlich 31,2% auf 28,9%. 37 Länder hatten ihren Steuerhöchstsatz gesenkt.[B17]

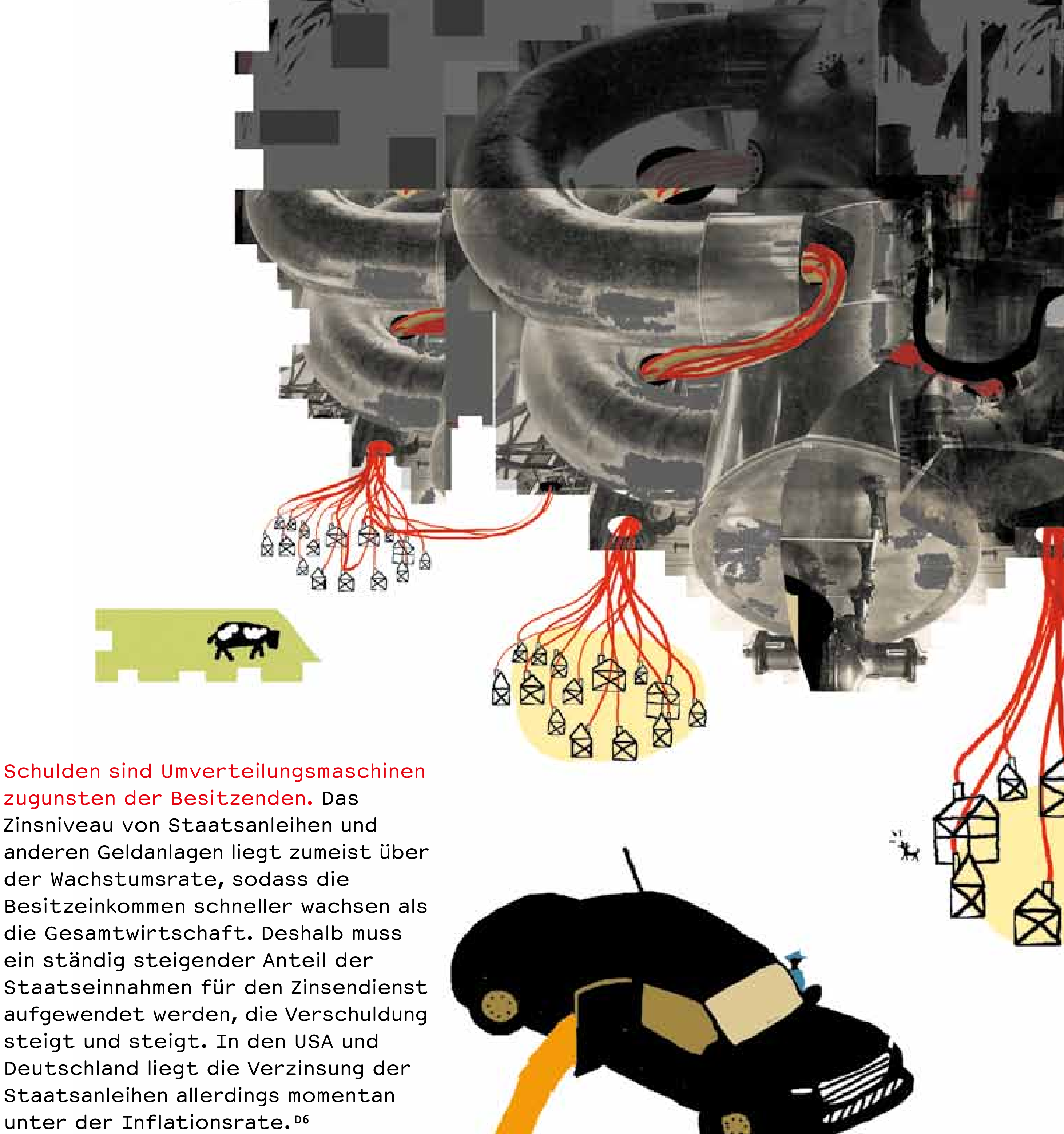
Nur 5% der in Hamburg wohnenden Einkommensmillionäre erlebten 2009 eine Außenprüfung der Steuerbehörden. In keinem anderen Bundesland wohnen so viele Millionäre, und nirgendwo wurden sie so wenig kontrolliert. Nach Ansicht von Steuerexperten ist das politisch gewollt. In Deutschland gibt es etwa 30 000 Spitzenverdienende mit Jahreseinkommen von über einer halben Million Euro. 2008 wurden jedoch nur 1 770 »Steuerpflichtige mit bedeutendem Einkommen« kontrolliert.[B18]

Der deutsche Staat finanziert sich zu 60% durch Steuern und Abgaben, die den Faktor Arbeit belasten. Umweltsteuern, die sowohl die Arbeitenden als auch die Natur entlasten würden, machen hingegen nur 5,5% der Staatsfinanzen aus.[B19]

1 Mio Euro

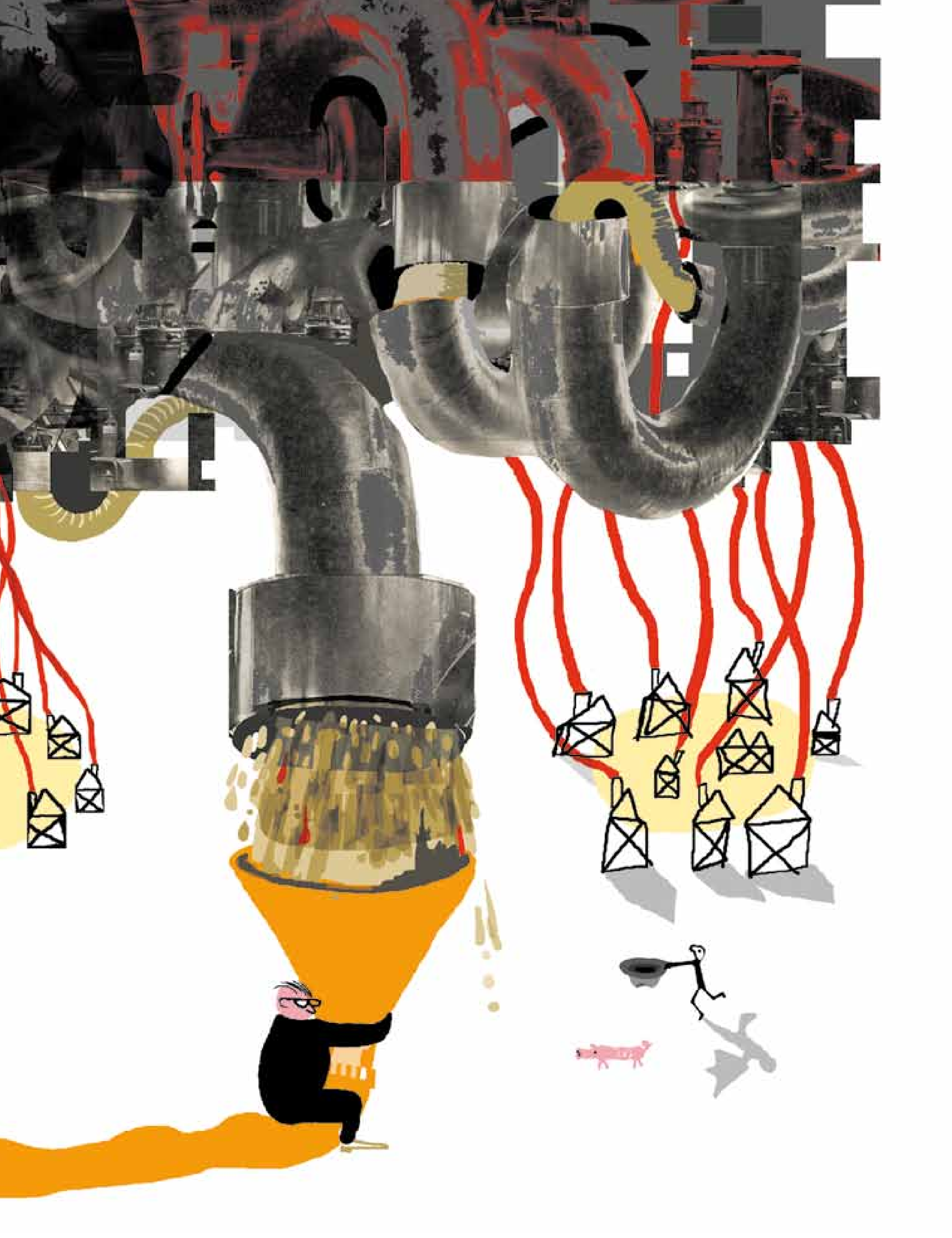


Ein Betriebsprüfer der Finanzämter treibt durchschnittlich 1 Million Euro pro Jahr ein. Bundesweit fehlen derzeit laut Ver.di 2 700 Betriebsprüferinnen und 300 Steuerfahnder.[B20]



Schulden sind Umverteilungsmaschinen zugunsten der Besitzenden. Das Zinsniveau von Staatsanleihen und anderen Geldanlagen liegt zumeist über der Wachstumsrate, sodass die Besitzeinkommen schneller wachsen als die Gesamtwirtschaft. Deshalb muss ein ständig steigender Anteil der Staatseinnahmen für den Zinsendienst aufgewendet werden, die Verschuldung steigt und steigt. In den USA und Deutschland liegt die Verzinsung der Staatsanleihen allerdings momentan unter der Inflationsrate.[D6]

Wenn man die Schuldendienste der armen Länder an die reichen Staaten einrechnet, sind es die Armen, die den Reichen Entwicklungshilfe leisten. Ihr Zinsendienst liegt seit Jahrzehnten über den Beträgen, die sie als Entwicklungshilfe erhalten. Viele dieser Schulden sind illegitim: Sie entstanden etwa durch Luxusankäufe von Diktatoren oder Waffenlieferungen.[D7]



ALMOSEN – NEIN DANKE!

UELI MÄDER

Kürzlich suchte ich in einem Spielwarengeschäft ein Geschenk aus. Der Verkäufer beriet mich sachkundig, schleppte das große Paket über den Ausgang hinaus bis zur Bushaltestelle und lehnte mein zusätzliches Entgelt mit dem Hinweis ab, bloß seine Pflicht zu tun und kein Trinkgeld zu benötigen. Seine Haltung kontrastierte meine etwas hilflose Geste, im Kleinen symbolisch umzuverteilen, was im Großen weder bei den verfügbaren Einkommen noch bei den privaten Vermögen klappt. Und schon gar nicht bei der Teilhabe an der Wirtschaft.

SOZIALE BRISANZ VERSCHÄRFT SICH

Seit Ende der 1980er Jahre setzt sich in der Schweiz ein finanzkapitalistisches Regime durch, das soziale Gegensätze legitimiert, Kapitalgewinne forciert und die wirtschaftliche Macht weiter konzentriert. Zwei Finanzinstitute, die Crédit Suisse und UBS, vereinen die Hälfte des gehorteten Bankenkapitals. Sie verfügen mit multinationalen Konzernen wie Nestlé und Novartis zusammen über viel Ein-

fluss, können staatliche Einrichtungen dazu bewegen, Verluste abzudecken, Steuervorteile zu gewähren und hohe Preise zu akzeptieren. Zum Beispiel für Medikamente. Dabei helfen ständige Drohungen, in autoritär geführte Regionen abzuwandern, die Kartelle noch rigoroser und ›liberaler‹ zu schützen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg tendierte der politisch liberale Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit immerhin noch zu einem beschränkten sozialen Ausgleich. Mit dem Aufschwung des Neoliberalismus verbreitete sich eine neue Markt- und Kapitalgläubigkeit. Der Markt bestimme doch den Wert der Arbeit, sagte mir Gerhard Schwarz, Direktor von Avenir Suisse, einer Denkfabrik der Wirtschaft. Seitdem verstärken sich nun vier Trends. *Erstens* nimmt die Erwerbslosigkeit zu. Wenn Maschinen manuelle Arbeit ersetzen, könnte uns das zwar mehr Zeit und Geld bescheren, zumal die Produktivität steigt. Es hapert aber an der Verteilung. *Zweitens* halten Teile der nominell steigenden Löhne mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt. Das führt vor allem zu mehr erwerbstätigen Armen (*working poor*). *Drittens* orientiert sich das überforderte System der sozialen Sicherheit einseitig an der Erwerbsarbeit, es ignoriert neue Lebenslagen. So geraten viele Alleinlebende, Alleinerziehende und Familien mit Kindern in Bedrängnis. Dies auch deshalb, weil die Schweiz seit 2004 trotz enorm steigendem Reichtum weniger Anteile ihres Bruttoinlandsproduktes für soziale Sicherheit bereitstellt (BSV 2012). V*iertens* erhöht sich die soziale Kluft zwischen den verfügbaren Einkommen und den privaten Vermögen (Mäder et al. 2010). Und das politisch demokratische Korrektiv ist nicht in der Lage, die soziale Polarisierung zu verhindern.

Politische Macht verhält sich oft schwach gegenüber wirtschaftlich Starken und stark gegenüber sozial Schwachen. Härtere soziale Gegensätze bestätigte mir auch Daniel Vasella, der langjährige CEO und Verwaltungsratspräsident von Novartis. Er fragte jedoch zurück, was daran problematisch sei, es dynamisiere doch die Entwicklung. Andere Reiche sorgen sich mehr um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Einzelne hoffen sogar, die Finanzkrise möge zu einem Umdenken und dazu führen, das demokratische Korrektiv gegenüber kommerziellen Interessen zu stärken. Viele Reiche lehnen indes politische Eingriffe ab.

UELI MÄDER ist Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel und Professor an der Hochschule für Soziale Arbeit. Er forscht zu der Frage, »Wie Reiche denken und lenken« (2010).

Sie begnügen sich mit privaten Zuwendungen an soziale Stiftungen oder beruhigen sich mit kleinen Gesten gegenüber Bediensteten und nennen das direkte Umverteilung.

FÜR WENIG ENTGELT

Michel Müller ist Landschaftsgärtner. Er pflegte während der letzten Jahrzehnte die Gärten mehrerer Villen und erzählte mir von seinen Erfahrungen. Er erlebte wenig Knauseriges und viel Großzügiges, wobei ihn das manchmal irritierte. Bei einem reichen Paar holte ihn ein Chauffeur ab und sein Tageswerk begann mit einem zweiten Frühstück, auch gab es immer Zwischenverpflegungen. Sie vermittelten ihm den Eindruck, mehr Unterhalter denn Gärtner zu sein. War der Garten wieder

»zwäg« [in gutem Zustand], bat ihn »Madame« schon bald etwas nachzubessern. »Aber ich wusste beim besten Willen nicht was.«

Michel Müller kam fünfeinhalbjährig in ein Waisenhaus. Der Heimleiter züchtigte ihn oft. Später arbeitete er in einer Gärtnerei. Während der Rezession verlor er seine Anstellung. Er half nun bei einer Tankstelle aus. Bis sich die Kundschaft zunehmend selber bediente. Über ein Zeitungsinserat bot er sich nun für minimales Entgelt als Gärtner an und erhielt schon bald mehrere Anfragen. Sein Kleinunternehmen florierte, ruinierte aber seine Gesundheit. Deshalb konzentrierte er sich auf wenige Reiche. Das tat auch seinem Selbstwertgefühl gut.

»Ich war selbstständig und mein eigener Meister«, erzählt Michel Müller. »Ein Direktor kam schon am ersten Tag extra zum Mittagessen heim, um mit mir die Gestaltung des Gartens zu besprechen. Und weil er eine halbe Stunde zu spät kam, erlaubte mir seine Frau, in der Zwischenzeit das Haus zu besichtigen. In der Regel wurde ich zum Kaffee eingeladen. Als ob ich ein Eigner wäre. Nur wenige ließen mir die Suppe nach draußen bringen. Aber viele leben ja selber auch eher bescheiden.« Wobei der Schein manchmal trügt. So erwies sich ein besserer Geräteschuppen als Luxussauna mit offenem Kamin. In einer Loggia entdeckte er einen Swimmingpool. Aber diese Superreichen profitierten gleichwohl bei Einkäufen von seinen Rabatten, die er im Gartenbaugeschäft erhielt. Sie akzeptierten auch seinen tiefen Lohn, gaben ihm aber etwas mehr Trinkgeld.

Michel Müller brauchte etwa zwei Wochen für einen Garten. Er arbeitete, wie gewünscht, alleine. »Denn Reiche fürchten nichts so sehr, als wenn man über sie spricht.« Auf seine Verschwiegenheit war Verlass. »Mir sind gute Beziehungen mehr wert als Geld.«

WOLLTE NICHTS VON HIER

Nadia Degen diente ebenfalls bei Reichen. Für 22 Franken (ca. 18 Euro) pro Stunde. Sie arbeitete für eine private Pflegefirma. »Bei einem alten Ehepaar schwimmte ich im Lob«, erzählte sie mir. Das tat ihr gut. Sie waren nett. »Und wir mussten hier eine 24-Stunden-Betreuung organisieren.« Das kostete 30 000 Franken im Monat, mit Köchin, Pflegefachfrau, Nachtwache und allem. Anders verhielt es sich an einem andern Ort. »Die Herrin herrschte mich immer wieder an und behandelte mich als Gesinde. Und wenn sie telefonierte, befahl sie mir manchmal während des Gespräches, noch dies oder jenes zu tun. Sie musste irgendwas beweisen und stellte mich gegenüber andern als ihre Putzfrau vor.«

Eine andere Frau legte beim Essen ihre Prothese ins Trinkglas. »Manchmal tätschelte sie mir mit ihrem Stock auf mein Hinterteil und musste dann kichern, auch wenn sie zum Spaß grobe Schimpfwörter benutzte. Oder sie versuchte, mich zu erschrecken. Ihre Tochter konnte nicht einmal zuschauen, wenn wir ihrer Mutter die Windeln wechseln mussten. Sie hielt die Hilflosigkeit ihrer Mutter nicht aus, die mit mir noch nach Argentinien wollte. Und als einmal eine Kreditkarte herumlag, sagte sie mir, ich könne die Karte entsorgen. Ich begleitete die gute Frau dann zur Bank. Und da stellte sich heraus, dass noch 60 000 Franken auf diesem Konto lagen. Sie hob dann 10 000 Franken Haushaltsgeld ab,

Der Wert der Renten in Deutschland ist seit 2001 real um 7% gefallen. Grund: Inflation und Sozialkosten steigen schneller als die Altersbezüge. Gleichzeitig nimmt die Altersarmut zu: Immer mehr alte und kranke Menschen sind auf staatliche Sozialleistungen angewiesen.[D14]

In Deutschland steigt die Zahl der Älteren, die arbeiten müssen oder auf Sozialleistungen angewiesen sind, weil ihre Rente nicht ausreicht. 2010 gingen rund 660 000 Menschen zwischen 65 und 74 Jahren einer geringfügigen Beschäftigung (Minijob) nach. Besonders grassiert die Altersarmut unter Frauen, die wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht voll erwerbstätig waren und keine oder geringere Gehälter bezogen.[D15]

Bei der Rente subventioniert die Unterschicht die Elite. Männer mit weniger als 1 500 Euro brutto im Monat werden laut einer Studie des Gesundheitsexperten Karl Lauterbach im Schnitt nur 72 Jahre alt, Männer mit über 4 500 Euro dagegen fast 80. Sie beziehen also rund 8 Jahre länger Rente. Nur 79% der geringverdienenden Männer erreichen überhaupt das Rentenalter, bei den Einkommensstarken sind es hingegen 91%. In Schweden ist diese Kluft deutlich kleiner und beträgt nur 2 Jahre.[D17]



Private Rentensysteme sind unsicherer, ungerechter und wesentlich teurer als das öffentliche Umlageverfahren bei den gesetzlichen Renten. Die Gebühren für Banken und Versicherungen machen private Vorsorge kostspieliger als öffentliche. Viele Fonds haben höhere Verwaltungskosten als die öffentlichen Rentenkassen. Manche Pensionsfonds haben sich zudem in der Finanzkrise kräftig verzockt.[D16]

Nachweise Seite 36–41, 45:
B16 OECD, Taxing Wages, 2011; Stefan Bach et al., Effective Taxation of Top Incomes in Germany, Working Papers June 2011
B17 www.kpmg.de/Presse/15728.htm; Daniel Gratzla, Top Verdiender zahlen weniger Steuern, Tagesspiegel 25.8.09
B18 Claus Hulverscheidt, Millionäre bevorzugt, SZ 4.3.11; Ulrike Hermann, Hurra, wir dürfen zahlen, FfM 2010, S. 143f
B19 Forum Öko-Soziale Marktwirtschaft, www.foes.de, 2.8.11
B20 http://wipo.verdi.de/broschueren/skandal-steuervollzug_1; Hermann, a.a.O.
D6 Felber, 50 Gründe, S. 53, 59,
D7 Weed, Schuldenreport 2004, www.erlassjahr.de
D14 Rentner verlieren an Kaufkraft, Spiegel Online 5.7.11
D15 dapd und epd 22.8.11
D16 Felber, 50 Gründe, S. 78
D17 Ulrike Hermann, a.a.O, S. 175; Karl Lauterbach, Der Zweiklassenstaat, Berlin 2008, S. 128ff
E2 www.equalpayday.de
E3 Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, www.bmfsfj.de, Juni 2011
E4 UN Women Report 6.7.11, www.unwomen.org

obwohl 400 gereicht hätten. Ihre Tochter anerbot mir, für meine Dienste ein Bild auszuwählen. Aber ich wollte nichts von hier. Die einen suchen Wärme und wollen dich als Tochterersatz, bei andern musst du den Hintereingang benutzen. Sie wollen einfach ihr Ego befriedigen.«

SIE HEBEN AB

Über das Ego von Reichen sprach ich auch mit Gerhard Dammann, Leiter der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen. Er beschreibt den Narzissmus als Motor für Erfolg. Narzissten fehle die Bodenhaftung und das Gefühl für Grenzen. Sie heben ab und sehen in andern viel Feindliches, um sich besser über sie erhöhen zu können. Sie gewähren wenig Unterstützung, weil die Energie eigenen Zielen nutzen soll. Zudem verlangt die Konkurrenz, sich gegen andere durchzusetzen. Was zählt, ist der eigene Selbstwert. Erfolg verkommt zum Selbstzweck. Wer sich selbst überhöht, hält andere auf Distanz, die einen bewundern sollen. Die Angst vor Nähe verunmöglicht Empathie. Der Narzissmus führt zu einem Zynismus, der andere entwertet und Neid schürt. Besonders im oberen Kader. Mächtige streben nach mehr Anerkennung. Dabei geht es nicht um fördernde Hinwendung zu anderen Menschen, stellt auch Psychotherapeut Thomas Kornbirchler fest. Mächtige müssten das leere Selbst immer wieder affektiv aufladen. Die Egomanie ziele darauf, andere für eigene Zwecke zu vereinnahmen. Sie weise sich gerade in Krisen gerne als schützende Hand aus. Guten Anklang fände der Ruf nach Stärke und sauberen Tugenden. Als Feindbild diene der »überbordende Staat«. Wer von eigenen Vergehen ablenken wolle, projiziere sie gerne auf andere. Er verbinde ökonomische Interessen mit etwas Philanthropie. Das verleihe der eigennützigen Botschaft mehr Würde. Soweit psychologische Deutungen. Sie sind durchaus relevant, aber etwas trügerisch. Nämlich dann, wenn sie den Anschein erwecken, nette Mächtige könnten strukturelle Krisen verhindern und eine soziale Wirtschaftspolitik durchsetzen.

TRÜGERISCH MACHT VERSCHIEBEN

Trügerisch können auch berechtigte Kritiken an den hohen Boni sein. Auf CEOs fokussiert, lenken sie davon ab, wie jene sich selbst bereichern, die große Unternehmen besitzen. Dank mehr »Aktionärsdemokratie« lassen sich auch Dividenden weiter erhöhen. Darauf wies mich sogar der ehemalige VR-Präsident der Novartis hin. Er hätte bei seinem Abgang im Frühjahr 2013 noch 72 Millionen Franken erhalten sollen, um in den nächsten Jahren bei keinem neuen Konzern anzuheuern. Auf meine Forderung, die oberen Einkommen zu senken, meinte Daniel Vasella, dann fließe bloß mehr Geld – am Fiskus vorbei – zu den Aktionären.

Ob sich zunehmend Macht von den Besitzenden zum Management verlagert, ist fraglich. Etliche Manager und wenige Managerinnen erhalten gewiss extrem hohe Löhne und Boni. Bei der staatlich geretteten UBS-Bank bekommt Andrea Orcel mit 25 Millionen Franken Antrittsgeschenk sogar fünfhundertmal mehr, als eine Putzfrau im Jahr verdient (*Work*, 5.4.2013). Die Fusionen anonymisieren die Unternehmen. Und die Globalisierung erhöht die Anforderungen. Gefragt ist deshalb mehr Bereitschaft, hart durchzugreifen. Zu Gunsten hoher Gewinne und Dividende.

Sie werden vom Management erwartet, das eigentlich aus Angestellten besteht.

Viele Managerinnen und Manager zählen selbst zu den Reichen. Sie sind über eigene Aktien und vielfältige Privilegien mit den Besitzenden der Unternehmen verflochten. Der gehobene Lebensstil verbindet. Ebenfalls die Treffen in Verbänden und Klubs. Medial steht allerdings das Management im Rampenlicht. Das verstärkt den Eindruck der Machtverschiebung. Aber die wirklich Vermögenden besitzen das Gros der Produktionsmittel. Sie lassen sich durch keine ›neue Klasse der Manager‹ verdrängen. Im Jahr 2012 stieg das Gehalt der 30 wichtigsten Generaldirektoren zwar um 7,9 Prozent auf 178 Millionen Franken; die Gewinne nahmen jedoch um 9,7 Prozent zu. Die Kritik ist wieder mehr auf jene zu lenken, die im Hintergrund wirken und ihr Kapital strategisch einsetzen.

UMVERTEILEN

Im Frühjahr 2013 beschloss das Schweizer Stimmvolk, das Abzocken des Managements zu begrenzen. Das mag als symbolisches Zeichen erfreulich sein, führt aber kaum dazu, Einkommen von oben nach unten umzuverteilen; zumal die Initiative vornehmlich den Einfluss der Aktienbesitzenden stärkt. Im Jahr 2013 stiegen in der Schweiz übrigens die Gewinnanteile der Aktien deutlich stärker als die Löhne im Management (*Basler Zeitung*, 6.4.2013). Die 30 größten Unternehmen schütteten 34,6 Milliarden Franken an die Aktionärinnen und Aktionäre aus – 14 Prozent mehr als im Vorjahr.

Eine weitere Initiative verlangt, dass der höchste Lohn in einem Unternehmen nicht höher sein darf als das Zwölffache des tiefsten Lohns. In Schweizer Firmen lag 1984 das durchschnittliche Verhältnis vom tiefsten zum höchsten Lohn 1:6, Ende der 1990er Jahre bereits 1:13 und heute ist es 1:93; bei Novartis sogar 1:266, bei Nestlé 1:215 und bei der UBS 1:184 (*Work*, 5.4.2013). Die 1:12-Initiative (Jusos Schweiz) beinhaltet also viel Potenzial zur Umverteilung. Gegen die Initiative mobilisieren etliche Reiche und plädieren für freiwillige Umverteilung. Aber darauf ist kein Verlass. Die Existenzsicherung ist gesellschaftlich zu vereinbaren. Wir können uns den einseitig angeeigneten Reichtum nicht länger erlauben. Einer Gesellschaft geht es gut, wenn es möglichst allen gut geht. Und dazu braucht es keine Almosen. Zunächst gilt es, die unteren Einkommen anzuheben. Noch arbeiten in der Schweiz 400 000 Personen zu Löhnen, die, auf 100 Prozent hochgerechnet, unter dem gewerkschaftlich geforderten Satz von monatlich 4 000 Franken liegen. Ergänzend ist die soziale Sicherung auszuweiten. Geld ist genug vorhanden. Gefragt sind politischer Wille und Mut. Vor allem, um die Umverteilung strukturell zu festigen und die demokratische Teilhabe auszuweiten. Zusammen mit wenig Verdienenden, wie dem eingangs erwähnten Verkäufer. Er will keine Almosen. An diesen Stolz lässt sich beim Kampf um mehr Lohn, Rechte und Mitbestimmung anknüpfen.

LITERATUR

Bundesamt für Sozialversicherungen, BSV 2012: Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2012, Bern

Dammann, Gerhard, 2007: *Narzissten, Egomanen, Psychopathen in der Führungsetage*, Bern

Kornbichler, Thomas, 2007: *Die Sucht, ganz oben zu sein*, Stuttgart

Mäder, Ueli, Aratnam Ganga Jay und Sarah Schilliger, 2010: *Wie Reiche denken und lenken*, Zürich

Paucker, Julie und Peer Teuwsen, 2011: *Wohin treibt die Schweiz?* Zürich

GESUNDHEIT FÜR ALLE

WARUM GESUNDHEITSFÖRDERUNG SOZIALES EIGENTUM BRAUCHT

THOMAS GEBAUER

Gesundheit für alle: Das Ziel von Gesundheitsaktivisten in aller Welt könnte heute bereits verwirklicht sein. Längst ließen es der weltweit erzeugte Reichtum und das Wissen um die Zusammenhänge des Lebens zu, allen Menschen ein Leben in Würde und Wohlbefinden zu ermöglichen. Die Realität aber ist eine andere: in den Ländern des Südens ebenso wie im eigenen Land. Nach wie vor leiden große Teile der Weltbevölkerung unter armseligen Lebensumständen, die es ihnen nicht erlauben, die eigenen Gesundheitspotenziale zur Entfaltung zu bringen.

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung ist die Kluft zwischen Arm und Reich – und mit ihr die gesundheitliche Ungleichheit – nicht kleiner, sondern größer geworden. Das neoliberale Versprechen, dass mit der Liberalisierung des Waren- und Kapitaltransfers auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem »Trickle down«-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben.

Mehr denn je macht es einen Unterschied, ob wir in einer der prosperierenden Regionen des »globalen Nordens« zur Welt kommen oder im »globalen Süden«.

90 Prozent der weltweiten Gesundheitsausgaben entfallen auf die 20 reichsten Länder der Erde, in denen aber nur 20 Prozent der Weltbevölkerung leben. Knapp eine Milliarde Menschen leiden an Unterernährung (wobei die Zahl der Hungernden im Zuge der Finanzkrise sprunghaft um 200 Millionen angestiegen ist). 18 Millionen sterben alljährlich an Krankheiten, die eigentlich gut behandelbar wären. Dabei ist die gesundheitliche Ungleichheit längst kein Problem der südlichen Hemisphäre mehr allein. In Griechenland droht heute ein ganzes Gesundheitssystem zu kollabieren, und auch in Deutschland stehen Krankenhäuser vor dem finanziellen Aus. In Glasgow beträgt der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen ärmeren und wohlhabenden Stadtvierteln 28 Jahre.

Soziale Ungleichheit tötet im großen Maßstab, heißt es in dem 2008 vorgelegten Bericht der WHO-Kommission über die »sozialen Determinanten von Gesundheit« (CSDH 2008). Seit Ende des Ost-West Konflikts sind 300 Millionen Menschen an den Folgen aufgezwungener Armut gestorben; mehr als in allen Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen.

Das globale Elend aber ist nur die eine Seite der Wahrheit. Denn es mangelt nicht an den Ressourcen, die nötig wären, um allen Menschen ein Höchstmaß an physischem, psychischem und sozialem Wohlbefinden zu ermöglichen. Beispielsweise ließen sich mit den vorhandenen landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten 12 Milliarden Menschen ernähren, nahezu das Doppelte der derzeitigen Weltbevölkerung (vgl. Ziegler 2012). Die jährlichen Aufwendungen für Gesundheit betrugen zuletzt 6,5 Billionen Dollar, das sind immerhin knapp 1000 Dollar pro Kopf und Jahr, deutlich mehr als die 12 Dollar, die beispielsweise den Menschen in Eritrea zur Verfügung stehen (vgl. WHO 2012). In Deutschland sind es zwar über 3 500 Dollar, aber nicht alles, was wir uns zumuten (bzw. was uns zugemutet wird), ist auch notwendig. Viele Milliarden könnten pro Jahr eingespart werden, wenn die Anwendung sinnloser Gerätediagnostik und unsinniger Medikamente gestoppt und auch dem notorischen Abrechnungsbetrug und der Korruption ein Riegel vorgeschoben würde.

THOMAS GEBAUER ist Geschäftsführer von *medico* international. In dieser Funktion organisiert er konkrete Hilfen und setzt sich für Gesundheit als universales Menschenrecht ein. Zusammen mit *medico* rief er eine internationale Kampagne zum Verbot von Landminen ins Leben, die 1991 den Friedensnobelpreis erhielt. Er ist seit Jahren Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

SOLIDARITÄT BEGINNT MIT DER ANERKENNUNG DES ANDEREN – DIE ETHISCHE DIMENSION DES UMVERTEILENS

Solche Zustände sind skandalös. Und sie werden auch nicht erträglicher mit der von Medien und Politik gebetsmühlenartig vorgetragenen Behauptung, es mangele an Ressourcen. Wer sich durch das Gerede von Alternativlosigkeit und Sparzwängen den Blick für die Wirklichkeit nicht verstellen lässt, wer sich die Fähigkeit

bewahrt hat, menschlich zu empfinden, und nicht dulden will, dass jemand nur deshalb Jahrzehnte früher stirbt, weil er oder sie das Pech hatte, an einem marginalisierten Ort zur Welt gekommen zu sein, wer in solchen Ungleichheiten schreiendes Unrecht sieht, kann gar nicht anders, als sich über Möglichkeiten eines Ausgleichs Gedanken zu machen. Es ist der Respekt vor der Würde des Anderen, aus dem der Impuls erwächst, füreinander solidarisch einzustehen. Die Bereitschaft, die Anderen mit ihren Bedürfnissen und Rechten ernst zu nehmen, sie als Menschen anzuerkennen, ist die Voraussetzung für solidarisches Umverteilen. Darin liegt die ethische Dimension des Umverteilens.

AUSBRUCH AUS DEM TEUFELSKREIS – DIE GESELLSCHAFTLICHE DIMENSION DES UMVERTEILENS

Bekanntlich haben ärmere Menschen häufiger mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen als reichere. Dass sie auch ein dreimal höheres Risiko für Herzinfarkte und Bluthochdruck haben, belegt, dass selbst noch der Stress, der oft als Problem der sogenannten Leistungsträger und Besserverdienenden betrachtet wird, in viel höherem Maße mit Armut korreliert.

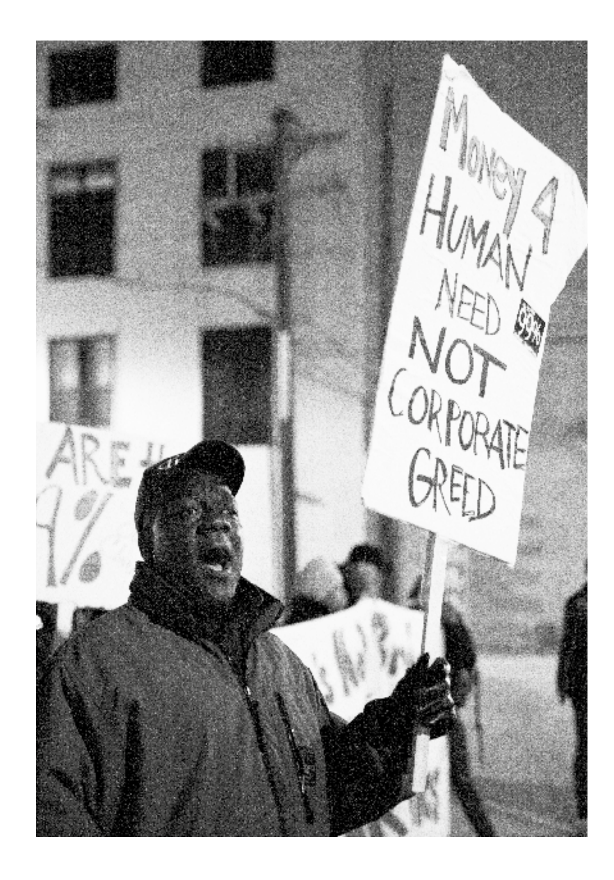
Aber Armut macht nicht nur krank, sondern Krankheit auch arm. Nach Schätzungen der WHO werden alljährlich 100 Millionen Familien in die Armut getrieben, weil sie für notwendige Gesundheitsleistungen ohne jede finanzielle Absicherung aus eigener Tasche aufkommen müssen. Ausgerechnet diejenigen, die aufgrund ihrer sozialen Lage den größten Bedarf an gesundheitlicher Versorgung haben, können sich diese am wenigsten leisten.

Solange es das Armutsgefälle gibt, kann eine allgemeine Gesundheitsversorgung nur erreicht werden, wenn diejenigen, die mehr haben, auch für die Gesundheitsbedürfnisse der Ärmeren einstehen. Ohne Umverteilung ist der Ausbruch aus dem Teufelskreis von Armut und Krankheit nicht möglich. Gleiches gilt für die Verwirklichung des Rechts auf soziale Sicherung und all die anderen sozialen Rechte.

MENSCHENRECHTE UND RECHTSANSPRÜCHE – DIE RECHTLICHE DIMENSION DES UMVERTEILENS

Das Prinzip solidarischer Umverteilung zählt zu den großen Errungenschaften der Menschheitsgeschichte. Es prägt die Kulturen indigener Gesellschaften, gehört zum Kern der katholischen Soziallehre und bildet auch die Grundlage der Idee des Gesellschaftsvertrages, die mit der europäischen Aufklärung aufgekommen ist. In der Praxis kommt es in genossenschaftlich betriebenen Dorfapotheken ebenso zum Ausdruck wie in steuerfinanzierten kommunalen Wasserwerken, öffentlichen Bibliotheken oder gesetzlich geregelten Krankenversicherungen, die von progressiv gestaffelten Beitragszahlungen getragen werden. Umverteilen sorgt für soziale Kohäsion, ohne die weder Gesellschaftlichkeit noch menschliche Existenz auf Dauer denkbar sind.

Und so nimmt es nicht wunder, dass die Notwendigkeit eines Ausgleichs von den wenigsten bestritten wird. Selbst hartgesottene Liberale plädieren für eine Art Umverteilen, wenn sie sich, wie beispielsweise Bill Gates, in philanthropischen Stiftungen engagieren. Sie sehen darin aber einen freiwilligen Akt, für den es keine Verpflichtung geben darf. Sekundiert werden sie dabei z.B. von Peter Sloterdijk (*Süd-*



Mental Health Clinic Protest, Chicago, 2012 Jamie Manley/ flickr

deutsche Zeitung, 17.5.2010), der allen Ernstes verlangte, das bestehende Steuersystem von einem bürokratisierten Ritual der Zwangsabgaben in eine Praxis freiwilliger Bürgerbeiträge umzuwandeln. Die zynische Konsequenz solcher Vorschläge zeigt sich z.B. im letzten Armutsbericht der Bundesregierung (2012), wo aus der ursprünglich vorgesehenen Formulierung, man prüfe, wie »privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung von öffentlichen Aufgaben herangezogen werden kann« (Version Sept. 2012, XLII), der Satz wurde, man prüfe, »wie weiteres persönliches und finanzielles freiwilliges Engagement Vermögender in Deutschland für das Gemeinwohl eingeworben werden kann« (Nov. 2012, XLVIII).

In der Idee der Menschenrechte aber steckt mehr als nur das Programm für ein würdiges Leben. Sie umfasst auch gesellschaftliche Verpflichtungen. Denn Rechte begründen Rechtsansprüche, die nichts wert wären, wenn sie nicht mit entsprechenden Garantien der Gemeinwesen einhergingen. Nur als Mitglieder einer rechtlich verfassten Gemeinschaft sichern sich die Menschen ihre Rechte. Nur dort, wo ein öffentlich getragenes Gesundheitssystem existiert, kann das Recht auf Gesundheit auch geltend gemacht werden. Wenn öffentliche Institutionen fehlen oder bis zur Unkenntlichkeit finanziell ausgehöhlt werden, läuft das Recht sozusagen ins Leere. Bei einem privaten Krankenhausträger, bei philanthropischen Vereinen können Hilfsbedürftige vielleicht noch Unterstützung beantragen, nicht aber mehr einklagen. Wer verpflichtende Umverteilungsmechanismen ablehnt oder abschafft, sorgt für eine rückwärtsgewandte Re-Feudalisierung der Verhältnisse – und in letzter Konsequenz für die Rückkehr in den »Naturzustand« eines Krieges aller gegen alle.

GEMEINGUT GESUNDHEIT – DIE POLITISCHE DIMENSION DES UMVERTEILENS

Verwirklichung und Schutz des Rechts auf Gesundheit verlangen Institutionen, die nur den Bedürfnissen und Rechten der Menschen verpflichtet sein dürfen. Die Sorge um Lebensmittelsicherheit, die Erforschung essenzieller Arzneimittel, die Sicherstellung nachhaltiger Müllbeseitigung oder einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung – all das sind öffentliche Aufgaben, die sich nur bedingt mit partikularen Geschäftsinteressen vertragen. Gesundheit für alle ist nur dann zu verwirklichen, wenn der Zugang zu den notwendigen Für-

sorgemitteln so reguliert wird, dass niemand ausgeschlossen bleibt und die vorhandenen Mittel weder unter- noch übergenutzt werden. Letztlich verlangt Gesundheit – verstanden als Gemeingut – die Schaffung einer gesellschaftlichen Sphäre, die von den Beschränkungen, die aus dem Eigentumsrecht rühren, frei ist. Die Privatisierung des Gemeingutes Gesundheit, seine Auslieferung an den Markt mag Kapitalanlegern ein renditeträchtiges Geschäftsmodell eröffnen, führt aber gesundheitspolitisch in die Irre. Denn die Kopplung sozialer Rechte an Profit und private Kaufkraft bedeutet zwangsläufig den Ausschluss derjenigen, denen die Mittel zur Realisierung ihrer Rechte fehlen.

Gute Versorgung erfordert ausreichende Budgets. Und zwar Budgets, die auf der Grundlage bestehender Gesundheitsbedürfnisse öffentlich bereitgestellt werden und nicht erst durch effiziente Bettenauslastung, unsinnige Diagnostik und medizinisch nicht indizierte operative Eingriffe erwirtschaftet müssen, um am Ende auch noch Überschüsse abzuwerfen. Die Grundlage angemessener Versorgungssysteme sind solidarische Finanzierungen. Dabei ist es nicht eigentlich von Bedeutung, ob sie steuerbasiert sind oder über die Pflichtbeiträge ihrer Mitglieder, wie im Falle gesetzlicher Krankenversicherungen, zustande kommen. Entscheidend ist, dass alle, die es können, zur Finanzierung beitragen und die Beiträge progressiv gestaffelt sind. Neben der Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinnen sorgt die Progression in der Einkommenssteuer bzw. in den Pflichtbeiträgen für eine permanente Umverteilung, die schließlich allen – nicht nur den Vermögenden – den Zugang zu notwendigen Gesundheitsressourcen sowie die finanzielle Absicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, in der Kindheit, im Alter oder während der Ausbildung garantiert.

Kern von Umverteilung ist somit die Umwandlung von privatem Eigentum in ein *soziales Eigentum*, auf das diejenigen zurückgreifen können, die über kein privates Vermögen verfügen. Soziales Eigentum erfordert keine komplizierten auf Rendite zielenden Anlagefonds, die lediglich erwirtschaftete Gewinne ausschütten, sondern Finanzierungsmechanismen, die das, was sie einnehmen, unmittelbar zur Befriedigung konkreter Bedürfnisse wieder ausgeben.

SYSTEMFRAGE – DIE TRANSFORMIERENDE DIMENSION DES UMVERTEILENS

War Umverteilung zu Zeiten eines unbegrenzt scheinenden Wirtschaftswachstums und hoher Profitraten noch möglich, ohne die privaten Gewinne und Vermögen substanziell anzugreifen, stellt Umverteilung heute unmittelbar die Systemfrage. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus ist keine der üblichen zyklischen Krisen mehr, die das Marktgeschehen schon immer begleitet haben, sondern eine, in denen die Grenzen des Wachstums auf doppelte Weise sichtbar werden. Die Ökonomisierung von Mensch und Gesellschaft ist nahezu abgeschlossen, die ökologischen Grenzen erreicht. Rendite versprechen tendenziell nur noch der Raubbau an den natürlichen Ressourcen sowie die Erosion öffentlicher Institutionen (Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen, Kapitalisierung der häuslichen Pflege, von genossenschaftlichen Wohnformen, der Wasserversorgung, Enteignung bestehenden sozialen Eigentums etc.).

Wer heute Umverteilen fordert, fordert mehr als Fairness, nämlich zugleich ein Eigentumsmodell jenseits von Privateigentum. Es geht um die Durchsetzung einer gesellschaftlichen Strategie, die der kapitalistischen Dynamik, die systematisch auf die Zerstörung von Gemeingütern und die letzten noch verbliebenen Umverteilungsformen hinausläuft, diametral zuwiderläuft. Ziel von Umverteilen ist eine alternative Ökonomie, die sich nicht nach den Regeln des Marktes richtet, sondern das Gemeinwohl der Gesellschaft sichert.

Es ist gut, dass die öffentliche Akzeptanz einer gemeinwohlorientieren Ökonomie noch immer hoch ist. 77 Prozent der deutschen Bevölkerung unterstützen die Prinzipien einer solidarischen Krankenversicherung. 80 Prozent der Gesunden stehen zur Unterstützung von Kranken durch Gesunde. 73 Prozent der jungen Menschen sind für einen Solidarausgleich mit den Älteren. 82 Prozent derjenigen, die über ein Nettoeinkommen von über 1 500 Euro verfügen, sind für Beihilfen für Ärmere (Deutscher Bundestag 2003). Es sind nicht die Leute, die auf eine Privatisierung der Gesundheitsdienste drängen, sondern die am Profit ausgerichtete Gesundheitswirtschaft.

INTERNATIONALISIERUNG DES SOLIDARITÄTSPRINZIPS – DIE UNIVERSELLE DIMENSION DER UMVERTEILUNG

Umverteilung wird nur dann ihrer ethischen Dimension gerecht, wenn sie mit dem Verbot jeglicher Diskriminierung einhergeht. Öffentlich finanzierte Gesundheitswesen werden zur Farce, wenn ihre Leistungen beispielsweise RentnerInnen, Arbeitslosen oder MigrantInnen nur reduziert oder gar nicht zugutekommen. Letztlich erfordert Umverteilen ein inklusives Handeln, was mit Blick auf die globalisierten Verhältnisse heute nur noch im internationalen Rahmen und durch Schaffung neuer globaler Institutionen gelingt, die schließlich auch zwischen den Ländern für einen Ausgleich sorgen. Der Naturzustand solle nicht nur innerhalb des Staates, sondern auch zwischen den Staaten aufhören und in einen universalen Rechtszustand übergehen, forderte schon Immanuel Kant. Tatsächlich wären heute finanzielle Ausgleichfinanzierungsmechanismen im internationalen Rahmen umsetzbar, die wie der Länderfinanzausgleich zwischen den Bundesländern für eine Balancierung der fiskalischen Möglichkeiten von Ländern sorgen. An den organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen jedenfalls mangelt nicht.

Vieles spricht dafür, dass das Solidarprinzip mitsamt der ihm innewohnenden Idee des Umverteilens heute nur verteidigt und ausgebaut werden kann, wenn es über den nationalen Rahmen hinaus um seine internationale Dimension erweitert wird.

LITERATUR

BMAS, 2012a: *4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Entwurf Sept. 2012: www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Einkommen-Armut/Dokumente/Entwurf%204.%20Armutsbericht%20der%20Bundesregierung%2017.9.2012.pdf; dass., 2012b: *4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Endversion Nov. 2012: www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile

Commission on Social Determinants of Health – CSDH, 2008: *Closing the gap in a generation: Health equity through action on the social determinants of health*, WHO, Genf

Deutscher Bundestag, 2003: Gutachten des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/005/1500530.pdf

World Health Organization – WHO, 2012: *Global Health Expenditure Atlas, Genf,* www.who.int/nha/atlas.pdf

Ziegler, Jean, 2012: *Wir lassen sie verhungern,* München

SOZIALE INFRASTRUKTUR STATT GRUNDEINKOMMEN?

THOMAS GEHRIG

Die Spaltung der Subalternen drückt sich immer wieder in der Schwierigkeit aus, gemeinsame Forderungen zu entwickeln, die kollektive Handlungsperspektiven öffnen können – so auch in den Diskussionen um ein bedingungsloses Grundeinkommen: Erwerbslose, Soloselbständige und prekär Beschäftigte versprechen sich davon mehr Sicherheit und Freiheit. Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen, die von steigenden Sozialabgaben geplagt sind, während Reallöhne stagnieren, befürchten weitere Belastungen. Die Debatte ist oft von starren Pro- und Contra-Positionen geprägt, die Linke kommt in dieser Frage seit Jahren nicht weiter. Kann das Nachdenken über »soziale Infrastrukturen« hier neue Perspektiven und Bündnisse ermöglichen?

UNGLEICHHEIT, SOZIALPOLITIK, UMVERTEILUNG

Sozialpolitische Forderungen sind umstritten, seit sie erhoben werden. Sie werden erhoben in dem Moment, in dem bürgerliche Freiheits-

rechte sich durchzusetzen beginnen. Und sie werden nicht zuletzt deshalb erhoben, weil bürgerliche Freiheitsrechte explizit die sozialen Bedingungen ausblenden, unter denen sie gelten sollen. Bürgerliche Gleichheit bedeutet: Es ist Armen wie Reichen verboten, unter Brücken zu schlafen. Bürgerliche Freiheit ist Eigentümerfreiheit. Das soziale Recht auf Arbeit wird im frühen 19. Jahrhundert gefordert und sogleich vom Bürgertum abgelehnt.

Die bürgerliche Gesellschaft ist durch soziale Ungleichheiten gekennzeichnet. Die an Arbeit gebundene Klasse muss sich ihre Position, ihre Anerkennung innerhalb dieses Systems erst erstreiten. Im Ringen um politische Macht erkämpft sie die demokratische Republik – und zunehmend auch soziale Zugeständnisse. Diese erzwingen ein Sozialsystem, das sich zu einem notwendigen und funktionalen Moment des bürgerlichen Staates und seiner Ökonomie entwickelt. Der Sozialstaat muss die Existenz des Proletariats überhaupt möglich und erträglich machen. Er darf die divergierenden Teile der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu weit auseinanderdriften lassen – kurz: er zielt auf einen Klassenkompromiss.

An dieser Stelle tritt der ambivalente Charakter des Sozialstaats zutage. Er agiert für den Kapitalismus, gegen die Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes, gegen das Herz des Kapitalismus.

Die Vorstellung einer selbständigen Institution Staat, die zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderung gemacht werden könne, wird von Müller und Neusüß später (1970) als (wiederkehrende) Sozialstaatsillusion analysiert. Sie sehen die Illusionen darin begründet, dass der Kapitalismus lediglich als Zirkulationszusammenhang begriffen wird (33ff). Bereits Marx war dies bewusst. Er spricht von der »*Illusion*«, dass der Staat »bestimmt, wo er bestimmt wird« (Marx 1843: 305). In Bezug auf den Sozialstaat heißt das schwierige Kunststück linker Politik: »Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich« (Diemer/Völker 1982).

Die Not der Arbeiter bleibt ein strukturelles Problem des Kapitalismus und ist so Gegenstand der Sozialpolitik. Diese soll für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen, dazu muss sie umverteilen. Sie muss Vorkehrungen treffen für diejenigen, die überflüssig sind oder unbrauchbar für den kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozess. Also vor allem jene, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst generieren können. Die andauernde Freisetzung von Arbeitskraft, der so genannte Fortschritt sowie die wiederkehrenden ökonomischen Krisen machen aber beständig Teile der Bevölkerung überflüssig.

Wäre die sozialstaatliche Sicherung der Subsistenz nicht mehr durch die Arbeit vermittelt, wäre – über das Recht auf Arbeit hinaus – ein Recht auf Subsistenz verwirklicht und damit die Logik des Arbeitsmarktes, also letztlich auch die der kapitalistischen Ökonomie, außer Kraft gesetzt. Leben ohne Zwang zur Arbeit wäre möglich – eine märchenhafte

THOMAS GEHRIG ist Sozialwissenschaftler und lehrt in Frankfurt am Main. Er ist Redakteur des *express* und von *links-netz*, einer Internet-Zeitschrift für linke Theorie und Politik.

Utopie, die in der bürgerlichen Vorstellungswelt reifen konnte. Verallgemeinert man diese Perspektive, bedeutet sie jedoch das Schlaraffenland, entweder in der Variante mit den gebratenen Tauben, die uns in die Münder fliegen, oder als technikfetischistische mit Replikatoren und Robotern, die Roboter bauen etc. In allen anderen, auch utopischen Varianten muss, wenn auch stark reduziert, noch gearbeitet werden.

Es ist eine andauernde Aufgabe der Sozialpolitik, für das Segment der Überflüssigen Sozialtransfers zu organisieren. Zugleich muss dabei der Zwang, seine Arbeitskraft auf dem Markt zur Verfügung stellen zu müssen, aufrechterhalten werden. Der Sozialstaat muss die Bürger beständig anhalten, selbst für ihre Subsistenz zu sorgen. Er muss sie fordern, wo sie oft nur gefördert zu werden wünschen. Er wird repressiv, nicht zuletzt weil in der liberalen Vorstellungswelt die soziale Situation Resultat freier Entscheidung bzw. Fehlentscheidung ist. Die Nationalökonomen sprechen von der Arbeitslosigkeit als einer freiwilligen, als Resultat zu hoher Löhne und der Kartellmacht der Gewerkschaften. Der Sozialstaat wird repressiv, weil er sich beschränken soll auf das Notwendige, weil wenig Staat sein soll und weil er seine Mittel vom Eigentum der Bürger nimmt, wozu er nur unter besonderen Umständen das Recht hat.

Es ist einerseits diese Repression, die auf die alltägliche Demütigung hinausläuft, die mit der gegenwärtigen Sozialpolitik verbunden ist: nicht als Bürger mit Rechten vor der Amtsperson zu stehen, sondern bittstellend. Es ist andererseits die Absurdität einer gesellschaftlichen Situation, in der es offensichtlich sein müsste, dass Repressionen gegenüber Transferbeziehern nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist die Absurdität, Menschen zu drangsalieren, als gäbe es die Realität des Arbeitsmarktes mit anhaltender, struktureller Massenarbeitslosigkeit nicht. Unter diesem Blickwinkel erscheint die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, einem Existenzgeld nicht nur verständlich, sondern vernünftig.

OFFENE FRAGEN EINES BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMENS

Liberale haben ein Grundeinkommen vorgeschlagen, um den Staat abzubauen, indem bürokratische sozialstaatliche Verfahren abgebaut werden. Hier verläuft eine Linie von Milton Friedman bis zu den Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition. Grundsicherungsforderungen beinhalten also einen antistaatlichen Affekt. Für die einen geht es um Abbau des Repressionsapparats, für die anderen um Entbürokratisierung mit der Perspektive weitergehender Privatisierung. Insofern ist diese Forderung nach Grundsicherung eine im Kern liberale Forderung.

In der BRD haben wir bereits eine Grundsicherung im Alter und in besonderen Lebenslagen. Sie orientiert sich an der Höhe der gängigen Sozialtransfers (ALG II). Eine Ausweitung dieser Form der Grundsicherung, die auf dem bisherigen Niveau bleibt oder es vielleicht sogar noch unterschreitet und die für die Erwerbsfähigen den Zwang zur Bereitstellung der Arbeitskraft aufrecht erhält, ist Fortschritt im liberalen Sinne.

Existenzgeld-Varianten unterscheiden sich davon durch zwei wesentliche Punkte:

1 | quantitativ: die Geldleistungen sind deutlich höher angesetzt und
2 | qualitativ: der Zwang, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen – Grundmoment aller bisherigen staatlichen Transferleistungen – entfällt.

Angesichts dieser zugespitzten Variante eines garantierten bedingungslosen Grundeinkommens ist der Frage nachzugehen, unter welchen Bedingungen ein solches ökonomisch funktionieren kann. Die Frage der *Finanzierung* stellt sich dabei unmittelbar. Zahlen die Reichen und Kapitaleigner? Die Standortbedingungen würden sich damit katastrophal verschlechtern. Zahlen alle über immens erhöhte Verbrauchssteuern? Hier besteht die Gefahr, dass das, was vom Sozialstaat gegeben wird, vom Steuerstaat wieder genommen wird. Oder bleiben die Abgabestrukturen, wie sie jetzt sind? Viele Lohnabhängige, die tagtäglich vor Augen geführt bekommen, wie das gegenwärtige System der Finanzierung von Sozialleistungen funktioniert, befürchten zu Recht, dass sie die Kosten der neuen Sozialpolitik tragen müssen.

Betrachten wir die *Höhe* eines möglichen bedingungslosen Grundeinkommens. Bleibt es gerade so an der Schwelle bisheriger Sozialtransfers, so dass Lohnarbeit für alle wünschenswert bleibt, die etwas besser, sicherer, gesünder und nachhaltiger leben wollen, und beruht das Existenzgeld auf der Umverteilung unter den Lohnabhängigen, so ist es der arbeitenden Bevölkerung nicht so leicht näherzubringen. Dazu bedarf es keines Verweises auf einen ›Arbeits-Fetisch‹ oder eine Lohnarbeitsfixierung. Sicher spielen diese Motive bei einer spontanen Ablehnung von Transfermodellen eine Rolle. Die Klassensolidarität ist nicht sehr ausgeprägt, das ›Teile und herrsche‹ funktioniert zu gut.



haso777/flickr

Was sind aber die gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens und wer hat sie zu tragen? Wird es zu einer ernstzunehmenden Alternative zur Lohnarbeit – ist es also so ausgestaltet, dass es den Vorstellungen eines menschenwürdigen Lebens im emphatischen Sinne entspricht, und nicht nur nach der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes, und kann es soziale Teilhabe ermöglichen, wie sie die BefürworterInnen verstehen –, so muss es notwendigerweise das Fundament untergraben, auf dem es aufsitzt: das funktionierende ökonomische System der

Lohnarbeit. Ist es wirkliche Alternative zur Lohnarbeit, d.h. zur Ausbeutung, zur Entfremdung, führt es zur Möglichkeit einer von materiellen Sorgen befreiten, selbstbestimmten Lebensgestaltung, bedeutet dies, dass die Attraktivität der Lohnarbeit ins Bodenlose sinkt. Wer produziert dann noch und wie wird produziert und verteilt? Wer ein bedingungsloses Grundeinkommen der eben definierten Art fordert, eines, das nicht bloß der mehr oder weniger soziale Ersatz bisheriger Sozialtransfers ist, muss wissen, dass damit diese Fragen unmittelbar zur Beantwortung anstehen.

Bei einigen ist jedoch das Nicht-Funktionieren gerade der politische Trick des Existenzgeldes: Wir fordern das Existenzgeld und wenn es erst eingeführt ist, bricht (deshalb) der Kapitalismus zusammen. »Die Existenzgeld-Forderung soll der Wolf im Schafspelz sein. Die vorgestellte Utopie setzt auf die Nasführung der ›Massen‹.« (Donat 1999)

Die politische Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist trotz aller Bedenken zeitgemäß. Sie bietet einen Anlass, einen Schritt zurückzutreten und sich der grundlegenden Abläufe und Notwendigkeiten einer sich reproduzierenden Gesellschaft in heutiger Zeit noch einmal bewusst zu werden. Was muss produziert werden, wie viel muss dafür gearbeitet werden, wie kann diese Arbeit verteilt werden etc.? Die Forderung ist wichtig in einer Gesellschaft, die auf einem Stand der Produktivkräfte der Arbeit angelangt ist, die bei anderer Organisation der Produktion mit einem Bruchteil der Arbeitsleistung auskommen würde. Die Palette dessen, was wegfallen könnte, reicht vom eingebauten Verschleiß und der Warenfälschung bis zu einer Reihe ›parasitärer‹ Arbeiten, die nur für das Gelingen des kapitalistischen Systems notwendig sind (Werbung, Banken, Versicherungen etc.). Sie ist zeitgemäß, weil die Absurdität auffällt, dass eine beträchtliche Anzahl von Menschen von der Arbeitsgesellschaft ausgeschlossen bleibt. Sie ist auch zeitgemäß, weil bewusst wird, dass eine Ökonomie, die auf Expansion, auf ständige Erweiterung angelegt ist, mit den Problemen eines steigenden Ressourcenverbrauchs in einer an Ressourcen endlichen Welt konfrontiert ist.

Mit einem umfänglichen bedingungslosen Grundeinkommen gehen jedoch noch weitere Ungereimtheiten einher, weitere ökonomische Probleme tauchen auf: Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte sich beispielsweise zu einer gigantischen Lohnsubvention ausweiten, sofern es kein Mindestlohngesetz gibt. Da der Grundbedarf der Arbeitenden gedeckt ist, wäre es möglich, bestimmte Arbeiten nur noch mit sehr geringem Lohn zu vergüten. Die Befürchtung, es werde verstärkt zu Schwarzarbeit kommen, ist nicht abwegig, wenn die verbliebene Lohnarbeit deutlich stärker besteuert wird. Was die Kapitalseite von solchen Standortbedingungen hält, die mit einem bedingungslosen Grundeinkommen einhergehen würden, lässt sich leicht ausmalen.

In seinen unterschiedlichen Varianten bleibt das bedingungslose Grundeinkommen ein Konzept einer alternativen Sozialpolitik – weniger eine Alternative zur Sozialpolitik und zu jener Gesellschaft, die sie notwendig macht. Allseits wird das Ende der bisherigen Sozialsysteme diagnostiziert. Die in gewissem

Rahmen geregelten und gesicherten fordistischen Lohnarbeitsverhältnisse, auf denen sie beruhen, lösen sich immer weiter auf. Die Zeiten der Vollbeschäftigung müssen als eine Art Betriebsunfall des Kapitalismus begriffen werden. Vollbeschäftigung, so zeigt sich, ist nur in bestimmten und begrenzten historischen Konstellationen möglich. Darüber hinaus ist die Perspektive Vollbeschäftigung offenbar nur durch Werttransfers aus den Peripherien zu erreichen. Sie sind notwendig, um die nationale Bevölkerung umfassend an die Kette wachsenden Wohlstands zu legen.

Wie genau sollte also eine Grundsicherung ausgestaltet sein? Und welche Form der Grundsicherung wird sich unter den herrschenden politischen Verhältnissen realisieren? Die Auseinandersetzung, die die Linke in Bezug auf Grundsicherung führen muss, dreht sich nicht darum, *ob* ein solches eingeführt wird – denn das ist zu erwarten –, sondern *wie hoch* es sein wird und mit welchem *Grad von Arbeitszwang* es gekoppelt wird.

SOZIALE INFRASTRUKTUREN – EINE ALTERNATIVE

Eine andere Alternative zur gegenwärtigen Sozialpolitik ist die Forderung nach einer Sozialen Infrastruktur (www.links-netz.de). Sie geht über die nach Existenzgeldzahlungen hinaus. Die Idee ist einfach: Es ist Aufgabe des Staates, den Menschen das, was für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist, zur Verfügung zu stellen, ohne dass ihre finanziellen Ressourcen eine Rolle spielen. Dies trifft vor allem die Bereiche Bildung, Gesundheit, Mobilität/Nahverkehr und Wohnen. Politisch kann die Forderung nach einer Sozialen Infrastruktur als eine verbindende Perspektive für unterschiedliche sozialpolitische AktivistInnen gesehen werden. Sie wird immer plausibler, je weniger wir hinsichtlich dieser Grundbedürfnisse von Chancengleichheit reden können. Grundeinkommen ist in diesem Modell zwar auch vorgesehen, der Fokus liegt jedoch nicht auf Geldzahlungen, sondern auf der sozialen Infrastruktur, auf sozialer Sicherheit und Chancengleichheit für alle BürgerInnen. Dass eine Forderung noch keine soziale Bewegung schafft, die sie umsetzen könnte, ist evident. Es geht zunächst um eine übergreifende sozialpolitische Perspektive. Soziale Auseinandersetzungen müssen diese Perspektive und Forderung mit Leben erfüllen. Die Kämpfe für eine Soziale Infrastruktur können dabei zugleich Kämpfe um ihre Ausgestaltung und um Beteiligung sein. Soziale Infrastruktur hat als Ziel, soziale Dienste zu dekommodifizieren, ihnen ihre Warenförmigkeit zu nehmen, und kann sie dabei umfassend demokratisieren, sie in die Hände der ProduzentInnen und NutzerInnen legen. Wir würden so einer sozialen Demokratie ein Stück näherkommen.

LITERATUR

Diemer, Niko und Wolfgang Völker, 1982: Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich? Probleme mit dem Sozialstaat, in: *Widersprüche*, 4/5,

Donat, Andreas, 1999: Radikale ExistenzgeldreformistInnen, in: *Widersprüche* 73, 89-105

Marx, Karl, 1843: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, MEW 1

Müller, Wolfgang und Christel Neusüß, 1970: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: *Sozialistische Politik*, 6/7

KONTROVERS

ÖKOLOGISCHES GRUNDEINKOMMEN

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER ▮ MARIO CANDEIAS

NACHHALTIG-EMANZIPATORISCH UMVERTEILEN

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER

Die Besteuerung von Konsum belaste Arme überproportional, lautet ein gängiger Einwand gegen Ökosteuern. Haben die Armen nicht unter einer Erhöhung der Preise für Produkte des täglichen Lebens am meisten zu leiden? Trifft es nicht sie am härtesten, wenn die Nutzungsentgelte für Rohstoffe oder Emissionen über die Wertschöpfungsketten in die Preise im Laden und am Energiezähler einfließen? Genau umgekehrt: Wohlhabende konsumieren mehr und haben damit in der Regel einen höheren Umweltverbrauch. Sie bewohnen mehr Wohnfläche pro Kopf, fahren mehr PKW-Kilometer und kaufen mehr Neuwaren. Sie nutzen mehr Ressourcen und müssten daher überdurchschnittlich zahlen, würde all dieser Konsum unter Umweltgesichtspunkten besteuert.

Die Idee eines ökologischen Grundeinkommens (ÖGE) setzt hier an. Es wird durch Abgaben auf unerwünschten Umweltverbrauch finanziert, also Ökosteuern auf CO_2-Emissionen, Flächenverbrauch, Rohstoffentnahmen und -einfuhren. Sie werden am Ort ihres Entstehens erhoben – in der Regel am Anfang der Produktionskette. Das Aufkommen dieser Nutzungsentgelte wird dann gleichmäßig auf die Bevölkerung zurückverteilt. Jedem Bürger, ob Säugling oder Greis, ob reich oder arm, wird ein »Öko-Bonus« ausgezahlt. Es handelt sich um die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens über die Besteuerung einer bestimmten Form des Konsums, der die Umwelt nach unseren gesellschaftlichen Vorstellungen in falscher Weise belastet und folglich dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zuwiderläuft.

Wohlhabende sind durch ihren großen Konsum Netto-Zahler, durch die Pro-Kopf-Ausschüttung würden sie nur durchschnittlich von der Auszahlung profitieren, während Ärmere und Kinderreiche gewinnen würden.

Eine Reihe von Forschungsergebnissen sprechen für diesen Zusammenhang.

- Der Jahres-Energieverbrauch steigt mit dem Pro-Kopf-Einkommen: Er lag bei einem monatlichen Einkommen unter 1 000 Euro bei durchschnittlich 42 200 kWh im Jahr, bei Einkommen oberhalb von 2 500 Euro pro Monat bei durchschnittlich 69 800 kWh (vgl. Bilharz 2008).
- Der Münchener Umwelt-Survey weist eine »deutlich positive Verknüpfung von Einkommen und Umweltverbrauch in München« (Keuschnigg/Schubert 2013) nach. Bei 10 Prozent höherem Pro-Kopf-Einkommen steigt der durch Wohnen und Mobilität verursachte CO_2-Ausstoß um 4,5 Prozent an.
- Ein Vergleich deutscher Städte zeigt eine klare Abhängigkeit der CO_2-Emission vom Pro-Kopf-Einkommen: Frankfurt mit einem BIP von 66 800 Euro pro Person emittiert 11,8 t pro Kopf und Jahr, Berlin mit einem BIP von 21 400 Euro pro Person nur 5,6 t pro Kopf (vgl. Siemens AG 2011). Die CO_2-Emission ist ein relativ guter Indikator für den Gesamt-Ressourcenverbrauch, da hoher Materialeinsatz in der Regel auch energieintensiv ist.
- Das Infras-Institut Zürich hat mit Hilfe ökonometrischer Simulationen die Wirkungen von verschiedenen Formen der Ökosteuer verglichen und kam zu dem Ergebnis, dass eine Öko-Bonus-Lösung (also die paritätische Rückverteilung der steuerlichen Einnahmen) eine Umverteilung nach unten mit sich bringen würde (vgl. Infras o.J.).
- Das Wuppertal-Institut untersuchte die Wirkung eines »Strom-Spar-Tarifs«, bei dem jedes Haushaltsmitglied 250 kWh pro Person kostenlos erhält, finanziert über eine Erhöhung des Tarifs für den darüber hinausgehenden Bedarf. Haushalte, die von Sozialtransfers leben, würden in 80 Prozent der Fälle bessergestellt als vorher (vgl. Wuppertal-Institut 2008).

Natürlich existieren auch Gegenbeispiele. Es gibt ärmere Menschen, die besonders verschwenderische Konsumpraktiken haben und höher belastet wären. Und es gibt Reiche, die besonderen Wert auf ressourceneffizienten Konsum legen. Genau das ist aber Teil des Prinzips »Tax and Share«, das dem ökologischen Grundeinkommen zugrunde liegt: Für alle entsteht ein preislicher Anreiz, mit weniger Umweltverbrauch hergestellte und daher billigere Güter und Dienstleistungen vorzuziehen. Was aber ist mit ärmeren Schichten, die diese Auswahloption nicht haben – etwa Bewohner von schlecht isolierten Wohnungen? Hier würde sich endlich der politische Druck erhöhen, diese Praxis einer aufgezwungenen Energieverschwendung zu beenden – etwa durch gezielte Förderprogramme, Modernisierungsauflagen für Vermieter oder

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER ist als ausgebildeter Politologe und diplomierter Ingenieur eine Rarität in der Linken. In dieser Doppelfunktion arbeitet er daran, die ökologische Wende auch zu einer sozialen zu machen – und umgekehrt. Er ist Referent im Attac-Netzwerk und seit langem im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung aktiv.

MARIO CANDEIAS ist Mitbegründer und hingebungsvoller Redakteur dieser Zeitschrift. Als Co-Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat er nicht nur die organische Krise des neoliberalen Hightech-Kapitalismus am Wickel, sondern auch dessen globale Protestbewegungen.

Mietminderungsrechte bei Unterlassung. Doch keineswegs müssen bei jedem Konsumprodukt sozial problematische Folgen einer Ökosteuer administrativ-ordnungsrechtlich abgemildert werden. Die Fälle, bei denen Ärmere zu überdurchschnittlichem Umweltverbrauch gezwungen sind, sind überschaubar.

RAUS AUS DEN SACKGASSEN DER UMWELTPOLITIK

Das ÖGE ist aber nicht nur ein Moment der Umverteilung, es führt auch aus einer Reihe von Sackgassen der Umweltpolitik.

Das erste Dilemma betrifft die ökonomischen Instrumente der Umweltpolitik, die bisher sämtlich ohne Sozialausgleich eingeführt wurden (vgl. Schachtschneider i.E.), wie etwa die Energiesteuer auf Strom oder die Mineralölsteuer auf Heizstoffe: Sind die Sätze zu niedrig, bewirken sie nichts. Sind sie zu hoch, werden sie unsozial. Mit dem ÖGE wird dieses Dilemma in einen Vorteil gewendet: Je höher die Sätze, desto größer der Umverteilungseffekt, und zwar international genauso wie im nationalen Rahmen. Das Verfahren kann auf jeder räumlichen Ebene angewendet werden. Eine globale CO_2-Steuer, von deren Ausschüttung nach dem Pro-Kopf-Prinzip die bevölkerungsreichsten armen Länder des Südens am meisten profitieren würden, könnte möglicherweise die festgefahrenen Klimaschutzverhandlungen wieder in Gang bringen. Solange aber ein globales Abkommen nicht zu erreichen ist, kann auch eine Nation oder ein Staatenbündnis (wie die EU) damit beginnen, ihre zulässige Umweltnutzung durch Steuern und Zertifikateverkauf zu begrenzen und die Einnahmen rückzuverteilen.

Das zweite Dilemma betrifft die Begrenztheit ordnungsrechtlicher Ansätze der Umweltpolitik, also Ge- und Verbote. Linke sehen darin oftmals die sozial gerechtere Alternative zu ökonomischen Instrumenten: Die Politik solle umweltschädliche Konsumtionen schlicht und einfach verbieten. Ins Visier genommen werden dabei zuallererst die mit einem hohen symbolischen Luxus-, Schwachsinns- und Schädlichkeitsfaktor belegten Produkte wie Geländewagen, Fleischkonsum, Fernreisen etc. Tendenziell sollen aber alle ökologisch fraglichen Konsumtionen von unnötigen Autofahrten bis hin zu farbigem Toilettenpapier für alle untersagt oder zumindest eingeschränkt werden. Dies wäre sozial, weil es jeden gleich trifft, und möglicherweise auch ökologisch zielführend – es schränkt aber die individuelle Freiheit stark ein. Wir können nicht im Detail vorschreiben, welche Fahrzeuge zu welchen Anlässen wann benutzt werden dürfen, wie groß welche Wohnungen bei wie vielen Kindern sein dürfen, welche Speisen aus welchen Ländern ich zu welchen Anlässen in welcher Menge zu mir nehmen darf. Das alles – und noch viel mehr – müsste nämlich festgelegt werden. Von welchem Standpunkt aus aber kann welcher Lebensstil untersagt oder gestattet werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? Aus der Akzeptanz der Pluralität der Lebensstile in der Moderne folgt vielmehr, dass Regeln abstrakter werden müssen. Wenn wir nicht alles im Detail regeln können und wollen, kann der Preis von Umweltnutzungen den Individuen eine Grenze ihres jeweiligen Gesamt-Umweltverbrauchs setzen, die aber gleichzeitig eine der Moderne angemessene

Freiheit des eigenen Lebensplans ermöglicht. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Natürlich soll nicht alles über diesen Mechanismus geregelt werden. AKW-Strom oder gentechnische Nahrungsmittel etwa sollten auch mit hohem Aufschlag nicht mehr zu bekommen sein, Grenzwerte für Emissionen von Heizungsanlagen oder Fahrzeugen erfüllen auch weiterhin ihren Sinn.

Durch ein ÖGE wird die Akzeptanz verschiedener Lebensstile gewahrt, die im Rahmen der ökologisch-monetären Beschränkung gelebt werden können. Bestimmte Konsumtionen werden zwar unattraktiver, können aber in Maßen weiter vollzogen werden. Die umverteilende Wirkung des ökologischen Grundeinkommens sorgt dafür, dass diese individuelle Freiheit nicht auf Wohlhabende beschränkt bleibt, sondern sich im Gegenteil für alle Bevölkerungsteile öffnet.

Ein drittes Dilemma der Umweltpolitik ist die Kopplung von ökonomischen Existenzen an umweltschädliche Arbeitsplätze. Viele Produktionen, die längst als ökologisch bedenklich erkannt wurden, werden heute nolens volens akzeptiert, wenn nicht gar politisch gefördert, weil in der arbeitsplatzfokussierten Regulation der kapitalistischen Ökonomie persönliche Existenzen daran gekoppelt sind. Mit einem ökologischen Umbau der Wirtschaft ist ein tiefgreifender Wandel von Arbeitsplätzen, -strukturen und -qualifikationen verbunden, für die es nur in einer Situation von »Angstfreiheit im Wandel« (Die LINKE im Bundestag 2012) eine breite Akzeptanz geben wird. Während in den hegemonialen Konzeptionen zur Bearbeitung der ökologischen Krise wie dem Green New Deal die Sorgen der Menschen mit der Aussicht auf neue Arbeitsplätze beruhigt werden sollen, setzt das ÖGE auf eine Garantie sozialer Sicherheit – einer sozialen Sicherheit unabhängig vom Wirtschaftswachstum! Das Grundeinkommen gewährt den Einzelnen eine größere Wahlfreiheit auf dem Arbeitsmarkt – nicht jeder Job muss angenommen werden. Dies ist nicht nur ein emanzipatorischer Fortschritt, sondern auch ein ökologisches Plus: Der Zwang zu ökologisch bedenklichen ökonomischen Aktivitäten wird geringer.

In der ökologischen Debatte wird ein ressourcenleichter Lebensstil propagiert – hier liegt das vierte Dilemma: Dieser seit 20 Jahren von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen mit medialem Aufwand betriebene Appell kommt jedoch bisher – jenseits kleiner avantgardistischer Gruppen – kaum an. Ein ressourcenleichter Lebensstil besteht aus zwei Komponenten: dem ›anders‹ und dem ›weniger‹ Konsumieren. Soll das Weniger nicht nur für Randgruppen attraktiv sein, muss die Gesellschaft insgesamt weniger herrschaftsförmig werden. Ein genügsamerer Lebensstil, eine ›Eleganz der Einfachheit‹ kann sich nur auf der Basis eines freiheitlichen Lebensalltags entwickeln. Wer unten ist oder sich in welcher Weise auch immer unterdrückt fühlt, wer ständig ein Gefühl der Knappheit empfindet, wer seine Arbeit als entfremdet wahrnimmt, wird sich kaum von neuer Bescheidenheit überzeugen lassen. Vielmehr liegt es nahe, dies durch demonstrativen Status-Konsum zu kompensieren. Eine massenweise Hinwendung zum Weniger hat nur dann eine Chance, wenn sie nicht als mühsame, aber unvermeidbare Veränderung daherkommt, sondern in einer Befreiung aus beengenden, stressigen, sozial

isolierenden Verhältnissen ihre Attraktivität entfaltet. Bestandteil einer solchen Vision wären Zeitwohlstand, ein Leben in mehr – frei gewählten – Gemeinschaften und mit mehr individuellen Freiräumen, aber weniger Konsum- und Erwerbsdruck. Das ÖGE erleichtert es allen, aus der Tretmühle ›Erwerbsarbeit – Konsum – Erwerbsarbeit‹ zunächst einmal ›auf Probe‹ auszusteigen. Neue Lebensstile des Weniger, des Zeitwohlstands, der stärkeren Orientierung auf nicht-monetäre Eigen- und Gemeinschaftsarbeit statt auf Erwerbsarbeit hätten eine Chance, auch jenseits von Randgruppen ausprobiert und geschätzt zu werden.

Die zweite Komponente eines ressourcenleichten Lebensstils ist das ›Anders‹, also der Konsum wenig(er) umweltbelastender Alternativprodukte. Die ökologische Finanzierung des Grundeinkommens ist hierfür eine notwendige Voraussetzung. Aus ökologischer Sicht lautet eine Kritik am Grundeinkommen bekanntlich, dass dann mit der größeren Massenkaufkraft noch mehr umweltschädliche Dinge gekauft werden. Genau dies wird durch eine Änderung der relativen Preise qua ökologischer Steuern vermieden: Produkte mit großem ökologischen Rucksack werden teurer als ihre umweltfreundlichen Alternativen. Aber auch die Bereitschaft, einmal das Weniger in Erwägung zu ziehen – also bestimmte schädliche Konsumtionen gänzlich sein zu lassen, wird durch die Verteuerung von Umweltverbrauch gestützt.

Das ÖGE hat also das Potenzial, gleich aus mehreren Aporien der Umweltpolitik herauszuführen: Es kann die Ökosteuer sozial machen, es erhält die Freiheit des Lebensstils trotz ökologischer Einschränkungen, es verschafft massenweise Akzeptanz für den bedrohlich erscheinenden ökologischen Strukturwandel der Wirtschaft, und es eröffnet Räume für genügsame Lebensstilorientierungen über kleine Randgruppen hinaus.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHER UMBAU – LIBERTÄR UND ANTIPRODUKTIVISTISCH

Ein ÖGE wäre ein zentrales Element eines »neuen Gesellschaftsvertrages« zugunsten sozial-ökologischen Fortschritts. Durch die Besteuerung von Umweltverbrauch würden Wohlhabende einen Teil ihrer »Komfortmacht« an die »Natur und an die Schlechtergestellten« (BUND/EED 2008) abgeben. Ersteres durch veränderten und reduzierten Konsum, letzteres durch die Auszahlung des ÖGE an jede(n) Einzelne(n). Aber ein ÖGE ist mehr als ein Umverteilungsmodell, das den sozial-ökologischen Umbau erst sozial werden lässt. Mit ihm würde auch sein libertärer Charakter gestärkt, da die Spielräume zur Gestaltung eines eigenen Lebensplans für alle – nicht nur die Begüterten – größer werden.

Das ÖGE erweitert den sozial-ökologischen Umbau außerdem um eine antiproduktivistische Option: Neben der Förderung technologischer Alternativen mit geringerem Ressourceneinsatz bewirkt es insgesamt einen Rückgang ökonomischer Aktivitäten. Es verteuert Konsum und macht es angesichts der größeren sozialen Sicherung unattraktiver, Arbeit aufzunehmen – ob als abhängig Beschäftigter oder als Selbständiger. Neben den technischen Wegen der Effizienz und der Konsistenz (Verträglichkeit anthropogener und natürlicher Stoffkreisläufe, z.B. Kreislaufwirtschaften) wird auch der nicht-technische Weg der Suffizienz, die Genügsamkeit gefördert. Das genaue Verhältnis von technischem und nicht-

technischem Weg kann nicht vorausgesagt werden. In jedem Fall aber hat das ökologische Grundeinkommen eine deproduktivistische Komponente und ist damit Bestandteil einer Postwachstumsökonomie. Die deproduktivistische Wirkung läuft der Finanzierungsfunktion für das Grundeinkommen nicht entgegen. Werden weniger Güter konsumiert und produziert, was aus ökologischen Gründen erwünscht ist, kann das finanzielle Aufkommen durch die sukzessive Erhöhung der Steuersätze trotzdem gleichbleiben oder gar steigen. Die Aufrechterhaltung des Ausschüttungsvolumens erfordert nicht die Beibehaltung einer bestimmten Menge unerwünschter, umweltbelastender Produktion, wie einige Kritiker einwenden.

EIN EINSTIEG IST MÖGLICH

Neue Paradigmen lassen sich in der Regel nur über Einstiegsprojekte etablieren. Ein ÖGE eignet sich hervorragend zur schrittweisen Einführung. Es kann klein begonnen werden, um zunächst das Prinzip zu verankern. Ein ÖGE kann langsam parallel zur bisherigen sozialen Sicherung aufgebaut werden. So kann Sicherheit im Wandel entstehen, bleibt ausreichend Zeit für Anpassungsprozesse. Mit dem Prinzip des »Tax and Share« könnte auf verschiedenen Ebenen und bei verschiedenen Umweltmedien begonnen werden:

- Die Deutschland zustehenden Einnahmen aus den ab 2013 verstärkt zu versteigernden (und nicht mehr zu verschenkenden) Zertifikaten im Rahmen des EU-Emissionshandels werden auf circa 10 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Werden sie pro Kopf ausgeschüttet, bekommt eine vierköpfige Familie 500 Euro pro Jahr »Öko-Bonus«. Bei einer Verringerung der ausgegebenen Mengen (Senkung der Obergrenzen), wie von Umweltverbänden gefordert, könnte sich der Preis und damit die Ausschüttung schnell auf das Doppelte erhöhen.
- Würde die Ökosteuer in Deutschland so erhöht, dass die Endpreise für Strom und Brennstoffe um zehn Prozent steigen, könnten dieser Familie weitere 1 000 Euro im Jahr ausgezahlt werden, bei einem Anstieg bis zu 50 Prozent wären es sogar 1 000 Euro pro Person.
- Es könnte eine Steuer auf den Abbau bzw. die Einfuhr von Baustoffen, Metallen und seltenen Erden eingeführt werden. Das wäre nicht nur eine weitere Quelle für das Grundeinkommen, sondern würde einen Schub in Richtung Kreislaufwirtschaft bringen.
- Die Neu-Versiegelung von Flächen (in Deutschland täglich circa 100 ha) könnte mit einer Abgabe versehen werden, um diesen Prozess endlich wirksam zu verlangsamen.
- Das ÖGE kann auch in materialer Form eingeführt werden, zum Beispiel als Basisfreimenge für Strom oder Gas, finanziert über einen höheren Preis für den darüber hinausgehenden Verbrauch. Ein solcher »Spar-Tarif« wurde von der Verbraucherzentrale NRW 2008 vorgeschlagen. Über das Energiewirtschaftsgesetz könnte das Anbieten einer solchen Tarifstruktur bundesweit für jeden Versorger vorgeschrieben werden.

Das alles ergibt noch kein existenzsicherndes Grundeinkommen. Aber es sind Schritte in die richtige Richtung. Eingeführt wird das Prinzip: Jeder Mensch erhält ohne Bedingung einen Anteil am gemeinsamen Erbe der Gesellschaft, dem Reichtum an Ressourcen, Wissen und Produziertem, dem Reichtum an erster und zweiter Natur.

GRUNDEINKOMMEN ODER KOLLEKTIVER KONSUM?

MARIO CANDEIAS

Eine sozial-ökologische Transformation muss sich mit dem Dilemma herumschlagen, dass eine radikale Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß entweder mit deutlichen Preisanstiegen in Folge konsequenter Ökosteuern verbunden ist oder mit gesetzlich eingeschränkter Nutzung bestimmter Güter. Die erste Variante führt zu einer unverhältnismäßigen Belastung ärmerer Haushalte, die zweite zu einer Einschränkung der individuellen Freiheit. Diese und andere sozial-ökologische Dilemmata greift Ulrich Schachtschneider auf, um sie im Sinne eines gerechten Überganges mit einem »ökologischen Grundeinkommen« zu überbrücken. Zugleich ist dies ein Einstiegsprojekt in eine »postneoliberale Sozialstaatlichkeit« (Kahrs), da zunächst klein begonnen werden kann, parallel zu bestehenden sozialen Sicherungssystemen. Dieses Herangehen ist ausdrücklich zu begrüßen. Nur so sind die genannten Widersprüche produktiv zu bearbeiten. Andernfalls käme eine unsoziale ökologische Modernisierung heraus (oder gar kein ökologischer Umbau).

Doch warum kann der Weg »nur über den Preis von Umweltnutzung gehen«? Schachtschneider spricht von der »Begrenztheit ordnungsrechtlicher Ansätze der Umweltpolitik«. Doch sind es eben jene Ge- und Verbote, die in der Vergangenheit oft den effektivsten ökologischen Nutzen gebracht haben: etwa das Verbot von FCKW, Grenzwerte für Schadstoffe oder das japanische Prinzip, jeweils die energieeffizienteste Variante eines Produkts als Standard zu setzen. Warum sollten wir nicht versuchen, sozial-ökologische Mindeststandards in der Produktion durchzusetzen, ob in Textilfabriken in Bangladesh oder Hühnerfarmen in Deutschland? Oder ein Verbot von Gigalinern und übergroßen Geländewagen oder von Genprodukten in der Nahrung von Mensch und Tier? Dies schränkt die individuelle Wahlfreiheit in keiner Weise ein und ist sogar demokratischer, weil es alle betrifft und nicht nur jene, die sich bestimmte Dinge dann nicht (mehr) leisten können. Solche Ge- und Verbote lassen sich mit Ökosteuern und dem Vorschlag eines ökologischen Grundeinkommens auch problemlos kombinieren.

Eine andere Möglichkeit, um beispielsweise Energiearmut zu vermeiden, findet sich im Parteiprogramm der LINKEN: Der Basisverbrauch soll »erschwinglich für alle bleiben« und durch zusätzliche Gebühren der Vielverbraucher finanziert werden. Auch dies ist als Prinzip auf viele Bereiche anwendbar. Mittlerweile wird diskutiert, ob es nicht gar eine entgeltfreie Grundversorgung mit Energie für alle geben sollte, da ein Leben ohne Energie nicht vorstellbar ist, es sich also um ein modernes menschliches Grundbedürfnis handelt. Genau darum geht es, nicht nur um individuelle Konsumentscheidungen.

Jahrzehnte neoliberaler Politik haben in vielen Bereichen soziale Infrastrukturen und Dienstleistungen ausgedünnt, die moderne menschliche Grundbedürfnisse abdeckten. Die Krise hat die Situation nicht gerade verbessert, Länder an der europäischen Periphe-

rie an den Rand ihrer Reproduktionsfähigkeit gebracht. Entsprechend treten Kämpfe um Reproduktion und Lebensweisen wieder in den Vordergrund (vgl. *LuXemburg* 4/1012). Sie waren immer präsent, aber oft überschattet von (klassischen) Arbeitskämpfen – obwohl die Gegenüberstellung schon falsch ist: Produktions- und Lebensweisen hängen aufs Engste zusammen. Die Einzelnen müssen die damit verbundenen Widersprüche alltäglich austragen und abwägen, um handlungsfähig zu bleiben. Es gibt gute Gründe, Politik von den Lebensperspektiven und Handlungsstrategien der Individuen selbst her zu denken. Hier gilt es an existierende Kämpfe und Praxen anzuknüpfen: für bessere Kinderbetreuung und Schulen, für Bildung und Gesundheit für alle, für bezahlbares Wohnen oder Kämpfe um Zeit.

Sie alle drehen sich um moderne menschliche Grundbedürfnisse, die nicht in jedem Fall über den Preis zu regeln sind. Sie sollten jeder Einzelnen, unabhängig von sonstigen Konsumentscheidungen, zur Verfügung stehen, entgeltfrei oder zu geringen Kosten.

Ein Beispiel für eine europaweit verbindende Perspektive von Kämpfen um soziale Grundbedürfnisse wäre die Arbeit an einer Forderung für eine entgeltfreie soziale Infrastruktur, eine bedingungslose sozial-ökologische Grundversorgung, etwa in den Bereichen Energie, Trinkwasser, Mobilität, Internet etc., sowie kostenlose Gesundheitsversorgung, Bildung und Weiterbildung und ein Recht auf Wohnen. Auch hier könnte – wie bei der Energie – der Vielverbrauch entsprechend teuer gestaltet werden: also ein entgeltfreies Trinkwasserkontingent pro Kopf, aber Verteuerung meines privaten Swimmingpools; entgeltfreier öffentlicher Nahverkehr, aber Aufschläge für häufige Flugreisen, entgeltfreier Zugang zum Internet und zu digitalen Gütern, aber Preissteigerungen für riesige Datentransfers etc. Notwendige Gesundheitsversorgung, Erstausbildung und bestimmte Zeiten der Weiterbildung sollten für alle kostenfrei zur Verfügung stehen. Bezahlbarer (auch innenstädtischer) Wohnraum kann über eine Mischung aus Mietpreisregulierung, sozialem Wohnungsbau, Förderung nicht profit-orientierten kollektiven Eigentums und einer entsprechenden Liegenschaftspolitik erreicht werden. Eine solche Orientierung auf kollektiven Konsum qua sozialer Infrastrukturen wäre die Grundlage für individuelle Freiheit jenseits von Existenzängsten – und auch die Grundlage einer sozial-ökologischen Lebensweise.

LITERATUR

Bilharz, Michael, 2008: *»Key Points« nachhaltigen Konsums*, Marburg

BUND/EED (Hg.), 2008: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*, Frankfurt/M

Infras, o.J.: *Soziale und räumliche Wirkung von Energieabgaben*, Studie im Auftrag des Bundesamtes für Energie, Bern

Keuschnigg, Marc, und Johannes Schubert, 2013: Münchener Umweltsurvey: Privater Umweltverbrauch in den Bereichen Wohnen und Mobilität, Arbeitspapier des Instituts für Soziologie der LMU München

Die LINKE im Bundestag, 2012: *Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau*, Berlin

Schachtschneider, Ulrich, i.E.: *Verteilungswirkungen ökonomischer Instrumente zur Steuerung der Energiewende*, Studie im Auftrag der RLS Berlin

Siemens AG (Hg.), 2011: *German Green City Index. Analyse der Leistungen zwölf deutscher Großstädte im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, Eine Studie der Economist Intelligence Unit im Auftrag der Siemens AG*, München, www.berlin-partner.de/fileadmin/chefredaktion/pdf/studien-rankings/2011_de_german_green_city_index.pdf

Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie/ Ö-Quadrat, 2008: Ökologische und ökonomische Konzepte: Kurzgutachten Stromspartarif, www.energieverbraucher.de/files_db/1236100843_1822__12.pdf

MEINE OMA HAT NEN MINI-JOB BEI ALDI …

MATTHIAS W. BIRKWALD

»Wir versaufen unsrer Oma ihr klein Häuschen und die erste und die zweite Hypothek« wollte Robert Steidl es im Kölner Karneval 1922 von den Gassenwänden widerhallen hören. Damit hatte er den Jahrhundertschlager komponiert.

Von Kurt Tucholsky wurden wir in seiner Analyse glücklicherweise darüber aufgeklärt, dass »die Hypothek selbst ja eine Schuld ist, die man unmöglich vertrinken kann – meint er doch wahrscheinlich die für die eingetragene Hypothek als Darlehn gegebene Summe, die der Schuldner oder die Schuldnerin in leichtfertiger Weise verbraucht.« (Panter 1922, 623)

Nun ja. Deshalb hat sich wohl auch die Hühnerstallvariante durchgesetzt.

Seither hat Oma viel erlebt und durchgemacht: Schauspielkarriere in Hollywood, Motorradführerschein, Anschaffung eines Himmelbetts etc. Wehmütig denken wir 2013 zurück an Omas Klosettpapier mit Blümchen: Zu teuer. Wir erleben ihr Revival im neuen Globalisierungs-Look: Oma ist fit, beruflich

flexibel und entgeltpunktemäßig auf Zack. So donnert es von allen Seiten:
Meine Oma hat nen Mini-Job bei Aldi,
bei Aldi, bei Aldi
Meine Oma hat nen Mini-Job bei Aldi
Und am Wochenende putzt sie bei Frau Schmidt.

ALARMIERENDE ZAHLEN

Grundgesichert im Ruhestand leben RentnerInnen in Deutschland momentan von durchschnittlich 707 Euro. Die »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung« heißt offenbar so, weil sie der Grund dafür ist, dass sich immer mehr RentnerInnen ihren Lebensunterhalt mit Mini-Jobs sichern müssen. Seit In-Kraft-Treten des Sozialgesetzbuches XII (SGB XII) am 1. Januar 2003 ist die Anzahl der Grundsicherungsbeziehenden allein bis zum Jahr 2010 um 80 Prozent gestiegen. Von ehemals 439 000 Menschen im Jahr 2003 auf 797 000 im Jahr 2010. Davon waren 436 210 älter als 65 Jahre, ihre Zahl ist in diesem Zeitraum um 69 Prozent gestiegen (Statistisches Bundesamt 2012, eigene Berechnungen). Sie sind die amtlich in Altersarmut Lebenden. Die offizielle Quote für Armutsrisiko bei über 65-Jährigen lag im Jahr 2010 bei 14,2 Prozent (Bundestag 2013, 303). Hinzu kommt, dass etwa die Hälfte derjenigen, die einen Anspruch auf die Grundsicherung im Alter haben, diese nicht beantragen – Stolz oder Scham halten sie davon ab. Die Dunkelziffer liegt zwischen 60 und 68 Prozent und somit irgendwo zwischen 1,1 und 1,4 Millionen (vgl. Becker 2012).

Die Rentenzahlbeträge sinken stetig. Im Jahr 2000 erhielten langjährig Versicherte, also jene mit 35 Versicherungsjahren und mehr, noch durchschnittlich 1 021 Euro Rente überwiesen, im Jahr 2011 waren es nur noch 953 Euro. Jeder Jahrgang, der neu in Rente geht, erhält im Schnitt weniger Rente als der Jahrgang zuvor. Wen verwundert es da noch, dass auch die Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im Rentenalter zwischen den Jahren 2000 und 2011 um knapp 60 Prozent (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2012) gestiegen ist?

Warum ist das so? In der Bundesrepublik Deutschland haben wir es bei der Rentenversicherung mit dem Prinzip der Teilhabeäquivalenz zu tun. Rentenansprüche sind also erstens davon abhängig, wie hoch oder eben gering das beitragspflichtige Arbeitsentgelt der oder des Versicherten gewesen ist. Relevant ist dabei das sozialversicherungspflichtige Einkommen des gesamten Arbeitslebens bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze. In manch anderen europäischen Staaten ist das anders geregelt. In Spanien z.B. sind nur die letzten 15 Jahre vor Renteneintritt von Belang. Zweitens ist die Dauer der versicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit zur Berechnung von Rentenansprüchen entscheidend. Hier wird deutlich, dass die relative Einkommens-

MATTHIAS W. BIRKWALD ist Kölner, Bundestagsabgeordneter und seit 27 Jahren Mitglied der IG-Metall. Politisch engagiert war er eigentlich schon immer: In den 1980er Jahren wurde er Jungdemokrat/Junger Linker, 1993 PDS-Mitglied. Heute ist er rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion die LINKE. Außerdem ist er Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Nordrhein-Westfalen.



Pedro Moura Pinheiro/flickr

position auf dem Arbeitsmarkt sich später auch in der Rente widerspiegelt.

Die verheerenden Entscheidungen der SPD-Grünen-Regierung im Hinblick auf den Arbeitsmarkt führten zur Explosion des Niedriglohnsektors, zu Lohndumping, schlecht bezahlter Leiharbeit, Minijobs usw. Inzwischen wird fast ein Viertel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor ausgebeutet. Im Jahr 2010 lag der durchschnittliche Stundenlohn im Niedriglohnsektor bei 6,68 Euro in Westdeutschland und 6,52 Euro im Osten (vgl. Kalina/Weinkopf 2012). Niedrige Löhne bedeuten demnach per se niedrige Renten.

Für Langzeiterwerbslose in Hartz IV haben Union und FDP jegliche Beitragszahlung in die Rentenversicherung gestrichen. In Zukunft werden Menschen mit Phasen längerer Erwerbslosigkeit also zwangsläufig in der Altersarmut landen, was besonders Ostdeutsche betreffen wird.

DU WILLST MICH WOHL VERRIESTERN?!

Die SPD-Grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder ist auch für die Riester-Reform von 2001 verantwortlich. In ihrem Kern bedeutet sie die Abschaffung der *Lebensstandardsicherung* als Prinzip der Altersvorsorge. Ersetzt wurde sie durch das Prinzip der *Beitragssatzstabilität* – ein Paradigmenwechsel mit harten Folgen. Das Rentenniveau sinkt seitdem von Jahr zu Jahr.

Aber: Stabile Beitragssätze könnten auch durch höhere Einnahmen erzielt werden. Zum Beispiel könnten SpitzenverdienerInnen auch zu SpitzenbeitragszahlerInnen gemacht werden, indem die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft würde. Auch könnten Minijobs ab der ersten Stunde sozialversicherungspflichtig sein oder ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt werden. Die Lohneinkommen der Beschäftigten könnten insgesamt gestärkt und mehr gute Arbeit geschaffen werden. All dies ist bis dato nicht geschehen.

Stattdessen wurde der andere Weg eingeschlagen, die Ausgaben für die Renten zu senken. Durch die Einführung von Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel wird das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente vor Steuern von knapp 53 Prozent im Jahr 2000 auf bis zu 43 Prozent im Jahr 2030 sinken. So steht es als Möglichkeit schon heute im Gesetz. Die Renten verlieren damit ein Fünftel ihres Wertes. Zwei kurze konkrete Beispiele: Eine Rente von 1 000 Euro ist

dann nur noch 800 Euro wert. Bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 2703 Euro monatlich bedeutet diese Niveausenkung, dass in Zukunft 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt werden muss, um eine Rente zu erhalten, die über dem Grundsicherungsniveau liegt. Heute sind es 26 Jahre.

Es entsteht also nach und nach eine immer größer werdende Versorgungslücke. Um diese zu schließen, wurde ein simples, aber sinnloses Konzept erarbeitet. Alle Versicherten sollen neben der gesetzlichen Rente noch vier Prozent ihres Bruttoeinkommens in eine Riester-Rente einzahlen. Diese sollte den Niveauverlust der gesetzlichen Rente sogar überkompensieren. Sie wird aber die Lücke in der Altersvorsorge nicht einmal annähernd schließen können. Gerade einmal zwischen 37 und 41 Prozent der potenziellen SparerInnen riestern, d.h. die Mehrheit derer, die eine Rentenlücke zu füllen haben, tut das nicht: Ihnen fehlt schlicht das Geld für die Prämien.

Aber auch bei den Menschen, die einen Vertrag haben, wird das Versprechen in den meisten Fällen nicht aufgehen. Denn ein Fünftel der Verträge ruht und viele Verträge werden nicht mit dem vollen für die Zulageförderung nötigen Betrag bespart. Hohe Verwaltungskosten, überhöhte Langlebigkeitsannahmen, miese Renditen und die mangelnde Dynamisierung der Leistungen machen Riestern nicht viel besser als den guten alten Sparstrumpf. Dafür hat sich die Riester-Rente in erster Linie als ein gigantisches Förderprogramm für die Versicherungswirtschaft erwiesen. Zwölf Milliarden Euro an Steuergeldern sind zwischen 2002 und 2012 in Form von Subventionen in die Riester-Rente geflossen, elf Milliarden davon an die Versicherer, eine Milliarde an die Versicherten. Die Versicherungsunternehmen haben bisher etwa 36 Milliarden Euro an der Verriesterung der Versicherten verdient (vgl. Kleine Anfrage 2011). Die Unternehmen dankten dies mit großzügigen Parteispenden.[1]

GEKÜRZT UND ABGESCHLAGEN

Auch bei den Invaliden-Renten griff man zu. Die *Berufsunfähigkeitsrente* wurde abgeschafft und für alle ab Jahrgang 1961 eine *Erwerbsminderungsrente* eingeführt. Seither können Erwerbsgeminderte frühestens mit 63 Jahren eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente beziehen. Jeder einzelne Monat früher wird mit Abschlägen bestraft. Sie betragen im Schnitt 76,61 Euro (vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund 2012). Die durchschnittliche Rente bei voller Erwerbsminderung beläuft sich dabei mittlerweile nur noch auf rund 604 Euro. Damit liegt sie noch unter dem durchschnittlichen Grundsicherungsniveau.

Auch bei der »Rente erst ab 67« handelt es sich um ein drastisches Kürzungsprogramm. Die wenigsten Menschen, nur 14,2 Prozent der 64-Jährigen, schaffen es, bis 65 sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu sein. Vollzeitbeschäftigt sind unter den 60- bis 64-Jährigen nur 19,4 Prozent, bei den Frauen sind es sogar nur 5,9 Prozent. Die »Rente erst ab 67« bedeutet mehr Abschläge (bis zu 14,4 Prozent) für eine noch größere Personengruppe und somit Kürzungen. Diese Zahlen und die dahinter stehenden realen Entwicklungen sind schon bei einigen angekommen und deshalb ist die Rentenpolitik auch ein großes Wahlkampfthema.

RENTENWAHLJAHR 2013 ODER DAS ENDE VOM LIED

Im Bundestagswahljahr 2013 nun schlagen fast alle Fraktionen mit vermeintlich neuen Rentenkonzepten auf. Werfen wir zunächst einen Blick auf die zukünftigen verarmten RentnerInnen. Es sind Menschen, die heute im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, Alleinerziehende, Erwerbsgeminderte, Langzeitarbeitslose und Solo-Selbstständige. Das betrifft derzeit gut 22 Prozent aller Erwerbstätigen. In Ostdeutschland werden die Renten wegen der rund doppelt so hohen Arbeitslosigkeit und der vielen gebrochenen Erwerbsbiographien seit 1990 drastisch sinken. Arbeitsmarktpolitische Entscheidungen sind untrennbar verknüpft mit Fragen nach Altersarmut und Konzepten, die ihr entgegenwirken.

Zunächst einmal sind *Gute Arbeit und Gute Löhne* Voraussetzungen für eine Gute Rente, die den erarbeiteten Lebensstandard sichert. Derzeit ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von zehn Euro brutto pro Stunde hier die dringend notwendige absolute Untergrenze. Rechnet man das künftig sinkende Rentenniveau mit ein, müssten es heute eigentlich schon 11,31 Euro sein. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro ist also nicht hoch genug, um künftige Altersarmut zu verhindern.

Eine weitere Kernfrage im Kampf gegen künftige Altersarmut ist das *Rentenniveau*: Union, FDP und Grüne wollen da nicht ran, sie halten die Absenkung des Rentenniveaus für unabdingbar (vgl. IG Metall). Die SPD will es zwar über Lohnpolitik stabilisieren, wagt sich aber nicht an die Rentenformel heran. Nur wenn die Dämpfungsfaktoren gestrichen, die Beitragssatzobergrenzen gekippt und die Unternehmen damit wieder stärker in die Verantwortung genommen werden, kann ein Rentenniveau erreicht werden, das den Lebensstandard im Alter sichert.

Vergleichen wir die Konzepte von Schwarz, Gelb-blau, Pseudorot und Grün, fällt vor allem auf, dass ihnen kaum zu überwindende Hürden innewohnen:

Schwarz verlangt bis zu 45 Versicherungsjahre und bis zu 35 Jahre Riester-Vorsorge o.ä. und bietet bis zu 850 Euro brutto (die »Lebensleistungsrente«). Vielleicht. Oder doch nur zehn bis 15 Euro mehr als die Grundsicherung. Man ist sich noch nicht einig. Ergebnis: *Meine Oma zockt mit Pfandflaschen am Bahnhof, am Bahnhof...*

Gelb-blau hat kein Konzept zur Verhinderung von Altersarmut, das diesen Namen verdienen würde. Ergebnis: Meine Oma fährt Betrunkene im Taxi, im Taxi...

Blassrot verlangt 40 Versicherungsjahre und 30 Beitragsjahre und bietet ebenfalls 850 Euro (»Solidarrente«). Brutto oder Netto? Ist noch unklar. *Ergebnis: Meine Oma sitzt im Callcenter als Piepton, als Piepton...*

Grün verlangt immerhin ›nur‹ noch 30 Versicherungsjahre für 850 Euro brutto (764 Euro netto). Aber nur für künftige RentnerInnen. Ergebnis: Kein Omasong, denn die Grünen sind über Volkskalauer erhaben.

Für CDU/CSU, FDP und Grüne ist die »Rente erst ab 67« alternativlos. Die LINKE hingegen fordert eine Solidarische Mindestrente, deren Kern zunächst einmal darin besteht, dass diejenigen sie bekommen, die sie brauchen. Das Ziel lautet: Niemand soll

von weniger als 1 050 Euro netto im Alter leben müssen.

Die »Rente erst ab 67« wird ohne Wenn und Aber abgelehnt, ebenso die ungerechten Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten. Vielmehr sollen alle Menschen ab dem 60. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen können, wenn sie 40 Jahre lang in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Außerdem fordert die LINKE, alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, also auch BeamtInnen, Selbständige und PolitikerInnen. Mittelfristig muss ohne Beitragsbemessungsgrenze gelten: Je höher das Erwerbseinkommen, desto höher die Einzahlungen in die Rentenversicherung. Damit Umverteilungsspielraum entsteht, müssen die hohen Rentenansprüche abgeflacht werden. Auch die ArbeitgeberInnen müssen sich – wie früher – zur Hälfte an der Finanzierung einer den Lebensstandard wieder sichernden gesetzlichen Rentenversicherung beteiligen. Für die Beschäftigten wäre das unter dem Strich sogar günstiger als heute mit Riester und Betriebsrenten. MillionärInnen, Groß-ErbInnen und SpitzenverdienerInnen müssen über höhere Steuern stärker in die Pflicht genommen werden. Damit können Maßnahmen für den Solidarausgleich in der Rente finanziert werden. Die sind dringend notwendig, denn die Entwicklung ist katastrophal: Schon heute haben zum Beispiel über 120 000 Menschen, die älter als 75 Jahre sind, einen Mini-Job und weder Hühnerstall noch Motorrad.

Häufig wird behauptet, die Renteneinschnitte von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb seien im Interesse der Jungen und würden sie von den Kosten der Alterung der Gesellschaft entlasten. Das Gegenteil ist der Fall: Sie müssen mehr für ihre Altersversorgung aufbringen, weil die Unternehmen sich nicht paritätisch an der Finanzierung ihrer gesamten Alterssicherung beteiligen, und erhalten später geringere Renten. Es ist also gerade auch im Interesse der Jungen, die gesetzliche Rente zu stärken und gerecht zu finanzieren. An uns allen liegt es nun, für eine zukunftsfähige und bezahlbare Solidarische Rentenversicherung einzustehen, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. Dann kann Oma das Motorradfahren auch genießen.

LITERATUR

Becker, Irene, 2012: Finanzielle Mindestsicherung und Bedürftigkeit im Alter, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 2/2012, http://www.boeckler.de/impuls_2012_13_2.pdf (6.5.2013)

Bundesagentur für Arbeit, 2012: *Beschäftigungsstatistik: Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Altersgruppen.* Deutschland – Zeitreihe, Nürnberg

Bundestag 2013: *Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung,* BT-Drs. 17/12650, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/126/1712650.pdf (21.5.2013)

Deutsche Rentenversicherung Bund, Hg., 2012: *Rentenversicherung in Zeitreihen,* http://forschung.deutsche-rentenversicherung.de (6.5.2013).

IG Metall, o.D.: *Bausteine für den flexiblen Übergang in den Ruhestand. Gute Arbeit – gut in Rente,* www.gut-in-rente.de/kampagne/broschueren-zum-download/ (21.5.2013)

Kalina, Thorsten, und Claudia Weinkopf, 2012: *Niedriglohnbeschäftigung 2010*: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn, IAQ-Report 1/2012.

Kleine Anfrage 2011: *Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Matthias W. Birkwald »Zur lückenhaften Datenlage und anhaltenden Kritik nach 10 Jahren Riester-Rente«,* BT-Drs. 17/7964 v. 30.11.2011, Fragen 10 und 12.

Tucholsky, Kurt alias Peter Panter, in: *Die Weltbühne* v. 14.12.1922

Statistisches Bundesamt, 2012: Statistik der Empfänger von Grundsicherung. Genesis Onlinedatenbank

1 Allein die Allianz AG spendet seit 2002 immer wieder Beträge in Höhe von bis zu 60 Tausend Euro an CDU und SPD und Beträge bis zu 50 Tausend an FDP und Grüne. Vgl. u.a. http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/index.html) (21.5.2013). Mit dem Parteienspendengesetz von 2002 sind erst Summen ab 50 Tausend Euro veröffentlichungspflichtig und nachvollziehbar.

MIT STEUERN UMSTEUERN

AXEL TROOST, CHRISTOPH SAUER UND PHILIPP HERSEL

Steuern sind mehr als nur Staatseinnahmen. Mit Steuern lässt sich – wie der Name schon sagt – steuern. Die Forderungen der LINKEN zur Ausweitung bestimmter öffentlicher Ausgaben sind nur eine Facette eines grundlegenderen Paradigmas: Umverteilen! Steuern sind ein zentrales Instrument, Mittel von privat nach öffentlich umzuverteilen. Das Steuersystem entscheidet, welche Bevölkerungsgruppen wie viel zur Finanzierung des Öffentlichen beitragen müssen, von daher kann es in erheblichem Maße Einfluss auf die Einkommens- und Vermögensverteilung nehmen. Die Ausgabenstruktur des Staates wiederum ist auch ein Verteilungsinstrument, denn es macht einen großen Unterschied, ob der Staat die Renten und Sozialtransfers erhöht oder ob er sein Geld lieber an die Atom- oder Gentechnikindustrie oder die sich häufenden ›großen unnützen Projekte‹ durchreicht.

Die steuerpolitischen Vorstellungen der LINKEN sind daher nicht nur mit Blick darauf interessant, wie viel zusätzliche Staatseinnah-

men generiert werden, sondern wie die Umverteilungswirkungen insgesamt ausfallen.

DIE STEUERSÜNDEN DER VERGANGENHEIT

In den vergangenen 14 Jahren sind alle größeren Steuerreformen nach demselben Muster vorgenommen worden. Während es für niedrige und mittlere Einkommen bestenfalls Almosen gab, durften sich Reiche und Vermögende über zahlreiche kräftige Steuergeschenke freuen. Die hervorstechendsten Beispiele sind die Nichterhebung der Vermögensteuer seit 1999, die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 Prozent durch Rot-Grün und die Einführung der Abgeltungsteuer und die Erbschaftsteuerreform durch die große Koalition. Letztere ermöglicht nicht nur die steuerfreie Vererbung von Betriebsvermögen, sondern durch entsprechende Gestaltung auch die von Privatvermögen: Beispielsweise kann Vermögen in ein Unternehmen eingebracht und dann als Betriebsvermögen vererbt werden (»Cash-GmbHs«). Die amtierende schwarz-gelbe Koalition hat diese Privilegierung noch weiter ausgebaut. Derzeit können Vermögen im Bereich zwei- bis dreistelliger Millionenbeträge steuerfrei oder nur mit niedrigen Belastungen vererbt werden. Insgesamt sind durch diese Maßnahmen Mindereinnahmen von 235,5 Milliarden Euro im Zeitraum 2000 bis 2011 entstanden (vgl. Höll et al. 2013).

Obwohl die Reichen immer reicher wurden, blieb ihr Anteil am Steueraufkommen weitgehend konstant. Das bedeutet nichts anderes, als dass die reale Steuerbelastung der Superreichen in Deutschland deutlich gesunken ist, während vor allem Geringverdienerinnen und -verdiener sehr hoch belastet wurden (vgl. Reiner in diesem Heft).

DIE ÖFFENTLICHE HAND BRAUCHT MEHR EINNAHMEN

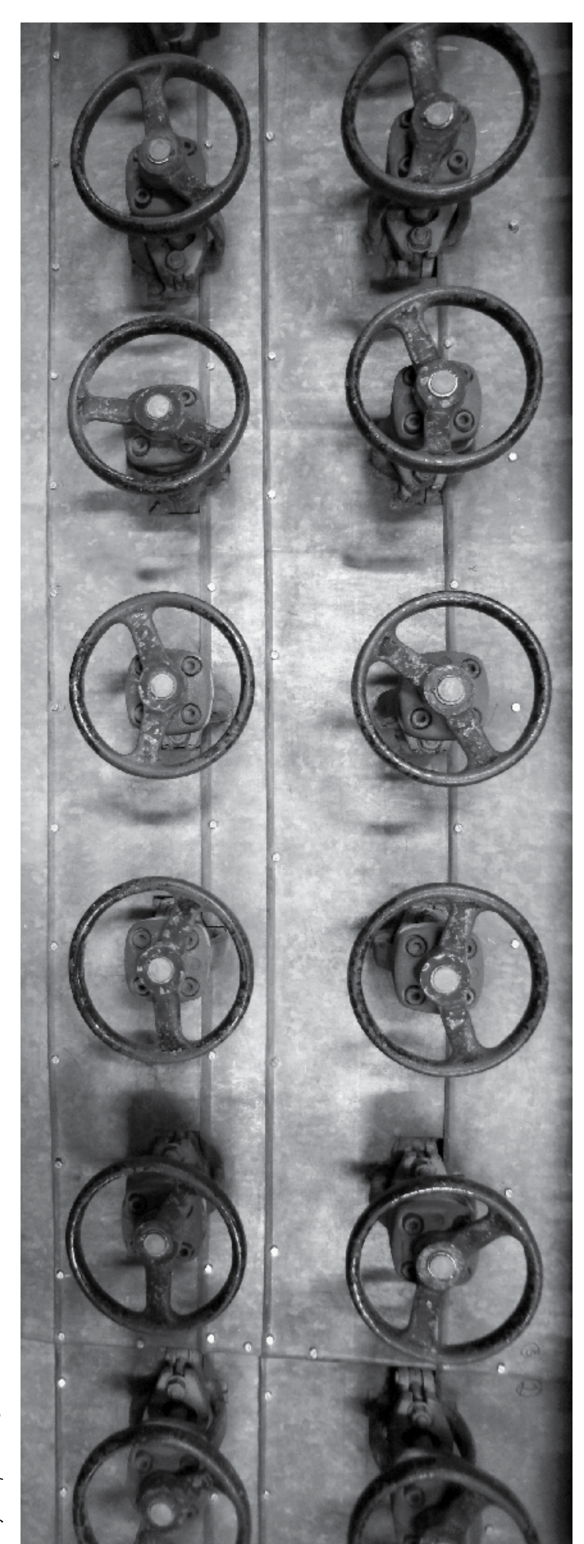
Es steht außer Frage, dass die öffentliche Hand mehr Einnahmen braucht, da die Steuermindereinnahmen der Vergangenheit zu ökonomisch schädlichen Ausgabenkürzungen geführt haben, die Banken- und Eurorettung bereits jetzt immense Kosten verursacht hat und die Volkswirtschaft endlich einen ökologisch-sozialen Umbau braucht, um ein qualitatives, nachhaltiges Wirtschaftswachstum anzustoßen.

AXEL TROOST ist stellvertretender Parteivorsitzender, finanzpolitischer Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag.

CHRISTOPH SAUER ist steuerpolitischer Referent der Linksfraktion.

PHILIPP HERSEL ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestagsbüro von Axel Troost.

Reform der Einkommensteuer: Die LINKE will die Umverteilung von unten nach oben umkehren. Geringe und mittlere Einkommen können stark entlastet werden, indem der Grundfreibetrag auf 9 300 Euro erhöht und der bislang steile Anstieg der Steuersätze für mittlere Einkommen deutlich gesenkt wird. Der Spitzensteuersatz soll ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 65 000 Euro wieder wie zu Helmut Kohls Zeiten auf 53 Prozent erhöht werden, ein zu versteuerndes Einkommen von über einer Million Euro jährlich (nach Abzug aller Sozialversicherungsbeiträge) mit einer Reichensteuer


dmytrok/flickr

von 75 Prozent belegt werden. Im Ergebnis wird jede Person, die weniger als 5700 Euro pro Monat zu versteuern hat, entlastet. Alle anderen werden belastet. Durch eine starke Mehrbelastung zehntausender Reicher wird eine deutliche Steuerentlastung für Millionen finanziert. Für deutliche Mehreinnahmen des Staates, also eine Umverteilung von privat nach öffentlich, bleiben bei der Einkommensteuer leider kaum Spielräume. Dies wird eher durch die Millionärs- und Erbschaftsteuer erreicht (s.u.)

Abschaffung der Abgeltungsteuer: Ein elementarer Bestandteil der Reform der Einkommensteuer hin zu einer höheren Besteuerung großer Einkommen muss die Abschaffung der Abgeltungsteuer für Kapitalerträge sein.[1] Die LINKE fordert, dass Kapitalerträge zum persönlichen Steuersatz statt pauschal mit einem Satz in Höhe von 25 Prozent versteuert werden.

Die Abgeltungsteuer ist ein klarer Verstoß gegen die steuerliche Gleichbehandlung aller Einkunftsarten und stellt eine deutliche Privilegierung hoher Kapitalerträge dar. Die Begründung der unsozialen Abgeltungsteuer durch den damaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) (»Lieber 25 Prozent von x als 45 Prozent von nix«; er meinte damit, die Abgeltungsteuer würde die Anreize zur Steuerhinterziehung vermindern) ist von der Realität widerlegt.

Höhere Besteuerung von Vermögen durch Erbschaft- und Millionärsteuer: Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern (Grund-, Vermögen-, Erbschaft- und Schenkungs- sowie Vermögensv erkehrssteuern) so geringe Einnahmen wie Deutschland. Laut OECD betrug deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 gerade einmal 0,8 Prozent.

Das ist nicht einmal die Hälfte des OECD-Durchschnitts von 1,8 Prozent (vgl. OECD 2013). Zur gezielten Besteuerung hoher Vermögen fordert die LINKE die Wiedererhebung der Vermögensteuer in Form einer Millionärsteuer sowie eine Reform der Erbschaftsteuer.[2]

Die Millionärsteuer bezieht sich ausschließlich auf Nettovermögen von Vermögensmillionären. Vermögen unter einer Million Euro sind als Freibetrag von der Millionärsteuer freigestellt. Der Teil des Vermögens von Millionären, welcher oberhalb von einer Million Euro liegt, wird mit fünf Prozent besteuert.

Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen will die LINKE die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Eckpunkte sind: Alle Begünstigten erhalten einen einheitlichen Freibetrag in Höhe von 150 000 Euro. Für Erben, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, minderjährige Kinder, Hinterbliebene aus einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft oder alternativ für eine von der Erblasserin oder dem Erblasser benannte Person verdoppelt sich der Freibetrag auf 300 000 Euro. Damit ist sichergestellt, dass das durchschnittliche Wohneigentum nicht besteuert wird. Darüber hinaus gehende Erbfälle werden mit einem Eingangssteuersatz von 6 Prozent bis hin zu einem Spitzensteuersatz von 60 Prozent (ab einem zu versteuernden Erbe von drei Millionen Euro) besteuert. Großzügige Stundungsregelungen verhindern, dass das Fortbestehen von kleinen und mittleren Unternehmen gefährdet wird.

Unternehmensbesteuerung: Die zahlreichen Steuersenkungen für Unternehmen aus den letzten zehn Jahren sollen zurückgenommen werden. Wichtigste Maßnahme ist die Anhebung des Körperschaftsteuersatzes für Kapitalgesellschaften von 15 auf 25 Prozent.

FAZIT

Eine höhere Besteuerung von Reichen und Vermögenden ist aus verteilungs-, haushalts-, finanz- und wirtschaftspolitischen Gründen notwendig. Die LINKE hat hierfür konkrete und umsetzbare Vorschläge vorgelegt. Die Erzielung zusätzlicher Staatseinnahmen (»Umverteilung von privat nach öffentlich«) ist dabei ein wichtiger, aber keineswegs der einzige Aspekt. Das Steuerkonzept zieht seine Berechtigung auch aus seiner Umverteilungswirkung zwischen den Einkommensteuerzahlerinnen und -zahlern, weil im Gegensatz zum Steuerkonzept der SPD eine Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen zulasten der Reichen vorgesehen ist. Diese fällt um ein Vielfaches höher aus als im Steuerkonzept der Grünen.

Umverteilen durch Um-Steuern ist keine Alternative zur Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter. Der Kampf um die Lohntüte muss mindestens ebenso hart geführt werden wie der Kampf um Steuergerechtigkeit. Umgekehrt ist Steuerpolitik aber keineswegs ein naiver, kosmetischer Reparaturbetrieb und verdient daher den vollen politischen Einsatz.

LITERATUR

Höll, Barbara, Richard Pitterle und Axel Troost, 2013: »Staatsschuldenkrise« und Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand, http://dokumente.linksfraktion.net/download/staatsschuldenkrise.pdf, 8.1.2013

IMK 2012: IMK-Steuerschätzung 2012-2016, IMK Report 76, Oktober 2012

OECD 2013: StatExtracts, http://stats.oecd.org, 1.3.2013

1 Vgl. Antrag der Fraktion die LINKE, Bundestags-Drucksache Nr. 17/4878.

2 Vgl. Anträge der Fraktion die LINKE, Bundestags-Drucksachen Nr. 17/8792 und 17/2944.

EHEGATTENSPLITTING 2.0

KATRIN MOHR | ANTJE SCHRUPP

SPLITTING FÜR ALLE

ANTJE SCHRUPP

Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft – dies scheint Konsens zu sein im linken und/oder feministischen Lager und sogar darüber hinaus. Dass der Staat Steuererleichterungen einräumt für Paare, von denen einer (oder meistens: eine) nicht erwerbstätig ist oder zumindest deutlich weniger verdient, ist in der Tat ein Relikt aus Zeiten, in denen es eine klare Rollenteilung zwischen »Familienernährer« und »Hausfrau« gab.

Aus diesem Grund ist das Ehegattensplitting nach dem Zweiten Weltkrieg ja eingeführt worden: zur Rettung der heteronormativen Ehe. Soziale Gemeinschaften sollten sich ausschließlich über das Mann-Frau-Paar als »Kernzelle« konstituieren. Dieses Modell war damals nämlich ins Wanken geraten, denn während des Krieges waren viele Frauen einer Erwerbsarbeit nachgegangen und hatten selbstständig für ihren Lebensunterhalt gesorgt. Nicht alle wollten sich nun wieder an einen Ehemann binden. In den ersten Nachkriegsjahren gab es zahlreiche alleinstehende Frauen und auch viele, die mit anderen Frauen zusammen lebten. Nicht unbedingt in einer lesbischen (Liebes)beziehung, aber eben doch: unabhängig von Männern.

In dieser Situation bot das Ehegattensplitting einen finanziellen Anreiz zur Eheschließung: Es gewährte Ehepaaren die Möglichkeit, ihren zum gemeinsamen Lebensunterhalt notwendigen Erwerbsarbeitsaufwand drastisch zu vermindern. Wenn die Frau nach der Heirat ihren Job aufgab und »Hausfrau« wurde, glich der Staat diesen Einkommensausfall teilweise aus.

Heute ist die Situation eine andere. Lesbische und schwule Lebensgemeinschaften sind bei einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert, und das Bundesverfassungsgericht hat im Juni 2013 verfügt, dass das Ehegattensplitting auf diese ausgeweitet werden muss.

Auch die zementierte Rollenverteilung, wonach der Mann das Geld verdient, während die Frau nicht erwerbstätig ist, wird kaum noch propagiert. An ihre Stelle ist das Idealbild einer Gesellschaft getreten, in der alle Erwachsenen gleichermaßen zur Erwerbsarbeit verpflichtet sind. Berufliche Qualifikationen von Frauen, sollen nicht mehr in Privathaushalten ›verplempert‹ werden, sondern möglichst uneingeschränkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Forderung nach einer Abschaffung des Ehegattensplittings stößt exakt in dieses Horn. Deshalb ist sie vielleicht gar nicht so gesellschaftskritisch, wie viele denken.

KOSTEN DER SORGEARBEIT SOZIALISIEREN

Denn was bei diesem Umbau kultureller Paradigmen bezüglich Arbeit, Ehe und Geschlechterverhältnis unter den Tisch fällt, ist die Frage der gesellschaftlichen Organisation der unbezahlten Haus- und Fürsorgearbeiten. Was immer man gegen das Ehegattensplitting aus guten Gründen einwenden mag: Es hatte auch die Funktion, die Kosten dieser Arbeit zumindest teilweise auf die Gesellschaft umzulegen. Die klassische Hausfrau hat ja nicht nichts gearbeitet, sondern wichtige und notwendige Tätigkeiten übernommen. Und vor allem hat sie diese Arbeiten nicht nur für sich erledigt, sondern auch für diejenigen Familienmitglieder, die dazu selbst nicht in der Lage waren: für Kinder, kranke oder pflegebedürftige Menschen, für Alte. Und auch der erwerbstätige »Alleinverdiener«, der von diesen notwendigen Arbeiten entlastet war, profitierte davon. Er setzte sich abends an den gedeckten Tisch und fand am nächsten Morgen das frisch gewaschene Hemd vor.

ANTJE SCHRUPP ist Bloggerin des Jahres 2012. In ihrem feministischen Blog »Aus Liebe zur Freiheit. Notizen zur Arbeit der sexuellen Differenz« schreibt sie über das bisschen Haushalt, das Gute Leben und italienischen Feminismus. Für *LuXemburg* entwirft sie Ehegattensplitting 2.0 als Einstiegsprojekt. Politikwissenschaftlerin ist sie auch noch und promovierte zu Frauen in der Ersten Internationale.

KATRIN MOHR ist promovierte Soziologin, Referentin bei der Bundestagsfraktion die LINKE und Mitglied im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne. In ihrer wissenschaftlichen und politischen Arbeit geht es ihr um sozialpolitische Alternativen jenseits des Gegensatzes von fordistischem Sozialstaat und aktivierender Sozialpolitik.

Das Ehegattensplitting steht also für eine zwar ungenügende, aber immerhin teilweise Einbeziehung dieser Haus- und Fürsorgearbeiten in die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsrechnung: Die Steuerersparnis ist ein konkreter finanzieller Beitrag der Allgemeinheit für die Arbeit, die – meist von Frauen – in den Haushalten geleistet wird.

Allerdings sind mit dem bestehenden Modell noch weitere Probleme verbunden. So ist beispielsweise eine erhebliche soziale Ungleichheit eingearbeitet. Die Höhe der Steuerersparnis korreliert direkt mit der Höhe des Einkommens des erwerbstätigen Ehepartners. Als wäre die Arbeit einer Hausfrau, die mit einem gut verdienenden Mann verheiratet ist, mehr wert als die einer Hausfrau, deren Mann wenig Geld verdient. Keine Rolle spielt hingegen der tatsächliche Umfang der von ihr

geleisteten Arbeit: Der finanzielle Nutzen des Ehegattensplittings ist unabhängig davon, ob die betreffende Hausfrau nur einen Zwei-Personen-Haushalt führt oder zahlreiche Kinder und eventuell noch pflegebedürftige Angehörige versorgt.

Die Frage ist jedoch, ob seine Abschaffung diese Ungerechtigkeiten mildern würde. Gerade was das unterschiedliche Lohnniveau zwischen einträglichen und schlecht bezahlten Berufen betrifft, tendiert das Modell der individuellen Erwerbsarbeit aller Erwachsenen nämlich dazu, diese Unterschiede noch zu verschärfen. Eheschließungen erfolgen meist unter sozial ähnlich Gestellten – der Arzt heiratet die Rechtsanwältin, die Verkäuferin den Mechaniker. Aus diesem Grund driftet die Schere von Arm und Reich weiter auseinander, wenn man pro Familie von zwei statt einem Vollzeiterwerbstätigen ausgeht: Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln hat die Ungleichheit der von Paaren insgesamt erzielten Einkommen zwischen 1998 und 2008 um 18 Prozent zugenommen, die Einkünfte der einzelnen in Paar-Haushalten lebenden Personen jedoch nur um 6 Prozent.

Das verstärkt natürlich auch die Ungerechtigkeiten bezüglich der unbezahlten Haus- und Fürsorgearbeiten, und zwar viel mehr als das Ehegattensplitting: Während sich gut verdienende Paare häusliche Dienstleistungen kaufen und Putzhilfen, Kinderfrauen und Pflegekräfte einstellen können, müssen schlecht verdienende Paare diese Arbeiten selbst leisten – und zwar zusätzlich zu ihrer beider Vollzeit-Erwerbstätigkeit.

Eine der größten Herausforderungen, die sich mit dem Ende der Hausfrauen-Alleinverdiener-Ehe ergeben, ist deshalb die Frage: Wer macht eigentlich und unter welchen Bedingungen die Arbeiten, die früher die Hausfrauen gemacht haben? Wie wollen wir zukünftig gesellschaftlich notwendige, aber nicht profitträchtige Sorgearbeiten organisieren und den Lebensunterhalt derjenigen sicherstellen, die sie tun? Dabei könnten bestimmte Aspekte des Ehegattensplittings interessant sein.

SPLITTING FÜR ALLE (DIE ES WOLLEN)

Wie wäre es, wenn wir das Konstrukt der Lebenspartnerschaft über die jetzige Engführung auf Paare, die durch ein sexuelles Begehren miteinander verbunden sind, hinaus ausweiten? Könnten wir die steuerlichen Vorteile eines Ehegattensplittings nicht vielmehr so verbreitern, dass alle Menschen in ihren Genuss kommen, die sich auf Dauer mit anderen zusammentun und kollektiv leben und wirtschaften wollen? Ehegattensplitting für alle also, die sich einen verbindlichen Rechtsstatus für gemeinsames Leben, Versorgen und Wirtschaften geben möchten?

Zum Beispiel kenne ich zwei Schwestern, die mit ihren Kindern, insgesamt dreien, zusammenleben. Sie haben gemeinsam ein Haus gekauft, teilen ihr Einkommen und die Familienarbeit – sind aber kein romantisches Liebespaar. Eine von ihnen verdient mehr Geld, während die andere sich mehr um den Haushalt kümmert. Warum sollen sie nicht in den Genuss des Ehegattensplittings kommen? Ähnlich steht es bei Beziehungen zwischen verschiedenen Generationen, also wenn etwa die 50-jährige Tochter mit der 75-jährigen Mutter zusammenlebt. Aber es sind auch Lebensgemeinschaften zwischen generati-

onsübergreifenden Paaren denkbar, die nicht durch Blutsverwandtschaft, sondern durch gegenseitige Sympathie begründet sind.

Außerdem wären ja auch Lebenspartnerschaften zwischen mehr als zwei Erwachsenen denkbar, die – ob mit sexueller Komponente oder nicht – ihr Leben gemeinsam planen und füreinander Verantwortung übernehmen möchten: Warum sollen sie sich nicht auch ›verpartnern‹? Dann könnten vielleicht drei von ihnen erwerbstätig sein, während einer den gemeinsamen Haushalt führt und die Kinder versorgt. Es sind viele Lebensmodelle denkbar, in denen Menschen sich zu einem gemeinsamen Wirtschaften verpflichten, bei denen eine Ungleichverteilung von unbezahlter Haus- und Fürsorgearbeit und bezahlter Erwerbsarbeit durchaus für alle Beteiligten sinnvoll wäre. Ein Steuermodell, bei dem der Staat solche Lebenspartnerschaften unterstützt, würde der Tatsache Rechnung tragen, dass die Übernahme von unbezahlter Haus- und Fürsorgearbeit kein Privatvergnügen ist, sondern etwas zum Wohlstand der Gesellschaft beiträgt.

Mit einem »Ehegattensplitting«, das auf alle möglichen Konstellationen angewandt würde, die sich für ein gemeinsames Wirtschaften und Füreinander-Sorgen entscheiden, hätten wir alle die Wahl, ob wir uns in dieser Hinsicht lieber individuell aufstellen (mit eigenem Einkommen, mit individueller sozialer Absicherung, mit entsprechender Steuerlast und entsprechenden Ansprüchen auf Versorgung im Bedarfsfall), oder ob wir uns mit anderen zusammentun möchten (und rechtlich abgesichert Einkommen und Fürsorge miteinander teilen, also weniger Steuern zahlen, dafür aber auch im Bedarfsfall zunächst füreinander einstehen, bevor wir staatliche Leistungen in Anspruch nehmen).

Das Ehegattensplitting schafft einen gewissen Freiraum für kollektive Lebensplanung außerhalb der rein betriebswirtschaftlichen Logik des individuellen Verkaufens von Arbeitskraft. Ein Splitting 2.0 – also eines, das von der Fixierung auf Mann-Frau-Paare befreit wurde – könnte diese positiven Aspekte bewahren und dafür sorgen, dass sie allen zu Gute kommen, die das wollen.

WIDER DIE ABHÄNGIGKEIT 2.0

KATRIN MOHR

Die Abschaffung des Ehegattensplittings ist auch im beginnenden Bundestagswahlkampf ein heißes Thema. SPD, Grüne und LINKE haben sich dafür ausgesprochen, obwohl laut einer Forsa-Umfrage unter Eltern 80 Prozent der Befragten für eine Beibehaltung sind und auch unter den WählerInnen der drei Parteien nicht wenige sein dürften, die davon profitieren.

Das Ehegattensplitting hat sich jedoch normativ und ökonomisch überlebt. Die Pluralität der Lebensformen, die in der zunehmenden Verbreitung von lesbischen und schwulen Partnerschaften mit und ohne Kinder, in Patchworkfamilien oder Lebensgemeinschaften von Verwandten und FreundInnen ihren Ausdruck findet, erfordert eine Familienpolitik, die nicht bestimmte Normalitätsvorstellungen durchsetzt, indem sie sie steuerlich und rechtlich besser stellt

als andere. Stattdessen müssen Gemeinschaften, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, gleichgestellt und gefördert werden. Die Bemühungen um Gleichberechtigung der Geschlechter in der Erwerbs- und Sorgearbeit erzwingen einen Abbau der immer noch bestehenden massiven Anreize für die – mehr oder weniger modernisierte – klassische Arbeitsteilung, die für viele Frauen in der beruflichen Sackgasse, in ökonomischer Abhängigkeit oder in Armut endet. Soweit besteht Einigkeit.

Es ist jedoch nicht allein der »Umbau kultureller Paradigmen bezüglich Arbeit, Ehe und Geschlechterverhältnis« (Antje Schrupp in diesem Heft), der das Ehegattensplitting gesellschaftlich überholt erscheinen lässt. Nicht zufällig gerät es in einer Zeit politisch unter Druck, in der das dahinter stehende Leitbild nicht nur ideologisch an Bindekraft einbüßt, sondern in der auch die Familienernährer-Hausfrauen-Ehe ökonomisch an Bedeutung verliert. Gewollt und ungewollt macht sie dem Modell der Zweifachverdiener-Ehe oder gar dem der weiblichen Familienernährerin Platz.[1] Löhne und Arbeitsverhältnissen sind vielfach nicht mehr so beschaffen, dass sie ergänzt durch den Splittingvorteil in weiten Teilen der Bevölkerung zu einem Familienlohn führen, der den Verkauf der Arbeitskraft des weiblichen Teils der Haushaltsgemeinschaft überflüssig macht. Das Ehegattensplitting wird damit auch als Stütze eines spezifischen Reproduktionsmodells obsolet. Da, wo es hoch qualifizierte weibliche Arbeitskräfte davon abhält, ihre Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten, wird es aus Sicht der Wirtschaft sogar dysfunktional.

Tatsächlich droht – wie Schrupp befürchtet – in dieser historischen Situation die Forderung nach Abschaffung des Ehegattensplittings einer neoliberalen Mobilisierung aller für einen deregulierten Arbeitsmarkt und einer weitgehenden Vermarktlichung der Sorgearbeit das Wort zu reden. Doch kann die Schlussfolgerung daraus eine Neuauflage des Ehegattensplittings, ein Ehegattensplitting 2.0 sein? Diese Frage ist entschieden zu verneinen.

UMVERTEILUNG VON ARBEIT UND …

Die Frage der Verteilung von Reproduktionsarbeit würde so keinesfalls egalitär, sondern in neue, buntere Formen der Arbeitsteilung aufgelöst, die mit neuen Ungleichheiten und Abhängigkeiten einher gehen. Denn in Schrupps Vorstellung spezialisiert sich eineR (oder mehrere) der PartnerInnen auf die Sorgearbeit, während die andere(n) über Erwerbsarbeit das Einkommen der Lebensgemeinschaft erwirtschaften. Statt in die Abhängigkeit des Ehepartners, begibt man sich also in die Abhängigkeit seiner LebenspartnerInnen. Wiederum wird die Übernahme der Sorgearbeit durch einen Teil der Lebensgemeinschaft staatlich subventioniert, statt durch Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit die spezialisierte Arbeitsteilung zugunsten einer Vereinbarkeit unterschiedlicher Perspektiven für alle zu überwinden.

… EIGENSTÄNDIGE EXISTENZSICHERUNG

Für die Frage meiner beruflichen Zukunft nach der Auflösung einer rechtlich verbindlichen Lebensgemeinschaft, in der ich jahrelang die Familienarbeit übernommen und meiner

Partnerin oder meinem Partner oder meinen PartnerInnen den Rücken frei gehalten habe, ist es völlig egal, ob dies in einer Ehe oder einer anderen Form der Lebensgemeinschaft geschah. Die berufliche Auszeit wird so oder so meinen Wiedereinstieg und meine Karrierechancen beeinträchtigen und mir gegenüber meinem früheren Pendant am Arbeitsmarkt zum Nachteil gereichen. Auch in der Rente macht es keinen Unterschied, ob ich mangels eigenständiger Rentenansprüche im Alter auf das Einkommen meiner LebenspartnerIn(nen) oder auf die (ebenfalls gegenüber anderen Lebensformen geöffnete) Hinterbliebenenversorgung angewiesen bin statt auf die abgeleiteten Ansprüche aus einer Ehe. Auch in einer gut funktionierenden – wie auch immer gearteten – Lebensgemeinschaft bleibe ich auf das Einkommen meiner LebenspartnerIn(nen) angewiesen und damit ökonomisch abhängig. Das kann nicht Ziel linker Familien- und Gleichstellungspolitik sein!

Mit dem Ehegattensplitting 2.0 wird auch der Anspruch aufgegeben, das Reproduktionsmodell grundlegend zu verändern. Es geht nur noch darum, seine Arbeitsteilungen, Abhängigkeitsmuster und Zumutungen für alle Lebensformen zu demokratisieren, nicht mehr darum, den Kern des Systems – die kapitalistisch organisierte Erwerbsarbeit – zu verändern. Und zwar so, dass eine eigenständige Existenzsicherung und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit für alle lebbar werden. Der Anspruch auf eine familienfreundliche Arbeitswelt, auf Zeitsouveränität der Beschäftigten, auf stärkeren arbeitsrechtlichen Schutz von Sorgetragenden, auf gute Löhne und gute Arbeit, mit der sich auch bei verringerter Arbeitszeit die persönliche Existenz sichern und ausreichend eigenständige Alterssicherungsansprüche aufbauen lassen – all das tritt hinter die Demokratisierung eines Anreizsystems zurück, das familiäre Abhängigkeiten fördert statt persönliche Autonomie.

Aus linker Perspektive muss es stattdessen darum gehen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Lebensmodelle – ob als Paar, Alleinerziehende oder als wie auch immer geartete Lebensgemeinschaft zu gewährleisten. Der Aufbau einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung und von Ganztagsschulen ist hierfür ebenso zentral wie die familienfreundliche Umgestaltung der Arbeitswelt und Vorstöße zu einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung. Ergänzt werden muss diese institutionelle Infrastruktur eines neuen, egalitären Reproduktionsmodells durch soziale Sicherungssysteme, die die eigenständige Absicherung von Erwachsenen und Kindern gewährleisten und die im Bedarfsfall sicher vor Armut und vor Abhängigkeit schützen. Kurz: Es muss um die Vereinbarkeit von Perspektiven und die eigenständige Existenzsicherung gehen statt um die Schaffung von Abhängigkeit 2.0.

LITERATUR

Klenner, Christina und Ute Klammer, 2009: Erosion des Ernährermodells, in: *Böckler Impuls* Nr. 3

1 Vgl. hierzu die Studien von Christina Klenner und Ute Klammer (2009) zu weiblichen Familienernährerinnen. Sie kommen darin zu dem Ergebnis, dass diese Rolle häufig unfreiwillig, aus ökonomischen Zwängen heraus eingenommen wird, oder weil die Frauen alleinerziehend werden. Die Einkommen der weiblichen Familienernährerinnen reichen vielfach nicht an die der klassischen Familienernährer heran.

DER DRUCK MUSS RAUS

KRANKENHAUSBESCHÄFTIGTE AUFWERTEN UND ENTLASTEN

THOMAS BÖHM

Die Lage der Beschäftigten in den Krankenhäusern und insbesondere des Pflegepersonals hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert.

Als typischer sozialer Beruf und als typischer Frauenberuf waren sie schon immer unterbewertet und unterbezahlt. Eine Krankenschwester verdient immer noch deutlich weniger als Facharbeiter und als technische Berufe.

Durch die Einführung von marktwirtschaftlichen Steuerungselementen im Gesundheitswesen (Finanzierung der Krankenhauskosten über Fallpreise) setzte ein Prozess ein, in dem es zunehmend darauf ankam, immer mehr Patienten in immer kürzerer Zeit mit immer geringeren Kosten zu behandeln, lukrative Fälle anzuziehen, die Abrechnung dieser Fälle möglichst optimal zu gestalten (»upcoding«) und die Diagnosen und Behandlungsmaßnahmen so zu gestalten, dass ein Optimum an Einnahmen erzielt wird. Dies wertete die Ärzte, die in der Hierarchie sowieso

schon oben standen, nochmals auf – und die anderen Berufsgruppen ab.

Institutionell wurde ein Krankenhaus früher durch eine gleichberechtigte Dreierleitung, bestehend aus dem Verwaltungsdirektor, dem ärztlichen Direktor und der Pflegedirektorin, geleitet. Diese Vorschrift wurde Ende der 1990er Jahre (parallel zur Einführung der Fallpreise) aufgehoben und die Rolle der Manager deutlich gestärkt. Einher ging das in den meisten Kliniken damit, dass ein Arzt von seiner ärztlichen Tätigkeit freigestellt wurde und quasi als ärztlicher Manager dem eigentlichen Manager zur Hand gehen sollte. Die Pflegedirektorin wurde zum untergeordneten Befehlsempfänger. Diese Entwicklung folgte der Logik, dass »der Arzt an der Kasse sitzt« (so ein Manager der privaten Krankenhauskette Sana) und deswegen der ärztliche Bereich aufgewertet werden muss.

Parallel zur Vermarktwirtschaftlichung der Krankenhäuser ist die Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser gedeckelt, und die Länder, die eigentlich für die gesamte Investitionskostenfinanzierung zuständig sind, entziehen sich zunehmend dieser gesetzlichen Pflicht.

Die Deckelung führt dazu, dass nicht einmal die Preissteigerungen und die Tarifsteigerungen durch die Kassen refinanziert werden, und dazu, dass die Krankenhäuser zunehmend Defizite haben. Dies ist politisch gewollt und soll zu einer Bereinigung der Krankenhauslandschaft und zum Abbau von Betten führen.

Die Unterfinanzierung der Investitionen (in Baden-Württemberg allein gibt es einen Förderstau von weit über einer Milliarde Euro) bewirkt, dass immer mehr Baustellen in Krankenhäusern durch Personalstellen finanziert werden: Die Gelder für notwendige Investitionen werden aus den laufenden Mitteln und damit von den Beschäftigten genommen. Folge ist eine Einsparrunde nach der anderen.

Nachdem in einer ersten Kürzungswelle die so genannten patientenfernen Bereiche (Reinigung, Hauswirtschaft, Küchen) – alles ebenfalls Frauen- und Migrantinnenberufe – nahezu flächendeckend out-gesourced worden waren, war das nächste Sparopfer die Pflege.

162 000 Beschäftigte fehlen in den deutschen Krankenhäusern (ver.di-Personalcheck vom 19.2.2013). Das sind ca. 20 Prozent aller Stellen. Jeder kann sich ausrechnen, was ein Personalmangel von 20 Prozent für einen Bereich oder eine Station bedeutet.

Seit 1996 wurden in der Pflege mehr als 38 000 Stellen abgebaut. (Gleichzeitig wurden im ärztlichen Bereich 33 000 Stellen aufgebaut.) Da parallel dazu die Zahl der Patienten um 2,9 Millionen anstieg, erhöhte sich die Arbeitsbelastung einer durchschnittlichen Pflegekraft um mehr als 27 Prozent.

THOMAS BÖHM war ver.di Bezirksvorsitzender in Stuttgart sowie Personalratsvorsitzender des städtischen Klinikums Stuttgart und dort treibende Kraft beim Aufbau eines kämpferischen Kreises von Gewerkschaftsaktiven. Gemeinsam verhinderten sie mehrmals Versuche, die Klinik zu privatisieren. Auch in Altersteilzeit bleibt der ehemalige Chirurg einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Krankenhaus verbunden und setzt Maßstäbe in Bezug auf gewerkschaftliche Kampagnenaktivitäten.

Die Arbeitshetze geht zwischenzeitlich buchstäblich bis zu körperlicher Erschöpfung und Krankheit. Burn-Out und häufig Berufswechsel sind die Folge. Fast 70 Prozent der Pflegekräfte in deutschen Krankenhäusern können sich nicht vorstellen, bis zur Rente in diesem Beruf zu arbeiten. Dies ist umso dramatischer, als wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass die Zahl der betreuenden Pflegekräfte unmittelbare Auswirkungen auf die Versorgungsqualität und die Sterblichkeit in den Krankenhäusern hat.

Bisher bestand kein Arbeitskräftemangel in den Pflegeberufen – bedingt durch den Stellenabbau und weil in den 1980er und 1990er Jahren viele junge Menschen den Pflegeberuf ergriffen. Kombiniert mit dem leider immer noch vorhandenen »Helfersyndrom« bei vielen Krankenhausbeschäftigten erklärt dies, warum solche Verschlechterungen ohne größeren Widerstand durchgesetzt werden konnten. Dies ändert sich gerade. Die schlechten Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung führen zu Nachwuchsmangel. Kombiniert mit den geburtenschwächeren Jahrgängen zeichnet sich ein neuer Pflegenotstand ab. Die Arbeitgeber setzten in dieser Situation auf individuelle oder bereichsbezogene (Leistungs-)Zulagen und auf den Rückgriff auf Hilfskräfte oder ausländische Arbeitskräfte. Es besteht die große Gefahr, dass die Beschäftigten entlang der Wertschöpfungskette gespalten werden, die stationäre Pflege abgehängt wird, ein ungerechter Wildwuchs von Zulagen und Leistungsentgelten entsteht und die betrieblichen Interessenvertretungen zu Getriebenen von ökonomischen Arbeitgeberinteressen und Partialinteressen werden.

Quintessenz dieser kurzen Situationsanalyse ist, dass Kampfmaßnahmen zur Verbesserung der Lage der Krankenhausbeschäftigten und insbesondere des Pflegepersonals notwendig und aufgrund des sich abzeichnenden Personalmangels und der zunehmenden Unzufriedenheit der Pflege auch möglich sind.

Die Wut innerhalb der Pflege hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen und auch die Beteiligung an Tarifstreiks ist stark angestiegen. Der ver.di-Fachbereich 3 (Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen) ist einer der am schnellsten wachsenden.

Notwendig ist also zweierlei:

- Der Kampf um die (finanzielle) Aufwertung der Arbeit im Krankenhaus und speziell der Pflege;
- Der Kampf für eine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung durch die Bundesregierung und der Investitionskostenfinanzierung durch die Länderregierungen, um wieder menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern herzustellen.

KAMPF UM DIE FINANZIELLE AUFWERTUNG DER ARBEIT IM KRANKENHAUS

Die Aufwertung lässt sich eigentlich nur über eine Verbesserung der tariflichen Bezahlung erreichen. In den allgemeinen Tarifrunden, in denen es im Wesentlichen um den Ausgleich der Preissteigerungen und den Kampf gegen Reallohnverlust aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geht, ist eine solche Sonderproblematik nur sehr schwer durchzusetzen. Die Verfolgung von Sonderzielen wirkt innerhalb einer allgemeinen Tarifrunde spaltend in Bezug auf die gemeinsamen Ziele aller Beschäftigten.

Andererseits muss es einen Raum geben, um die Unterbewertung einzelner Berufsgrup-

pen oder die Kampfstärke bestimmter Bereiche zur Geltung zu bringen. Das nützt letztlich allen Beschäftigten, weil so das Lohnniveau insgesamt steigt und erfolgreiche Auseinandersetzungen dieser Art eine Motivation für andere Bereiche sein können (siehe den Tarifkampf der Erzieherinnen im Jahr 2009).

Eine solche tarifliche Sonderentwicklung gegen die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes um höhere Löhne auszuspielen, wäre also ebenfalls völlig falsch. Auch hier gilt: Beides ist notwendig.

Einen Weg hierzu haben die Erzieherinnen aufgezeigt. Sie beteiligten sich solidarisch an den allgemeinen Tarifrunden, um danach in einer Sondertarifrunde Verbesserungen für ihre Gruppe durchzusetzen. Da Friedenspflicht herrschte, musste eine Form gefunden werden, um überhaupt in Streikmaßnahmen eintreten zu können. Diese Form war die Forderung nach einem Gesundheitstarifvertrag. Obwohl in dem geforderten Tarifvertrag nicht viel Handfestes drin stand, sprang der Funke auf die Erzieherinnen über und es kam zu bis dahin ungekannten und unerwarteten Kampfmaßnahmen in diesem Bereich. Da die Erzieherinnen immer die Frage der Aufwertung ihrer Tätigkeit mit dem Gesundheitsschutz und mit der guten Versorgung der Kinder verbanden, hatten sie auch die Unterstützung der Bevölkerung. Am Ende kam sowohl ein Gesundheitstarifvertrag als auch eine bessere Bezahlung dabei heraus.

Genau diesen Weg sollte nach den Vorstellungen des ver.di-Bezirks Stuttgart der Bundesfachbereich 3 auch in Bezug auf das Pflegepersonal gehen. In einer bundesweiten Betriebs- und Personalräte-Konferenz mit über 300 Teilnehmenden Ende 2010 in Berlin wurde von uns eine Resolution eingebracht, die sich (bei nur vereinzelten Gegenstimmen und Enthaltungen) für eine trägerübergreifende Krankenhaustarifrunde im Jahr 2011 aussprach.

So wurde die Kampagne »Der Druck muss raus« geboren. Nach anfänglichen Bemühungen, die Kampagne und die Sondertarifrunde zu realisieren, ebbte das Ganze jedoch schnell wieder ab. Insbesondere der Bundesfachbereich und einige Landesfachbereiche bremsten erheblich. Zunächst gab es große Bedenken wegen der Rechtmäßigkeit solcher Aktionen (Friedenspflicht). Danach wurde die relativ einfache Forderung nach »aufwerten und entlasten« derartig verkompliziert und in einen Tarifvertragsentwurf mit X Detailforderungen aufgelöst, den niemand mehr verstand und dessen Nutzen sich auch Eingeweihten kaum mehr erschloss. Folge war, dass der Funke nicht übersprang, wesentlich bedingt durch die erhebliche Skepsis im hauptamtlichen Bereich von ver.di. Außerdem machte die allgemeine Tarifrunde Anfang 2012 das Zeitfenster für eine Sondertarifrunde wieder zu. Eine große Chance war vertan und die Sondertarifrunde wurde de facto beerdigt. Die Kampagne »Der Druck muss raus« wurde (halbherzig und mit teilweise anderer Zielsetzung) fortgesetzt. Dazu unten mehr.

KAMPF FÜR DIE VERBESSERUNG DER KRANKENHAUSFINANZIERUNG

Gegner in einer solchen Auseinandersetzung sind die Bundes- und Landesregierungen, potenzielle Bündnispartner die Krankenhausleitungen, die Krankenhausgesellschaften, die Arbeitgeberverbände, aber auch die Kranken-

hausträger, insbesondere in den Kommunen und Landkreisen. Eine solche gemeinsame Kampagne (»Der Deckel muss weg«) gab es schon einmal 2008. Sie endete mit der größten Demonstration von über 135 000 Krankenhausbeschäftigten in Berlin und deutlichen Verbesserungen bei der Krankenhausfinanzierung, die aber in den nächsten Jahren durch die CDU/FDP-Regierung wieder kassiert wurden.

Trotz dieses Erfolges (auch bei der Mobilisierung der Krankenhausbeschäftigten und der »neuen« Stimmung bei ihnen, dass man sich wehren kann und muss) tat sich die bisherige Bundesfachbereichsleitung von ver.di schwer, eine Neuauflage dieser Kampagne zu organisieren bzw. zu unterstützen. Argument war, dass letztlich bei den Beschäftigten nichts angekommen sei. Dies ist nicht richtig: Der Abwärtstrend bei den Pflegestellen wurden gestoppt und selbst wenn die Gelder nur der Reduzierung des Sparzwangs in den einzelnen Krankenhäusern dienten, war dies schon ein Erfolg, weil noch mehr Stellenabbau und noch mehr Absenkungstarifverträge dadurch vermieden werden konnten. Außerdem gilt sowieso: Keine Verbesserung ist für immer garantiert, der Kampf geht weiter – von beiden Seiten...

Richtig ist, dass versucht werden muss, die Verbesserung der Krankenhausfinanzierung unmittelbarer mit der Entlastung der Beschäftigten zu koppeln. Dauerhafte Entlastung geht nur über die Forderung nach einer gesetzlichen Personalbemessung, die auch finanziert ist. Diese Forderung ist auch deswegen wichtig, damit der – durch die marktwirtschaftliche Steuerung angetriebene – Kostenwettbewerb der Krankenhäuser nicht über die Frage, »wer baut am meisten Stellen ab«, ausgetragen wird. Sie stellt quasi ein Element einer Wettbewerbsordnung dar und verhindert Dumping auf Kosten der Beschäftigten. Darüber hinaus gewährleistet sie die – durch den Konkurrenzkampf – stark gefährdete Qualität der Patientenversorgung. Dies ist auch der Grund, warum eine Personalbemessung gesetzlich geregelt werden muss und nicht tarifvertraglich. Patientensicherheit kann nicht von der Kampfstärke der Belegschaften abhängen. Wettbewerbsbeschränkende gesetzliche Mindestregelungen und eine gute Patientenversorgung müssen in jedem Krankenhaus gewährleistet sein.

In keinem Fall darf man auch den Kampf um eine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung gegen tarifvertragliche Regelungen zum Beispiel zum Gesundheitsschutz oder zur Aufwertung der Arbeit im Krankenhaus ausspielen. Beides ist notwendig– allerdings zeitlich aufeinander abgestimmt. Beides gleichzeitig geht nicht. Man kann nicht im Bündnis mit den Krankenhausträgern und den Arbeitgebern gegen die Bundesregierung ins Feld ziehen und gleichzeitig einen Tarifkampf gegen die »Bündnispartner« führen.

Darüber hinaus ist ein Zusammenhang offensichtlich: Auch Tarifverhandlungen werden immer schwieriger, wenn den Krankenhäusern das Wasser bis zum Hals steht. Diese Überlegung bedeutet nicht: erst Krankenhausfinanzierung und dann Tarifkampf. Auch die umgekehrte Reihenfolge ist möglich (und war im Jahr 2011 auch so angestrebt), damit der notwendige Druck auf die Bundesregierung auch von Seiten der Krankenhäuser aufgebaut wird. Es geht eben nur nicht gleichzeitig.

Der ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg und die Betriebsräte, Personalräte und

Mitarbeitervertretungen der Krankenhäuser haben deshalb beschlossen, ab sofort bis nach den Bundestagswahlen eine Kampagne unter dem Slogan »Der Deckel muss weg – der Druck muss raus!« (inklusive Bündnisangebot an die Arbeitgeber und Träger-Seite) durchzuführen. Forderungen sind:

- Mehr Geld für Krankenhäuser;
- Gesetzliche Personalbemessung;
- Aufwerten und entlasten.

Erster Schritt ist eine Unterschriftensammlung für diese Forderungen unter den Beschäftigten, die bisher ca. 30 000 unterschrieben haben. Weitere Aktionen werden folgen (näheres siehe unter www.biv-bw.de).

Der Bundesfachbereich von ver.di hat sich – auch hier wieder halbherzig – dem teilweise angeschlossen und verfolgt jetzt die Strategie des so genannten Dreiklangs: Immer noch unter dem Slogan »Der Druck muss raus« sollen jetzt ein Gesundheits-Tarifvertrag, eine gesetzliche Personalbemessung und mehr Geld für Krankenhäuser durchgesetzt werden.

Aber auch das kann nicht wirklich funktionieren. Eine Kampagne gegen die Bundesregierung wegen der Unterfinanzierung der Krankenhäuser gemeinsam mit der Krankenhausgesellschaft und den Arbeitgebern lässt sich nicht unter einen Hut bringen mit einer Sondertarifrunde, die sich gegen die Arbeitgeber wendet. Weiter ist unklar, ob im Rahmen des Kampfes für einen Gesundheits-Tarifvertrag auch eine finanzielle Aufwertung insbesondere für die Pflege erfolgen soll. Außerdem käme man mit den aktuellen Planungen (bis zu den Wahlen schwerpunktmäßige Mobilisierung für eine bessere Krankenhausfinanzierung, danach schwerpunktmäßig Kampf für den Gesundheits-Tarifvertrag) in Konflikt mit der nächsten allgemeinen Tarifrunde, die bereits wieder im Frühjahr 2014 ansteht. Wenn man eine Sondertarifrunde machen will, dann muss man sie so planen, dass sie möglichst genau zwischen zwei allgemeine Tarifrunden fällt. Das ist frühestens im Herbst 2014/Frühjahr 2015 wieder möglich. Die Zeit bis zur Bundestagswahl sollte also jetzt genutzt werden, um wirklich Druck auf die Bundesregierung zur Verbesserung der Krankenhausfinanzierung und für eine gesetzliche Personalbemessung aufzubauen – zumindest ersteres gemeinsam mit den Krankenhausträgern und den Arbeitgebern. (Von einer gesetzlichen Personalbemessung sind die Arbeitgeber verständlicherweise nicht so begeistert.) Danach käme die allgemeine Tarifrunde, die unter Krisenbedingungen mit einheitlichen Forderungen der Sicherung und Verbesserung des Lebensstandards aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dienen muss. Und spätestens danach sollten alle verfügbaren Kräfte darauf konzentriert werden, eine Sondertarifrunde für die Krankenhausbeschäftigten und insbesondere für die Pflege vorzubereiten – durchaus unter dem Oberthema »Gesundheitsschutz«, aber mit erheblichen finanziellen Aufwertungsaspekten. Vorstellbar wäre zum Beispiel eine Gesundheitsschutzzulage oder eine Überlastungszulage – aufwerten und entlasten halt.

Aufgrund der Erfahrungen bei den Erzieherinnen ist es nahezu sicher, dass eine solche Tarifrunde und solche Kampfmaßnahmen bei den Beschäftigten ›ankommen‹ und sie sich daran beteiligen und streiken werden – wenn ver.di dazu aufruft.

DEN WACHSTUMSIMPERATIV UNTERBRECHEN

EINE FEMINISTISCHE ANTWORT

AUF DAS VERSAGEN DER ENQUETEKOMMISSION

CHRISTA WICHTERICH

Nach Hannah Arendt besteht das »Wunder der Freiheit« darin, dass Menschen Prozesse unterbrechen und einen Neuanfang machen. Die Enquetekommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«[1] hat den entscheidenden Schritt der Freiheit nicht getan: Sie hat Wachstum als materielles und metaphysisches Organisationsprinzip für die Ökonomie und die Naturverhältnisse unserer Gesellschaft nicht in Frage gestellt. Sie hat Wohlstand und Lebensqualität nicht von Wachstum entkoppelt und nicht den Tunnelblick des herrschenden Wohlstandsmodells geöffnet. Als Quellen von Wohlstand gelten einzig die Arbeit des homo oeconomicus, verkörpert im erwerbstätigen Mann, der seinen individuellen Nutzen auf dem Markt maximiert, und die Naturbeherrschung, die optimale, auch imperiale Natur- und Ressourcenausbeutung voraussetzt. Wohlstand wird primär in Güterreichtum und materieller Fülle gemessen.

Die Kommission bestätigt damit Wohlstand und Lebensqualität als Konsequenzen

von Ökonomisierung und Wachstum, auch wenn sie eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs fordert. Für Gegenwart und Zukunft nimmt sie billigend in Kauf, dass die Ökonomisierung und die Logik des Return on Investment zunehmend auf bislang außermarktliche Bereiche des Lebens zugreift: auf das Soziale, das Öffentliche, die soziale Reproduktion ebenso wie die Natur und die natürliche Regeneration. Sie durchdringt diese Bereiche desintegrierend, ungerecht, krisenhaft und letztlich zerstörerisch. In diesem unkritischen Bezug verharmlost die Kommission den systemischen Charakter der Vielfachkrise wie auch die Vielfachgrenzen des Wachstums.

In der Vielfachkrise geht es nicht um Wohlstandsperspektiven für den »Notfall« stagnierender oder sinkender Wachstumsraten. Vielmehr ist ein Perspektivwechsel notwendig, ein geplanter und gezielter Bruch mit dem BIP als zentralem Wohlstandsindikator. Der Wachstums- und Akkumulationslogik ist eine andere Vernunft entgegenzusetzen, um aus dieser heraus andere Qualitäten von Wohlstand und Leben zu schaffen. Das wäre Unterbrechung im Arendtschen Sinne oder der Beginn einer Transformation, die aus der Armut an Visionen herausführt, wie sie durch die zunehmende Komplexität und erdrückende Übermacht des neoliberal-kapitalistischen Fortschrittsmodells entstanden ist.

FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN: DIE RATIONALITÄT DER SORGE

Die Vielfachkrise seit 2007 hat eine dritte Welle der Wachstumskritik ausgelöst – nach dem Aufschlag in den 1970er Jahren durch den Club of Rome und den 1980er und 1990er Jahren im Kontext von Tschernobyl sowie neokolonialer Ausbeutung und Strukturanpassungszwang im globalen Süden. In der zweiten Welle hatten Feministinnen mit ihrer Kritik an Technologie und Machbarkeitsideologie, mit der Subsistenzorientierung sowie der Konsumverzichts- bzw. Konsumbefreiungsdebatte eine prominente Rolle eingenommen. Sie verknüpften Herrschaftskritik mit praktischen Alternativen im Norden wie im Süden. Dagegen fällt in der aktuellen dritten Welle eine erneute Abspaltung und Ignoranz gegenüber feministischen Perspektiven auf. In der Enquetekommission blieben feministische Positionen zunächst völlig ausgeschlossen.

CHRISTA WICHTERICH bespielt als Soziologin, Publizistin und Aktivistin seit Jahren die Felder feministische Ökonomiekritik, neoliberale Globalisierung, Frauenarbeit, Ökologie und Gender – ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem globalen Süden. Eine feministische Perspektive auf Wachstumskritik brachte sie zuletzt in dem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Fraktion Die LINKE organisierten Salon zur Bundestags-Enquete »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« ein.

Dann wurden sie gehört, aber durch fehlende Bezugnahme weiterhin ausgegrenzt.

Die Kommission zeigte sich gleichgültig gegenüber der Krise sozialer Reproduktion und der Art und Weise, wie diese Wohlstand beeinträchtigt – beides sind zentrale Achsen feministischer Kritik. Darin steckt eine zynische Banalisierung der Problemlagen und des Leidens am Wachstumsmodell. Diese spitzen sich zu in Symptomen wie Burnout als neuer »Volkskrankheit« oder der Endlosserie von Lebensmittelskandalen.

Feministische Wachstumskritik will neue Wohlstandsmodelle aus einer lebensweltlichen, herrschaftskritischen Perspektive heraus abstecken. Soziale Reproduktion und Regeneration der Natur sind dabei Ausgangspunkte, Wohlstand und Lebensqualität speisen sich aus einer Rationalität der Versorgung, der Fürsorge und Vorsorge. Wohlstand bedeutet zu allererst, Bedürfnisse zu befriedigen, Rechte einzulösen und Zugang und Kontrolle über Ressourcen nach der Maßgabe von Gleichheit und Gerechtigkeit zu sichern.

Derzeit bewegen sich internationale feministische Diskurse in einem Dreieck aus: 1) einer Umverteilung und Umbewertung von Arbeit, 2) der Sicherung des Öffentlichen und von Gemeingütern und 3) dem Ausstieg aus der Wachstumsspirale von Naturverbrauch, Produktion und Konsum. Die Eckpunkte – Sorgearbeit, das Öffentliche und das Genug – bieten zum einen Anknüpfungspunkte, aus denen sich in der aktuellen Vielfachkrise Richtungsforderungen ableiten lassen. Zum anderen sind sie Bezugshorizonte für Strategien des Übergangs, die mit der Funktionslogik von Wachstum und Renditemaximierung brechen.

UMBAU- UND ÜBERGANGSSTRATEGIEN

Alternative Wohlstandsmodelle müssen einschließen, was bisher ausgeschlossen wurde, aber wesentlich zum sozialen Wohlergehen und individueller Lebensqualität beiträgt: nämlich das, was nicht durch die Prinzipien des Marktes und des homo oeconomicus bestimmt ist, die Produktivität der sozialen Reproduktion und aller Sorgearbeit sowie die Produktivität der Natur.

Die Krise der sozialen Reproduktion hat vielfältige Erscheinungsformen, die im öffentlichen Bewusstsein Wohlstand und Lebensqualität mindern: wachsende soziale Ungleichheit, Notstand der Altenpflege, fehlende KiTas, Unsicherheit der Renten, steigende Mieten, Burnout und Depressionen, Bildungs- und Beschäftigungskrise für Jugendliche, Nahrungsmittelskandale. All dies schafft im gelebten Alltag und im Alltagsverstand ein klares Bewusstsein darüber, dass die derzeitige Wachstumsökonomie auf Dauer kein gutes Leben und keinen sozialen Wohlstand im Sinne von existenzieller Sicherheit für alle hervorbringt. Für breite Bevölkerungsschichten sind Arbeit und Leben «entsichert«. Dabei sind die Fragen, wer sorgt für die Kinder, für die Kranken, die Alten, für gesundes Essen, für die Müllentsorgung, essenzielle Wohlstandsfragen. Wohlstand braucht bedürfnisorientierte Versorgung und Sicherheiten, die nicht an Effizienz- und Profitabilitätskriterien ausgerichtet und auch nicht dem spekulativen Kalkül von Derivaten oder Hedgefonds unterworfen werden.

ARBEIT, SORGEN, KÜMMERN

Die Krise der sozialen Reproduktion ist nicht zu lösen ohne eine Umorganisation aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Arbeit ist ein Kernbereich individueller und gesellschaftlicher Alltagspraxis, materielle Existenzsicherung und soziale Reproduktion im Austausch mit der Natur, aber auch Modus der Vergesellschaftung und der Subjektbildung, einschließlich der Konstruktion von Geschlechtsidentitäten. Wie Arbeit definiert, geteilt und bewertet wird, unter welchen Umständen mit welchem Ziel und Sinn sie wo

geleistet wird, ist maßgeblich für Wohlbefinden, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Für eine solche Reorganisation von Arbeit bedürfte es einer Neudefinition, die das Ganze der Arbeit umfasst: unbezahlte und bezahlte, marktförmige und versorgungsorientierte. Arbeit in der Haushalts- und Subsistenzökonomie, im Schrebergarten und der Gemeinde, jenseits des Geld- und Effizienzmaßes, alles, was soziale und natürliche Lebensgrundlagen und Umwelt produziert, erhält und reproduziert, ist als wert- und wohlstandsschöpfend zu betrachten. Die hierarchische Dichotomie von Produktion und Reproduktion gilt es zu überwinden, zusammen mit den darin ein- und festgeschriebenen Geschlechterrollen und Hierarchien. Ein neues Verständnis von Beschäftigung schließt entsprechend Erwerbsarbeit genauso ein wie unbezahlte Sorgearbeit.

Ziel einer Um- oder Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist es, durch neue Gesellschafts- und Geschlechterverträge sowohl die Erwerbsarbeit als auch die Sorgeverantwortung gleicher und gerechter zu verteilen und Zeitwohlstand zu erlangen. Eine Verkürzung der wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit ist eine Voraussetzung für die Umverteilung von Sorgearbeit und entspricht außerdem dem erreichten Produktivitätsniveau. Weniger Arbeitskräfte sind heute notwendig, um mehr Produkte und Dienstleistungen zu erzeugen. Teilzeiterwerbsarbeit und Teilzeitsorgearbeit für alle ergeben eine neue Vollzeitbeschäftigung und brechen die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung auf. Gezielte politische Steuerungsmaßnahmen zur Beseitigung von Frauendiskriminierung auf den Erwerbsmärkten und zur Gleichstellung von Männern bei der Sorgearbeit sind dafür unabdingbar. Auch muss der Staat Verantwortung für soziale Sicherheit und Reproduktion übernehmen und mit öffentlichen Mitteln eine Infrastruktur zur Daseinsvorsorge bereitstellen. Gleichzeitig sollte über ein bedingungsloses Grundeinkommen nachgedacht werden, das weder neoliberal gewendet werden noch die geschlechtshierarchische Zuweisung von Arbeit bestätigen darf.

Eine Neubewertung von Arbeit muss die wachsende Kluft zwischen unterbewerteter und überbewerteter Arbeit – Stichwort Boni für Banker und unterbezahlte KiTa-Beschäftigte – schließen. Gesellschaftliche Anerkennung von un- und unterbezahlter Sorgearbeit und ihre monetäre Aufwertung sind derzeit auch zentrale Forderungen von Frauenorganisationen im globalen Süden. Der Markt schätzt Sorgearbeiten gering, weil kaum eine Steigerung ihrer Produktivität und Effizienz möglich ist – das Füttern von Babys und Alten hat ein eigenes Tempo. Deshalb muss die Gesellschaft andere Wertmaßstäbe, nämlich politische, nicht-marktförmige Kriterien einführen. Das könnte ein Wert für soziale Reproduktion oder natürliche Regeneration sein, ein Gemeinwohl- oder Solidaritätsbonus. Eine Begrenzung der Einkommen von unten und von oben, d.h. Mindestlöhne für personennahe Dienstleistungen und Maxieinkommen für Manager durch Vermögens- und Reichensteuer. All das wären erste Schritte, um das gesamte Spektrum sozialer Ungleichheit in Bewegung zu bringen. Hinzu könnten vollwertige Anrechte auf soziale und Alterssicherung kommen, die aus unbezahlter Sorge- und Freiwilligenarbeit ableitbar sind.

GEMEINSAM UND ÖFFENTLICH

Wohlstand wird in bürgerlichen Gesellschaften zu allererst über privaten Reichtum an Gütern und Geld definiert. Die Anhäufung privaten Wohlstands geht zunehmend auf Kosten des gesellschaftlichen Reichtums und des Gemeinwohls. Aktuelle Austeritätspolitiken verstetigen diese Ungleichheitsentwicklung. Der Megatrend der Privatisierung von Wohlstand, Verarmung des Gemeinschaftlichen und der Schrumpfung des Gemeinwohls muss unterbrochen werden, wenn Wohlstand und Lebensqualität nicht exklusiv sein sollen. Die Schwächsten in der Gesellschaft, die keine Rückfallpositionen haben, sind am stärksten auf sicheren Zugang zu öffentlicher Versorgung angewiesen, um ihre sozialen Rechte zu verwirklichen. Das Öffentliche ist ein kostbares Gut, das privatwirtschaftliche Interessen einhegt und begrenzt. Es folgt der Logik von Gemeinwohl und Ausgleich, die gegenläufig ist zur Logik von kapitalistischer Akkumulation und Konkurrenz.

Commoning, gemeinsames Definieren von Gemeingütern, demokratisches Aushandeln von Nutzungsregeln und deren selbstorganisierte Verwaltung brechen mit der Logik privater Wohlstandsanhäufung und des Privateigentums. Wo Wissen und Gesundheitsversorgung, gute Luft und Sportplätze, Transportmittel und Bibliotheken als demokratische Räume und kollektiver Reichtum definiert werden, setzen sich »Gemeinschaften« als politische Subjekte durch. Auch wenn Commons nicht automatisch Gleichheit, Gerechtigkeit und erst recht keinen Bruch mit Geschlechterhierarchien garantieren, so verspricht doch das Teilen von Ressourcen, Räumen und Gütern den Nutzen, dass mehr Menschen, vor allem Schwächere, demokratische Teilhabe und sozialen Ausgleich genießen können. Gemeineigentum verpflichtet.

Die Politik ist gefordert, die öffentliche Infrastruktur der Daseinsvorsorge zu erhalten und auszubauen, statt sie abzuspecken und Austerität als vermeintlichen Wachstumsmotor einzusetzen. Gleichzeitig muss sie demokratische Gestaltungsräume in Kommunen ermöglichen, wo kollektives Handeln und Solidarpakte z.B. in Form partizipativer Haushalte mit Gender-Budgets greifen können. Öffentliche und Gemeingüter sind vor Privatisierung und Finanzialisierung zu schützen, weil sonst private Kapitaleigner und die Spielregeln des Marktes über das Gemeinwohl, die Umsetzung von Menschenrechten und globalen sozialen Rechten entscheiden.

ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE DES GENUG

Demokratische Gestaltungsräume sind auch notwendig, um auszuhandeln, was wachsen soll, was schrumpfen muss, wo zu viel und wo zu wenig ist. Das Maß, das Genug, muss neu bestimmt werden. Es muss soziale, ökonomische und ökologische Grenzen akzeptieren und private Aneignungs- und Akkumulationsinteressen konfrontieren. Der Effizienzlogik, die das Wachstum befeuert, muss eine Suffizienzlogik entgegengestellt werden. Ein Maßstab ist, dass soziale und ökologische Kosten, Risiken und Schäden der Produktion und des Konsums der globalen Mittelschichten nicht länger externalisiert und an die sozial Schwachen, den globalen Süden und die Natur verschoben werden. Bisher gilt der globale Süden als Reservoir billiger Ressourcen und Arbeitskräfte sowie als Senke für die Wohlstandsproduktion im Norden. Dies setzt das koloniale und imperiale

Prinzip des Lebens auf Kosten anderer fort. Deshalb steht auch die Aufkündigung des neoliberalen und neokolonialen »Sozialpakts« an, nämlich die Kompensation von Reallohnsenkung im Norden durch Billigprodukte, die auf der Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen im globalen Süden basieren.

Während Sektoren wie Daseinsvorsorge, Betreuung, Pflege und soziale Sicherheit, die derzeit schrumpfen, wachsen müssen, gilt es ressourcen-, energie- und emissionsintensive Überproduktionsindustrien im globalen Norden, z.B. die Autoindustrie, sozialverträglich zu schrumpfen und destruktive Industrien wie die Rüstungsindustrie zu konvertieren. Um die Verwertungslogik zu schwächen, ist ein Rückbau von Produktions-, Handels-, Finanz- und Konsumstrukturen notwendig mit dem doppelten Ziel, Naturverbrauch und CO_2-Emissionen zu reduzieren und globale soziale Rechte einzulösen.

Gleichzeitig müssen Räume für solidarische Austausch- und Wirtschaftsformen und bedürfnisorientierte lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe geöffnet und gefördert werden. Bedürfnisse nach der Rückgewinnung souveräner Produktion, z.B. Ernährungssouveränität, nach kollektivem Handeln und die Zurückweisung der Ökonomisierung und Industrialisierung aller Versorgung organisiert und artikuliert sich derzeit in Transition-Town-Konzepten, urbaner Landwirtschaft und neuen Schrebergartenkulturen.

TRANSITIONEN, TRANSFORMATIONEN

Aus einer feministischen Perspektive müssen konkrete Übergangsstrategien und alternative Praxen subversiv und transformatorisch wirken. Sie müssen den kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationsmechanismen Energien entziehen, sie aus dem Takt bringen und Gegenentwürfe möglich machen. Sie müssen aber auch emanzipatorisch wirken, d.h. Geschlechterhierarchien aufbrechen. Sozial-ökologische und ökonomische Transitionen verändern sowohl Strukturen als auch Subjektivitäten. Sie organisieren Unterbrechungen des Wachstumsimperativs, der als Wirtschafts- und Naturverhältnis sowohl in die materiellen Strukturen als auch ins Bewusstsein und Verhalten eingelassen ist.

Eine Vielfalt solcher Praxen wird bereits erprobt, zahlreiche AkteurInnen haben sich aufgemacht, unterschiedliche Wege beschritten, politische Forderungen gestellt. Kämpfe, die nicht auf die eine große Transformation warten, sondern aus einer akteurs- und praxispluralistischen Perspektive Veränderung im Hier und Jetzt beginnen lassen, sind jedoch bislang ein Flickenteppich. Diese Fragmentierungen zu überwinden, ist die größte strategische Herausforderung für alle an Transformation interessierten Kräfte.

---

1 Der Deutsche Bundestag beschloss im Dezember 2010 die Einsetzung einer Enquetekommission mit dem Titel »Wachstum, Wohlstand Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«. Sie nahm Anfang 2011 ihre Arbeit auf und legte im Juni 2013 einen Abschlussbericht vor.

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

Im Gespräch mit Ulrich Brand ziehen die Kommissionsmitglieder und Bundestagsabgeordneten Waltraud Wolff (SPD), Sabine Leidig (Die Linke) und Hermann Ott (Bündnis90/Die Grünen) Bilanz über ihre Arbeit in der Enquetekommission. Nachzulesen in der Online-Ausgabe.

ÖKONOMIE DER ZEIT

FORTSETZUNG »DEBATTE ARBEITSZEIT« LUXEMBURG 1/2013

KATJA KIPPING

Einzelne Sätze aus Marx-Werken herauszunehmen, ist ein gewagtes Unterfangen. Sie stehen in einem bestimmten Kontext, sind oft Repliken. Versuchen wir es trotzdem mit einem Zitat aus den *Grundrissen*: »Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muss die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen.« (MEW 42, 89)

Marx spricht verschiedene Dimensionen an: die allseitige Entwicklung der Individuen und die gemeinschaftliche Produktion, von der wir weit entfernt sind. Von »Gesamtbedürfnissen« ist die Rede und vom Zeitgewinn durch

die Entwicklung der Produktivität. Den letzten Aspekt möchte ich hier verfolgen: Wie nutzen wir die Zeit, die durch Produktivitätsfortschritte freigesetzt wird bzw. freigesetzt werden müsste?

FORTSCHRITT SOLLTE ZEIT FREISETZEN

In den *Grundrissen* ist auch die Rede davon, dass es neben der unmittelbaren materiellen Produktion noch eine andere »Arbeit« gibt. Die dieser Arbeit innewohnende Produktivkraft ist »das allgemeine gesellschaftliche Wissen«, die »Kombination der menschlichen Tätigkeiten« und die »Entwicklung des menschlichen Verkehrs« (ebd., 601f). Hier deutet sich an, was heute unter Begriffen wie immaterielle Arbeit, soziale Kompetenz und politisches Engagement, Wissensgesellschaft und Demokratie diskutiert wird. Schauen wir uns aber die heutige Arbeitswelt an, so ist die Bilanz ernüchternd: Von Zeitwohlstand, von einer allseitigen Entwicklung kann keine Rede sein. Die einen, die Vollzeitstellen haben, nehmen nur zu oft Überstunden in Kauf. Raubbau an sich selbst gehört zum guten Ton. Kein Wunder, dass stressbedingte Krankheiten zunehmen, während andere sich ein ums andere Mal erfolglos bewerben. Jobs werden in Produktionszweigen geschaffen, die vor allem den Raubbau an der Natur befördern. Der Stand der Produktivkraftentwicklung gäbe zwar ein Mehr an Zeitwohlstand für alle her. Die konkreten Machtverhältnisse und die am Profit orientierte Wirtschaftsweise stehen dem jedoch entgegen.

Erschwerend kommt hinzu, dass es heutzutage als schick gilt, überarbeitet zu sein. Gewerkschaftliche Kämpfe konzentrieren sich vor allem auf das Abwehren von Verschlechterungen. Die Firmen sind sehr erfinderisch in der Ausbeutung der Arbeitskräfte. So hat die Modekette H&M das System der StundenlöhnerInnen eingeführt. Die Beschäftigten sind nicht mehr bei einem Laden angestellt, sondern bei der Kette. Fällt eine Verkäuferin aus Krankheitsgründen aus, wird ihre Arbeitszeit ins Netz eingestellt und wer sich zuerst per SMS meldet, darf diese Stunden ableisten. Die Betroffenen müssen ständig bereit stehen, ohne zu wissen, ob sie zum Einsatz kommen. Entlohnt wird nur der Einsatz, nicht die Tage und Stunden des Bereitstehens.

Vor diesem Hintergrund scheint es fast ein intellektueller Luxus, sich für konsequente Arbeitszeitverkürzung einzusetzen und dies auch noch mit einer Neuverteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern zu verknüpfen. Doch genau diese Perspektive ist notwendig. Gerade das wachsende Empfinden von Stress ist ein Ausgangspunkt. Hier gibt es Alltagserfahrungen, an denen wir anknüpfen können. Es geht eben nicht nur um die Höhe des Lohnes, sondern auch um die kostbarste, weil endliche Ressource Zeit. Es geht um die Art, wie Arbeit organisiert ist und wofür wir Zeit brauchen.

KATJA KIPPING streitet für ein bedingungsloses Grundeinkommen, für feministische wie für libertäre Politik und für den Anspruch, das Gute Leben im Hier und Heute beginnen zu lassen. Kämpfe um Zeit spielen darin eine zentrale Rolle und reichen bei ihr weit über den engen Blick auf Erwerbsarbeit hinaus. Sie ist Mitbegründerin des Instituts Solidarische Moderne, Herausgeberin des *Prager Frühlings* und seit 2012 Vorsitzende der Partei die LINKE.

MUSSE UND POLITISCHE EINMISCHUNG

Dass es Zeit für Familienarbeit und Reproduktionsarbeit braucht, ist noch recht leicht zu vermitteln. Dass zu den Herrschaftsknoten (vgl. Haug in diesem Heft) auch die vom Patriarchat geprägte Verteilung der Familienarbeit zwischen Männern und Frauen gehört und dass es hier einer deutlichen Umverteilung bedarf, stößt schon nicht mehr überall auf Begeisterung. Wirklich schwierig wird es jedoch mit einem Gedanken aus der 4-in-1-Perspektive (vgl. Haug in *LuXemburg* 2/2011): dass ein Viertel einer Arbeitswoche jeweils für politische Einmischung und für Arbeit an sich selbst, also auch für Muße, vorgesehen sein könnte. Nicht alle wollen auf Anhieb, jeden Tag vier Stunden politisch aktiv sein. Aber in Bewegungen, in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen habe ich immer wieder erlebt, dass sich auch die Bedürfnisse verändern, wenn etwas in Gang gekommen ist. Wir können doch die Demokratie nicht aufs Abgeben der Stimme an einer Urne reduzieren! Wir verstehen doch Demokratie auch als Demokratisierung der Teilbereiche, als Mitbestimmung im Büro oder Betrieb, als aktive Gestaltung des eigenen Kiezes, als Mitsprache der SchülerInnenvertretung in der Schule. Wir wollen doch Demokratie nicht den BerufspolitikerInnen überlassen.

Und die Muße? Auch in linken Kreis wird sie gern als Spleen abgetan. Lesen wir noch mal bei Marx nach. Da heißt es in den *Theorien über den Mehrwert*: Freie Zeit ist die Zeit, »die nicht durch unmittelbar produktive Arbeit absorbiert wird, sondern zum enjoyment [Genießen], zur Muße dient, [so] daß sie zur freien Tätigkeit und Entwicklung Raum gibt. Die Zeit ist der Raum für die Entwicklung der faculties [Fähigkeiten] etc.« (MEW 26.3, 252). Und in den *Grundrissen* ist zu lesen: »Die Ersparung von Arbeitszeit ist gleich Vermehren der freien Zeit, d.h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit. [...] Die freie Zeit, die sowohl Mußezeit als Zeit für höhre Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein andres Subjekt verwandelt, und als dies andre Subjekt tritt er [ich füge hinzu: und sie] dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß.« (MEW 42, 607)

Ich lese dies so, dass Arbeit an sich selbst, dass also Muße, die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten auch dazu beitragen kann, die eigene Widerständigkeit zu erhöhen, Erkenntnisse zu erlangen, die uns vorbereiten auf das Ansetzen am Herrschaftsknoten. Muße, das Reich der Freiheit, ist also kein Luxus, sondern wichtig im politischen Kampf. Dies erfordert dringend eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Denn »es bleibt dies immer ein Reich der Naturnotwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.« (MEW 25, 828)

VIELFÄLTIGE ARBEITSZEITVERKÜRZUNGEN

Wenn wir aber eine Offensive zur Arbeitszeitverkürzung in Angriff nehmen, so muss diese immer unterschiedliche Formen von Arbeitszeitverkürzung in den Blick nehmen: die kollektiven wie die individuell selbstbestimmten. Auch angesichts des Wandels der Arbeitswelt und angesichts der Verschiedenheit

der Lebenslagen gehen die Vorstellungen von Arbeitszeitverkürzung und die jeweiligen Bedürfnisse weit auseinander (vgl. Riexinger in *LuXemburg* 4/2012).

Um nur einige Formen zu nennen: Da wäre die traditionelle, kollektiv in Tarifverträgen auszuhandelnde Reduktion der Wochenarbeitszeit, die kollektive Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch ein früheres Renteneintrittsalter, und die Einführung von mehr gesetzlichen Feiertagen, zum Beispiel am 8. März oder am 8. Mai. Außerdem wäre mein Vorschlag, einen Elternbonus im Urlaubsgesetz einzuführen, wonach Väter wie Mütter alle zwei Monate einen zusätzlichen freien Tag bekommen sollten für Arzttermine und Behördengänge – auch das dient der Arbeitszeitverkürzung. Und dann der Lesetag: Die Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN hat für alle MitarbeiterInnen einen monatlichen Lesetag eingeführt. Ich fand das eine großartige Idee und habe deshalb mit der Betriebsratschefin meines Abgeordnetenbüros ebenfalls eine solche Vereinbarung getroffen. Zu den bekanntesten selbstbestimmbaren Formen der Arbeitszeitverkürzung gehören zeitlich begrenzte Auszeiten (Sabbaticals). Auszeiten, die keinen Ausstieg aus dem Job bedeuten, aber einen zeitlich begrenzten Rückzug, sei es zur Weiterbildung, zur Erweiterung des Horizonts oder zur Prävention von drohendem Burnout. Ein entscheidendes Hindernis bei der Wahrnehmung solcher Auszeiten ist oft die dann fehlende oder zu geringe materielle Absicherung.

Es geht aber eigentlich um viel mehr als nur um die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit: Mit einer Umverteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern geht es auch um den Angriff auf eine der historischen Arbeitsteilungen. Wenn weniger Zeit in den männlich geprägten Bereichen der Erwerbsarbeit verbracht wird, bleibt mehr Zeit für andere Tätigkeiten wie die Pflege von Angehörigen. Dies ist eine Voraussetzung für die gerechtere Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern. Es geht um die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten, darum, sich die Demokratie anzueignen. Und letztlich geht es auch um ein kulturgeschichtliches Projekt. Wie André Gorz es so treffend auf den Punkt bringt: »Die Ablösung der Herrschaft des Kapitalismus ist ein kulturgesellschaftliches Projekt. Dieses zielt darauf, den vom ökonomischen Kalkül regierten Bereich zu reduzieren und gleichzeitig den Bereich selbstbestimmter, selbstorganisierter Tätigkeiten auszudehnen, in denen sich menschliche Fähigkeiten frei entfalten können.« (Gorz 1994, 9)

Arbeitszeitverkürzung zielt auch darauf, die Macht über die Lebenszeit den Arbeitenden selbst zuzuweisen. Es geht um Zeitsouveränität. Oder anders ausgedrückt: um die Verfügungsgewalt über das eigene Leben. Letztlich geht es um ein gutes Leben. Der Kampf darum ist ohne Kämpfe um Zeit undenkbar.

Der Beitrag beruht auf einer Rede auf dem Symposium »Am Herrschaftsknoten ansetzen«, das am 15.3.2013 anlässlich des 75. Geburtstags von Frigga Haug in Berlin stattfand. Eine Dokumentation der Veranstaltung ist zu finden unter:
WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/48090

LITERATUR

Gorz, André, 1994: *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Hamburg
Marx, Karl, 1968: *Theorien über den Mehrwert*, MEW 26.3, Berlin
Ders.,1983: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 42, Berlin
Ders., 1984: *Das Kapital*, MEW 25, Berlin





Fotos linke Seite: © Thomas Rassloff
Fotos rechte Seite: Ush/flickr 🅭🅮🄏

Ob es der Bewegung gelingt, über den Moment hinausgehende Perspektiven, Strategien und politische Bündnisse zu entwickeln, ist offen. Mit Fotos und einer von den AktivistInnen erstellten Infografik dokumentieren wir die ersten Tage des landesweiten Protests.

#OCCUPYGEZI



Die politische Krise in der Türkei begann Ende Mai 2013 als Auseinandersetzung um Stadtpolitik: Der Gezi-Park, eine der wenigen öffentlichen Grünflächen im Zentrum Istanbuls, sollte einem osmanisch anmutenden Einkaufszentrum weichen und wurde zum Symbol einer heterogenen Demokratiebewegung. Innerhalb weniger Tage gelang es, die Stabilität der AKP-Hegemonie in Frage zu stellen. Das durch den wirtschaftlichen Boom geschönte Bild der autoritär-neoliberalen Transformation in der Türkei bekam tiefe Risse. Die vielen vereinzelten Kämpfe der letzten Jahre fanden einen gemeinsamen Nenner: #direngezipark. Nach der brutalen Räumung von Taksim-Platz und Gezi-Park gehen die Proteste weiter.

DIE 10 TAGE DES WIDERSTANDES

28. mai

Im Gezi-Park wurden 5 Bäume gefällt.

50 Leute fingen an, Wache zu halten, um das Abholzen der anderen Bäume zu verhindern.

Um 5:00 Uhr früh begann die Polizei, gegen die Menschen im Park vorzugehen.

Die Zahl derer, die zur Unterstützung in den Park kamen, stieg schnell an.

Die Polizei sprühte Tränengas direkt in die Gesichter der Menschen.

29. mai

Um die Parkbesetzer zu vertreiben, setzte die Polizei TRÄNGENGASGRANATEN ein.

CS CS CS

#occupygezi

Durch **Soziale Medien** stieg die Anzahl der Aktivisten weiter rasant an.

Präsident Erdogan: „Ganz egal, was ihr macht, unsere Entscheidung in Bezug auf den Gezi-Park ist gefallen."

30. mai

Die Polizei steckte die Zelte der Parkbesetzer in Brand.

Als die Besetzer eine Pressekonferenz abhalten wollten, wurden wieder Tränengasgranaten eingesetzt.

An diesem Tag wurden **2.000.000** Tweets mit dem Hashtag #direngeziparki (verteidiggeziparki) verschickt.

31. mai

Der Widerstand breitete sich auf alle Großstädte der Türkei aus.

Edirne, Istanbul, Samsun, Trabzon, Ankara, Erzurum, Eskişehir, Izmir, Konya, Tunceli, Antalya, Adana, Mersin, Hatay

Das 6. Verwaltungsgericht Istanbul verfügte in einem Urteil einen Baustopp für das Gezi-Park-Projekt.

Die türkischen Medien gerieten massiv in die Kritik, weil sie entweder gar nicht oder nur für die Regierung berichteten.

1.000.000 Menschen zogen lärmend mit Töpfen und Pfannen durch die Straßen, um ihren Unmut über Erdogan, die Regierung, die Brutalität der Polizei und die einseitige Berichterstattung zum Ausdruck zu bringen.

1. juni

Bei Tagesanbruch zog eine Gruppe von 1.000 Menschen zu Fuß über die Bosporus-Brücke.

Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengasgranaten gegen die Menschen ein, die sich auf dem Taksim-Platz versammeln wollten. Gleiches geschah in Ankara, Izmir, Adana, Mersin und Hatay.

Die Vorfälle mit mehreren
100en Verletzten
dauerten bis zum Morgen an.
Die Çarşı, eine Fangruppe von Besiktas, kaperten eine Baumaschine und zwangen damit die Wasserwerfer zum Rückzug.

Der Humor

entwickelte sich zur wichtigsten Waffe des Widerstandes. In Sozialen Medien wurden tausende regierungskritische Schriften, Witze, Fotos, Videos und Karikaturen geteilt.

hahaha

:D

hihihihi

hohoh

2. Juni

Präsident Erdogan beschimpfte Twitter als »EINE PLAGE«, die Besetzer als »Marodeure« und die Unterstützer der Besetzer als »TOPF- UND PFANNENKLOPFER«.

Der Gezi-Park ist zu einem Symbol des Kampfes, der Kooperation und der Solidarität geworden. Die Polizei zog sich vom Taksim-Platz zurück.

3. Juni

TODESOPFER

In Antakya starb der 22-jährige Abdullah Cömert. Seine Todesursache wurde nicht bekannt gegeben.

Präsident Erdogan sagte:
»Wir halten die Leute, die uns gewählt haben, unter Kontrolle!«

Die Börse in Istanbul fiel um **10,47 %.**

In Ankara (Kızılay-Platz), İzmir (Gündoğdu-Platz), Eskişehir und in Antakya ging die Polizei brutal gegen Protestierende vor. Es gab mindestens
1.000 Verletzte.

4. Juni

In Izmir wurden
33 Personen
wegen Twitterns in Untersuchungshaft genommen.

DIKTATOR

In einer Quizshow unterstützte der Moderator İlhan Varol den Protest, indem er Chapulcu, Diktator, Zensur, Twitter, unverhältnismäßige Gewalt, in seine Quizfragen einbaute. Sie wurde von Millionen Zuschauern gesehen und über die Sozialen Medien geteilt.

RedHack und Anonymous kündigten Angriffe auf Regierungsseiten und einige andere Internetseiten an.



5. Juni

KESK, DISK, TMMOB und TTB (Gewerkschaften) unterstützten den Widerstand durch landesweite Streiks.

Anlässlich des Kandil-Festes beteten die **antikapitalistischen Muslime** gemeinsam im Park. Die Çarşı-Gruppe verteilte im Park traditionelles Kandil-Gebäck.

6. Juni

In Adana stürzte ein Polizist während seines Einsatzes von einer Brücke und starb.

Präsident Erdogan verkündete während seiner Reise durch MAROKKO:
»WIR WERDEN KEINE ZUGESTÄNDNISSE MACHEN!«

Die Börse in Istanbul erreichte den tiefsten Stand seit 6 Monaten.



Der TV-Sender NMATV (Taiwan) sendete die Gezi-Park-Ereignisse als satirische Animation. Das Video sahen am ersten Tag
950.000
Personen.

chapulling

Die Aktivisten spotteten über die Beschimpfung »çapulcu« (Marodeure) von Erdogan, und das Wort ging als »chapulling« in die Geschichte ein und fand seinen Platz in Wikipedia.

DIE 10 TAGE IN ZAHLEN

4.500.000
Menschen haben Gezi-Park unterstützt.

In 77 Städten fanden 603 Demonstrationen statt, 120.000 Polizisten waren im Einsatz, mehr als 4.500 Personen kamen in Untersuchungshaft, mindestens 75 Personen wurden verhaftet, mindestens 1.750 Menschen verletzt, 3 Menschen starben, davon 1 Polizist.

DIE MACHT DER SCHWACHEN

WESHALB DIE LINKE EINE OFFENE DISKUSSION ÜBER DIE ZUKUNFT DER EUROZONE BRAUCHT

MICHAEL BRIE

Endlich hat die Linke in Deutschland eine offene Diskussion über Alternativen in der Krise der europäischen Integration begonnen. Anlass ist die Frage nach Sinn oder Unsinn des Ausstiegs einiger Länder aus der Währungsunion. Die Diskussion ist zwingend erforderlich. Es reicht nicht, den Beschlüssen von Troika, Rat oder Kommission jeweils eigene Vorschläge entgegenzustellen. Der Gebrauchswert der Linken muss sich konkret erweisen am realen Einfluss auf Handlungsoptionen. Auch die Partei die LINKE kann sich hier nicht mehr entziehen. Gefährlich wird es nur dann, wenn sich die offene Diskussion in erster Linie als innerparteilicher Machtkampf darstellt. Nützlich könnte sich die LINKE hingegen dadurch erweisen, dass man mit ihr ein öffentliches Gespräch führen kann, über Auswege aus der Fortführung neoliberaler Politik mit leicht veränderten Mitteln.

Bislang waren die Differenzen innerhalb des Parteiensystems zur europäischen Kri-

senpolitik eher marginal. Mit der Allianz für Deutschland wird nun eine nationalliberale Alternative eröffnet. Ihr Kern ist ein Wirtschaftsnationalismus, der die in Deutschland ansässigen ›Leistungsträger‹ und ›Kerngruppen‹ vor den Krisenkosten schützen soll. Eine Alternative von links ist weniger klar. Das Ausstiegsszenario zwingt dazu, die Prämissen möglicher Antworten offen zu legen. Ich sehe zwei Gründe, die die Linke dazu bewegen könnten, sich nicht für eine *andere* Politik innerhalb von EU und Währungsunion zu entscheiden, sondern für eine Politik *gegen* diese – also *für* den Exit.

Die Option, die Währungsunion zu verlassen, ist aber zugleich eine Option gegen die EU in ihrer derzeitigen Verfasstheit: Mit dem Lissaboner Vertrag ist sie auf Wettbewerbsintegration orientiert. Sie verweigert sich einer sozialen, einer demokratischen und ökologischen Union mit gemeinsamen Mindeststandards und Korridoren, die zum Wettbewerb um bessere soziale Leistungen führen könnten. Die Währungsunion dient in diesem Projekt als Bedingung eines global wettbewerbsfähigen, exportorientierten Kerneuropas.

Der *erste* Grund, die EU nicht (mehr) als Handlungsraum einer Linken zu begreifen, ist folgender: In ihrer grundsätzlichen institutionellen Verfasstheit macht die EU ein Handeln von unten, Handeln von links, Handeln mit solidarischen demokratischen Zielen prinzipiell unmöglich. Stattdessen werde über die europäische Ebene all das von oben durchgesetzt, was nationalstaatlich nicht möglich sei. Mittels der europäischen Union seien die Kräfteverhältnisse irreversibel zugunsten der herrschenden Kreise und der dominierenden Kapitaloligarchien verschoben worden. Um Handlungskraft wiederzugewinnen, bliebe deshalb nur, die EU selbst zu verlassen. Dem steht eine doppelte Erfahrung entgegen: Zum einen hat gerade Großbritannien deutlich gemacht, dass die herrschenden finanzkapitalorientierten Kreise der ›Insel‹ sich keinesfalls dem ›Brüsseler Diktat‹ beugen. Von ›oben‹ her betrachtet war Brüssel nie ein wirksames Hindernis. Zum anderen zeigte sich z.B. am Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA), dass starker Widerstand in wichtigen Ländern auch die Regierungen zum Einlenken bewegen kann. Wer also annimmt, das Handeln der nationalen Regierungen sei nachhaltig zu beeinflussen, kann auch davon ausgehen, dass dies europäische Auswirkungen hat. Und selbst einseitige Schritte sind möglich, wenn auf nationaler Ebene ein entsprechender Konsens herrscht: So gab es beispielsweise Moratorien von EU-Beschlüssen durch einzelne Mitgliedsländer oder die Verweigerung, neoliberale Richtlinien umzusetzen. Schon jetzt gibt es dafür eine ganze Reihe von Beispielen. Es ist nicht so, dass die nationalen Parlamente und Regierungen keinen Handlungsspielraum haben,

MICHAEL BRIE leitet das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seit Jahren arbeitet er mit anderen an einem »linken Mosaik« und an der strategischen Weiterentwicklung der Linken. Sich und dem Institut hat er sozialistische Transformationsforschung auf die Fahnen geschrieben.



Taksim-Platz, Istanbul, Burak Su/flickr

sondern so, dass sie ihn gar nicht im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Forderungen nutzen *wollen*.

Zweitens wird argumentiert, dass ein Verlassen der EU bzw. der Währungsunion gerade die schwächeren Länder und deren Bevölkerung stärken würde. Man müsse sich dann ja nicht mehr den Beschlüssen aus Brüssel beugen. Die Frage ist nur, ob diese Rechnung aufgeht. Die realwirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse bleiben auf absehbare Zeit bestehen, während die formellen Handlungspotenziale innerhalb der europäischen Institutionen für die jeweiligen Regierungen, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder wegfallen. Hier geht es nicht zuletzt um Freizügigkeit hinsichtlich Arbeit und Erwerb. Angesichts der geringen ökonomischen Handlungsmacht dieser Länder und ihrer Bevölkerungen könnte der Verlust institutioneller Mitsprachemöglichkeiten innerhalb der EU und des damit verbundenen Potenzials der Blockade deutlich stärker zu Buche schlagen als der Gewinn, der aus einer formellen Eigenständigkeit an der Peripherie der EU und der Abwertung der dann wieder nationalen Währung zu ziehen wäre.

Mir scheint, dass die eigentliche Frage nicht darin besteht, aus der Währungsunion, geschweige denn aus der EU auszusteigen, sondern dass es in jedem Fall darum geht, Handlungsfähigkeit vor Ort zu stärken. Dass es darum geht, kommunal, regional und nationalstaatlich zu arbeiten und durch Vernetzung zugleich eine europäische Handlungsfähigkeit von links zu entwickeln. Dafür bedarf es auch des Thatcherschen Muts zum ›Nein‹, wenn einmal linke Kräfte tatsächlich die Regierung tragen sollten. Würde es uns gelingen, eine handlungsfähige und selbstbewusste Linke in Europa zu befördern, dann könnten wir auch souverän fragen, ob nicht eine andere, eine soziale, demokratische und ökologische Union mit solidarischen Handlungsformen in der Welt die bessere Option für das 21. Jahrhundert wäre.

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

Eine von der RLS beauftragte Studie von Heiner Flassbeck und Costas Lapavitsas zu Ursachen und Auswegen aus der Euro-Krise hat eine breite Diskussion über linke Strategien – darunter auch über Sinn oder Unsinn eines »Euro-Exits« – angestoßen. Weitere Texte und Kommentare finden sich in der Online-Ausgabe der LuXemburg.





Oben: Istanbul
Unten: Gezi-Park
Beide Bilder:

DER DEUTSCHE MACHTBLOCK IN DER EUROPÄISCHEN KRISE

FREDERIC HEINE UND

THOMAS SABLOWSKI

Linke Kritik richtet sich vielfach auf die Krisendynamik verschärfende Kürzungspolitik und auf die zentrale Rolle der deutschen Bundesregierung bei der Disziplinierung der Krisenländer. Doch welche Faktoren spielen für die Ausrichtung der Krisenpolitik eine Rolle? Von welchen sozialen Kräften wird sie getragen?

Wir konzentrieren uns hier auf eine Analyse unterschiedlicher Kapitalfraktionen innerhalb des deutschen Machtblocks und ihrer *Widersprüche*. Letztere können für eine Vertiefung der Hegemoniekrise und den Erfolg einer emanzipatorischen gegenhegemonialen Mobilisierung subalterner Klassen entscheidend sein. Auch die in der Öffentlichkeit diskutierten politischen Alternativen beruhen auf Widersprüchen innerhalb des Machtblocks. Es ist daher notwendig, sich Klarheit über die Interessenlagen innerhalb der herrschenden Klassen zu verschaffen.

Die Bourgeoisie ist dabei kein homogenes Subjekt, sondern von zahlreichen Widersprüchen durchzogen (vgl. Poulantzas 1975, 80ff).

Zu nennen sind hier Widersprüche zwischen Monopolkapital und nichtmonopolistischem Kapital, zwischen Bank-, Industrie- und Handelskapital sowie zwischen Kapitalfraktionen, die vorwiegend im nationalen Raum, in der Europäischen Union (EU) oder global operieren. Von diesen Widersprüchen ausgehend haben wir im Zeitraum Anfang 2010 bis Frühjahr 2013 die Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zu Fragen der europäischen Krisenpolitik untersucht. Einige der Ergebnisse lassen Rückschlüsse für die Erklärung der europäischen Krisenpolitik zu.

Große Übereinstimmung bestand bei allen untersuchten Verbänden[1] in drei zentralen Punkten der Europolitik: Ablehnung von Eurobonds und von Anleiheankäufen durch die EZB sowie die Befürwortung von Maßnahmen zur Stärkung der Haushaltsdisziplin (wie im »Six Pack« und dem Fiskalpakt). Die Finanzierung zu vergleichsweise niedrigen Zinsen auf dem deutschen Kredit- und Kapitalmarkt scheint für die Klientel dieser Verbände einen großen Wettbewerbsvorteil darzustellen, der durch eine Einführung von Eurobonds gefährdet würde. Die einheitliche Zustimmung zu den radikalen haushaltsdisziplinierenden Maßnahmen verweist darauf, dass sich das deutsche Kapital international in einer Gläubigerposition befindet. Die Entwertung deutscher Forderungen gegenüber den Krisenländern soll verhindert werden; die Kosten für den explodierenden Schuldendienst sollen vor allem auf die Lohnabhängigen und das Kleinbürgertum in der europäischen Peripherie abgewälzt werden. Angesichts der breiten Übereinstimmung in diesen Fragen ist die Haltung der Bundesregierung wenig überraschend.

Aus den Differenzen, die sich in Bezug auf andere Fragen der europäischen Krisenpolitik zeigten, ließen sich in unserer Untersuchung drei Gruppierungen ausmachen, die auf Widersprüche hindeuten. Unseres Erachtens maßgeblich ist die *global-expansive* Gruppierung (zu ihr zählen wir die Verbände BDI, BDA, BdB, DIHK und überwiegend auch die einzelnen industriellen Branchenverbände). Diese Gruppe vertritt in der europäischen *Rettungspolitik* die Linie der Bundesregierung, den Währungsraum in seiner jetzigen Form aufrecht zu halten, und akzeptiert dafür Notfallkreditprogramme sowie temporäre (EFSF) und schließlich auch dauerhafte (ESM) europäische Mechanismen für Hilfskredite. Wichtig sind diesen Verbänden die mit den Krediten verbundenen harten Auflagen, um eine aus ihrer Sicht gesunde Mischung aus »effizienter Rettung« und »Vermeidung von Fehlanreizen« (BdB 2010, 27) zu erreichen. In Bezug auf die Reformen der »Economic Governance« des Euroraums befürworten die Verbände – neben den genannten Maßnah-

THOMAS SABLOWSKI ist Politikwissenschaftler und Referent am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dort ist er zuständig für die politische Ökonomie der Globalisierung. Als Aktivist beteiligt er sich u.a. bei Blockupy und im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Außerdem ist er Redakteur der *Prokla* wie auch dieser Zeitschrift.

FREDERIC HEINE ist Politologe und Aktivist. Für die in Kürze erscheinende Studie untersuchten sie gemeinsam *Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche.*



Taksim-Platz, Istanbul, Ush/flickr

men zur Verschärfung der Haushaltsdisziplin der Mitgliedsstaaten – auch die Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte. Dabei geht es ihnen vor allem um die *Wettbewerbsfähigkeit* als zentrale wirtschaftspolitische Zielgröße. Die Angleichung müsse sich jedoch strikt nach dem Maßstab der leistungsstärksten Staaten richten. Zugleich sprechen sich diese Verbände gegen eine »dirigistische« Wirtschaftsregierung in der EU, aber für eine ordnungspolitische Rahmengesetzgebung auf EU-Ebene aus – Koordination soll mittels »peer pressure« und die Disziplinierung durch (halb)automatische Sanktionsverfahren und die Finanzmärkte selbst erfolgen. Interpretieren lassen sich diese Positionen u.E. als Verteidigung einer spezifischen *Akkumulationsstrategie*: die am globalen Wettbewerb orientierte, auf Produktivitätssteigerung, Lohnzurückhaltung, Arbeitsmarktflexibilisierung und durch den Konsum in externen Märkten gestützte Akkumulation der monopolistischen Kapitalfraktion. Diese sieht die Krise als Chance, um diese Strategie durch eine Vertiefung der europäischen Integration und die Anpassungsprogramme in den Krisenländern weiterzuentwickeln. Durch die Forcierung einer austeritätspolitischen und wettbewerbsorientierten *Rahmengesetzgebung* und die Ablehnung einer direkten *Wirtschaftsregierung* versucht sie gleichzeitig, den ökonomischen Kampf gegenüber dem politischen Kampf aufzuwerten. Denn das Akkumulationsmodell trifft, wie wir vermuten, insbesondere auf der europäischen Ebene auf Gegner, die politisch in der EU tendenziell eine Mehrheit organisieren können, während sie ökonomisch weniger konkurrenzfähig sind.

Die zweite Gruppierung in unserer Untersuchung ist die *stabilitätsorientierte* mit den Verbänden DSGV, BVR und ZDH. Auch diese Verbände unterstützen in der Rettungspolitik die oben beschriebene Linie der »konditionierten Kreditvergabe« (DSGV 2001, 7) und die Aufrechterhaltung des Währungsraums grundsätzlich – auch wenn sie 2012 die angebliche Bedingungslosigkeit der Kreditprogramme schärfer kritisierten als die oben genannten Verbände. In den makroökonomischen Ungleichgewichten sehen der BVR und der DSGV insbesondere eine Gefahr für die Zahlungsfähigkeit der Defizitländer. Sie plädieren außerdem für ein Vetorecht der EU gegenüber den nationalen Haushaltsplänen und wollen Ländern, deren Schuldenstand eine gewisse Schwelle überschreitet, durch



Oben: Gezi-Park, Zsombor Lacza/flickr
Unten: Solidemo, San Francisco, Steve Rhodes/flickr

die Einsetzung eines kommissarischen Verwalters die haushaltspolitische Souveränität entziehen. Diese hätte den »Vorteil«, einen »wirtschaftspolitische[n] Kurswechsel« unabhängig von »schwankende[n] politische Mehrheiten« (BVR 2011, 5) herbeiführen zu können. In der stabilitätsorientierten Gruppierung, die vorwiegend das nichtmonopolistische Kapital repräsentiert, spielen aus unserer Sicht Gläubigerinteressen eine zentrale Rolle. Dementsprechend geht es vor allem um die Gewährleistung des *Schuldendienstes* der Schuldnerländer (DSGV und BVR) oder um die Vermeidung weiterer Gläubiger*risiken* seitens des deutschen Staates (ZDH). Dieser Gruppierung geht es weniger um die Weiterentwicklung einer Akkumulationsstrategie als um die Bewahrung des Status quo trotz Eurokrise.

Drittens bleiben die *reaktionären Kräfte*. Hier bildet der Verband *Die Familienunternehmer* mit seinen deutlich unterscheidbaren Positionen eine Kategorie für sich. *Die Familienunternehmer* lehnten die Rettungspolitik von Anfang an ab, argumentieren für einen »Grexit«, verlangen eine weitere Verschärfung der fiskalpolitischen Maßnahmen, sind gegen jede Form von wirtschaftspolitischer Europäisierung und bedienen sich argumentativ einer teils rechtspopulistischen Rhetorik. Sie verfolgen ängstlich die Dynamik der europäischen Rettungspolitik und versuchen, sie insgesamt abzuwehren. Im Verband *Die Familienunternehmer* artikulieren sich Unternehmer, die befürchten, dass sie durch eine Verschärfung der europäischen Konkurrenz qua Vertiefung der europäischen Integration mehr verlieren als gewinnen werden. Daher versuchen sie diese durch scharfe politische (und rechtliche) Interventionen aufzuhalten.

Im Hinblick auf die hier analysierten ökonomisch-korporativen Interessen erscheint uns der deutsche Machtblock gegenwärtig trotz seiner inneren Widersprüche relativ kompakt. Dies hängt damit zusammen, dass die krisenbedingten Lasten weitgehend auf die Lohnabhängigen abgewälzt bzw. externalisiert werden konnten. Die sozialen Konflikte konzentrieren sich in den Ländern der europäischen Peripherie, obwohl das deutsche Kapital Teil der sozialen Verhältnisse ist, die in die Krise geraten sind. Die Widersprüche innerhalb des deutschen Machtblocks könnten sich jedoch weiter zuspitzen, wenn die krisenhaften Entwicklungen in der europäischen Peripherie und in anderen Weltregionen auch die Akkumulation des Kapitals in Deutschland stärker beeinträchtigen. Ein anderes Bild über die Tiefe der Widersprüche könnte auch entstehen, wenn man die kulturellen und politischen Kämpfe stärker in den Blick nähme – nicht zuletzt scheinen sich die reaktionären Kräfte auch politisch mit der Gründung der Partei »Alternative für Deutschland« stärker zu formieren –, oder wenn sich die Kräfteverhältnisse in Deutschland zugunsten der Lohnabhängigen verschöben.

Die Politik der dominierenden global-expansiven Gruppierung (und der sie weitgehend unterstützenden stabilitätsorientierten Gruppierung) ist widersprüchlich, weil sie einerseits die Eurozone verteidigt und auf eine Vertiefung der europäischen Integration zielt, andererseits durch ihre autoritär-neoliberale Ausrichtung die Kohäsion der Europäischen Währungsunion (und der EU) unterminiert. Der bisherige Verlauf der Krisenpolitik legt allerdings nahe, dass die Europäische Wäh-

rungsunion weiter verteidigt werden wird und dass bei einer Zuspitzung der politischen Krise auch Zugeständnisse wie etwa eine Lockerung der Kürzungspolitik oder eine Streckung der Schuldentilgung zu erwarten sind. Die Möglichkeiten eines »muddling through« der herrschenden Kräfte sollten nicht unterschätzt werden. Andererseits sollte aber auch die Stabilität der Kräfteverhältnisse nicht überschätzt werden. Die Diskussion über eine Auflösung der Europäischen Währungsunion hat quer durch die politischen Lager an Dynamik gewonnen, seitdem die national-konservativen und orthodox-neoliberalen Kräfte, die sich bis dato vor allem im Verband *Die Familienunternehmer* artikulierten, mit der *Alternative für Deutschland* einen parteipolitischen Ausdruck gefunden haben. Die Massenmedien haben in den letzten Jahren mit ihrem nationalistischen Diskurs den Boden für reaktionäre politische Verschiebungen bereitet. Unglücklicherweise erscheint die rechte Kritik an der EU derzeit stärker als die linke. Die Vorstellung, man könnte der rechten Kritik am Euro das Wasser abgraben, indem man die Diskussion über eine Auflösung der Eurozone von links befördert, ist höchst gefährlich. Am Ende droht eine solche Taktik, die Linke zu spalten und weiter Wasser auf die Mühlen der Rechten zu lenken. Es wäre auch falsch, die Kritik nur auf die neoliberal-autoritäre Vertiefung der europäischen Integration zu konzentrieren, die von der global-expansiven Gruppierung vorangetrieben wird, weil diese die hegemoniale Fraktion ist, und die reaktionären Positionen der *Familienunternehmer* und der *Alternative für Deutschland* als unbedeutend abzutun. Die Linke muss weiterhin einen Kampf an zwei Fronten führen: gegen die autoritär-neoliberale Weiterentwicklung der EU und gegen eine reaktionäre Kehrtwende, wie sie die *Familienunternehmer* und die *Alternative für Deutschland* verkörpern. Gegenüber diesen beiden Polen im Machtblock kann die Linke nur eine autonome Position entwickeln, wenn sie klar macht, dass die Ursachen der Krise letztlich nicht im Verhältnis der Nationen, sondern in den Klassenverhältnissen begründet sind.

Dieser Beitrag beruht auf einer ausführlicheren Studie zum Thema (Heine/Sablowski 2013). Wichtige andere Erklärungsfaktoren – das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis, die Machtblöcke anderer Staaten, deren Artikulation in der EU – konnten nicht einbezogen werden.

LITERATUR

BdB, Bundesverband deutscher Banken, 2010: *Währungsunion 2.0*, https://bankenverband.de/publikationen/pubbanken/shopitem/5c7260ea3776d7701c73ddb064b7f459

BVR, Bundesverband der deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, 2011: *Volkswirtschaft special*, Nr. 8/2011, www.bvr.de/p.nsf/82F8B4FD6BF614FEC125789B002CE1EE/$FILE/2011BVRVolkswirtschaftSpecialNr6.pdf

DSGV, Deutscher Sparkassen- und Giroverband, 2011: *Memorandum zu aktuellen Fragen »Europa und Euro«*, www.dsgv.de/_download_gallery/Stellungnahmen/110924_Memorandum_IWF_dt.pdf

Heine, Frederic und Thomas Sablowski, 2013: *Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche*, Ms., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Poulantzas, Nicos, 1975: *Klassen im Kapitalismus heute*, Westberlin

Ders., 2002: *Staatstheorie*, Hamburg

---

1 Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Verband der Automobilindustrie (VDA), Verband der Chemischen Industrie (VCI), Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHK), Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH), Die Familienunternehmer, Bundesverband deutscher Banken (BdB), Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)

SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS

DIETER BORIS ■ KLAUS MESCHKAT

Warum denn immer Lateinamerika? Strategisches Labor, Ikonenschmiede, Projektionsfläche – Begriffe, die das komplexe Verhältnis der Linken im globalen Norden zur lateinamerikanischen Linken beschreiben, sind vielfältig. Am Ende geht es immer um dasselbe: Lateinamerika ist die einzige Großregion der Welt, in der linke Kräfte stark genug sind, immer wieder die Machtfrage zu stellen und sie manchmal sogar für sich zu entscheiden. In Lateinamerika erringen ›wir‹ – im Sinne einer globalen Linken – Erfolge. Gerade deshalb sind unsere Niederlagen dort auch die tragischsten. Dort steigen wir am höchsten – und fallen am tiefsten.

Auch in der Hochphase des Neoliberalismus, in der Thatchers »there is no alternative« zum noch erdrückenderen »Ende der Geschichte« wurde, spielte Lateinamerika diese Rolle. Als Hugo Chávez den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« verkündete, als ein Linksruck durch den gesamten Kontinent ging, schien der ideologische Bann gebrochen. Weite Teile der Staatsapparate konnten der Kontrolle korrupter Eliten entzogen werden, Reichtum wurde umverteilt, Armut reduziert, städtische Arme und indigene Landbevölkerung ermächtigten sich in revolutionären Prozessen selbst. Die materiell-stoffliche Basis des neuen Sozialismus geriet jedoch schnell in die Kritik, basierten doch die ›revolutionären‹ Regierungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador auf einer politischen Ökonomie der Extraktion natürlicher Ressourcen. Ist dies nicht einfach eine Umverteilung der durch Raubbau an der Natur gewonnenen Ressourcen? Ein Raubbau, der im Kontext der globalen sozial-ökologischen Krise kaum ein zukunftsfähiges Projekt sein kann und in diesen Ländern hart umkämpft ist?

Mit dem von Miriam Lang, Büroleiterin in Quito, herausgegebenen Band Demokratie, Partizipation, Sozialismus *(2012) beteiligt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung an dieser Diskussion. Das Buch selbst hat eine Debatte ausgelöst, aus der wir zwei Beiträge veröffentlichen.*[1]

Tadzio Müller
für die Redaktion

IM LABYRINTH VON »POST-ENTWICKLUNG« UND »BUEN VIVIR«

DIETER BORIS

DIETER BORIS ist Marxist im Unruhestand, Lateinamerika gilt seine Leidenschaft – insbesondere Analysen der Linken von Subcomandante Marcos bis Hugo Chávez. Als Professor für Soziologie prägte er die *Marburger Schule* in der Tradition Wolfgang Abendroths mit. Seit Jahren engagiert er sich als Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

KLAUS MESCHKAT widmet sich nach seiner Emeritierung von der Uni Hannover weiter der kritischen Analyse von Entwicklung, vor allem in Lateinamerika. Kritisch-solidarisch setzt er sich mit linken Bewegungen und Regierungsprojekten auseinander. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac und wirkt – wie auch Dieter Boris – im Arbeitskreis Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit.

In dem von Miriam Lang herausgegebenen programmatischen Band[2] kommt der kritische Hinweis auf »eurozentristische« Betrachtungsweisen ziemlich häufig vor, auch wenn dieses Argument keineswegs neu ist. Die unzulässige Übertragung theoretischer Kategorien und systematisch-inhaltlicher Zusammenhänge, die aus der Betrachtung europäischer Realitäten gewonnen wurden, auf außereuropäische Gesellschaften kann als Eurozentrismus qualifiziert werden. Und muss – nach der im linken Spektrum fast einhelligen Meinung – stark relativiert oder zurückgewiesen werden. Dies betrifft insbesondere die damit häufig verbundenen normativen Vorgaben.

Eine andere Frage ist, ob damit automatisch alle Kategorien, die in Europa gewonnen wurden, als falsch und unbrauchbar anzusehen sind; zumal dann, wenn bestimmte ökonomische und gesellschaftliche Institutionen von Europa z.B. nach Lateinamerika übertragen wurden. Sind beispielsweise die analytischen Begriffe der Kapitalismusanalyse (Gebrauchswert/Tauschwert; konkrete/abstrakte Arbeit, Mehrwert, Akkumulation etc.) automatisch falsch und deplatziert, wenn kapitalistische Prozesse in Lateinamerika analysiert werden? Ich glaube nicht. Wichtig ist, die Artikulation, d.h. die Verbindung und Verflechtung solcher kapitalistischer Sektoren in gesamtgesellschaftlichen Kontexten, z.B. im Zusammenhang mit vorkapitalistischen Produktionsweisen, kulturellen Eigenheiten etc. zu analysieren.

Der in Teilen der lateinamerikanischen Linken weit verbreitete Begriff des »plurinationalen Staates« ist selbst ein hochgradig eurozentristischer Begriff. »Nation« ist seiner Herkunft nach ein europäisches Konzept, das bekanntlich im Europa des 19. Jahrhunderts seinen größte Bedeutung erlebte (vgl. die einschlägigen Analysen bei E. J. Hobsbawm, B. Anderson, A.D. Smith und E. Gellner). Dies kann den Schöpfern dieser Begrifflichkeit in den neuen Verfassungen Boliviens und Ecuadors kaum entgangen sein. In der Ketschua-Sprache, im Nahuatl (im Azteken-Bereich) und den Maya-Sprachen existiert meines Wissens kein Begriff von Nation. Es ist erstaunlich, wie viele linke Theoretiker ohne Bedenken bereit sind, auch die kleinste Ethnie als Nation zu bezeichnen.



Solidemo, Athen, how will i ever/ flickr

Zwar ist das Bestreben nach »Gleichwertigkeit« und voller »Anerkennung« zu verstehen; aber die Frage bleibt, ob dies durch die Übernahme der Begriffe der Eroberer geschehen muss.

»JENSEITS DER ENTWICKLUNG«. POST-DEVELOPMENTALISM

Die Gründung der Arbeitsgruppe *Más allá del Desarrollo*, die von der RLS in Quito 2010/11 angestoßen wurde, spiegelt ein deutliches Interesse an der seit einigen Jahren bestehenden Theorierichtung des *Post-Development*. Die berechtigte Kritik, der herrschende Entwicklungsdiskurs sei kapitalapologetisch, neokolonialistisch, kulturimperialistisch und teilweise rassistisch, läuft jedoch Gefahr, jedes entwicklungstheoretische Denken diesem Verdacht auszusetzen. Das berühmte Kind wird mit dem Bade ausgeschüttet.

Es wird behauptet, der Begriff »Entwicklung« sei erst 1949 von US-Präsident Harry Truman in seiner *Point IV Declaration* erfunden, und seither im Sinne und im Dienste des US-Imperialismus und des westlichen Kapitalismus gebraucht worden. Diese Position unterschlägt, dass der Entwicklungsbegriff eine längere und vielschichtigere Geschichte besitzt. Spätestens seit der Aufklärung und insbesondere in der Philosophie des 18. und 19. Jahrhunderts meinte er die widersprüchliche, emanzipatorische Entfaltung von inhärenten Potenzialen bei Individuen und Gesellschaften hin zu größerer Autonomie (Erweiterung der Freiheitsspielräume) und einer materiellen wie

immateriellen Besserstellung. Diese Tradition hat sich in einem relativ breiten marxistischen entwicklungstheoretischen Denken seit Ende des 19. Jahrhunderts fortgesetzt (z.B. R. Luxemburg, N. Bucharin, P. Baran, P. Khalatbari, P. Jaleé, de Bernis, S. Amin, I. Wallerstein, G. Arrighi, R. Kößler, G. Hauck, K.H. Tjaden etc.). Mit diesen und anderen marxistischen Entwicklungstheoretikern setzen Lang et al. sich jedoch nicht auseinander.

Was wäre denn die Alternative zu einer wohlverstandenen Entwicklung? Schließlich kommen selbst gestandene ›Post-Developmentalisten‹ nicht ganz ohne den Begriff aus. So argumentiert beispielsweise Eduardo Gudynas (2012, 9): »Dieses System des Buen Vivir ist wiederum mit dem ›System der Entwicklung‹ verbunden. Hier erfolgt eine wichtige Präzisierung, denn es wird darauf hingewiesen, dass die Entwicklung dem guten Leben dienen muss.« Die Tatsache, dass der Entwicklungs-Begriff im obigen Sinne ›missbraucht‹ worden ist, kann nicht heißen, komplett auf ihn zu verzichten. Das müsste sonst auch für andere ›missbrauchte‹ Begriffe wie Demokratie, Nachhaltigkeit oder Sozialismus gelten.

BUEN VIVIR (SUMAK KAWSAY)

Das Konzept des *buen vivir* aus den andinen Kosmovisionen umfasst bestimmte Vorstellungen zum richtigen/guten Leben (samt der entsprechenden Verhaltensweisen). Es kann m.E. jedoch höchstens als entfernter Leitstern für eine bessere, andere, nicht-kapitalistische, nachhaltig wirtschaftende und solidarische Gesellschaft dienen. Als allgemeine Richtschnur und Zielbestimmung gesellschaftlicher Veränderungen sind die Maximen des *buen vivir* insbesondere für linke, sozialistische oder marxistische Positionen durchaus attraktiv. Nur ersetzen sie in ihrer Allgemeinheit keine konkrete Analyse und Programmatik.
Dem Diskurs um *buen vivir* kommt weder eine analytische (auf zusätzlichen Erkenntnisgewinn angelegte Begrifflichkeit) noch eine kohärente und präzise programmatische Bedeutung zu. Gerade in dieser Übersetzungsarbeit der abstrakten Prinzipien scheint das Hauptproblem zu liegen. Schon beim Kern- und Wesenselement des Diskurses, dem »Bruch mit der Moderne«, gelangt man auf nebulöses Terrain. Was genau ist ›die Moderne‹? Ist es die Renaissance, der Kapitalismus, die neuzeitliche Wissenschaft, die moderne Kunst, die moderne Architektur, sind es die modernen Kriege? Dies wird nicht erläutert.

In vielen Ländern Lateinamerikas bestehen die Bevölkerungen mehrheitlich aus Mestizen oder Weißen; müssen sie sich nun die andinen Kosmovisionen aneignen? Wollen denn alle indigenen Bevölkerungsteile nach dieser Philosophie leben? Der jüngste Wahlausgang in Ecuador, in dem Alberto Acosta, der Kandidat der ›Postentwicklungslinken‹ gegen den ›Extraktivisten‹ Rafael Correa verloren hat, scheint nicht in diese Richtung zu deuten.

In dem gesamten Diskurs kommen zentrale Begriffe der kritischen Gesellschaftsanalyse höchstens am Rande oder überhaupt nicht vor: Kapitalismus, Herrschaft, Ausbeutung, Diskriminierung, Ungleichheit, Exklusion, ideologisches Bewusstsein etc. Auch werden diese Phänomene nicht erklärt. Oft wird von einer Gesellschaft oder Gemeinschaft jenseits von Kapitalismus *und* Sozialismus gesprochen.

(NEO-)EXTRAKTIVISMUS

Als (Neo-) Extraktivismus wird eine wirtschaftspolitische Tendenz bezeichnet, in der der Abbau von Bodenschätzen und Agrargütern für den Export ein wachsendes und tendenziell schädliches Gewicht erlangt. In Lateinamerika ist eine solche Tendenz allgemein zu beobachten. Dies liegt nicht zuletzt an den erheblichen Preissteigerungen von Rohstoffen auf den Weltmärkten während der letzten Dekade und dem Versuch, hierüber nicht nur die volkswirtschaftlichen Deviseneinnahmen, sondern auch die staatlichen Einnahmen zu steigern. Daran entzünden sich zahlreiche soziale Konflikte. Die Zahl sozial-ökologisch bedingter Auseinandersetzungen hat in diesem Zeitraum zugenommen, viele der Proteste sind verständlich und verdienen Unterstützung. Mittel- und langfristig gesehen stellt der Neo-Extraktivismus also eine Fehlentwicklung dar, die aus unterschiedlichen Gründen korrigiert werden sollte: aus ökonomischen (einseitige Abhängigkeit), ökologischen (Klimawandel, Naturzerstörung, Gefährdung des Wassers etc.), sozialen (Bedrohung der betroffenen Bevölkerung) und arbeitsmarktpolitischen Gründen (geringe Arbeitskraftintensität).

Der (Neo-)Extraktivismus ist aber nicht in allen Ländern Lateinamerikas gleichermaßen ausgeprägt (vgl. Matthes 2013), und es gibt einige Aspekte, die seine Bedeutung relativieren:

- Der exorbitante Anstieg der Preise (zumindest für manche Rohstoffe) suggeriert eine Expansion von Exporten, die oftmals nicht existiert. In Venezuela beispielsweise haben sich die Exporteinnahmen aus dem Erdöl seit 2003 verdreifacht. Die Exportmenge hat gegenüber jener Zeit jedoch klar abgenommen.[3]
- Auch wenn Rohstoffexporte insgesamt zunehmen, wächst in einigen Länder die industrielle Produktion absolut und sogar relativ (in Bezug auf das BIP). Dies gilt beispielsweise für Brasilien, Argentinien und Costa Rica.
- Die These, wonach die dynamische Wirtschaftsentwicklung der letzten zehn Jahre in Lateinamerika nur auf die Expansion des Rohstoffabbaus und dessen Export zurückzuführen sei, ist falsch. In Ländern wie Argentinien, Brasilien, Uruguay, Ecuador, Venezuela waren vor allem der Anstieg der Reallöhne, die teilweise drastische Erhöhung der Minimallöhne, die Zunahme formeller Arbeitsverhältnisse sowie die Verbesserung der gewerkschaftlichen Verhandlungsposition (auch in rechtlicher Hinsicht) für das Wachstum des Binnenmarkts verantwortlich. Auch die Konjunktur-, Wechselkurs- und Fiskalpolitik sowie die Sozialpolitik der progressiven Regierungen waren wichtige Faktoren dieser Entwicklung; ebenso wie die Verringerung der »demographischen Abhängigkeit«, d.h. die günstigere Relation von arbeitsfähiger und nicht arbeitsfähiger Bevölkerung. Schließlich haben die deutliche Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit und der Anstieg der Transfers von ArbeitsmigrantInnen das durchschnittliche Haushaltseinkommen in vielen Ländern Lateinamerikas spürbar erhöht (vgl. Boris 2013, 138ff).

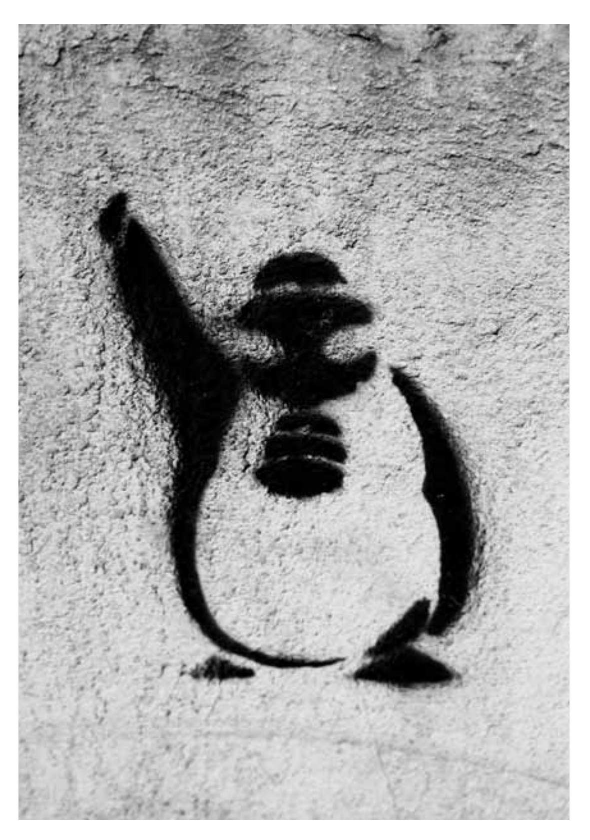
Für einen Ausweg aus dem skizzierten Dilemma könnten sicherlich kurz- und mittelfristige Kompromisse gerade unter den progressiven Regierungen gefunden werden. Durch scharfe Umwelt- und Arbeitsauflagen, eine nationale Kontrolle der betreffenden Unternehmen und die Beteiligung der Kommunen bei Investitionsentscheidungen könnten

Negativfolgen abgemildert werden. Würde man perspektivisch die Entnahme von Rohstoffen reduzieren und diese überwiegend national und regional verarbeiten, könnte dies langfristig zu größerer Nachhaltigkeit und Diversität der Produktionsstrukturen führen. Solche Schritte in absehbarer Zeit zu gehen, scheint möglich.

STAATSANALYSE

Die Analyse der Rolle des Staates im Transformationsprozess ist ein zentrales Thema in den genannten Texten und Diskussionen. Die Debatte krankt bisher an verschiedenen Punkten:

- Es existiert kein theoretisches Konzept vom Staat in peripher-kapitalistischen Ländern; stattdessen wird vom »bürgerlichen Staat« als solchem gesprochen, ohne die Spezifika des Staates in den betreffenden Gesellschaften theoretisch-konzeptionell zu bestimmen.
- Eine genaue Analyse der sich im Transformationsprozess verändernden Kräfteverhältnisse in den Gesellschaften sowie im Staat und in seinen Apparaten fehlt weitgehend. Genau dies wäre aber die Hauptaufgabe einer Analyse der Rolle, der Schranken und Möglichkeiten von Staaten im Transformationsprozess.
- Letzteres würde auch einschließen, einzelne Staatsapparate (Militär, Polizei, Justiz z.B.) oder Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen hinsichtlich ihrer Stabilität sowie hinsichtlich ihrer bereits vollzogenen Veränderung zu überprüfen.
- Statt solche theoretisch-konzeptionellen und empirischen Analysen vorzulegen, finden sich viele zukunftsbezogene Beiträge darüber, wie der »Plurinationale Staat« am besten funktionieren sollte.
- Zentrale Fragen, inwiefern z.B. der in Transformation befindliche Staat in der Lage ist, die systemerhaltenden Oppositionskräfte zurückzudrängen, eventuelle Boykottmaßnahmen zu minimieren oder gewaltsame Rollbackversuche wie beispielsweise in Chile zwischen 1970 und 1973 zu verhindern, sind in den vorliegenden Texten kaum zu finden.



Istanbul, mrtasci/flickr

Für eine ernsthafte Analyse müsste man sich über die zentralen Fragen eines Transformationsprozesses verständigen – hier scheinen große Unterschiede zu bestehen. Und diese müssten dann sowohl theoretisch als auch empirisch untersucht werden, ohne inhaltsleere Schlagworte (»jenseits der Entwicklung«, *buen vivir* etc.) an die Stelle konkreter Analyse zu setzen. Beispielsweise wäre zu klären, inwieweit der Staat bereits weitgehend in die Gesellschaft zurückgenommen wurde, folglich permanente

Partizipation und Kontrolle nun leichter möglich ist als früher.

GRAVIERENDE DEFIZITE

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den genannten Diskussionen

- die Dimension internationaler politischer und ökonomischer Beziehungen weitgehend ausgeblendet wird;
- es kaum Ansätze von Sozialstrukturanalysen in den betreffenden Transformationsländern gibt (vor allem eine Analyse der herrschenden Klasse fehlt);
- zentrale Aspekte der ökonomischen Produktion und Reproduktion zumeist ausgespart sind oder unterbelichtet bleiben;
- die ideologischen Auseinandersetzungen sowie die medialen Konstellationen in den jeweiligen Ländern kaum erwähnt werden;
- eine ernsthafte Analyse des Staates, der einzelnen Staatsapparate, des Ausmaßes der bisherigen Veränderungen zugunsten eines recht pauschalen Anti-Etatismus fast vollständig in den Hintergrund tritt;
- eine differenzierte Analyse der sich verändernden Kräfteverhältnisse im Prozess der Transformation nicht zu erkennen ist.

In dem von Miriam Lang herausgegebenen Band bleiben in den meisten Artikeln wichtige Ausschnitte der Realitäts unbeachtet oder werden stark vernachlässigt. Arbeiten, die beanspruchen, gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse zu analysieren, dürfen jedoch von zentralen Realitätsbereichen nicht abstrahieren. Eine wissenschaftlich und politisch angemessene Transformationsforschung müsste aus linker (oder gar marxistischer) Perspektive anders aussehen.

»BUEN VIVIR« ALS PARTIZIPATIVER GEGENENTWURF

KLAUS MESCHKAT

Die inneren Konflikte in den bolivarianischen Ländern (Venezuela, Bolivien und Ecuador) haben in den letzten Jahren zugenommen, obwohl sich die progressiven Regierungen gegen putschistische Manöver der extremen Rechten durchsetzen und überall, zuletzt in Ecuador, bei Wahlen eindrucksvolle Erfolge erzielen konnten. Die Rechte wurde zurückgedrängt, zugleich aber haben sich die Spannungen zwischen sozialen Bewegungen und den Spitzen der Staatsapparate verschärft. Sie führten in Ecuador bei den letzten Wahlen sogar dazu, dass auf der Linken ein eigener Präsidentschaftskandidat gegen Correa auftrat. In Bolivien kulminieren sie im TIPNIS-Konflikt, der Auseinandersetzung um den Bau einer Fernstraße durch ein Naturschutzgebiet im Amazonasbecken. Wie man diese Konflikte beurteilt, hängt auch von einem Verständnis der progressiven Regime in den Anden-Ländern ab.

NEO-EXTRAKTIVISMUS

Fast gleichzeitig mit dem von Miriam Lang (2012) herausgegebenen Buch erschien eine deutschsprachige Publikation des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika – FDCL (2012) zum Neuen Extraktivismus. Dort werden eine ganze Reihe Fragen zufriedenstellend klärt, die Dieter Boris in seiner kritischen Rezension aufwirft. Es wird beispielsweise empirisch belegt, in welchem erschreckenden Umfang der Extraktivismus

das vorherrschende Wirtschaftsmodell fast aller lateinamerikanischer Länder geworden ist.

Dennoch gibt es Unterschiede zwischen dem auf die Spitze getriebenen Extraktivismus in Ländern wie Kolumbien, wo die »Bergbaulokomotive« beschworen wird, und dem Neo-Extraktivismus unter progressiven Regimen. Eduardo Gudynas hat diesen Unterschied m.E. überzeugend herausgearbeitet: Im Neo-Extraktivismus spielt der Staat die entscheidende Rolle bei der Aneignung und Verwendung der Überschüsse aus den gesteigerten Rohstoffexporten, und er benutzt diese zusätzlichen Einnahmen gezielt für eine Verbesserung der materiellen Lage der Mehrheit der Bevölkerung (vgl. 2012, 55). Dies scheint mir die Grundlage für die Wirtschaftspolitik der bolivarianischen Regime zu sein, und es ist mir ganz unverständlich, warum Boris abstreitet, dass die günstige wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre vor allem »auf die Expansion des Rohstoffabbaus und dessen Export zurückzuführen sei« (Boris in diesem Heft).

Im Gegenteil ist seit dem Beginn der Präsidentschaft von Hugo Chávez der Vorrang von Erdölexporten in der Praxis niemals in Frage gestellt worden, und weder die Regierung noch ihre Kritiker auf der Linken oder Rechten haben jemals ernsthaft den sofortigen Ausstieg aus der Rohstoffextraktion gefordert. Chávez' Leistung besteht zweifellos darin, gegen große Widerstände die Kontrolle des Staates über die Erträge aus der Ölförderung durchgesetzt zu haben und, begünstigt durch steigende Ölpreise, diese Mittel für Sozial-, Gesundheits- und Bildungsprogramme im Land und für umfangreiche Maßnahmen internationaler Solidarität nach außen zu verwenden.

Trotz vieler Absichtserklärungen, die Abhängigkeit von Rohstoffexporten vermindern zu wollen, hat sich der Neo-Extraktivismus jedoch eher konsolidiert – in Venezuela wie in Ecuador und Bolivien. In Ecuador scheint es mir bemerkenswert, dass Rafael Correa sogar klare Bekenntnisse zu einer Expansion des modernen Bergbaus abgelegt hat, verbunden mit einer aggressiven Anprangerung aller Gegner dieser Politik als Handlanger des Imperialismus.

Die wirtschaftlichen Folgen und Gefahren einer Vertiefung des Neo-Extraktivismus sind vielfach analysiert worden, seine politischen Konsequenzen müssten aber noch weiter ausgelotet werden. Nach meiner Auffassung besteht ein enger Zusammenhang zwischen Extraktivismus und der Verstärkung von Zentralismus und autoritären Tendenzen im politischen Bereich. Eine Staatsspitze, die unbeschränkt und unkontrolliert Zugang zu den ertragreichsten Ressourcen ihres Landes hat, kann bequem die Fortdauer ihrer Herrschaft sichern, ohne sich mit unabhängigen gesellschaftlichen Kräften auf Augenhöhe auseinandersetzen zu müssen. Auch wenn sie sich in regelmäßigen Abständen freien Wahlen stellen muss. Sie handelt nach ihrem Selbstverständnis demokratisch im Dienste der breiten Mehrheit der Bevölkerung, selbst wenn dies die dauerhafte Verwüstung bestimmter Gebiete und den Verlust der Lebensgrundlage der dort lebenden Menschen, oft ganzer indigener Völker, bedeutet. Es ist unvermeidlich, dass sich die unmittelbar Betroffenen zu Wehr setzen. Regionaler Widerstand organisiert sich in Ländern mit rechtsgerichteten Regierungen (Peru, Kolumbien), aber auch in Venezuela, Ecuador und Bolivien. Leider ist auch dort zu beobachten, dass dem Widerstand mit repres-





Gezi-Park, Istanbul, oben: © Thomas Rassloff, unten: © ardac/flickr

siven Maßnahmen begegnet wird, und dass die Konflikte als das Werk proimperialistischer Kräfte in Gestalt auslandsfinanzierter NGOs gebrandmarkt werden. Solche Töne klingen bei Boris glücklicherweise nur schwach an, deutlich wird indes ein schier unbegrenztes Vertrauen in das verantwortliche Handeln der jeweiligen Staatsführungen, denen zugestanden und zugetraut wird, pragmatisch nach verantwortbaren Kompromissen zu suchen. Dies scheint mir nach den Erfahrungen der letzten Jahre kaum gerechtfertigt – es sei denn, man identifiziert sich wieder einmal unbesehen mit Staatsführungen und staatstragenden Parteien, weil sie den real möglichen Fortschritt erkämpfen wollen.

BUEN VIVIR

Buen vivir benennt das Gegenprinzip zum Festhalten an einem extraktivistischen Wirtschaftsmodell. Es ist nicht etwa in Gestalt postmoderner Theoriefetzen nach Lateinamerika gelangt, sondern dort im Zuge der Ausarbeitung von neuen Verfassungen von indigenen Intellektuellen wie z.B. dem bolivianischen Außenminister Choquehuanca entwickelt worden. Dabei handelte es sich aber nicht nur um eine gerechtere Berücksichtigung von Minderheiten in einem immer noch zentralistischen Nationalstaat. Es ging vielmehr um eine grundlegende politische Umwälzung in Ländern, die bis vor kurzem von kleinen Minderheiten der Nachkommen und Nachfolger spanischer Eroberer beherrscht worden waren. Der dieser Umwälzung entsprechende staatliche Neubau findet seinen Ausdruck in der Benennung des Staates als plurinational: Nicht ein homogen gedachtes Staatsvolk ist Träger des neuen Staates, vielmehr sind es Nationalitäten, wenn nicht gar Nationen, die im Rahmen eines kommunitären, dezentralen Staates mit weitgehenden Autonomien zusammengeschlossen sind.

In den Verfassungen Boliviens und Ecuadors wird als Grundlage des neuen Staates ein neues Prinzip verkündet, das auf Quechua *sumak kawsay* und auf Aymara *suma qamaña* heißt, im Spanischen meist mit *buen vivir* übersetzt. Die deutsche Übersetzung als »Gutes Leben« gibt den ursprünglichen Sinn kaum wieder. Gutes Leben bedeutet nämlich keineswegs ein Leben in einem Wohlstand, der nur durch ständiges Wachstum erworben werden kann, sondern im Gegenteil ein Leben in Harmonie und Gleichgewicht mit der Natur und den Mitmenschen. Dies impliziert einen Bruch mit der unverzichtbaren Grundlage kapitalistischen Wirtschaftens, dem Zwang zum unbegrenzten Akkumulieren. Was dies für die Organisation von Staat und Wirtschaft bedeutet, wird in beiden Verfassungen teils angedeutet, teils ausgeführt, ohne dass der damit verbundene Verfassungsauftrag an die Gesetzgebung bisher auch nur in Ansätzen eingelöst wurde.

Das *buen vivir* bezeichnet also das Ziel einer solidarischen Gesellschaft, in der ein menschenwürdiges Leben aller nicht mit einer Zerstörung der Natur erkauft wird – und wenn in der Verfassung von Ecuador ein eigenes Recht der Natur postuliert wird, so hängt auch dies eng mit dem Konzept des *buen vivir* zusammen. Es wird durchaus eine Zielvorstellung benannt, deren Fehlen Boris zu Unrecht bemängelt. Der damit gegebene Verfassungsauftrag muss allerdings konkretisiert werden – ähnlich wie zum Beispiel der Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, dass Eigentum verpflichtet. Die linken Kritiker werfen den Regierungen in Ecuador und Bolivien vor,

dass sie keine Strategien entwickeln, um diesen Verfassungsauftrag zu erfüllen. Sie befürchteten, dass Chávez' Slogan vom »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, der von Evo Morales und Rafael Correa ebenfalls in Anspruch genommen wird, in Wahrheit auf eine Wiederholung des real existierenden Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts hinausläuft. Dieser war bekanntlich bereit, die Zerstörung der Natur zugunsten des Fortschritts in der Entfaltung der Produktivkräfte in Kauf zu nehmen. Das in den Verfassungen verankerte Prinzip des *buen vivir* wird aus der Sicht der Kritiker einem weitergetriebenen Extraktivismus geopfert.

DAS BEISPIEL TIPNIS

Erstaunlich in der Rezension von Dieter Boris ist die Tatsache, dass er den für die Debatte zentralen Konflikt um den Erhalt des Nationalparks von TIPNIS (Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro-Sécure) nur am Rande erwähnt. Die dort geplante Fernstraße von Brasilien nach Peru läuft quer durch ein Gebiet, das nicht nur seit 1965 Nationalpark ist, sondern in Folge eines Marsches der Tieflandindianer zu Beginn der 1990er Jahre außerdem als indigenes Territorium ausgewiesen wurde. Obwohl laut Verfassung nur mit Konsultation der im TIPNIS ansässigen indigenen Völker gestattet, vereinbarte Evo Morales 2007 mit dem damaligen brasilianischen Präsidenten Lula da Silva dort den Bau einer Straße, die den Weg brasilianischer Exportprodukte an die Pazifikküste des Subkontinents verkürzen sollte. Mitte 2011 organisierten die Tieflandindianer einen weiteren Marsch, der den Präsidenten schließlich veranlasste, den Bau des mittleren Abschnitts der Fernstraße zu stoppen und das Herz des TIPNIS für unantastbar zu erklären. Der Konflikt schien zunächst ausgestanden, flammte jedoch erneut auf, als Siedler und mit ihnen kooperierende Indígenas aus der südlichen Region des TIPNIS, die an die Koka-Gebiete des Chapare angrenzt, für die Fortsetzung des Baus mobilisierten. Mit Hilfe der Regierung gründeten sie eine rivalisierende indianische Organisation, die eine plebiszitäre Abstimmung zum Bau der Straße verlangte. Wegen der Spaltung der Indígena-Organisationen ergab das umstrittene Plebiszit letztlich eine Mehrheit für den Bau der Fernstraße.

Eine Analyse des Konflikts erhellt verschiedene Aspekte: Das oberste Ziel des Bauprojekts ist die Erleichterung brasilianischer Exporte nach Fernost. Finanziert durch eine brasilianische Entwicklungsbank und durchgeführt von einem brasilianischen Bauunternehmen diente es der verstärkten Bindung Boliviens an das mächtige Brasilien. Für Bolivien selbst hätte die neue Direktverbindung zwischen Cochabamba/La Paz und den ertragreichen Landwirtschaftszonen des Tieflands die Folge, dass Santa Cruz seine bisherige Monopolstellung als Drehscheibe der Agrarindustrie verlieren würde. Für Morales' Partei MAS wäre das ein willkommener Nebeneffekt in der Auseinandersetzung mit der rechten Opposition im Osten Boliviens.

Bei dem Konflikt zwischen den Gegnern und Befürwortern der Fernstraße stoßen zwei unterschiedliche Logiken aufeinander: Einmal die amazonische Wirtschaftsweise der im TIPNIS ansässigen Indigenen, die auf Subsistenz und Ernährungssicherheit ausgerichtet ist und kollektive Nutzungs- und Verbrauchsrechte an den Produkten des Waldes einschließt. Zum anderen die auf individueller Landzuteilung beruhende Ökonomie der andinen Siedler, die den Wald in

Land für den Koka-Anbau verwandeln wollen (ebd., 82ff). Im Süden des TIPNIS sind die Auswirkungen dessen bereits sichtbar: Die Zone ist weitgehend entwaldet. Die dort ansässigen Yucare haben ihre kollektiven Gemeinschaftsformen größtenteils verloren und sind als Hilfskräfte in die Koka-Ökonomie einbezogen. Der Bau der Straße hätte zur Folge, dass sich der Koka-Anbau in das Herz des TIPNIS ausweiten würde, was sich gut mit einem ›Extraktivismus‹ anderer Art vereinbaren ließe: 2007 vergab die Regierung Konzessionen zur Exploration großer Teile des TIPNIS an zwei ausländische Erdölgesellschaften, die von brasilianischem und venezolanischem Kapital kontrolliert werden. Dies widerspricht einer seit 2001 bestehenden Schutzbestimmung für den TIPNIS, die Ölförderung ausschließt.

WAS FEHLT?

Je eindeutiger sich die Wende zum Neoextraktivismus in den progressiven Regimen durchsetzt, desto stärker wächst auch die Neigung, den Widerstand dagegen als konterrevolutionär abzustempeln. Im Juni 2011 verfasste einer Gruppe bolivianischer Intellektueller ein Manifest, in dem sie ihre Regierung zur Einlösung des Verfassungspostulats des *buen vivir* aufforderte. Darauf antwortete der Vizepräsident Alvaro García mit einem Büchlein »El OENEGISMO, enfermedad infantil del derechismo« (*Der NGOismus, Kinderkrankheit des Rechtsabweichlertums*). Er warf seinen Kontrahenten vor, Instrument der vom Ausland finanzierten NGOs zu sein. Ähnliche Töne schlug Rafael Correa in seiner Wahlkampagne und in Erklärungen nach seinem Wahlsieg an. Wohin es führen kann, wenn der politische Gegner direkt als Werkzeug finsterer Mächte des Imperialismus verteufelt wird, zeigt die Geschichte. Bei der Warnung, man müsse immer auch die internationalen Kräfteverhältnisse und die Gefahr einer Rückkehr konterrevolutionärer Kräfte bedenken, ist deshalb Vorsicht geboten. Gewiss ist es richtig, die außenpolitischen Zwänge und die fortbestehenden imperialistischen Ambitionen der USA in Rechnung zu stellen – aber ohne sich deshalb der verhängnisvollen Logik zu unterwerfen, dass der Feind meines Feindes immer schon mein Freund sein muss. Für Demokraten und Sozialisten muss beispielsweise die Freundschaft mit den Machthabern eines theokratischen Unterdrückungsregimes unerträglich sein. Dies darf nicht länger schweigend übergangen werden, denn es gehört auch zu einer Positionierung der Linken.

LITERATUR

Boris, Dieter, 2013: Neue Tendenzen in den Sozialstrukturen Lateinamerikas, in: *PROKLA* 170, 138ff

FDCL und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), 2012: *Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika,* Berlin

Gudynas, Eduardo, 2012: *Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum,* in: Lang 2012, 28ff

ders., 2012: Der neue progressive Extraktivismus in Lateinamerika, in: FDCL und RLS, 46ff

Lang, Miriam, (Hg.), 2012: *Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege zum Sozialismus,* RLS, Berlin, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_96_Web.pdf

Dies. et al. (Hg.), 2013: *Alternativas al Capitalismo/Colonialismo del siglo XXI.* RLS Quito

Matthes, Sebastian, 2013: *Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika,* Kassel

---

1 Weitere Debattenbeiträge finden sich in FDCL, RLS 2012; und Lang et al. (Hg.), 2013, Alternativas al Capitalismo/Colonialismo del siglo XXI. RLS: Quito.

2 Siehe hierzu auch meine Besprechung in: Z. Zeitschrift *Marxistische Erneuerung* 92 (2012), 178-189.

3 »Als Chávez 1999 sein Amt antrat, lag der Ölpreis bei 10 Dollar je Fass. Heute liegt er über 100 [...] Doch die Förderung ist heute um etwa 20 Prozent niedriger als zu Chávez' Machtantritt.« (FAZ, 11.3.2013, 20)

HERRSCHAFT ALS KNOTEN DENKEN

FRIGGA HAUG

Märchen sind voll Weisheit zum Einen, voller Moral zum Zweiten und dunkel von Schweigen, dass wir detektivisch Neues entdecken können. Beginnen wir mit dem Fischer und seiner Frau. Obwohl es Spaß macht, den gleichen Refrain immer bedrohlicher zu wiederholen, kommt es hier nur auf das Gerüst an, damit wir die Bauweise auseinandernehmen können.

Ein armer Fischer und seine Frau leben in einem kleinen Verschlag und ernähren sich vom Fischfang. Er fängt wenig, wird immer mutloser, bis eines Tages ein großer Butt an seiner Angel hängt. Er zieht ihn heraus, da fängt der an zu sprechen und fleht um sein Leben. Der Fischer gewährt ihm dieses, da er sich nicht vorstellen kann, einen Fisch zu töten, der sprechen kann. Zuhause erzählt er es seiner Frau, die sich sogleich empört, dass er dem Fisch keinen Gegenwert für sein Leben abgenommen hat, und ihn zurück ans Meer schickt, das Versäumte nachzuholen. Sie will ein Haus mit Möbeln und Garten und Hühnern im Hof. Unwillllig geht der Fischer, bekommt aber sogleich des Weibes Wunsch erfüllt, und nun nimmt das Unheil seinen

Lauf. Die Wünsche der Frau werden immer größer. Vom Haus zum Schloss, es kommen haufenweise Bedienstete hinzu und Kutschen. Um weiter zu wünschen, muss sie ihr Geschlecht wechseln, nicht Königin, sondern König werden, dann Kaiser, jetzt hat sie Soldaten als Machtposten. Dann will sie Papst werden, hier ist der Prunk am größten, sie hat gleich vier Kronen, aber sie bleibt unzufrieden, will auch den Sonnenaufgang und -untergang befehlen und also sein wie Gott. Die Katastrophe ist vorherzusehen. Sie sitzt schließlich wieder in ihrem Verschlag.

Von Wunsch zu Wunsch, von Meergang zu Meergang wächst die Empörung der Natur über ihr widernatürliches Verhalten, erfahrbar am Farbwechsel des Meeres von blau nach gelb nach grün, violett bis schwarz und sich gewaltig türmenden Wellen und tosendem Krach.

Die Lehre ist ziemlich klar und grundlegend: Der Fischer ist arbeitsam und arm, die Frau voll gierigen Verlangens. Sie will aus der Ordnung gehen bis hin zur Schöpfung – so muss die alte Ordnung wiederhergestellt werden. Arbeitsam der eine und … jetzt merken wir, dass wir nicht erfahren haben, was die Frau vorher eigentlich tat oder ob überhaupt etwas, außer dass sie bis zur Dummheit unverschämt ist. Aber ist dies überhaupt eine Geschichte über Herrschaft und nicht eher über Arbeitsteilung, bei der nur ein Teil arbeitet, der andere vorläufig bloß gierig ist?

»DIE LEHR' VON DER GESCHICHT'«

Frauen, so kann man aus Überlieferungen allenthalben lernen, sind unheilvolle Mächte, um die Kriege geführt werden, die große verdiente Männermacht über Nacht zu Schaum schlagen können – von daher ist es angebracht, sie einzuschließen und Männer allein die Geschicke lenken zu lassen. Aber das maßlose, rastlose, planlose Verlangen, das vom ersten Sündenfall bis heute weibliche Mitgift ist, musste wohl in einen anderen Bereich auswandern, als die Frauen in die Häuser gesperrt waren. Endlich konnte sich das Kapital dieses vogelfreien Begehrens annehmen oder vielmehr das Begehren bemächtigte sich des Geldes, dass es Kapital werde. Planlos, maßlos, rastlos – wie Marx das analytisch herausarbeitet. In seiner Gier stürzt es von Krise zu Krise, jede Lösung bereitet nur die Mittel für die nächste, heftigere vor, wie das beim Fischer und seiner Frau geschah.

FRIGGA HAUG ist Soziologin und kritische Psychologin. Als marxistische Feministin war sie von Beginn an in der westdeutschen Frauenbewegung und im SDS aktiv. Sie ist Mitherausgeberin des *Historisch Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* und der Zeitschrift *Das Argument*. Mit der 4in1-Perspektive orientiert sie auf ein neues Verhältnis von Lohnarbeit zu sozialer Reproduktion.

Da wir so märchenhaft aus dem armseligen Verschlag in die Krise des Kapitalismus gesprungen sind, können wir die Frage nach dem Herrschaftsknoten stellen, ohne die überlieferten Herrschaftstheorien noch einmal intensiv aufzusuchen.

Aber in der Unruhe der Weltwirtschaftskrise werden doch andere Fragen stellbar. Die am meisten beunruhigende ist die, warum Menschen sich bei so offenkundigen Ungerechtigkeiten, die als Reparaturversuche, die alte Gesellschaft noch eine Weile laufen zu lassen, im Angebot sind, nicht massenhaft wehren. Wie reproduzieren sich diese kapita-

listische Gesellschaft und ihre Herrschaft trotz aller Katastrophen oder mit ihnen?

Indem wir nach dem Muster kapitalistischer Gesellschaft und ihrer Reproduktion fragen, rücken wir der Begriffssprache, in der Knoten eine Rolle spielen, schon näher. Hier können wir voraussetzen, dass es zum allgemeinen Wissen gehört, dass das treibende Motiv dieser Regulationsweise der Profit ist; Wachstum, immer mehr, immer größer, das unstillbare Verlangen, das wir in der Seele der Fischersfrau fanden und das im Märchen als menschlich nicht lebensfähig ausgemustert wurde. Wie lebt dann aber Kapitalismus, wenngleich krisenhaft?

In den überlieferten Herrschaftstheorien, das sei hier nur kurz angemerkt, werden Formen untersucht, in denen von oben nach unten gehandelt wird – durch überliefertes Recht, durch Beamte, durch einen Führer, an den geglaubt wird: »Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden«, heißt es bündig bei Max Weber (1922, 38). Da ist gar kein Gedanke an einen Knoten, der sich in der sauber durchgeführten historisch gestützten Analyse jetzt eher wie ein Vorschlag ausmacht, der aus dem häuslichen Nähkörbchen kommt und mit ernsthaftem politischem Handeln wohlweislich nichts zu tun zu haben scheint. An dieser Stelle kommen wir nicht weiter, wenn wir nicht aus der gewohnten historischen Überlieferung ein wenig aussteigen und nach dem nicht so Sichtbaren, dem nicht ganz Bewussten, jedenfalls Verschwiegenen suchen.

Gehen wir also noch einmal zurück zur Fischersfrau, die zwar einen Namen hat, die Ilsebill, aber ansonsten nichts weiter ist als des Fischers Frau mit maßlosen Wünschen. Wir können wohl kaum annehmen, dass sie den ganzen Tag, zumal in einem kleinen Verschlag, auf der faulen Haut lag und wartete, dass ihr Mann etwas zum Essen heimbrächte, was, wie wir auch aus dem Märchen erfuhren, sehr häufig nicht gelang. Vermutlich hatten sie Kinder, auch für sie musste gesorgt werden, Nahrung musste her, es musste gesammelt, gepflanzt, geerntet werden, aus dem Naturzustand geputzt, geschält, gekocht, zuvor fürs Feuer gesammelt, danach das Geschirr gesäubert, geräumt, die Kinder getragen, geboren, gehütet, gesäubert, gekleidet, die Kleider genäht, geflickt werden usw. – vielleicht war noch jemand Altes oder Krankes zu versorgen, wie wir aus anderen Märchen oder aus eigener Erfahrung wissen. Bei großer Armut muss weit gegangen werden, um Ernährung herbeizuschaffen – historisch später, wenn die Fischersfrau schon ein Haus und dann einen Geflügelhof hat, ist es ein Bauernbetrieb mit einer Unmasse von Arbeiten, mit Vieh und Land, Futter besorgen, Schafe auf die Weide treiben, dann scheren, bei Geburten der Tiere helfen, bei Krankheiten auch, bis hin zum Schlachten und Häuten und Rupfen – Arbeiten, von denen im übrigen Engels in seiner Schrift zum *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* denkt, dass sich diese Tätigkeiten fast von selber tun. »Jetzt mit den Herden der Pferde, Kamele, Esel, Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine hatten die vordringenden Hirtenvölker […] einen Besitz erworben, der nur der Aufsicht und rohesten Pflege bedurfte, um sich in stets vermehrter Zahl fortzupflanzen und die reichlichste Nahrung an Milch und Fleisch zu liefern.« (Engels



Taksim-Platz, Istanbul
eser.karadag/flickr

1973, 58) Man denkt ans Schlaraffenland, wo die Schweine bekanntlich gebraten mit Messer und Gabel im Rücken umherlaufen. In der gleichen Schrift gibt es auch die grandiose und häufig zitierte Formulierung von der »weltgeschichtlichen Niederlage des weiblichen Geschlechts« (61) durch den Umsturz des Mutterrechts. Es folgt der Satz: »Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung.« Und schon wieder tut sie nichts, als ein passives Objekt und Werkzeug für andere zu sein. Lesen wir dies als eine Geburt des Opferdiskurses.

Das Übersehen, nicht in Betracht ziehen, Vergessen – ›Verschweigen‹, wäre schon zu absichtsvoll, – zieht sich durch die Geschichtsschreibung. Wer je versucht hat, Frauengeschichte zu erforschen, stößt immerzu auf Leerstellen, Lücken, Mängel, Nichts (vgl. Haug 2001b; 2010). Und doch ist auch wiederum allen bewusst, dass die Produktion des Lebens, wie Marx und Engels dies ausdrücken, das Wesentliche ist, dem die Produktion der Lebensmittel dient. Allerdings so, dass das eine ohne das andere nicht geht, ein Trennungszusammenhang. Eine Verkehrung kommt hinein, wenn das eine dem anderen wirklich übergeordnet ist, wie dies eben im Kapitalismus mit der Produktion des Profits wegen geschieht, für die das Leben und seine Produktion nur Mittel sind. Aber die hierarchische Überordnung der profitlich

organisierten Mittelproduktion über das Leben selbst braucht zu ihrem Betrieb die vorhergehende Unterdrückung der Frauen, dass sie sich des Lebensnotwendigen außerhalb der Profitgesetze annehmen.

In dieser Weise können wir feststellen, dass Geschlechterverhältnisse Produktionsverhältnisse sind (vgl. Haug 2001a). Diese These gibt uns schon Auskunft über die Hartnäckigkeit, mit der Frauenmarginalisierung und -unterdrückung bleibt, selbst wenn die Lage der Frauen historisch immer weiter verbessert wird. Alle Verhältnisse sind in Geschlechterverhältnissen kodiert. Dieser einfach zu sprechende Satz eröffnet einem außerordentlich weit verzweigten Dasein ein riesiges Untersuchungsfeld. Auch kapitalistische Herrschaft, diese vor allem, braucht Frauenmarginalisierung, um an Stelle der Barbarei, die Marx und Luxemburg vorhersahen, weiter funktionieren zu können, wenngleich krisenhaft.

Dies nenne ich den Herrschaftsknoten, das Ineinander-Verflochten-Sein unterschiedlicher Stränge, die einander abstützen und halten, von denen eine Reihe nicht sichtbar sind, die in ihrem Wirkungszusammenhang aber die kapitalistische Gesellschaft am Laufen halten. Verflochten sind in diesem Knoten: das profitgetriebene Agieren des Kapitals, das sich lebendige Arbeit in der Form der Lohnarbeit einverleibt, die Produktivkräfte immer weiter entwickelt und damit Arbeit, die ihre Quelle ist, austrocknet und einspart – dies allein ist schon ein komplizierter dialektischer Zusammenhang. Dann die unsichtbaren ungesprochenen und geschichtslosen Taten, die allesamt zur Wiederherstellung des Lebens der Menschen und der sie umgebenden Natur nötig sind. Diese bilden einen eigenen Strang, haben eine andere Zeitlogik, lassen sich schlecht rationalisieren oder effektiver und schneller schaffen, um gewinnbringend zu sein. Die unterschiedlichen Individualitätsformen von der liebenden Mutter zur heroischen Krankenschwester, zur ehrenamtlich Wohltätigen, zum Umweltschützer sind ebenso bekannt wie die Katastrophen, die hinterrücks die Menschen überfallen: von der Verrohung und dem Verkommen von ganzen Generationen und Bevölkerungsteilen bis zur Unbewohnbarkeit der Erde. Viele dieser Tätigkeiten bleiben unsichtbar. Vieles wurde in den entwickelten kapitalistischen Ländern in die Lohnarbeit überführt, wo es ein geduldetes, schlechtes und schlecht bezahltes Ansehen hat.

In diese Verklammerung geht ebenso fast unerwähnt die Vernachlässigung der Menschen je selbst als Menschen ein. Entwicklung ist etwas, das sich nur Reiche leisten können, während die Regungen, menschlich Mögliches zu entfalten, im Konsumrausch erstickt werden, der zugleich eine Grundlage für Wachstum, Verbrauch ist – und sich auf andere Weise das Verlangen der Fischersfrau zunutze gemacht hat. Ebenso unbemerkt bleibt, dass Menschen subaltern in Unmündigkeit gehalten bleiben in Bezug auf die Gestaltung der Gesellschaft, was wir das Politische nennen. Diese vier Stränge sind vielfältig eingeflochten, abgesichert, ausgestaltet, finden sich in Gewohnheiten, Taten, Moral, im Hoffen und Begehren, im Commonsense. Sie zusammenzuführen ist das Projekt der *Vier-in-Einem-Perspektive* (Haug 2011; *LuXemburg* 3/2011; Kipping in diesem Heft).

HERRSCHAFT ALS KNOTEN DENKEN

»Über, was Herrschen ist, besteht eine verkehrte Meinung bei einigen. Die meisten Leut wissen zeit ihres Lebens nicht, dass sie beherrscht werden, das ist eine Tatsache. Sie meinen, sie tun, was sie auch täten, wenns überhaupt keine Obrigkeit oder sonstwas, was herrscht, gäb« (Brecht 1967a, 1437), sagt Kalle in den *Flüchtlingsgesprächen* und spricht so aufs Knappste, dass Herrschaft die Beherrschten braucht, die ihr Beherrschtsein praktisch betätigen Tag und Nacht. Man kann sich das Zusammenwirken dieser vielfältigen Kräfte vorstellen, auch, wie enorm das Forschungs- und Praxisfeld ist, das zur Befreiung von Herrschaft beschritten werden muss, und wieviele gehen müssen verändernd sich und ihre Bedingungen.

Bei Gramsci finden wir als Aufgabe: »Man muss eine Lehre erarbeiten, in der alle diese Verhältnisse tätig und in Bewegung sind, wobei ganz deutlich festgestellt wird, dass der Sitz dieser Tätigkeit das Bewusstsein des Einzelmenschen ist, der erkennt, will, bewundert, schafft, insofern er bereits erkennt, will, bewundert, schafft usw. und sich nicht als isoliert, sondern als voller Möglichkeiten begreift, die ihm von anderen Menschen und von der Gesellschaft der Dinge geboten werden, wovon er unvermeidlich eine gewisse Kenntnis hat.« (Gramsci 2012, H7, §35)

Aber was bringt es, in diesem Zusammenhang von einem Herrschaftsknoten zu sprechen, statt einfach von einem Zusammenwirken? Ich nehme das einfache Beispiel vom Schuh mit Schnürsenkeln. Jeder weiß, dass hier zwei Stränge so zusammengebunden werden, dass sie sich nicht leicht von selber lösen können. Damit das garantiert ist, macht man einen Doppelknoten. Wenn man vier oder mehr Stränge hat, wird es fast unlösbar – wie der gordische Knoten – die Lösung bleibt Aufgabe. Aber worauf es jetzt hier ankommt, ist, dass es immer die Möglichkeit gibt, am falschen Ende zu ziehen und so den Knoten fester und die Lösung unmöglicher zu machen.

Im Projekt der 4in1-Perspektive ist die Vorstellung vom Knoten und seiner tückischen Weise, sich beim Lösen festigen zu können, zentral. Das ist einfach zu begreifen und zu erklären, wenn man sich etwa die in Lohnform gefangene Arbeit ansieht und ihre Verkürzung als ausschließliche Politik betreibt. Die Vernachlässigung aller anderen gesamtgesellschaftlichen Arbeit ist dabei ebenso evident wie die Zielgruppe mit Entwicklung der Produktivkräfte immer kleiner wird. Die vielen anderen Arbeiten verschwinden immer weiter aus dem sichtbaren Feld, während ihre in Lohnform überführten Teile den Sparmaßnahmen in der Krise zum Opfer fallen, z.B. im Gesundheits-, im Schulwesen, in der Sozial- und Jugendarbeit, in der Altenpflege, im Kulturellen. Die vielen Sorge- und Reproduktionsarbeiten finden sich allgemein in großer Not, für sie reicht die Zeit nicht. Daher müssen die Kämpfe um sie anders geführt werden als die um Erwerbsarbeitszeitverkürzung allein. Beginnt man, an dem zweiten Strang zu ziehen und z.B. Betreuungsgeld, Elterngeld, Müttergeld zu fordern, also damit, diesen Bereich der menschlichen Reproduktion ebenfalls gänzlich in die Geldform zu überführen, erfährt man schnell, dass fast unvermeidlich reaktionäre Mutterbilder verfolgt werden, die, wie Bloch das ausspricht, das weibliche Geschlecht »auf ewig ans Kreuz der Geschichte nageln« (Bloch 1978,

295). Es ist, allein gezogen, das falsche Ende, ohne – wie schon bei der Arbeitszeitverkürzung – überhaupt falsch zu sein. Der Knoten muss anders gelöst werden. Das Knotengewirr beim Alten zu lassen und vorsichtig am Strang allseitiger Entwicklung zu ziehen, festigt die Grenzen, die um die Ausbildung von Eliten gezogen sind. Denn die Verknüpfung mit wirtschaftlichem Wachstum führt zur Unterstützung von wirtschaftlich Gebrauchten, was weder der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit zugute kommt, noch der Entfaltung aller Sinne. Stattdessen kommt es zur Konzentration des Erfindungsgeists aufs Machbare, was die Indienstnahme von Natur anbelangt: Verlängerung des Lebens für Reiche, Ersetzung ihrer Organe durch anderswo geraubte, fehlerfreie Kinder für einige usw. Man muss, wie Donna Haraway (1995, 178ff) das fordert, eine Liste erstellen, welche Erfindungen und Entwicklungen den Ausschluss vieler aus dem allgemeinen Menschsein fördern, also Herrschaft stützen. Schließlich der Strang Politik. Alle Verbesserungen in der politischen Stellvertretung, die gewiss nötig sind, ermäßigen die Notwendigkeit, dass es letztlich darum gehen muss, Politik von unten zu machen – Sozialistische Demokratie, in der alle befähigt werden, die Gesellschaftsgestaltung in eigene Hände zu nehmen. Wiewohl sich das phrasenhaft anhört, weil wir nicht mehr daran glauben, dass dies gelingen könnte, bleibt es Fernziel, bleibt unsere Politik die Vertiefung von Demokratie als Handeln von allen. Nicht Arbeitszeitverkürzung für Vollbeschäftigung und diese für Wachstum, sondern Arbeitszeitverkürzung, damit wir Zeit haben für Märchen, für andere und fürs Politikmachen.

HERRSCHAFT DESTABILISIEREN

Bleibt weiter die Frage, warum sich die Menschen in der jetzigen Großen Krise nicht wehren, sondern diejenigen als ihre Vertreter zumeist wählen, die diese Krise politisch mit verursacht haben. Die Frage allgemeiner gestellt zeigt Wege ihrer Beantwortung. Zu den sich festzurrenden Fäden des Herrschaftsknotens gehört wie eine Sicherung, dass in den Befestigungen auch Belohnungen stecken. Der verschnürte Schuh erleichtert das Laufen. In jeder Herrschaftsform steckt nicht nur Gewohnheit, sondern damit auch Handlungsfähigkeit für die Unterworfenen. Das erschwert ein weiteres Mal, die einzelnen zur Veränderung ihrer Lebensbedingungen zu ermutigen. Die Lösung des Herrschaftsknotens ist daher nicht nur eine unerhört langfristige und komplizierte Arbeit. Sie kann nur in allen Bereichen zugleich begonnen werden und braucht die Kraft und die Zeit der Vielen.

Da ruckeln sie an den einzelnen Strängen. Sie lockern ihren Griff auf die Erwerbsarbeit in Vollzeitform und wollen weniger Zeit dort verbringen, um die freigewordene Zeit der fürsorgenden Arbeit zu widmen und der Freundlichkeit in der Welt. Sie gewichten um, halten Lohnarbeit nicht mehr für das ausschließliche Zentrum ihres Lebens die einen, wollen sich nicht mit ganzer Zeit dem Häuslichen widmen die andern. Beide erkennen in größerer Muße, dass menschliche Sinne mehr vollbringen als bloßes Abrackern in der einen oder anderen Form. Aufatmend blicken sie um sich, sehen, dass wenig zum Rechten steht und sehen auch, dass sie die Gestaltung der Gesellschaft gemeinsam vorantreiben, also Politik in ihre Hände nehmen müssen. In

diesen vier Bewegungen zugleich lockern sich die Knoten, wird Herrschaft instabil. Diese Lockerung ist antikapitalistisch und radikal demokratisch. Deshalb ist mit systematischem Widerstand zu rechnen.

Lernen wir von Brecht als politischem Lehrer:

»Wenn die herrschende Klasse ihren Griff verliert, fallen die Beherrschten zunächst meist zusammen. Die Institutionen schwanken und zerfallen schon, und die Unterdrückten machen noch lange keine Anstalten, die Führung zu übernehmen. Gegen sie steht ihre Religion, ihre Lebenskunst, die sie mühsam gelernt haben, viel davon vom Feind, einiges davon im Kampf mit dem Feind, eine komplexe Ausstattung von Gewohnheiten und Maximen. Deshalb muss der Umsturz selber etwas Geschäftsmäßiges bekommen, ein organisiertes Unternehmen, in dem sie Züge ihres Alltags wieder erkennen können, kurz, vernünftig, um die Massen einzubeziehen.« (Brecht 1967b, 120)

DAS INEINANDER OFFEN LEGEN

Noch einmal zurück zur Fischersfrau, die am Anfang des Märchens untätig im Verschlag saß und immer höher fliegende Wünsche hatte. Die einseitige Abbildung, die ihre Taten vergaß, dient auch dazu, allgemein die Wünsche zurückzustufen, besonders die weiblichen. Sie soll im Verschlag bleiben und das Nötige tun ohne weitere Worte. Kann so davon ausgegangen werden, dass die Menschheit einstweilen überlebt und Fortschritt in den Händen des Fischers läge? Aber er wird von allein nicht auf bessere, gewinnbringendere Nutzung seiner Arbeitskraft kommen – daher muss das Wünschen in die richtigen Hände, die dann wiederum den Fischer sich zunutze machen können als verfügbare Arbeitskraft in einer immer gesellschaftlicher, also arbeitsteiliger und kooperativer werdenden Form. Die Verfügung über Körper und Arbeit der Frauen bleibt weiter unerwähnt – eine Kraft, die der Verknotung anheim fällt. Es ist also auch wichtig und gehört zum Herrschaftsknoten, dass ein großer Teil der gesamtgesellschaftlichen Arbeit unerkannt, unbewusst, verborgen ist. So bekommt der Knoten eine schwerer zu entziffernde Form. In seine Lösung geht Erkenntnis ein und damit eine Wahrnehmung, die die Arbeiten nebeneinander stellt, dass sie gleichzeitig sichtbar sind, wie ebenso ihre Unsichtbarkeit als Strategie gesehen werden kann. Erst von da aus ist eine Zukunftserzählung zu schreiben und an schrittweise Verwirklichung zu gehen.

LITERATUR

Vom Fischer und seiner Frau. Märchen der Gebrüder Grimm

Bloch, *Ernst,* 1978: *Tendenz, Latenz, Utopie*, Ergänzungsband zur Gesamtausgabe, Frankfurt/M

Brecht, Bertolt, 1967a: Flüchtlingsgespräche, in: GW 14, Frankfurt/M, 1381–1515

Ders., 1967b: Marxistische Studien (1926–1939), in GW 20, Frankfurt/M, 45–123

Engels, Friedrich, 1973: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates,* Berlin, 25–173

Gramsci, Antonio, 2012: *Gefängnishefte,* kritische Ausgabe in 10 Bd. (1990f.), Hamburg, broschierte Ausgabe

Haraway, Donna, 1995: Lieber Kyborg als Göttin! (1984), in: *Monströse Versprechen. Die Gender- und Technologie-Essays*, Hamburg, 165–184

Haug, Frigga, 2001a: Geschlechterverhältnisse, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM)*, Bd. 5, Hamburg 493–531

Dies., 2001b: Hausfrau, in: *HKWM*, 1196–1209

Dies., 2010: Köchin, in: *HKWM*, Bd. 7/2, Hamburg, 1077–1095

Dies., 2011: *Die Vier-in-Einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*, Hamburg

Weber, Max, 1922: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 1, Tübingen

DREIFACHBEWEGUNG

DIE POLITISCHE GRAMMATIK DER KRISE

NANCY FRASER

In vielerlei Hinsicht erinnert die heutige Krise an die der 1930er Jahre, wie Karl Polanyi sie in *Die große Transformation* beschrieben hat. Damals wie heute werden mit unnachgiebigem Druck Märkte ausgeweitet und dereguliert. Überall entsteht Chaos, die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen werden zerstört, solidarische gesellschaftliche Beziehungen zerbrechen. Damals wie heute resultiert diese Entwicklung in einer multidimensionalen Krise, die nicht nur ökonomische und finanzielle, sondern ebenso ökologische und gesamtgesellschaftliche Dimensionen hat. Darin hat die aktuelle Krise eine bestimmte tiefenstrukturelle Logik, die der von Polanyi analysierten Situation ähnelt. Beide scheinen in einer gemeinsamen Dynamik zu wurzeln, die er »fiktive Kommodifizierung« (Warenwerdung) nannte. In beiden Perioden haben Marktfundamentalisten versucht, alle notwendigen Voraussetzungen der Produktion (Arbeit, Natur und Geld) in Waren zu verwandeln – zum Verkauf auf sich »selbst regulierenden« Märkten. Tatsächlich aber war und ist dieses Projekt in sich selbst widersprüchlich. Der Wirtschaftsliberalismus droht, die Mechanismen des Kapitalismus zu untergraben, auf denen er selbst beruht. Angesichts dieser strukturellen Ähnlichkeiten sprechen viele in Anlehnung an Polanyi von einer zweiten großen Transformation, gleichwohl: Die politische Antwort auf die Krise ist eine völlig andere.

Die sozialen Kämpfe in der Krise der 1930er Jahre beschreibt Polanyi als Doppelbewegung: Entlang einer klaren Trennungslinie formierten sich Parteien und Bewegungen und schlossen Bündnissen. Auf der einen Seite standen politische Kräfte und wirtschaftliche Interessen, die deregulierte Märkte und eine Ausdehnung der Inwertsetzungsprozesse unterstützten; ihnen gegenüber stand eine breite klassenübergreifende Front, die die Gesellschaft vor den Verheerungen des Marktes bewahren wollte – sie umfasste städtische Arbeiter und Landbesitzer, So-

zialisten und Konservative. Als sich die Krise vertiefte, gewannen die Anhänger gesellschaftlicher Wohlfahrt und sozialer Sicherung vermehrt politische Kämpfe: An so unterschiedlichen Orten wie dem Amerika des New Deal, dem stalinistisch regierten Russland oder den faschistisch beherrschten Teilen Europas und später auch in den europäischen Nachkriegsdemokratien verständigten sich die politischen Klassen darauf, dass sogenannte selbstregulierende Märkte nicht sich selbst überlassen werden dürfen; sollen sie Gesellschaft und Natur nicht zerstören, ist politische Regulation notwendig.

Heute gibt es einen solchen Konsens nicht. Die politischen Eliten sind neoliberal. Dem Schutz von Investoren verpflichtet, fordern fast alle, einschließlich sogenannter Sozialdemokraten, Austerität und den Abbau von Haushaltsdefiziten – trotz der Gefahren, die derartige Politiken darstellen. Trotz intensiver kurzfristiger Aufbrüche wie in der Occupy- oder Indignados-Bewegung sammelt sich im Zeichen einer gemeinsam formulierten solidarischen Alternative keine übergreifende Opposition. Den Protesten fehlt im Allgemeinen ein klares politisches Programm. Die sozialen Bewegungen bestehen fort, sind stärker institutionalisiert, aber auch sie leiden unter Fragmentierungen und vereinen sich nicht zu einem kohärenten Gegenentwurf.

NANCY FRASER ist Politikwissenschaftlerin und eine der bekanntesten US-amerikanischen Feministinnen. Zurzeit ist sie Professorin für Politik- und Sozialwissenschaften an der New School for Social Research in New York. Gemeinsam mit Andrew Arato ist sie Herausgeberin der Zeitschrift Constellations, einer internationalen Fachzeitschrift für Kritische Theorie und Demokratietheorie. Aus der Perspektive von Polanyis historischer Analyse der »Großen Transformation« blickt sie auf die aktuelle Krise und ihre Überwindung.

DIE KRISE DES 21. JAHRHUNDERTS BEGREIFEN

Es fehlt ein gegenhegemoniales Projekt, die Gesellschaft und die Natur vor dem Neoliberalismus zu schützen. Doch warum zeichnet sich aktuell keine Doppelbewegung im Polanyischen Sinne ab? Warum überlassen die politischen Klassen unserer Zeit das Politikmachen den Zentralbanken? Warum gibt es keine breite Unterstützung eines neuen »New Deals«, kein Bündnis von GewerkschafterInnen, Arbeitslosen oder prekären ArbeiterInnen, Feministinnen, UmweltschützerInnen und AntiimperialistInnen, SozialdemokratInnen und demokratischen SozialistInnen? Warum keine gemeinsame Front, die darauf besteht, dass die Kosten der fiktiven Inwertsetzung nicht von der Gesellschaft oder der Natur bezahlt werden sollten, sondern durch die, deren unersättliches Akkumulationsstreben die Krise erst verursacht hat?

Eine einfache Hypothese wäre es, politisches Führungsversagen als Grund für die Abwesenheit einer Doppelbewegung anzuführen. Das reicht jedoch nicht. Erklärt werden muss das breiter zu fassende Versagen politischer Regulierung, das

Wegbrechen von Positionen des politischen Keynesianismus innerhalb der Eliten und das Versagen einer ganzen Führungsschicht, die nicht einen einzigen ernsthaften Versuch unternimmt, die drohende Katastrophe abzuwenden.

Eine weiter gehende Erklärung bezieht sich auf den Übergang von einem fordistischen Akkumulationsregime, das auf industrieller Produktion basierte, zu einem postfordistischen Akkumulationsregime, das durch Finanzkapital dominiert wird. Im fordistischen Kapitalismus spielten Arbeit und die organisierte ArbeiterInnenschaft innerhalb der gesellschaftlichen Machtverhältnisse eine zentrale Rolle, denn die Ausbeutung von Arbeit war der Antriebsmotor der Kapitalakkumulation. IndustriearbeiterInnen verfügten über bedeutende Machtmittel und die Konzentration vieler an einem Ort erleichterte die gewerkschaftliche Organisierung. Eine Streikdrohung war damals eine machtvolle Waffe. Gewerkschaften bildeten das Rückgrat einer breiten popularen Bewegung und trieben Bemühungen voran, den Kapitalismus zu regulieren und die Gesellschaft vor den desintegrativen Effekten ökonomischen Laissez-faires zu schützen. Der Industriekapitalismus brachte zu Polanyis Zeiten strukturell eine gesellschaftliche und politische Basis des schützenden Pols der Doppelbewegung hervor.

Die Situation im gegenwärtigen Kapitalismus ist grundlegend anders. Das Kapital versucht, das riskante Geschäft der Produktion ganz zu vermeiden. Heutige Investoren erzielen Profite durch den Kauf und Verkauf von Geld und von neuen finanziellen Produkten, die finanzielle Risiken in Wert setzen. Das reduziert die Abhängigkeit des Kapitals von der ArbeiterInnenschaft, die ohnehin durch Entwicklungen neuer Technologien an Bedeutung verliert. Die industrielle Produktion wandert ab in die Semiperipherie, der gewerkschaftliche Organisierungsgrad sinkt und die Streikwaffe wird stumpfer, vor allem im globalen Norden. Statt des Klassengegensatzes von Arbeit und Kapital spielt die Spaltung zwischen schrumpfenden Kernbelegschaften und wachsendem Prekariat eine größere Rolle. Aus diesen strukturellen Gründen ist die organisierte ArbeiterInnenschaft im 21. Jahrhundert nicht Teil einer Doppelbewegung. Die Vielen im Prekariat oder der »Multitude« besitzen nichts, was das Kapital braucht, nichts, das sie verweigern könnten. Jugendliche, BäuerInnen, KonsumentInnen, Frauen und die nicht mehr so neue Klasse der Symbol-ArbeiterInnen (in Gestalt von Hackern und Internetpiraten) wurden auf ihr revolutionäres Potenzial geprüft, doch fehlt ihnen die Kraft zu politischer Einheit. Die Polanyische Dynamik ist gestört. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus erzeugt aus sich heraus, anders als sein Vorgänger, keine erkennbare gesellschaftliche Kraft, die eine gegenhegemoniale Bewegung anführen könnte.

Diese Hypothese vom Übergang zum Finanzmarktkapitalismus als Ursache für das Fehlen einer Gegenbewegung greift jedoch an einigen Stellen zu kurz. Sie

ignoriert die Bereiche sozialer Reproduktion jenseits des offiziellen ökonomischen Systems, die heutzutage zentrale Orte des Widerstands gegen den Neoliberalismus sind. Wir sehen das in Kämpfen, die es überall auf der Welt gibt: um Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum, um Wasser, gegen Umweltverschmutzung, für Nahrung und lebenswerte Gemeinwesen. Mit einem einseitigen Fokus auf Klassenverhältnisse als vermeintlich einziger Basis für den politischen Kampf übersieht diese Perspektive, dass heutzutage Statusverhältnisse die Mobilisierungsbasis sozialer Kämpfe bilden. Sichtbar werden sie in einer Politik der Anerkennung, die Kämpfe um Gender, Sexualität, Religion, Sprache, Race, Ethnizität und Nationalität organisiert. Allgemeiner betrachtet kann man sagen, dass die zweite Hypothese die diskursive Seite des Politischen übersieht: die Regeln für das Stellen von Ansprüchen, in denen Struktur und Handlungsfähigkeit miteinander vermittelt sind, ebenso wie die sozialen Vorstellungswelten, in denen das gesellschaftliche Leben erfahren, interpretiert und bewertet wird.

Eine dritte Erklärung bezieht sich auf eine weitere strukturelle Verschiebung seit Polanyis Zeiten: Die Ebene, auf der die Krise erfahrbar wird, hat gewechselt und muss daher mittels neuer Deutungsrahmen erfasst werden. Wurde das Krisenszenario des 20. Jahrhunderts in Form einer nationalen Erzählung verhandelt, so findet sich im Krisenszenario des 21. Jahrhunderts, das den nationalen Rahmen politisch destabilisiert hat, kein plausibler Ersatz.

Dieser nationale Rahmen ist so nicht mehr gegeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg zielten die USA mit dem Bretton-Woods-Abkommen darauf, internationalen Freihandel mit staatlicher Regulierung auf nationaler Ebene zu kombinieren. Dieser Kompromiss hielt jedoch nicht sehr lange. Weltweit verloren die Nationalstaaten zunehmend die Kontrolle über ihre nationalen Ökonomien – so sie sie jemals hatten. Auch die Konstruktion Europas als Wirtschafts- und Währungsunion ohne politische und fiskalische Integration hat inzwischen die sozialen Sicherungsmechanismen ihrer Mitgliedsstaaten außer Kraft gesetzt, ohne entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Vorhaben der sozialen Sicherung bzw. des gesellschaftlichen Selbstschutzes können folglich nicht länger in nationalen Bezügen gedacht werden. Ohne ein alternatives Deutungsmuster in Sicht, das diesen Entwicklungen entgegengesetzt werden könnte, scheint das Projekt gesellschaftlichen Selbstschutzes seine Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Keine der bisher diskutierten Hypothesen oder eine Kombination kann die gegenwärtigen Krisenphänomene und das Fehlen politischer Gegenwehr erklären. Möglicherweise haben wir die Frage bislang falsch gestellt. Was aber, wenn wir sie anders denken, als offene Frage nach der sozialen Grammatik realer Kämpfe seit den 1930er Jahren, die nicht durch diese Doppelbewegung strukturiert waren?

DREIFACHBEWEGUNG: VERMARKTLICHUNG, SCHUTZ DES SOZIALEN, EMANZIPATION

In den 1960er Jahren entstand eine beeindruckende Zahl von Befreiungsbewegungen und verbreitete sich über die gesamte Welt. Diesen emanzipatorischen Bewegungen ging es oft mehr um Anerkennung als um Umverteilung. Sie waren kritisch gegenüber den Formen sozialer Sicherung, die in den damaligen Wohlfahrts- und Entwicklungsstaaten entstanden waren. Ihre harsche Kritik an den kulturellen Normen des Wohlfahrtsstaates brachte versteckte Hierarchien und soziale Ausschlüsse zum Vorschein. Dadurch verlor der Begriff Schutz für immer seine Unschuld.

Die Neue Linke enthüllte den Unterdrückungscharakter bürokratisch organisierter Wohlfahrtsprogramme, welche diejenigen entmächtigten, denen sie zugute kommen sollten und Bürger zu Bittstellern machten. AntiimperialistInnen und FriedensaktivistInnen kritisierten die nationale Beschränkung sozialer Sicherung in der ersten Welt, die nicht zuletzt durch Ausbeutung postkolonialer Völker finanziert war, letztere aber vom sozialen Schutz ausschloss. Sie deckten die Ungerechtigkeit auf, die diesen ›falsch‹ verankerten Schutzmechanismen innewohnt: das Ausmaß, in dem Menschen Gefährdungen ausgesetzt sind (oft transnational) findet keine Entsprechung in dem Ausmaß, in dem Schutzmaßnahmen (üblicherweise national) organisiert werden. Zeitgleich entlarvten Feministinnen den Unterdrückungscharakter von Sozialleistungen, die auf dem Modell eines Familienlohns und auf einer androzentrischen Perspektive auf Arbeit basieren und die den gesellschaftlichen Beitrag, den Frauen leisten, völlig ignorieren. Sie zeigten, dass das, was hier geschützt wurde, nicht die Gesellschaft im Ganzen war, sondern vielmehr patriarchale Herrschaft. LGBT-AktivistInnen enthüllten den niederträchtigen Charakter öffentlicher Fürsorge, die auf restriktiven heteronormativen Definitionen von Familie basiert. BehindertenaktivistInnen legten den exklusiven Charakter von Gebäudeumgebungen und Architektur offen, in deren Gestaltung sich die Perspektive von Nichtbehinderten auf Mobilität und Befähigung spiegelt. VertreterInnen des Multikulturalismus enthüllten den unterdrückenden Charakter sozialer Sicherungsmaßnahmen, die auf mehrheitsgesellschaftlichen religiösen oder ethno-kulturellen Selbstverständnissen beruhen und Mitglieder gesellschaftlicher Minoritäten benachteiligen.

Diese Bewegungen passten zu keinem der Pole der Doppelbewegung. Sie verlangten *Zugang* und nicht *Schutz* im bisherigen Sinn. Ihr Hauptziel war nicht die Verteidigung der Gesellschaft, sondern die Überwindung von Herrschaft. Doch befürworteten diese emanzipatorischen Bewegungen auch keineswegs das wirtschaftsliberale Paradigma. Mit der Abwendung von der Gesellschaft wurden sie



Istanbul,
resim77/flickr

nicht zu Parteigängern der Wirtschaft. Sie waren sich des Umstands bewusst, dass die Ausweitung von Marktbeziehungen Herrschaft oft veränderte, sie aber nur selten abschaffte. Sie begegneten denen mit Skepsis, die den selbstregulierenden Markt als eine Art Allheilmittel verkauften. Vertragsfreiheit sehen sie nicht als Zweck an sich, sondern als eines von vielen Mitteln auf dem Weg zu Emanzipation in einem weit verstandenen Sinn.

Die momentane gesellschaftliche Konstellation lässt sich entsprechend mithilfe einer anderen Denkfigur analysieren, die ich die Dreifachbewegung nenne. Sie dient dazu, die Grammatik sozialer Kämpfe in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zu entziffern. Anders als die Denkfigur der Doppelbewegung beschreibt sie einen dreiseitigen Konflikt zwischen AkteurInnen des Wirtschaftsliberalismus, VerteidigerInnen des Wohlfahrtssystems und AnhängerInnen der Befreiungsperspektive. Es geht darum, die sich verändernden Beziehungen zwischen diesen drei Typen politischer Kräfte nachzuvollziehen und zu zeigen, wie sie sich immer wieder kreuzen und auch immer wieder aufeinanderprallen. Im Prinzip kann jeder dieser drei Pole mit jedem der anderen eine Koalition gegen den dritten eingehen. Die konstituierenden Pole bleiben in der Dreifachbewegung notwendig ambivalent.

Anders als bei Polanyi können wir nun sehen, dass soziale Sicherung *per se* ambivalent ist. Sie entwickelt Schutz vor den desintegrativen Effekten, die Märkte auf Gemeinschaften haben. Gleichzeitig vertieft sie aber auch oft Herrschaft in und zwischen solchen Gemeinschaften. Das Gleiche gilt für die anderen zwei Pole: Die marktförmige Bearbeitung sozialer Beziehungen kann negative Effekte haben. Wie Marx argumentierte, kann deren Ausweitung aber durchaus positive Effekte haben, insofern die Sicherungen, die durch die Neoliberalisierung zerstört werden, oft selbst Herrschaftsmechanismen sind. Auch Befreiungsbewegungen sind gegenüber dieser Art von Ambivalenz nicht immun. Emanzipation produziert nicht nur Befreiung, sondern sie führt auch dazu, dass bestehende Solidaritäten unter Druck geraten. Emanzipation überwindet zwar Herrschaft, aber indem sie das tut, kann sie gleichzeitig die solidarische ethische Basis sozialer Sicherung untergraben und somit weiteren Neoliberalisierungen Vorschub leisten. Jeder dieser drei Pole hat folglich ein eigenes Potenzial für Ambivalenz, das sich erst in der Interaktion mit den anderen Polen entwickelt. Beispielsweise kann der Konflikt zwischen Neoliberalisierung und sozialer Sicherung nicht ohne Bezug auf Emanzipation verstanden werden. Andererseits ist es aber auch so, dass historisch später entstandene Konflikte zwischen sozialer Sicherung und Emanzipation nicht verstanden werden können, wenn wir sie nicht im Kontext der Kräfte der Neoliberalisierung begreifen.

Befreiungsbewegungen in der Nachkriegszeit stellten herrschaftliche oder unterdrückende Sicherungen in Frage. Sie enthüllten eine Art von Herrschaft und erhoben Anspruch auf Befreiung, letztere war jedoch ambivalent. Die Bewegungen konnten sich im Prinzip auf beiden Polen positionieren – auf der Seite des Marktliberalismus oder auf der der sozialen Sicherung. Im ersten Fall würden sie nicht nur die herrschaftliche, unterdrückende Dimension auflösen, sondern auch die solidarische Basis von gesellschaftlichem Schutz. Würden sich die Emanzipationsbewegungen jedoch auf die Seite des gesellschaftlichen Selbstschutzes stellen, könnten sie die ethische Substanz, die ihm zugrunde liegt, nicht erodieren, sondern transformieren.

Tatsächlich finden wir in allen diesen Befreiungsbewegungen sowohl protektionistische als auch neoliberalisierende Strömungen. Und in jedem Fall tendierten die eher liberalen Strömungen in diesen Bewegungen in Richtung der Neoliberalisierung, während sozialistische und sozialdemokratische Strömungen sich sehr viel eher auf die Seite der Kräfte des sozialen Selbstschutzes stellten. Man könnte aber auch sagen, dass diese Ambivalenz der Emanzipationsperspektive in den letzten Jahren zugunsten neoliberaler Positionierungen aufgelöst wurde. Die hegemonialen Strömungen innerhalb der emanzipatorischen Kämpfe waren nur ungenügend auf den Aufstieg der »freien Marktkräfte« eingestellt und gingen eine Art gefährlicher Liebschaft mit dem Neoliberalismus ein. Sie entwickelten einen Teil des neuen Geis-

tes des Kapitalismus oder der charismatischen Rationalität einer neuen Akkumulationsweise mit, die als flexibel, kreativitätsfördernd und kosmopolitisch angepriesen wird. Im Ergebnis näherte sich die emanzipatorische Kritik repressiver Schutzmechanismen immer stärker an deren neoliberale Kritik an. In der Konfliktzone der Dreifachbewegung führen AnhängerInnen der Befreiungsbewegungen zusammen mit Marktradikalen einen doppelten Angriff auf die soziale Sicherung.

Allmählich erhellt sich die tatsächliche Situation politischer Kämpfe im 21. Jahrhundert. Gegenwärtig schöpfen ermutigte Neoliberale Kraft aus dem geliehenen Charisma emanzipatorischer Befreiungsbewegungen. Sich selbst als Aufstandsbewegung stilisierend, übernehmen sie die Sprache der Emanzipation, um damit Mechanismen sozialer Sicherung als Fesseln der Freiheit zu attackieren. Gleichzeitig versuchen deutlich geschrumpfte, protektionistische Kräfte, den Makel der Herrschaft loszuwerden, der erst durch die emanzipatorischen Bewegungen enthüllt wurde. Demoralisiert in der Defensive und ohne wirkliche Überzeugungen generieren sie keine Erzählung, keine gegenhegemoniale Vision, die in der Lage wäre, einen Gegenentwurf gegen den Neoliberalismus zu artikulieren. Und schließlich: Die Kräfte der Emanzipation versuchen sich auf einem schmalen Grat zwischen den zwei anderen Polen zu bewegen. Doch ihre dominanten Strömungen überschreiten immer wieder die Grenze, die eine notwendige und richtige Kritik herrschaftlicher und unterdrückender Formen sozialer Sicherung und legitimer Ansprüche auf Zugang zum Arbeitsmarkt von individualistischer Leistungsideologie und privatistischen Verbrauchslogiken trennt.

Die Hypothese der Dreifachbewegung verweist uns auf die Notwendigkeit, das Befreiungsvorhaben zu verkomplizieren. Es kommt darauf an, wie der Impuls Herrschaft zu überwinden, in seinem konkreten Zusammentreffen mit anderen Anliegen gestaltet wird. Eine Befreiungsperspektive, die auf einem naiven Glauben an Verträge und individuelle Leistung basiert, wird leicht für andere Zwecke missbraucht werden. Gleichzeitig kann man sagen, dass Emanzipation, die Märkte vollständig ablehnt, unverzichtbare liberale Ideen den Ideologien des freien Marktes überlässt und zugleich Milliarden Menschen auf der ganzen Welt zurückweist. Menschen, die wissen, dass es noch etwas Schlimmeres gibt als ausgebeutet zu werden: der Ausbeutung nicht einmal wert zu sein.

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag im Rahmen der Luxemburg Lectures im Februar in Berlin. Eine längere Fassung des Textes erscheint parallel auf Englisch im New Left Review. Ein Videomitschnitt ist zu sehen unter:
WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/47122.

Aus dem Amerikanischen von Tadzio Müller und Chatharina Schmalstieg.

KUNSTSTÜCKE

FORTSETZUNG »OCCUPY LENIN« AUS LUXEMBURG 1/2013

MIMMO PORCARO

WAS EINE PARTEI ALLES KÖNNEN MUSS, BESCHREIBT MIMMO PORCARO IN SEINER REPLIK AUF CANDEIAS UND REHMANN

Mein kurzes Essay über Lenin (vgl. *LuXemburg* 1/2013) ist vor allem eine Polemik gegen die – in der italienischen Linken verbreitete – Gewohnheit, die berechtigte Kritik am Staatssozialismus und die richtige Idee der sozialen Selbstorganisation als *Alibi* zu benutzen, um sich *nie* der Frage der Staatsmacht und der Kontrolle der Produktionsmittel zu stellen. Eine solche Gewohnheit wird zu einem schwerwiegenden Problem, wenn – wie es sich heute zeigt – das Privateigentum über die Produktionsmittel und die Staatsmacht die wichtigsten Bastionen der Herrschaft des Kapitalismus sind.

Die »sozial verbreitete Macht«, die von den post-gramscianischen, foucaultschen und post-operaistischen Theorien ausgiebig untersucht wurde, ist nicht mehr allein in der Lage, die kapitalistische Hegemonie über die Gesellschaft zu garantieren. Die *politische Stärke* ist erneut entscheidend geworden, nicht nur als letztinstanzliche Sicherheitsvorkehrung, sondern als *unmittelbare* Modalität der Steuerung der gesellschaftlichen Beziehungen. In diesem Punkt scheint es mir, dass Rehmann und Candeias im Wesentlichen mit mir übereinstimmen. Also sind wir einer Meinung in der Hauptsache. Wir sind uns ebenfalls einig, dass die (Wieder-)Entdeckung der Zentralität der Staatsmacht keine Negation der theoretischen Überlegungen und Praxen der Bewegungen impliziert, hinsichtlich einer Kritik am »realen Sozialismus«, der Überwindung des Etatismus, der Bedeutung direkter und selbstorganisierter Demokratie und der Vielgestaltigkeit und Komplexität des revolutionären Subjekts.

Die Meinungsverschiedenheiten betreffen zum einen das Verhältnis zwischen Bewegungskrieg und Stellungskrieg und zum anderen das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher und politischer Macht, zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

BEWEGUNGSKRIEG – STELLUNGSKRIEG

Rehmann erinnert mich – zu Recht – daran, dass Gramsci den Bewegungskrieg als eine gefährliche Flucht nach vorn ansieht, als ein extremistisches und abenteuerliches Verhalten, das sich auf die Illusion stützt, die ökonomische Krise des Kapitalismus könne sich unmittelbar in eine politische Krise der herrschenden Klasse umwandeln. Ich beziehe mich in meinen Überlegungen allerdings gar nicht direkt auf die Gedanken Gramscis. Auch mein Anliegen ist ein anderes: In einigen kapitalistischen Ländern, vor allem in Südeuropa, die stärker von der ökonomischen Krise betroffen sind als andere, führen die Schwierigkeiten, eine stabile Bearbeitung der Krise zu finden, zu wachsender politischer Instabilität. Es kommt zu einer brüsken Beschleunigung der Zeitläufe von Konflikten und zu einem ständigen Auseinanderfallen und Neuformieren der politischen Fronten, die – auch wenn sie in der Tat nicht unmittelbar zu einer revolutionären Krise führen – so doch eine neue Organisationsform der antikapitalistischen Bewegungen notwendig machen. Eine Organisation, die sowohl in der Lage ist, die verschiedenen Klassenfraktionen und Strömungen der Bewegungen zu *verbinden* als auch *schnelle gemeinsame Entscheidungen* zu treffen. Sie muss in der Lage sein, die Stärke der Bewegungen auf entscheidende Punkte der politischen Konjunktur zu lenken – Punkte, die sich ja ständig verändern. Es braucht also eine *verbindende* Partei, die die Bewegungen *vereint,* ohne sie innerhalb einer Massenpartei alten Typs *aufzulösen*. Aber auch eine *strategische* Partei, die sich nicht darauf beschränkt, einen Dialog zwischen den verschiedenen antikapitalistischen Kulturen zu ermöglichen, sondern die im Stande ist, eine gemeinsame *politische Linie* zu schaffen.

MIMMO PORCARO ist Vordenker der Rifondazione Communista. Seit Jahrzehnten sammelt er als organischer Intellektueller in der kommunistischen Tradition Erfahrungen in Staatsapparaten und Partei-Bewegungen Italiens. Diese brachte er als Fellow mit ans Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* schreibt er über die historische Aufgabe einer »verbindenden Partei«, die Staatsvergessenheit der Linken und die Konstitution einer Macht, die noch nicht existiert.

Das heißt nicht, dass man heute sofort und jederzeit die Frage der Staatsmacht stellen kann. Es bedeutet eher, dass eine Stärkung oder Schwächung der antikapitalistischen Bewegung sich ungemein schnell vollzieht. Das gleiche gilt für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen zum Besseren oder zum Schlechtern. Sie hängen direkt ab von politischen Entscheidungen, die von Mal zu Mal getroffen werden, und die *heute* die soziale Dynamik wesentlich stärker prägen, als dies *früher* der Fall war. Vielleicht widerlegen die deutschen und französischen Erfahrungen meine Hypothese, die italienischen Erfahrungen jedenfalls bestätigen sie.

ZIVILGESELLSCHAFT UND STAAT

Candeias (aber auch Rehmann) haben Recht, wenn sie einwenden, dass man den Kampf in der Zivilgesellschaft nicht abstrakt vom Kampf im (bzw. gegen den) Staat trennen kann (auch weil – ergänze ich – die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und Staat eine konzeptionelle ist und keine empirische). Beide Kämpfe müssen sich miteinander verknüpfen, aber es ist wichtig zu verstehen, dass sie verschiedene Zeitläufe und Bedingungen haben. Der erste verlangt längere Zeiträume, einen höheren Grad von Dezentralisierung und eine Diversifikation der Sprache. Der zweite ist schneller, konzentrierter und braucht eine Vereinheitlichung der Sprache. Wir können also weder den ›gesellschaftlichen‹ noch den ›politischen‹ Kampf abschaffen, noch können wir den einen im anderen aufgehen lassen, sondern müssen mit diesem unausweichlichen (und positiven) *Widerspruch* umgehen. Candeias hat außerdem Recht, wenn er die Bedeutung der *neuen Institutionen* – die ich »Institutionen der Bewegung« nenne – unterstreicht und auf deren konstituierenden Charakter hinweist. Man kann nicht von der Eroberung und der Transformation der Staatsmacht sprechen, wenn man nicht von der Existenz und dem Aufbau derartiger Institutionen ausgeht. Sie sind der Ort, an dem sich das revolutionäre Subjekt erst herausbildet, das *anschließend* den Staat besetzt und transformiert. Ohne sie kann keine Situation als ›revolutionär‹ definiert werden.

Zwei Präzisierungen sind hier notwendig. Früher *organisierte* der Kapitalismus die Massen innerhalb stabiler ökonomischer und politischer Strukturen (in den Fabriken und den Apparaten des Sozialstaates), heute hingegen tendiert er dazu, sie durch Fragmentierung der Produktionseinheiten und die Auflösung des Sozialstaates zu *zerstreuen*. Die neuen Institutionen müssen also eine zerstreute Bevölkerung vereinigen. Ihr Aufbau (oder ihre Zerstörung) läuft in viel schnelleren – eher ›sozialen‹ als ›politischen‹ – Zeiträumen ab. Folglich müssen die neuen Institutionen *stabil* und *dauerhaft* sein, wenn sie die aktuellen staatlichen Institutionen herausfordern wollen. Die Bewegungen heute neigen leider dazu, sich sehr unbeständige und schwache Institutionen zu geben. Die Aufgabe einer politischen Avantgarde ist es also vorzuschlagen, diese schwachen Institutionen nicht durch die Partei zu ersetzen, sondern durch ›starke Institutionen‹. Sie sind der Raum, innerhalb dessen sich eine verbindende und strategische Partei erst bilden kann.

LINKER POPULISMUS

Wir überlegen immer so, als gäbe es nur zwei Protagonisten einer sozialen Emanzipation: die Selbstorganisation und die Partei. Neben der sozialen Selbstorganisation und der libertären und anti-etatistischen Tendenz taucht aber eine weitere Tendenz auf: Ein ›Volk‹, das aus isolierten Individuen besteht, die sich nicht durch Selbstorganisation verbinden, sondern in Bezug auf ein politisches Ziel oder – schlimmer

noch – in Bezug auf einen politischen Anführer. Es sind Fraktionen, die nicht über die Ressourcen verfügen, um sich selbst zu organisieren, die traditionelle Parteien kritisieren, aber trotzdem von einer ›effizienten‹ Partei träumen, ein Volk, das den ineffizienten Staat kritisiert, aber trotzdem einen einflussreichen Staat will, der in der Lage ist, sie vor den Auswirkungen der Krise zu schützen. Diese popularen Massen sind vielleicht populistisch, aber der Populismus ist nicht immer und in jedem Fall ein Phänomen der Rechten. Auch bei einem nicht unbedeutenden Teil der Menschen, die sich als links verstehen, existieren populistische Verhaltensweisen und vielleicht sind die ›linken Populisten‹ *viel zahlreicher als die Aktivisten, die für Selbstorganisation stehen*. Ein Emanzipationsprojekt und vor allem ein sozialistisches Projekt sollte sich also nicht nur mit der Dialektik zwischen Selbstorganisation und Partei beschäftigen, sondern sich auch mit derjenigen zwischen Partei und Selbstorganisation auf der einen Seite und dem Popularen auf der anderen Seite. Andernfalls überlässt man die Subalternen dem rechten Populismus. Die Partei kann daher nicht nur eine verbindende und strategische sein. Wahrscheinlich müsste sie auch einige Wesenszüge der alten Massenpartei übernehmen oder, mit der gebotenen Vorsicht, einige Aspekte einer Politik, die sich auf persönliches Charisma stützt.

EIN MACHT SCHAFFEN, DIE NOCH NICHT EXISTIERT...

In *Occupy Lenin* argumentiere ich, dass besonders in Europa die Staatsmacht nicht identisch ist mit öffentlichen nationalen Institutionen, sondern mit einem Komplex aus öffentlichen und privaten, nationalen und supranationalen Institutionen. Die nationale Souveränität läuft ausgerechnet in den schwächsten Ländern Gefahr, von supranationalen technischen Organen absorbiert zu werden. Die Eroberung der Staatsmacht impliziert hier notwendigerweise auch eine supranationale Strategie. Aber es ist nicht gesagt, dass diese eine *europäische* sein müsste oder sollte. Falls eine antikapitalistische europäische Bewegung nicht rechtzeitig entstehen sollte, müsste die Eroberung der Staatsmacht sich mit der Definition eines neuen politischen Raumes identifizieren, der zu aller erst die nationale Dimension wiederherstellt und sofort danach eine supranationale Dimension neuen Typs schafft. Dies könnte durch eine Rebellion der südeuropäischen Arbeiter passieren und durch die Schaffung einer eigenen Föderation (und einer Währung) der PIIGS. Auch aus diesem Blickwinkel impliziert die Eroberung der Staatsmacht also nicht nur die Aktion innerhalb einer gegebenen Situation, sondern auch die Schaffung einer völlig neuen Situation. Nicht nur die Eroberung einer bestehenden Macht, sondern die Konstitution einer Macht, die noch nicht existiert.

Aus dem Italienischen von Bodo Acker

ARBEITEN IM SUPERMARKT

»JEDEN TAG EIN BISSCHEN BESSER«?

MATTHIAS NEUMANN

Die Mitte 2013 laufende Tarifrunde im Einzelhandel entwickelt sich zu einem Großkonflikt, da der Handelsverband Deutschland (HDE) den Manteltarifvertrag (MTV) zum 1.5.2013 gekündigt hat. Im MTV sind die wesentlichen Rahmenbedingungen der Lohnarbeit mit Ausnahme des Grundlohns geregelt. Diese stellt der Unternehmensverband des Einzelhandels nun allesamt in Frage. Dass die Kapitalseite den MTV kündigt, ist eher ungewöhnlich, ver.di wertet dies als einen Angriff auf das bestehende Tarifsystem. Was steckt dahinter?

Bereits im Jahr 2000 kündigte der HDE die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge im Einzelhandel, was in der Folge eine untertarifliche Bezahlung ermöglichte. Niedriglohnarbeit in der Branche stieg an und mittlerweile wird weder in West- noch in Ostdeutschland die Quote von 50 Prozent der Beschäftigten in Tarifbindung erreicht, die nach §5 Tarifvertragsgesetz für eine Allgemeinverbindlichkeit erforderlich ist. Nun will der HDE in der aktuellen Tarifrunde nach

eigener Aussage Bedingungen schaffen, die für Einzelhandelsketten eine Rückkehr zur Tarifbindung attraktiv machen.[1] Dazu will er Niedriglohngruppen einführen, beispielsweise für zentrale Tätigkeiten wie das Auffüllen von Regalen und Kassieren. Umgekehrt sollen einem Kern ausgebildeter Beschäftigter höhere Löhne gezahlt werden. Der Grund ist, dass eine reine Strategie der Niedriglöhne an ihre Grenzen stieß. Der HDE verfolgt nun das Ziel, mit einer tariflichen Regulierung die im letzten Jahrzehnt vollzogene Fragmentierung und Spaltung in Kern- und Randbelegschaft auch im Sinne einer Lohnspreizung tarifvertraglich zu zementieren und auf diese Weise für die Unternehmen kostenneutral zu gestalten.

Diese Entwicklung, die nun Gegenstand der aktuellen Tarifrunde ist, will ich im Folgenden auch anhand eigener Erfahrungen in Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) darstellen. Dass diese Zergliederung der Belegschaften bereits weit fortgeschritten ist, folglich nur noch im Tarif verankert und damit verallgemeinert und normalisiert werden soll, macht die Gegenwehr der Beschäftigten schwierig: Die Kräfteverhältnisse sind bereits verschoben.

VERÄNDERUNGEN IN DER UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Wenige Unternehmensgruppen dominieren in Deutschland den LEH, die größte Teilbranche des Einzelhandels. Diese stehen auf einem bestenfalls stagnierenden, tendenziell sogar schrumpfenden Markt in intensiver Konkurrenz zueinander. Wachstum bedeutet Kampf um Marktanteile. Dieser Verdrängungswettbewerb wird über die Angebotsqualität und den Preis ausgetragen. Unternehmen vollziehen den Spagat, die Lohnkosten zu drücken und gleichzeitig die Abläufe im Markt zu sichern. Dies impliziert die Erwartung an die Angestellten, zu schlechteren Bedingungen möglichst immer bessere Arbeitsergebnisse zu erbringen.

Die Aufkündigung der Allgemeinverbindlichkeit im Jahr 2000 ermöglichte eine untertarifliche Bezahlung und die Hartz-Gesetze schafften die entsprechenden Rahmenbedingungen: Der Zwang, Jobangebote im Wortsinn um jeden Preis anzunehmen, die Aufhebung der faktischen Stundenlohnuntergrenze bei Minijobs und die Möglichkeit, LeiharbeiterInnen billiger als vergleichbare ArbeiterInnen im Einsatzbetrieb zu bezahlen, sorgten für ein rasches Wachstum des Niedriglohnsektors. Der Arbeitsprozess wurde im LEH zunehmend fragmentiert, Vollzeitarbeitsplätze gingen zugunsten von Teilzeit sowie geringfügiger Beschäftigung zurück. Unternehmen setzten verstärkt auf Werkverträge mit Dienstleistungsfirmen, die sogar die Leiharbeitslöhne unterbieten. Momentan liegt der Bruttostundenlohn in der untersten Tarifgruppe bei 6,12 Euro in Ostdeutschland. Bei Werkverträgen mit

MATTHIAS NEUMANN ist Politikwissenschaftler und seit knapp 2 Jahren in Supermärkten der EDEKA-Gruppe beschäftigt. In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt untersucht er derzeit die Veränderungen von Arbeitsbedingungen in Supermärkten, die aus der Regie von EDEKA an private InhaberInnen übertragen wurden. Er ist Betriebsrat in einem dieser inhabergeführten Betriebe in Berlin und aktiv in der ver.di-Betriebsgruppe.



Ush/flickr

Dienstleistungsfirmen handelt es sich sowohl um klassisches Outsourcing als auch um Scheinwerkverträge, also verdeckte ArbeitnehmerInnenüberlassung.

Ein ausschließliches Niedriglohnkonzept ist jedoch für Unternehmen keine Option, zumindest nicht für die klassischen Supermärkte mit Bedienungstheken und großem Sortiment. Was von außen – und in vielen Darstellungen der Medien über Discounter – als einfache Jedefrau-Tätigkeit erscheint, ist tatsächlich komplex. So müssen die Angestellten unterschiedliche Tätigkeiten wie Bestellungen, Regale füllen, Warenannahme, KundInnenberatung, Lagerorganisation, flexibles Einspringen in anderen Abteilungen oder Wechseln zwischen Kasse und Laden unter Zeitdruck leisten und dabei gleichzeitig betriebswirtschaftliche Erwägungen berücksichtigen. Den KollegInnen stellt sich ihre Arbeit längst nicht als banal dar und auch die Unternehmen haben im Blick, dass Erfahrungswissen, soziale Bindung an den Betrieb und Ausbildung notwendig sind, um das doppelte Ziel niedriger Kosten und hoher Qualität zu erreichen. Die Realität widerspricht dem Bild der ungelernten Hire-and-Fire-Jobs deutlich: Der Anteil von Fachkräften an den Angestellten liegt konstant bei über 80 Prozent. Der Anteil Auszubildender an sozialversicherungspflichtig Angestellten steigt sogar tendenziell, und die Übernahmequote ist hoch.

DIE NEUZUSAMMENSETZUNG DER BELEGSCHAFTEN

Einerseits ist eine Entwicklung hin zu Niedriglöhnen, Aushilfstätigkeiten, Outsourcing und Fragmentierung der Belegschaft zu beobachten. Andererseits wird weiterhin an der Bedeutung von Ausbildung und Bindung Beschäftigter an den Betrieb festgehalten. Beide Tendenzen scheinen auf den ersten Blick schwer miteinander vereinbar, sie sind es aufgrund sich wandelnder Verhältnisse aber doch: Veränderte Rahmenbedingungen und Unternehmensstrategien haben in sehr kurzer Zeit nicht nur Belegschaftszusammensetzung, Arbeitsverträge und Arbeitsbeziehungen verändert, sondern auch die Arbeitsorganisation und die Art, wie die betriebliche Leitung auf das Arbeitsvermögen der Beschäftigten zugreift, was sich vor allem in der Trennung in Kern- und Randbelegschaft zeigt.

Die Anforderungen an die Kernbelegschaft steigen mit der Verlängerung der Öffnungszeiten, Arbeitszeiten von 6 bis 14 Uhr und von 14

bis 22 Uhr innerhalb einer Woche sind nichts Ungewöhnliches. Es wird zudem von allen Beschäftigten auch unterhalb der Marktleitung erwartet, dass sie sich verstärkt an betrieblichen Kennzahlen orientieren und neben der Sicherung der betrieblichen Abläufe auch die Rentabilität des Betriebs erhöhen. Indem der Kostendruck und die verlängerten Öffnungszeiten zu einer Ausdünnung der Belegschaft führen, steigen auch die Anforderungen, selbständig zwischen Aufgaben und Abteilungen hin und her zu springen.

Wachsende Arbeitsbelastung ist also einerseits Folge einer niedrigeren Personaldecke, andererseits einer veränderten Zusammensetzung des Personals. Ein Teil der Tätigkeiten wird nun von Beschäftigten erledigt, die vor allem billig sein müssen, der so genannten Randbelegschaft. Da die Unternehmensleitung weder in ihre Qualifikation noch in ihre Zufriedenheit mit dem Job investiert, fluktuiert sie permanent. Sie wird vor allem dort eingesetzt, wo Tätigkeiten klar abgrenzbar und in ihrer Ausführung und ihrem Ergebnis kontrollierbar sind, also vor allem an den Kassen und beim Füllen der Regale. Dadurch entstehen Einarbeitungs-, Koordinations- und Kontrollaufgaben gegenüber Aushilfen und Beschäftigten von Leiharbeits- bzw. Personaldienstleistungsfirmen, die Kernbeschäftigte nun als weitere unbezahlte Zusatztätigkeit übernehmen.

Die Fragmentierung der Beschäftigung bringt zunächst Unterschiede in Verträgen und Lohn sowie in Wochenarbeitszeit und Sicherheit des Arbeitsplatzes mit sich. Auch in der Arbeitsorganisation spiegelt sie sich wider. Die Arbeit der Kernbelegschaft wird mit anspruchsvollen und abwechslungsreichen Tätigkeiten angereichert, wodurch Druck und Arbeitsbelastung steigen. Die abgespaltenen Tätigkeiten, die einer Randbelegschaft zugewiesen werden, sind dagegen wenig fordernd und eintönig.

WissenschaftlerInnen haben anhand von Untersuchungen zu Leiharbeit die Wirkung einer solchen Fragmentierung der Belegschaft häufig so gedeutet, dass sie den Festangestellten ihre jederzeitige Ersetzbarkeit vor Augen führe. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag erscheine nun als Privileg, das sie sich durch besonderen Einsatz zu verdienen hätten. Der Randbelegschaft wiederum werde die Möglichkeit des Aufstiegs in eine Festanstellung bei entsprechender Leistung suggeriert, so dass auf Basis des bestehenden Unterschieds in Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit beide Gruppen zu intensiverer Verausgabung ihrer Arbeitskraft angetrieben werden. Diese These basiert vor allem auf Untersuchungen in Industriebetrieben, in denen fest und prekär Beschäftigte tatsächlich die gleichen Tätigkeiten verrichten und die Willkürlichkeit dieser Unterscheidung offensichtlich ist (vgl. Dörre 2010).

Die Fragmentierung im Lebensmitteleinzelhandel unterscheidet sich von Industriebetrieben dadurch, dass die Festangestellten und der um sie fluktuierende Rand tatsächlich auf verschiedene Weise in die Arbeitsorganisation des Betriebs integriert sind. Die Unterschiede in Entlohnung, Absicherung und Weiterbildungsmöglichkeiten erscheinen legitimiert durch die Unterschiede in der ausgeübten Tätigkeit. Niedrige Löhne der Randbelegschaft erlauben es dem Unternehmen, den Stammbeschäftigten bei Lohnhöhe oder Arbeitsintensität entgegenzukommen, ohne dass die Personalkosten insgesamt steigen. Zudem entlastet die

Randbelegschaft die Festangestellten von unangenehmen Tätigkeiten, in begrenztem Umfang von unsozialen Arbeitszeiten, und auch das Risiko des Arbeitsplatzverlustes betrifft primär die Randbeschäftigten. Dadurch erscheint die entstandene informelle Hierarchie, die durch die arbeitsvertraglichen Anforderungen nicht gedeckt, gegenüber Angestellten der Werkvertragsfirmen sogar explizit ausgeschlossen ist, vielen Stammbeschäftigten nicht nur begründet, sondern auch wünschenswert. Dem für die Industrie beschriebenen Szenario der Belegschaftsspaltung durch Konkurrenz zwischen Stamm- und Randbeschäftigten lässt sich für den Lebensmitteleinzelhandel also tendenziell ein Szenario akzeptierter ›Normalität‹ gegenüberstellen.

Einige Beschäftigte sind für diese Aufwertung ihrer Tätigkeit durchaus empfänglich. Unterstützt wird dies durch das Bild der Betriebsfamilie als konstruiertem ›Wir‹, das in internen Publikationen, der Rhetorik der Unternehmensleitung oder auch gemeinsamen Aktivitäten außerhalb der Arbeit hochgehalten wird. Die Akzeptanz dieser Entwicklung hat allerdings Grenzen: Erstens ist der Lohn im Vergleich zu anderer Facharbeit relativ niedrig, zudem verwehrt die Unternehmensleitung den Beschäftigten oftmals die (aus finanziellen Gründen) gewünschte Aufstockung der Arbeitszeit. Zweitens wirkt die zunehmende Verantwortung für die diversen Arbeitsabläufe Stress verstärkend, wenn verinnerlichte Rentabilitätsziele in Konflikt mit der Qualität der Arbeitsergebnisse kommen. Drittens stößt die Entgegensetzung einer leistungsorientierten, erfahrenen und Verantwortung tragenden Stammbelegschaft mit einer austauschbaren Randbelegschaft an Grenzen. Unabhängig von Firmenzugehörigkeit und Arbeitsvertragsverhältnis wird in den Filialen Seite an Seite gearbeitet, und neben der notwendigen Kooperation im Arbeitsablauf entstehen persönliche Kontakte. Das von Seiten der Stammbelegschaft durchaus auch instrumentelle Verhältnis zur Randbelegschaft wird dadurch immer wieder auf die Probe gestellt. Dass Arbeit im Kapitalismus als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozess gleichzeitig Konkurrenz und Kooperation erzeugt und somit auch Quelle möglicher Solidarität zwischen den Arbeitenden sein kann, ist nichts Neues. Wichtig ist, wie dieses Verhältnis im konkreten Fall aussieht und wo sich gewerkschaftspolitisch ansetzen ließe.

HANDLUNGSOPTIONEN

Der Trend zur Aufspaltung der Belegschaften und umfassender, teils selektiver Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen war mit klassischer Gewerkschaftspolitik, Tarifrunden und Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Management bisher nicht aufzuhalten. Unternehmensgruppen und einzelne inhabergeführte Märkte waren nicht daran zu hindern, sich der Tarifbindung und der Zuständigkeit der bestehenden Betriebsräte zu entziehen. Erfahrungen aus Auseinandersetzungen im Einzelhandel zeigen, dass Erfolge auf der aktiven Beteiligung der Belegschaft basieren.[2] Zentral für die Rückgewinnung von Handlungsfähigkeit scheint mir eine Selbstverständigung in den Filialen mit dem Ziel, die Kooperation und Solidarität über die unterschiedlichen Vertrags- und Arbeitsbedingungen hinweg zu stärken, füreinander

einzustehen und grundsätzliches Verständnis für die je unterschiedlichen Lagen zu erreichen. Das bedeutet auch, eine Argumentation über Marktzwänge nicht zu akzeptieren: In einem Land mit einem solchen Produktivitätsniveau müssen existenzsichernde Löhne und nicht krank machende Arbeitsbedingungen für alle möglich sein.

Darüber hinaus ist in einer Branche, in der die Durchsetzungsfähigkeit der Belegschaften auf längere Sicht eher gering sein wird, Unterstützung von außen notwendig. Die Schlecker-Kampagne in den 1990er Jahren ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie die Gewerkschaft mittels externen Drucks im Rahmen von Koalitionen und Pressearbeit die Handlungsräume für die Gründung von Betriebsräten erweitert hat. Es ist wichtig, dabei am Selbstbild und den Vorstellungen der Beschäftigten anzusetzen, die eine anspruchsvolle und sinnvolle Arbeit leisten wollen, die entspannter ist, deren Bedingungen mehr Rücksicht auf private Lebenswünsche und -verpflichtungen nehmen, die allen Arbeitenden Zugang zu (wenigstens) Tariflöhnen und Vertragssicherheit bietet und die das Recht auf selbstbewusste Interessenvertretung beinhaltet. Auf dieser Ebene würden sich vermutlich Beschäftigte und UnterstützerInnen besser als gemeinsam Kämpfende erkennen als in einem ›Ihr-armen-Opfer-Diskurs‹. Dieser liegt jedoch verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Kampagnen zum Thema Arbeit zugrunde. Er ist zwar skandaltauglich und provoziert kurzfristig öffentliche Aufmerksamkeit, verstellt allerdings den Blick auf gemeinsame Lebenslagen und Zwänge. Er entmündigt auch die eigentlichen Subjekte der Kampagne, die sich auf diese Weise kaum als Handelnde angesprochen fühlen.

Diese beiden Überlegungen treffen sich in verschiedener Hinsicht. Entscheidend ist nicht stellvertretendes Handeln von außen für die Beschäftigten, sondern eine Unterstützung ihrer Selbsttätigkeit und Selbstorganisation. Über das Konzept eines Rechts auf ein gutes Leben für alle ist eine Verallgemeinerung der Konfliktführung über Vertrags-, Unternehmens- oder Branchengrenzen hinaus möglich. Dabei ist der Zwang, unter Konkurrenzbedingungen profitabel sein zu müssen, etwas, was die Kompromissfähigkeit der je einzelnen Unternehmen begrenzt. Wenn etwa die Hartz-Gesetze als Voraussetzung eines Niedriglohnsektors die Konkurrenzposition für Unternehmen gefährden, die Tariflöhne zahlen, muss diese politische Rahmenbedingung angegriffen werden. Gleiches gilt etwa für Vorgaben einer Unternehmenszentrale oder den in der kapitalistischen Ökonomie verankerten Akkumulationszwang selbst. Ein Agieren auf dieser Ebene allerdings übersteigt tatsächlich die Möglichkeiten der einzelnen Belegschaft. Zu Ende gedacht, haben betriebliche Kämpfe nur als Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen eine Chance. Das kann und muss in dieser Tarifrunde, die sich vermutlich lange hinziehen wird, geübt werden.

LITERATUR

Dörre, Klaus, 2010: Landnahme und soziale Klassen. Zur Relevanz sekundärer Ausbeutung, in: Hans-Günter Thien (Hg.), *Klassen im Postfordismus*, Münster

Thamheyn, Bärbel, und Katharina Wesenick, 2013: Vertrauen ist gut Vertrag ist besser, in: ver.di, *Schöne neue Handelswelt*, Berlin, o.S.

1 www.einzelhandel.de/index.php/presse/aktuellemeldungen/item/122500-handel-fordert-modernisierung-der-tarifverträge.html

2 Beispielhaft ist der Konflikt um die Beibehaltung der Tarifbindung in einem an einen Inhaber übertragenen E-Center in Bad Gandersheim (Niedersachsen); vgl. dazu Thamheyn (2013).

INTERVIEW

»WIR WOLLEN EINE TRANSFORMATION VON UNTEN«

EIN GESPRÄCH MIT ABAHLALI BASEMJONDOLO ÜBER INOFFZIELLE SIEDLUNGEN, SELBSTORGANISIERUNG UND REPRESSION IN SÜDAFRIKA

VOLLSTÄNDIGES INTERVIEW NACHZULESEN IN LUXEMBURG-ONLINE

THEMBANI JEROME NGONGOMA
DURBAN/SÜDAFRIKA
MITGLIED DES VORSTANDS VON ABAHLALI

MUZIWHAKE GERALD NDLALOSE
PRÄSIDENT DIESER ORGANISATION

Abahlali baseMjondolo ist Zulu und bedeutet »BewohnerInnen der Hütten« in den so genannten informellen Siedlungen in Südafrika.[1] Der Film »Dear Mandela«[2] zeigt die politische Selbstorganisierung der BewohnerInnen. Zur europäischen Premiere im November 2012 waren Thembani Jerome Ngongoma und Muziwhake Gerald Ndlalose in Deutschland und sprachen mit uns über die Selbstorganisierung der Abhalali baseMjondolo, über Chancen und Konflikte und über Visionen in und für Südafrika.

Wie die erste neue Organisierungswelle sozialer Bewegungen nach dem Ende der Apartheid um die Jahrtausendwende steht Abahlali für Versuche, sich jenseits etablierter Strukturen für die eigenen Rechte zu organisieren. Es steht aber auch für die vielen Enttäuschungen mit der Drei-Parteien Allianz aus ANC, COSATU und SACP, die lange Zeit als legitime Vertretung der armen – also schwarzen – Bevölkerung galt. Nachdem sich deren ökonomische Situation in den letzten Jahren zusehends verschlechterte, öffentliche Güter und Infrastrukturen (Wasser, Strom, Bildung und Gesundheit) privatisiert wurden, wächst der Unmut gegen die Allianz. Ausdruck dafür sind die so genannten *service delivery protests* – Proteste, die den Zugang zu Infrastrukturen und öffentlichen Dienstleistungen fordern. Der Soziologe Peter Alexander (2010) nennt sie *rebellions of the poor*, denn es geht auch um Löhne und Jobs, um Perspektivlosigkeit, Würde und Lebenschancen. Südafrika gilt derzeit als das Land mit dem höchsten Protestaufkommen nach China (vgl. Mottiar/Bond 2012).

Diese Kämpfe sind allerdings nicht notwendig emanzipatorisch. In ihnen artikulieren sich auch Konkurrenzen und Machtkämpfe um die knappen Ressourcen. Nicht selten rich-



Durban, Südafrika
© stephatriseup/flickr

ten sie sich gegen MigrantInnen aus anderen afrikanischen Ländern. Umso bedeutender sind Bewegungen wie Abahlali, deren Selbst-Organisierung starke Elemente von Basisdemokratie umfasst und Perspektiven auf eine grundsätzlich andere Gesellschaft öffnet. Sie selbst nennen diesen Ansatz »lebende Politik« (2010). Mit mittlerweile über 10 000 zahlenden Mitgliedern sind sie eine wichtige – auch politische – Kraft in der Politik Durbans und Südafrikas geworden – auch wenn sie gemessen daran, dass allein in Durban über 800 000 Menschen in informellen Siedlungen wohnen, nur wenige sind (vgl. Gibson 2013).

Immer wieder sind diese »Bewegungen von unten« mit massiven Einschüchterungsversuchen durch diejenigen konfrontiert, die sich in ihrer Macht beschnitten fühlen – ob auf kommunaler und provinzialer Ebene, ob durch (partei-)politische oder privatwirtschaftliche Akteure. Das Massaker in Marikana im Sommer 2012 (vgl. *LuXemburg* 4/2012) ist nur das eklatanteste Beispiel dieser Einschüchterung »von oben«.

Corinna Genschel führte das Gespräch

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

LITERATUR

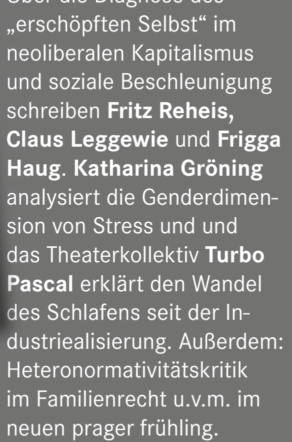
Alexander, Peter, 2010: Rebellion of the poor: South Africa's service delivery protests – a preliminary analysis, in: *Review of African Political Economy*, Vol. 37, No. 123, 25–40

Mottiar, Shauna, und Patrick Bond, 2012: The Politics of Discontent and Social Protest in Durban, in: *Politikon: South African Journal of Political Studies* Vol. 39, No. 3, 309–330

1 www.abahlali.org
2 www.dearmandela.com











IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-865-1
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, fried@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310–404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert, Corinna Genschel,
Christina Kaindl, Barbara Fried, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
An dieser Ausgabe haben außerdem mitgearbeitet: Sarah Bormann, Johanna
Bussemer, Horst Kahrs, Tadzio Müller, Katharina Pühl, Thomas Sablowski,
Moritz Warnke und Fanny Zeise.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310–157
Fax: +49 (0)30 44310–184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres.

Kontoverbindung für Abonnements: VSA: Verlag Hamburg GmbH,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277–40, Fax: +49 (0)40 280952 77–50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: inky/flickr

Graphik und Satz: Studio Kaiser Matthies – Ausstellungs- und
Kommunikationsdesign, www.kaisermatthies.com
Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus